

# Stenographisches Protokoll

48. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 24. Mai 1984

## Tagesordnung

1. Erklärung des Bundeskanzlers über Schwerpunkte der bisherigen Arbeit der Bundesregierung
2. Bericht der österreichischen Bundesregierung über ihre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit

Grabher-Meyer (S. 3992),  
Dr. Marga Hubinek (S. 3999),  
Marsch (S. 4003),  
Ing. Gassner (S. 4005),  
Eigruber (S. 4009),  
Deutschmann (S. 4013),  
Heinzinger (S. 4015),  
Bundesminister Dr. Steyrer (S. 4019)  
und  
Dr. Lanner (S. 4021)

## Inhalt

### Personalien

Krankmeldungen (S. 3927)  
Entschuldigungen (S. 3927)

### Tatsächliche Berichtigung

Dkfm. DDr. König (S. 3983)

### Fragestunde (35.)

#### Bauten und Technik (S. 3927)

Weinberger (303/M); Dr. Lanner, Dr. Stix,  
Dr. Lenzi

#### Auswärtige Angelegenheiten (S. 3929)

Ing. Helbich (280/M); Eigruber, Cap, Dr. Ettmayer

Dkfm. DDr. König (281/M); Peter, Dr. Jankowitsch, Dr. Khol

Dr. Khol (282/M); Probst, Hochmair, Dkfm. DDr. König

Dr. Ermacora (283/M); Mag. Kabas, Dr. Velsky, Burgstaller

Marsch (290/M); Dr. Höchtl, Probst

### Ausschüsse

Zuweisung (S. 3939)

### Verhandlungen

- (1) Erklärung des Bundeskanzlers über Schwerpunkte der bisherigen Arbeit der Bundesregierung

Bundeskanzler Dr. Sinowatz (S. 3939)

Durchführung einer Debatte gemäß § 81 Geschäftsordnung (S. 3949)

Redner:

Dr. Mock (S. 3949),  
Wille (S. 3958),  
Peter (S. 3963),  
Graf (S. 3968),  
Vizekanzler Dr. Steger (S. 3976),  
Dkfm. DDr. König (S. 3983) (tatsächliche Berichtigung),  
Dr. Jolanda Offenbeck (S. 3984),  
Dr. Taus (S. 3986),

- (2) Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der österreichischen Bundesregierung (III-41) über ihre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit (282 d. B.)

Berichterstatte: Windsteig (S. 4023)

Redner:

Dr. Steiner (S. 4024),  
Dr. Jankowitsch (S. 4031),  
Probst (S. 4037),  
Bundesminister Lenc (S. 4041),  
Cap (S. 4042) und  
Karas (S. 4045)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Dr. Ermacora, Peter, Dr. Steiner und Genossen betreffend das Schicksal von Friedensnobelpreisträger Sacharow (S. 4030) — Annahme E 19 (S. 4049)

Kenntnisnahme (S. 4049)

## Eingebracht wurden

### Anträge der Abgeordneten

Dr. Mock, Dr. Neisser, Dr. Kohlmaier, Dr. Höchtl und Genossen betreffend Bundesgesetz, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1971 geändert wird (99/A)

Dr. Höchtl, Dr. Kohlmaier, Dr. Ermacora und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz 1920 in der Fassung 1929 und die Nationalrats-Wahlordnung 1971 geändert werden (100/A)

### Anfragen der Abgeordneten

Dr. Höchtl und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend rechtzeitige Benachrichtigung der Bäderverwaltung Klosterneuburg vor Öffnung der Schleuse Greifenstein (750/J)

Schuster und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Auswirkungen der Schlußakte von Helsinki beziehungsweise der KSZE-Folgekonferenzen (751/J)

Schuster und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Einreise österreichischer Staatsbürger in die ČSSR (752/J)

Dr. Hafner, Lafer und Genossen an den Bundesminister für Familie, Jugend und Konsumentenschutz betreffend die Wiederübertragung des Schülertransports von Fürstenfeld in das steirisch-burgenländische Grenzgebiet an den bisherigen privaten Mietwagenunternehmer (753/J)

Dr. Lichal, Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend die Sprengung einer Veranstaltung zum Thema „Alternativen zur Abtreibung“ (754/J)

Dr. Ermacora und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Volksgruppenbeiräte (755/J)

Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Berufungspraxis (756/J)

Schwarzenberger, Dr. Steidl, Helga Wieser, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend die Erhaltung der Weidezäune entlang der Gleisanlagen der Österreichischen Bundesbahnen (757/J)

Deutschmann und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Berücksichtigung der forstschädlichen Luftverunreinigung bei der Einheitsbewertung von Forstflächen (758/J)

Dr. Ettmayer, Dr. Höchtl und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Fremdsprachenunterricht in Österreich (759/J)

Dr. Ettmayer und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Zollabfertigung (760/J)

Posch, Dr. Gradenegger, Dr. Gradišnik, Roppert, Dr. Helga Hieden und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend das Gebäude Klagenfurt, Landhaushof 3 (761/J)

Dr. Ermacora, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend die Gliederung der Zentralstelle (Bundesministerium für Landesverteidigung) und die Führungsstruktur des Bundesheeres in Ergänzung der Beantwortung der Anfrage Nr. 589/J — Sektion III/Armeekommando (762/J)

Dr. Ermacora, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend die Gliederung der Zentralstelle (Bundesministerium für Landesverteidigung) und die Führungsstruktur des Bundesheeres in Ergänzung der Beantwortung der Anfrage Nr. 589/J — Grundsätzliches (763/J)

Dr. Ermacora, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend die Gliederung der Zentralstelle (Bundesministerium für Landesverteidigung) und die Führungsstruktur des Bundesheeres in Ergänzung der Beantwortung der Anfrage Nr. 589/J — Generaltruppeninspektorat (764/J)

Dr. Ermacora, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend die Gliederung der Zentralstelle (Bundesministerium für Landesverteidigung) und die Führungsstruktur des Bundesheeres in Ergänzung der Beantwortung der Anfrage Nr. 589/J — Untersuchungen (765/J)

#### Anfragebeantwortungen

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Gärtner und Genossen (640/AB zu 631/J)

des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (641/AB zu 648/J)

des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Heinzinger und Genossen (642/AB zu 641/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Heinzinger und Genossen (643/AB zu 642/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Elmecker und Genossen (644/AB zu 665/J)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident Dr. **Stix**.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Frodl, Ottilie Rochus, Modl, Kapaun und Hesoun.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Dr. Blenk, Dkfm. Gorton, Steinbauer, Ingrid Tichy-Schreder, Dr. Schüssel und Ing. Sallinger.

### Fragestunde

**Präsident:** Wir kommen zur Fragestunde.

### Bundesministerium für Bauten und Technik

**Präsident:** 1. Anfrage: Abgeordneter Weinberger (*SPÖ*) an den Bundesminister für Bauten und Technik.

303/M

Welche weiteren Maßnahmen werden zum Schutz der Anrainer der Inntal Autobahn durchgeführt?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik **Sekanina:** Herr Abgeordneter Weinberger! Entlang der A 12 Inntal Autobahn sind mit Stand Ende 1983 17 km Lärmschutzwände und 1,7 km Lärmschutzdämme mit einem Kostenaufwand von rund 113 Millionen Schilling errichtet. Weitere 9 Millionen Schilling wurden als Beiträge zum Einbau von Lärmschutzfenstern von der Bundesstraßenverwaltung zur Verfügung gestellt.

Für 1984 sind Lärmschutzmaßnahmen im Bereich Kufstein, Niederbreitenbach/Ort, Angath, Wörgl, Kramsach/Voldöpp, Weer, Fritzens, Zirl und Jenbach vorgesehen.

**Präsident:** Zusatzfrage.

Abgeordneter **Weinberger:** Herr Bundesminister! Ich danke Ihnen für diese Auskunft. Wir Tiroler wissen, daß im Bereich der Lärmschutzmaßnahmen sehr viel für die lärmgeplagten Anrainer getan wurde. Es gibt natür-

lich da oder dort Stellen, um die sich Initiativen, aber auch Abgeordnete besonders kümmern.

Herr Bundesminister! In den letzten Wochen hat Kollege Lanner von der ÖVP heftige Attacken wegen des Bereiches Angath gegen Sie geritten. Welche zusätzlichen Wünsche wurden von diesem Abgeordneten diesbezüglich vorgetragen, und warum wurde das noch nicht erledigt beziehungsweise in Angriff genommen?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter Weinberger! Die Gemeinde Angath betreffend ist folgendes konkret vorgesehen:

1. Verlängerung der straßenseitigen Lärmschutzmaßnahmen bis zur Wörgler Innbrücke, wobei eine Ausführung in Form eines begrünbaren Steilwalles vorgesehen ist.

2. Erhöhung der bestehenden Betonlärmschutzwände — soweit dies statisch möglich ist — und Herstellung einer hochabsorbierenden Verkleidung dieser Wand.

3. Errichtung einer Lärmschutzwand im Bereich der Innbrücke, um die Lücke in der Lärmabschirmung zu schließen.

4. Im Rahmen der Straßenforschung — der Auftrag wurde bereits vergeben — soll sowohl für den Bereich Angath (bestehende Betonfahrbahndecke) als auch für den Bereich Weer (bestehender Asphaltbelag) die versuchsweise Aufbringung eines lärm-dämmenden Straßenbelages („Flüsterbelag“) ausgeführt werden, um die Veränderung der Lärmemissionen festzustellen und eine Entscheidungshilfe für künftige Belagsausführungen zu erlangen. Der Auftrag für die Herstellung dieser Decke konnte bereits erteilt werden. Die Arbeiten sind bereits im Gange.

Soweit die Antwort zu Angath.

**Präsident:** Zusatzfrage.

Abgeordneter **Weinberger:** Herr Bundesminister! Sie haben vorhin erwähnt, daß rund an die 20 km Lärmschutzbauten errichtet worden sind, ich weiß, daß über 100 Millionen Schilling in diesem Bereich ausgegeben worden sind. Also vieles wurde getan, und ich möchte Ihnen wie auch Ihrem Vorgänger

**Weinberger**

Bundesminister Moser im Namen dieser lärmgeplagten Anrainer danken. Aber wir stoßen auch sehr oft auf Kritik bei jenen, die nicht lärmgeschädigt sind, sondern vorbeifahren. Der Herr Präsident deutet mir, mich kurz zu fassen, ich möchte Sie daher konkret fragen:

Wie steht es um die Realisierung des Projektes Wörgl?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter Weinberger! Die Errichtung der Lärmschutzwand Wörgl war bereits im Jahr 1983 im Bauprogramm enthalten, konnte jedoch nicht in Angriff genommen werden, da die Ausschreibung dem vorgesehenen Projekt nicht entsprach; hier habe ich besondere Aufmerksamkeit zu pflegen. Die Maßnahme wurde neuerlich ausgeschrieben und konnte bereits beauftragt werden. Die Baumaßnahme umfaßt eine 2 450 m lange Lärmschutzwand und erfordert Gesamtkosten von 12 Millionen Schilling. Baubeginn war Anfang Mai 1984, wurde mir mitgeteilt, und ich bitte, das örtlich zu kontrollieren.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Lanner.

Abgeordneter Dr. **Lanner** (ÖVP): Herr Minister! Sicherlich ist in den letzten Jahren bezüglich der Lärmschutzeinrichtungen entlang der Inntal Autobahn einiges geschehen, allerdings sind auch — und das sollten wir gemeinsam, ich sage jetzt „gemeinsam“, offen zugeben — mit diesen Betonwänden, die bei Gott nicht umweltfreundlich sind, einige Fehler passiert.

Ich frage Sie daher: Werden Sie dafür Sorge tragen, daß in Zukunft umweltfreundliche, möglichst grüne Lärmschutzwände entlang der Tiroler Inntal Autobahn errichtet werden?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter Dr. Lanner! Ich darf die Frage so verstehen, daß man inhaltlich registrieren darf, welche Erfahrungen mit begrünbaren Wänden gemacht wurden. Ich darf Ihnen in aller Kürze antworten:

Begrünbare Wände erfordern aus verständlichen Gründen wesentlich höhere Kosten. Abhängig von den örtlichen klimatischen Gegebenheiten sind aufwendige Bewässerungsprojekte erforderlich, da die Wände sehr

leicht austrocknen. Eine schallschluckende Wirkung haben diese Systeme zum Großteil nur während der Vegetationsperiode. Für begrünbare Systeme, etwa Dämme oder Steilwälle, sind zusätzliche Grundeinlösungen erforderlich, die oft nicht realisierbar sind. Gerade im Bereich der Inntal Autobahn gibt es hier große Probleme.

Trotz dieser Umstände habe ich schon vor längerer Zeit den Auftrag gegeben, in erster Linie zu prüfen, ob man nicht diese begrünbaren Wände installieren könnte.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Auf welche Weise ist die Berücksichtigung der notwendigen Lärmschutzmaßnahmen bei den Neubaustrecken der Inntal Autobahn vorgesehen?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter! Ich darf in diesem Zusammenhang vor allem das Grundsätzliche in meiner Beantwortung hervorkehren: Bei Neubauprojekten wird der gesamte — der gesamte! — Bereich des Umweltschutzes berücksichtigt, wobei den Lärmschutzprojekten besondere Bedeutung zukommt. Das haben wir in sehr ausführlichem Maß im Bereich der Inntal Autobahn praktiziert. Im Abschnitt Imst — Telfs werden Lärmschutzmaßnahmen in den Bereichen Rietz, Stams, Haiming, Simmering sowie im Bereich der Zubringer Imst realisiert. — Soweit meine Antwort.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Lenzi.

Abgeordneter Dr. **Lenzi** (SPÖ): Herr Bundesminister! Welche Erfahrungen konnten bei den sogenannten begrünbaren Wänden gemacht werden?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Ich darf mir jetzt ersparen, die vorhin von mir bereits im Zusammenhang mit der Anfrage des Herrn Abgeordneten Lanner gemachten Ausführungen zu wiederholen. Grundsätzlich stelle ich fest: Mein Auftrag an die zuständigen Mitarbeiterbereiche lautet, nach Möglichkeit begrünbare Lärmschutzeinrichtungen zu installieren. Allerdings ist Rücksicht zu nehmen auf ihre Wirksamkeit, auf ihre Betreuungserfordernisse und nicht zuletzt auch auf

**Bundesminister Sekanina**

die finanziellen Größenordnungen. Wie bereits vorhin erwähnt, sind ja hier umfangreiche Bewässerungssysteme auch mit zu installieren. Unbeschadet dieser Situation — ich wiederhole mich — werden wir diese Projekte auch in Zukunft sehr forcieren.

**Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten**

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Helbich (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.

280/M

Wieso haben Sie die EG als „Krämerladen“ bezeichnet?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie vertreten die Auffassung, daß der von mir verwendete Ausdruck „Krämerladen“ für die EG im Zusammenhang mit dem Scheitern des Gipfels in Athen nicht in Ordnung gewesen wäre. Ich habe diese Äußerung im Zusammenhang damit gemacht, daß bei Budgetverhandlungen in der Gemeinschaft, bei denen es um Größenordnungen von mehreren Milliarden Verrechnungseinheiten gegangen ist, wegen 150 Millionen Ecu keine Einigung erzielt werden konnte.

Ich habe dann — in einer Pressekonferenz darüber befragt — laut APA vom damaligen Tag gesagt, daß Europa mit einer großen visionären Kraft nach dem Zweiten Weltkrieg zu einigen versucht wurde und daß jetzt die Leute zunehmend bei solchen Haltungen den Eindruck bekommen müssen, daß daraus ein „Krämerladen“ geworden ist. Zu dieser Wertung und Einschätzung stehe ich nach wie vor, und zwar einschließlich des verwendeten Ausdrucks.

**Präsident:** Zusatzfrage.

Abgeordneter Ing. **Helbich:** Herr Minister! Sie haben laut APA am 22. 3. gesagt: Lanc erinnert an die politische Vision einer europäischen Einigung vor einer Generation, leider sei daraus heute ein Krämerladen geworden.

Glauben Sie, Herr Minister: Liegt es im außenpolitischen Interesse Österreichs, die EG so hart zu kritisieren, wo wir doch immer Wünsche an die EG haben?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Absolut. Das ist ein Akt politischer Bewußtseinsbildung, den Europa dringend notwendig hat, einschließlich Österreich.

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Ing. **Helbich:** Ich darf Sie noch einmal fragen: Glauben Sie, daß es wirklich richtig ist, so hart zu kritisieren, wo wir doch wirtschaftlich mit den EG so stark verbunden sind?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Hunde mit eingezogenem Schwanz, Herr Abgeordneter, werden auch stärker geprügelt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Eigruber.

Abgeordneter **Eigruber** (FPÖ): Herr Bundesminister! Für mich als kleinen Wirtschaftstreibenden ist der Ausdruck „Krämer“ oder „Krämerladen“ ja nicht so tragisch. Es bezeichnen sich ja viele kleine Kaufleute in Österreich als „Krämer“ oder „Greißler“, was ja keine Schimpfworte sind. Vielleicht ist das bei der ÖVP anders.

Ich möchte Sie fragen: Hat diese Äußerung den EG gegenüber international beziehungsweise im Ausland zu irgendwelchen Reaktionen geführt?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Im Inland habe ich zustimmende Briefe und Anrufe bekommen. Im Ausland gab es bei vielen Freunden, die inhaltlich die gleiche Wertung gegenüber dem Resultat dieses EG-Gipfels hatten, allerdings nur Zustimmung hinter vorgehaltener Hand. Viele hätten es selbst gern gesagt.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Cap.

Abgeordneter **Cap** (SPÖ): Ihre damalige Äußerung fiel im Zusammenhang mit dem erfolglosen Ablauf des EG-Gipfels. Gibt es in jüngerer Zeit Hinweise auf eine Bereitschaft der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, zumindest in Einzelbereichen zu Fortschritten zu kommen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lanc:** In der Frage, an der damals der EG-Gipfel gescheitert ist, gibt es nach wie vor keinen Fortschritt. Nach meinen letzten Begegnungen sowohl mit dem Vizepräsidenten der EG als auch mit dem Außenminister der Bundesrepublik Deutschland Genscher hat sich vorläufig keine Annäherung der Standpunkte abgezeichnet. Man erwartet eine solche auch nicht vor den demnächst bevorstehenden Europawahlen.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ettmayer.

**Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP):** Herr Bundesminister! Ich glaube, die Frage ist halt immer, wer letztlich den Schwanz einziehen muß, und ich befürchte, daß wir nicht unbedingt am längeren Ast sitzen. *(Heiterkeit.)*

Es ist immer wieder die Rede von einer zweiten Phase der Integration, und auch Sie, Herr Bundesminister, haben sich dafür ausgesprochen, daß der jetzige Stand der Integration überschritten werden soll. Ich möchte Sie daher konkret fragen: Welche Projekte, glauben Sie, könnten im Zuge dieser zweiten Phase der Integration in nächster Zeit verwirklicht werden?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lanc:** Ich kann nicht vorwegnehmen, in welcher Reihenfolge die in Luxemburg in einer politischen Willenserklärung von EG- und EFTA-Staaten aufgelisteten Probleme eine Behandlung finden, aber jedenfalls wird darunter an vorrangiger Stelle die Verkehrsproblematik sein. Das hat Vizepräsident Haferkamp bei seinem Besuch hier angedeutet; das war schon in Luxemburg, bevor noch die Beschlußfassung über die dortige Erklärung erfolgte, zu merken.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 3: Abgeordneter König (ÖVP) an den Herrn Minister.

281/M

Was tun Sie, um Österreich den Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu erhalten?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Lanc:** Herr Abgeordneter! Die Frage, was Österreich tut, um Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu erhalten, bedarf meiner Auffassung nach zuerst einmal einer Modifizierung insofern, als wir an sich Zugang haben — zumindest auf dem gewerblich-industriellen Sektor.

Ich fasse daher die Anfrage so auf: Was tun wir im Hinblick auf die Binnenmarktentwicklung und die entsprechenden Vorgaben der EG zur weiteren inneren Dynamisierung, um bei diesem Prozeß nicht durch die Zentrifugalkraft der Eigendrehung der EG hinausgeschleudert zu werden aus dem, wo wir jetzt eigentlich schon drinnen sind?

Ich darf darauf, nur einige beispielhafte Punkte herausgreifend, antworten.

Ich habe ab Frühsommer des vergangenen Jahres überall darauf hingewiesen — auch dort, wo man es nicht hören wollte —, daß aus einem zweigeteilten kein dreigeteiltes Europa, also kein in ein EG und nicht-EG unterteiltes Westeuropa, entstehen darf. Im Hinblick darauf habe ich klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir an der sogenannten zweiten Integrationsgeneration der Gemeinschaft teilhaben wollen, dort, wo es nicht mehr um Zollabbau geht, der ja durchgeführt ist, sondern um das Finden gemeinsamer Politik, etwa auf dem Gebiet der Technologieentwicklung, oder gemeinsamer Normen, die, wenn man andere nicht in den Normierungsprozeß einschließt, zu einem Hinausfliegen aus dem Markt, den man bereits bearbeitet und beliefert hatte, führen können.

Ich habe ferner, um all diese Entwicklungen einer Abkoppelung von der neuen Dynamik des EG-Binnenmarktes zu verhindern, die schon über zweieinhalb Jahre alt gewesene Idee einer gemeinsamen Erklärung von EG und EFTA, was sie in dieser Richtung machen wollen, voll unterstützt. Ich habe darüber mit dem EFTA-Vorsitzenden Schweden schon auf der UNCTAD-VI-Konferenz vor dem Sommer in Belgrad gesprochen. Ich habe in Madrid mit den Franzosen, die den EG-Vorsitz vor sich hatten, darüber gesprochen. Wir haben hier sicherlich stimulierend gewirkt, daß es zu dem Luxemburger Treffen gekommen ist, das ja mit diesen Problemen zu Rande zu kommen trachtet.

Das ist eine zwar nur unvollständige, aber, wie ich glaube, die wesentlichsten Punkte unserer Haltung beschreibende Antwort auf Ihre Frage.

**Präsident:** Zusatzfrage.

**Abgeordneter Dkfm. DDR. König:** Herr Bundesminister! Wie Sie zutreffend ausgeführt haben, haben wir im Rahmen des Freihandelsvertrages die Zollfreiheit für den gewerblich-industriellen Sektor, aber es geht jetzt um die zweite Integrationswelle, also um die

**Dkfm. DDr. König**

Vereinheitlichung all der Normen innerhalb der EG, um die Schaffung sozusagen eines großen Binnenmarktes in den EG. Es ist für uns ein fundamentales Anliegen, ob wir nun auch in diesem großen Binnenmarkt drinnen sind, ob die Zäune also um uns errichtet werden oder ob sie vor uns errichtet werden.

Eines der ganz entscheidenden Anliegen dabei ist: In welchen Gremien werden die Normen festgesetzt? Seitens der EG gibt es die Bestrebung, das in eigenen Institutionen der EG zu machen. Es existieren die europäischen Institutionen des CEN und des CENELEC.

Meine konkrete Frage, Herr Bundesminister: Welche Verhandlungen wurden von Ihnen aufgenommen, um diese großen europäischen Normvorbereitungsorganisationen des CEN und des CENELEC auch seitens der EG als gemeinsame Organisationen anerkannt zu bekommen?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben zuletzt bei den offiziellen Gesprächen mit dem Vizepräsidenten der Gemeinschaft, Haferkamp, keinen Zweifel daran gelassen, welche Bedeutung diese Frage für Österreich, seine Wirtschaft und damit die dort Beschäftigten und für uns alle hat.

Wir sind offen für jede Form, in der verhandelt wird. Unser Standpunkt ist: Wir raufen uns nicht um irgendwelche formale Gremienzugehörigkeiten oder um die Schaffung neuer Gremien oder um das Aufgenommenwerden in alte Gremien, sondern uns kommt es darauf an, daß wir nicht im nachhinein informiert werden, was vorher normiert wurde, sondern daß wir vor der Normierung in diesen Prozeß, wie normiert werden soll, eingeschaltet werden. Das stößt auf allgemeines Verständnis, und ich bitte um Verständnis: Es ist erst seit dem 9. April, daß die Luxemburger Erklärung auch zu dieser Frage positiv beschlossen worden ist, und die Institutionen — nicht die österreichischen — mahlen nicht immer so rasch, als daß man schon konkret sagen könnte, wie sich das ausformt.

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König:** Herr Bundesminister! Wie Ihnen bekannt ist, haben wir anlässlich der parlamentarischen Diskussion mit Vizepräsident Haferkamp und der Delegation zum Europäischen Parlament genau

diese österreichische Auffassung vertreten, daß es uns darum geht, nicht im nachhinein informiert zu werden, sondern mit bei der Erarbeitung dabei zu sein, und wir sind überzeugt, daß wir als Österreicher auch einen Beitrag leisten können.

Nun geht es aber auch darum, daß von der EFTA-Seite her die Bereitschaft besteht, die bestehenden Organisationen den Bedürfnissen der EG durch entsprechende Ausstattung und durch entsprechende Beschleunigung des Verfahrens bis hin zu Mehrheitsabstimmungen anzupassen. Werden Sie in dieser Richtung auch im Rahmen der EFTA-Partner tätig werden?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Das ist vom Herrn Bundeskanzler und mir gestern und vorgestern mitwirkend beim EFTA-Gipfel in Visby geschehen. Hier wurde eine Stärkung des Sekretariats im Hinblick auf Verhandlungsfähigkeit, aber auch auf entsprechende Vorbereitung von Verhandlungen im Namen aller EFTA-Partner gegenüber den EG besprochen und beschlossen.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Peter.

Abgeordneter **Peter (FPÖ):** Herr Bundesminister! Wie entwickelt sich die Zusammenarbeit EG — Österreich auf dem Normensektor?

**Präsident:** Herr Minister. Bitte.

Bundesminister **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Zusammenarbeit ist operationell seit dem 1. April dieses Jahres in einem Informationsverfahren zwischen Österreich und der EG festgelegt. Ich möchte das unterschieden wissen von EFTA — EG. Es gibt gewisse Themengruppen, die von allen EFTA-Staaten gemeinsam über das EFTA-Sekretariat verhandelt werden, und solche, die bilateral verhandelt werden. Hier handelt es sich also um unsere bilateralen — betreffend technische Vorschriftenentwicklung in der Gemeinschaft und Verhinderung der Abkoppelung Österreichs.

Wir sind bisher nicht eingeladen worden, in direkte Verhandlungen mit der Kommission einzutreten, ebenso nicht die EFTA, aber ich glaube, daß sich das in Entwicklung befindet und im Zuge der Aufarbeitung dessen, was in Luxemburg am 9. April beschlossen worden ist, vonstatten gehen wird.

**Bundesminister Lanc**

Wir haben jedenfalls ein vitales Interesse daran, daß es hier weitergeht, und ich bin auch überzeugt, daß binnen kurzem multilateral — also zwischen EFTA und EG — unsere österreichischen Bestrebungen, die bisher nur bis zur Informationsebene gediehen sind, aber nicht bis zur Mitwirkungsebene, entsprechende Unterstützung erfahren werden.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Jankowitsch.

Abgeordneter Dr. **Jankowitsch** (SPÖ): Herr Bundesminister! Der Kampf um die Offenhaltung der europäischen Binnenmärkte für Österreich im besonderen spielt sich ja auf den verschiedensten multilateralen Ebenen ab. Ein Höhepunkt war das EG — EFTA-Ministertreffen, ein weiterer das vor kurzem stattgefundene Ministertreffen der OECD-Minister in Paris, jetzt wieder der Gipfel der EFTA-Staaten in Visby; Treffen, die alle irgendwie auch als Leitmotiv den Kampf gegen den Protektionismus und gegen die Einengung der Märkte in Europa gehabt haben.

Sind Sie, Herr Bundesminister, optimistisch, daß diese immer wieder ergehenden Bemühungen dieser Treffen, aber auch sonst im multilateralen Bereich diese Bemühungen Erfolg haben werden, daß sich letztlich doch diese westeuropäische Industrie- und Handelsdynamik entwickelt, der ja letztlich eine der Grundlagen unseres Wohlstandes ist?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lanc:** Ich bin da durchaus guter Hoffnung, wenn man bedenkt, daß es in den letzten vier Jahren ein kontinuierliches Tief in der wirtschaftlichen Entwicklung der Industrienationen, insbesondere der westeuropäischen, gegeben hat und trotzdem das wesentliche Gut des Freihandels in der Welt und des Freihandels in Europa erhalten werden konnte, sieht man von gewissen sektoralen Sünden, etwa dem Stahlsektor, ab. Also das, was an Freihandel in der Welt und vor allem in Europa erreicht wurde, konnte weitestgehend bewahrt werden.

Jeder, der jetzt ruft: Keine protektionistischen Tendenzen!, ist auf der anderen Seite gezwungen, bevor er diesen Ruf ausstößt, selbst zu Hause zu prüfen, ob nicht auch er von dieser Sünde angekränkt ist. Das ist eine gute Art von prophylaktischer Selbstgeißelung.

Das läßt ebenfalls eine gewisse Hoffnung

zu, daß das Thema, wenn es einmal so thematisiert ist, wie es ist, seine Eigengesetzlichkeit in Richtung Verhinderung weiterer protektionistischer Maßnahmen hat.

Besonders die Beschlüsse des gestrigen EFTA-Gipfels in Visby haben gezeigt, daß jetzt die EFTA-Länder mit gutem Beispiel vorangehen, das heißt, die Tokio-Runden um je ein Jahr vorziehen. Also das, was unverbindlich von der OECD wenige Tage vorher in Paris empfohlen worden ist, wird jetzt deklarativ beschlußmäßig von den EFTA-Staaten als etwas, was sie tun wollen, bezeichnet. Das Ganze läuft ab 1. Jänner 1985 an.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Khol.

Abgeordneter Dr. **Khol** (ÖVP): Herr Bundesminister! Wir begrüßen es, daß in der Regierungserklärung ein deutlicher Akzent in Richtung europäische Zusammenarbeit gesetzt wurde. In diesem Zusammenhang begrüßen wir auch die Intensivierung der Aktivitäten im Zusammenhang mit den österreichischen Bemühungen, mit den Europäischen Gemeinschaften in ein intensiveres und fruchtbareres Gespräch zu kommen. Ob allerdings Ihr Sprichwort von den Hunden hier am Platze ist, Herr Minister, wage ich zu bezweifeln, weil wir ja nicht als Hunde dorthin gehen, sondern als Österreicher. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt zur Frage: Sie haben in Beantwortung der Fragen meiner Vorredner über den Zugang zum europäischen Binnenmarkt die landwirtschaftlichen Produkte komplett ausgeklammert. Ich glaube aber, daß zum europäischen Binnenmarkt sicherlich auch die Frage unserer Agrarexporte gehört. Was werden Sie konkret tun, Herr Minister, um unserem Bauernstand die Möglichkeit der Viehexporte, der Milchexporte, der Käseexporte zu nicht diskriminatorischen Bedingungen in die Europäische Gemeinschaft zu geben? Was werden Sie tun, um im Falle der ...

**Präsident:** Es ist nur eine Frage zulässig. Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sowohl bei den Gesprächen mit dem Vizepräsidenten der Kommission Haferkamp und seiner Delegation vor wenigen Wochen in Wien als auch bei einem nachfolgenden Spezialgespräch zwischen dem Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft und dem zuständigen Kommissär bei der EG Dalsager sind unsere Forderungen

**Bundesminister Lanc**

klar auf den Tisch gelegt worden: Verlängerung des Käseabkommens, Erhaltung und Erweiterung sowie leichtere Handhabung des Rindfleischexportes, um nur zwei wichtige Punkte zu nennen.

Bei jeder Gelegenheit, bi- und multilateral, wo es Kontakt mit den EG selbst oder mit einem Mitgliedsland gibt, ist das ein Stehsatz der österreichischen Politik. Das weiß man heute, einschließlich derer, die noch gar nicht in den EG sind, aber hineinkommen wollen, nämlich der Spanier und Portugiesen, denen wir ebenfalls nicht vorenthalten haben, welche agrarpolitischen Folgen es hat, wenn sie beitreten. Sowohl beim Besuch des spanischen Außenministers Moran vor einigen Monaten hier in Wien als auch beim Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten in Portugal haben wir das deponiert.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 4: Herr Abgeordneter Khol (ÖVP) an den Herrn Minister.

282/M

Was tun Sie konkret, um Österreichs Zugang zur Hochtechnologie der EG sicherzustellen?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Zugang zur Hochtechnologie überhaupt und zu jener, die in den EG entwickelt wird, ist unbestrittenermaßen eine wesentliche wirtschaftliche und, wie ich glaube, in der Langzeitwirkung auch politische Frage. In der Luxemburger Erklärung wurde grundsätzlich verstärkte Zusammenarbeit vereinbart und festgelegt, und zwar mit konkreter Heraushebung und Nennung des Fernmeldewesens, von Informationssystemen und neuen audiovisuellen Medien.

Wir haben das immer voll unterstützt. Wir waren auch sehr dahinter, daß diese Passagen in die Erklärung hineinkamen. Der Herr Bundeskanzler hat in seiner gestrigen Wortmeldung beim EFTA-Gipfel neuerlich das österreichische Interesse gerade an dieser Frage betont und in einem anderen Zusammenhang, beim Kaminesgespräch am frühen Nachmittag noch einmal wiederholt.

Konkret würde das bedeuten, daß wir in irgendeiner Form in die sogenannte ESPRIT-Bestrebungen der Gemeinschaften, in welcher Form immer, einbezogen werden; das haben wir ebenfalls in allen Gesprächen mit den Gemeinschaften klar zum Ausdruck gebracht. Nur so, glaube ich, könnten wir in diesen Pro-

zeß, der sich in den Gemeinschaften abspielt, einbezogen werden und damit die österreichische Verbindung zur Hochtechnologie auch auf diesem Sektor, auch auf diesem Wege sicherstellen. Allein würde ich mich nicht darauf verlassen, denn wenn die EG zurück sind und aufholen wollen, werden wir gut daran tun, auch mit jenen sehr eng zu kooperieren, die nicht aufzuholen haben, sondern die die EG und Europa überholt haben.

**Präsident:** Zusatzfrage.

**Abgeordneter Dr. Khol:** Herr Minister! Da möchte ich gleich anknüpfen. Wir wissen, daß wir für die Schaffung neuer Arbeitsplätze eine Innovation unserer Wirtschaft brauchen, das heißt modernste Technologie, dazu ist Europa, so wie Sie gesagt haben, sicherlich nicht allein in der Lage, denn Europa hat gegenüber dem Pazifik aufzuholen.

Meine Frage an Sie, Herr Minister: Sie kennen die Bestrebungen der amerikanischen Außenhandelspolitik, den Zugang zur Hochtechnologie an ein freundschaftliches Verhalten zu knüpfen, in manchen Fällen mit Rechtsverpflichtungen, in manchen Fällen ohne Rechtsverpflichtungen. Welche österreichischen Schritte halten Sie für nötig, um in bilateralen Gesprächen mit den Vereinigten Staaten nicht schlechter gestellt zu werden als die anderen europäischen Staaten?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lanc:** Diese Frage wurde zuletzt im Zuge des Staatsbesuches des Herrn Bundespräsidenten in den Vereinigten Staaten besprochen. Vorher wurde laufend, seither jeweils dann, wenn irgendeine konkrete Frage auftrat, darüber gesprochen. Der österreichische Standpunkt lautet: Es steht den Vereinigten Staaten frei, aus irgendwelchen von uns nicht zu beurteilenden Gründen den Hochtechnologieexport zu beschränken. Es steht jedem Wirtschaftspartner frei, seinem Wirtschaftspartner etwas unter gewissen Konditionen zu verkaufen, die nicht nur finanzieller, sondern auch rechtlicher Natur sein können. Es kann jedenfalls keine Konditionen für das neutrale Österreich auf diesem Gebiet geben, wenn es sich um Hochtechnologie, Exportbeschränkungen beziehungsweise Weiterverkaufsbeschränkungen an Drittstaaten handelt, außer es liegt dem konkreten Geschäft ein entsprechender privatwirtschaftlicher Vertrag zugrunde, den der österreichische Partner freiwillig, um das Geschäft zu machen, eingegangen ist.

**Bundesminister Lanc**

Die österreichische Administration steht nur zur Kontrolle der Vertragstreue der Privatverträge zur Verfügung und für nichts anderes. Absolut ablehnend ist unsere Haltung, oder sagen wir genauer: wäre unsere Haltung, wenn man von uns gefordert hätte, daß in Österreich entwickelte Hochtechnologie den Beschränkungen und Auffassungen Dritter unterläge; das ist immer klargestellt und daher auch nie gefordert worden.

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage.

**Abgeordneter Dr. Khol:** Ich darf da gleich weiter fragen. Verstehe ich Sie also richtig, Herr Minister: Sie würden im Zweifelsfalle auf amerikanische oder sonstige Hochtechnologie verzichten, wenn sie nur unter der Bedingung Österreich zur Verfügung gestellt würde, daß wir strategisch wichtige, bei uns entwickelte Hochtechnologie nicht an kommunistische Staaten weitergeben?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lanc:** Dieses Problem hat sich nicht gestellt. Ich habe keine inhaltliche Hauptkompetenz auf diesem Gebiet, ich bin eher in die Gesprächs- und in die Verhandlungsführung, aber nicht in die meritorische Entscheidung eingebunden, daher möchte ich diejenigen, die dafür zuständig sind, für einen solchen theoretisch denkbaren, aber kaum in der Praxis auftretenden Fall nicht präjudizieren.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

**Abgeordneter Probst (FPÖ):** Herr Bundesminister! Es hat ja diesbezüglich harte Auseinandersetzungen gegeben, als es eben um diesen Technologietransfer ging. Wir kennen die Situation. Wir kennen die Abschottungstendenz, die krämerischen Überlegungen — es läßt sich da kein besseres Wort finden —, Europa auch innerhalb des freien Westens noch einmal mit einem Graben zu verstehen.

Meine Frage in dem Zusammenhang an Sie, Herr Bundesminister: Welche Möglichkeiten sehen Sie, auf der anderen Ebene, der EFTA, ebenfalls zu einem Zugang zur Hochtechnologie zu kommen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lanc:** Herr Abgeordneter! Diese Frage ist ebenfalls beim gestrigen Gipfel in Visby besprochen worden. Die EFTA wird auch als Organisation auf die Bedeutung

dieses Punktes der gemeinsamen Luxemburger Deklaration mit den EG hinweisen. Das EFTA-Sekretariat wurde beauftragt, die entsprechenden administrativen Kontakte mit den EG aufzunehmen, um im Rahmen des Gesamtkatalogs auch diese Frage besprechen zu können.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hochmair.

**Abgeordneter Hochmair (SPÖ):** Herr Bundesminister! Hat Österreich bereits in der Vergangenheit an gemeinsamen Projekten mit den Europäischen Gemeinschaften im Forschungs- beziehungsweise Technologiebereich teilgenommen? (*Abg. Dr. Khol: Das steht im Außenpolitischen Bericht!*)

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben vor allem an Projekten im Rahmen der COST, der Coopération scientifique et technique, teilgenommen. Das läuft seit den frühen siebziger Jahren, ist aber, was die Technologiequalität der Projekte, die dort besprochen und gemeinsam ausgeführt werden, anlangt, nicht der letzte Schrei und daher auch nicht das, was uns allein auf diesem Gebiet weiterbringen kann. Da ist es eben notwendig, der mit ESPRIT abgekürzten Forschungsbestrebung der Gemeinschaft in irgendeiner Form näherzukommen, in diese hineinzukommen, und da ist es weiters notwendig — das sage ich auch ganz offen —, sich der Zusammenarbeit mit solchen Institutionen zu versichern, in denen es heute die wirklich höchstentwickelte Technologie insbesondere auf dem Elektronik- und Robotersektor gibt, da insbesondere Japan und Silicone Valley.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter König.

**Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP):** Herr Bundesminister! Die Hochtechnologie und die Teilnahme an dieser Forschung im gesamteuropäischen Rahmen sind für die Zukunft der österreichischen Wirtschaft lebensnotwendig. Ich halte daher nichts davon, wenn ein Ausdruck, der Ihnen in einer bestimmten Situation herausgerutscht ist, jetzt auch noch vom Kollegen Probst geradezu als eine Markenbezeichnung verwendet und wiederum von „Krämergesinnung“ der EG gesprochen wird. Ich glaube, das hat in bilateralen Beziehungen nichts zu suchen. (*Abg. Probst: Das haben Sie mißverstanden!*)

**Dkfm. DDr. König**

Herr Bundesminister! Die Schweiz und Schweden sind uns bei der herkömmlichen Forschungskoooperation im Rahmen der COST wesentlich voraus, es gibt dort doppelt so viele Verträge, als Österreich hat. Beim ESPRIT laufen wir Gefahr, daß ähnliches passiert.

Meine konkrete Frage lautet daher: Werden Sie gemeinsam mit dem Herrn Wissenschaftsminister und mit dem zuständigen Handelsminister dafür sorgen, daß die dafür geeigneten österreichischen Firmen über die Bedingungen der Mitwirkung und Zusammenarbeit mit europäischen Firmen und Forschungsinstitutionen im Rahmen des ESPRIT zeitgerecht informiert werden?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist eine Selbstverständlichkeit, ebenso wie es eine Selbstverständlichkeit wäre, daß die Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft ihre Mitglieder, die an so etwas interessiert sind, informiert, was sicherlich auch geschieht. So hängt es letztlich davon ab, ob sich die österreichische Industrie auch selber bewegt, ob sie bereit ist, in die Sache einzusteigen, hier etwas zu riskieren. Dort scheint mir die Sache eher zu lahmen als an staatlichen oder Interessenvertretungsinstitutionen. Jedenfalls ist das der Eindruck, den viele unserer Freude, die unmittelbar damit zu tun haben, gewonnen haben. Aber bitte: Ich soll mich irren.

Möge unsere Debatte dazu beitragen, daß die österreichische Wirtschaft, ausgehend von der ungeheuren „Publizität“ der Fragestunde des Nationalrates, nunmehr aufmerksam wird, daß sowohl bei COST als auch bei ESPRIT etwas drinnen ist. Es wird sicherlich weder an der Unterstützung der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft noch an der des Handelsministeriums oder irgendeiner staatlichen Institution fehlen, die Unternehmer mit allen Detailinformationen zu versorgen.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 5: Herr Abgeordneter Ermacora (ÖVP) an den Bundesminister.

283/M

Was haben Sie bei Ihrem Besuch arabischer Staaten über die Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Konferenzentrums erfahren?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte im Zusammenhang mit der Finalisierung der Finanzierung des Konferenzentrums, was den arabischen Gesellschaftsanteil betrifft, gar nicht von Schwierigkeiten, sondern lediglich von einer Verzögerung reden. Darüber und über die Ursachen habe ich bei meiner Reise in die Golfstaaten gesprochen. Ich habe sehr klare Auskünfte erhalten und diese auch der österreichischen Öffentlichkeit nach meiner Rückkehr nicht vorenthalten. Es ging einzig und allein um die innere Aufteilung bei den arabischen Partnern, die eben etwas längere Zeit in Anspruch nimmt, weil sich eben in diesem Raum die Geschäfte nicht so hastig wie bei uns abspielen.

**Präsident:** Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Ermacora:** Herr Bundesminister! Ich hoffe, daß Sie bei der nächsten Antwort nicht lahmen müssen. Es wurden ja ursprünglich 1,5 Milliarden seitens der arabischen Staaten für die Finanzierung zugesagt. Man spricht davon, daß es nun nur mehr 1,2 Milliarden seien. Sind Sie darüber informiert, und können Sie darüber bitte Auskunft geben?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Zugegebenermaßen wird in der österreichischen Öffentlichkeit viel und meistens bar jeder Unterlage über diese Frage diskutiert. Ich habe diesen neuen Betrag nicht gehört, ich habe gehört, daß die ursprünglich eingegangenen Verpflichtungen auf Heller und Pfennig erfüllt werden.

**Präsident:** Eine weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Ermacora:** Herr Minister, Sie haben mir meine Frage nicht beantwortet. Meine Frage lautete: Sind es nun 1,5 Milliarden, oder sind es nun 1,2 Milliarden, die in Erwartung stehen?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Ich habe doch ganz klar gesagt: Die ursprünglichen Vereinbarungen werden eingehalten, und die ursprünglichen Vereinbarungen waren rund 1,5 Milliarden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kabas.

Abgeordneter Mag. **Kabas** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Die ÖVP will

**Mag. Kabas**

es nicht wahrhaben, daß dieses Geschäft zustande kommt, denn sie will das Ganze, so wie auf allen Gebieten, schlecht machen.

Ich möchte Sie aber jetzt fragen: Haben Sie bei Ihrem Besuch auch noch andere Themen im Zusammenhang mit dem Konferenzzentrum besprochen als nur finanzielle Themen? (*Abg. Graf: Sicher, die Mitarbeit der FPÖ hat er gelobt in Arabien!*)

**Präsident:** Herr Bundesminister.

**Bundesminister Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe in meinen Gesprächen mit den arabischen Partnern klar darauf hingewiesen, daß diese Frage eine gewisse innenpolitische Dimension dadurch hat, daß auf diesem Reck seit längerer Zeit die Opposition turnt (*Abg. Graf: Früher turnte darauf auch Ihr jetziger Partner!*), daß sie aber eine echte außenpolitische Dimension für Österreich, aber auch für die arabischen Staaten hat, denn es handelt sich hier um ein Kooperationsprojekt zwischen einem europäischen Land, das in allen Teilen Europas unbestritten und geachtet ist, und der arabischen Welt. Es handelt sich um eine Kooperation bei einem Projekt, das ja nichts anderes als ein Haus für die Begegnung von Menschen und damit auch von Politikern ist; für mich sind das noch immer Menschen, wenn es auch manchmal in der Öffentlichkeit anders dargestellt wird. Dieses gemeinsame Projekt gemeinsam zu finanzieren ist auch ein Akt politischer Demonstration und ein Akt arabisch-österreichischer Freundschaft.

Hier haben wir uns völlig auf einer Ebene und einer Linie getroffen — ich meine meine arabischen Gesprächspartner und mich.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Veselsky.

**Abgeordneter Dr. Veselsky (SPÖ):** Ich überlasse es dem Erstanfragesteller und damit der ÖVP, den Außenminister der Republik Österreich nach finanzpolitischen Details zu fragen. Ich selbst nehme aber diese Anfrage zum Anlaß, um eine außenpolitische Frage zu stellen, nämlich welche Haltung insgesamt bei den Gesprächspartnern zu dem Projekt Konferenzzentrum und UNO-City anzutreffen war.

**Präsident:** Herr Bundesminister.

**Bundesminister Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Eine absolut positive Haltung. Man hat mir von Haus aus klar und eindeutig,

bevor wir noch über irgendwelche Details gesprochen haben, versichert, daß man a) zum Wort steht und b) die politische Bedeutung dieses Projekts für die arabische Welt ebenfalls kennt und schätzt. Ich hatte also nicht mehr zu tun, als zu ersuchen, das nicht allzulange anstehen zu lassen, damit die Opposition in Österreich nicht nervös wird.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Burgstaller.

**Abgeordneter Burgstaller (ÖVP):** Herr Bundesminister! Sie haben gemeint, in den arabischen Ländern geht alles ein bißerl langsamer und nicht so hektisch. Wir haben den Eindruck, daß dieses Tempo von der sozialistischen Bundesregierung übernommen wurde.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang konkret fragen, nachdem Ihre Bemühungen um Finanzierung durch die arabischen Länder anscheinend erfolglos waren und Sie in wenigen Tagen in den Iran reisen: Haben Sie die Absicht, Khomeini anzupumpen, um die Finanzierung des Konferenzzentrums zu gewährleisten?

**Präsident:** Herr Minister, bitte.

**Bundesminister Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Selbst wenn ich mir einen Ordnungsruf einhandle: Eine solche Anfrage beantworte ich nicht. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Staudinger: Das Parlament klatscht Beifall, wenn der Minister das Parlament schurigelt!*)

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 6: Herr Abgeordneter Marsch (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

290/M

Wie stehen Sie zu jener Studie, in der die USA das Abstimmungsverhalten anderer Staaten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen danach bewertet, wie sehr es mit dem der USA übereinstimmt?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundesminister.

**Bundesminister Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Studie über das Abstimmungsverhalten einzelner Staaten, die die Vereinigten Staaten seit einiger Zeit — ich weiß nicht, wie lange, jedenfalls jährlich — anstellen, umfaßt auch das österreichische Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen. Dieses österreichische Abstimmungsverhalten wird von den Grundsätzen unserer eigenen Außenpolitik und unserer

**Bundesminister Lanc**

Interessenlage bestimmt. Es kann daher kein Zweifel daran bestehen, daß Österreich als immerwährend neutraler Staat inmitten Europas auch bei gesellschaftspolitisch gleicher Grundstruktur wie in den USA, nämlich der parlamentarischen Demokratie, vielfach zu anderen Schlußfolgerungen und damit zu einem anderen Abstimmungsverhalten kommen muß als die Führungsmacht der Atlantikpaktorganisation.

Außerdem bedient sich diese Studie des State Departement einer Untersuchungsmethode, die eine differenzierte Bewertung des Abstimmungsverhaltens nicht ermöglicht. Übereinstimmende Beschlüsse, Konsensbeschlüsse werden überhaupt nicht berücksichtigt. Stimmenthaltungen, auch wenn sie verbunden sind mit ausführlichen Darstellungen der Standpunkte in einer sogenannten Votumserklärung, werden in ihrer Aussagekraft völlig außer acht gelassen und mit konträrem Stimmverhalten gleichgesetzt.

Das inhaltliche Gewicht — und das ist eine weitere Komponente der Kritik — der einzelnen Resolutionen wird überhaupt nicht berücksichtigt, was dazu führt, daß zum Beispiel kein Unterschied zwischen Abstimmungen über hochpolitische Fragen und Entscheidungen von rein budgetärem Charakter gemacht wird.

Diese Studie der Vereinigten Staaten reflektiert daher den durchaus begreiflichen Wunsch einer Weltmacht, alle Ereignisse im Rest der Welt am eigenen Verhalten zu messen. Aus den erwähnten Gründen muß es aber in die Irre führen, wenn man versucht, die Richtigkeit des österreichischen Stimmverhaltens oder auch des Stimmverhaltens anderer Staaten an jenem der Vereinigten Staaten zu messen.

**Präsident:** Zusatzfrage.

**Abgeordneter Marsch:** Herr Bundesminister! Haben Sie Gelegenheit gehabt, mit amerikanischen Gesprächspartnern aus der Politik, aus dem State Departement, aus der Regierung oder mit Parlamentariern, die Europa und auch Wien besucht haben, diese Frage in Gesprächen zu behandeln, um diese Ansicht Österreichs auch amerikanischen Freunden zur Kenntnis zu bringen?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bei einem Besuch einer Delegation des amerikanischen Repräsentanten-

hauses unter der Führung von Chairman Th. P. O'Neill ist diese Frage von einem Abgeordneten des Repräsentantenhauses angeschnitten worden, und zwar in der Form, daß er mich gefragt hat, ob Österreich eine solche Statistikerstellung über das Abstimmungsverhalten anderer Staaten für sinnvoll halte. Ich habe darauf geantwortet: Aus unserer Sicht nicht, aber letztlich haben das die Vereinigten Staaten selber zu entscheiden.

**Präsident:** Weitere Frage.

**Abgeordneter Marsch:** Herr Bundesminister! Abgesehen davon, daß sich das österreichische Abstimmungsverhalten von jenem einer Großmacht naturgemäß unterscheidet — und das haben Sie hier auch begründet —, gibt es nicht doch wichtige Bereiche, in denen auf Grund gemeinsamer Wertvorstellungen prinzipiell ein übereinstimmendes Abstimmungsbild mit jenem der USA zu erwarten ist?

**Präsident:** Herr Bundesminister.

**Bundesminister Lanc:** Das ist zutreffend, Herr Abgeordneter, und zwar im besonderen Maße für den Bereich der Menschenrechte. Hier kann man das auch im praktischen Abstimmungsverhalten zu solchen Fragen nachprüfen. Allerdings ist das auch keine Gewähr für ein paralleles Abstimmungsverhalten Österreichs und der Vereinigten Staaten in jedem Falle, wo es um Menschenrechts- oder Völkerrechtsfragen geht. Das hat sich leider in Entscheidungen der Vereinten Nationen zu verschiedenen solchen Fragen mit Bezug auf den zentralamerikanischen Raum ergeben. Wir bedauern es, daß hier unser Abstimmungsverhalten divergiert. Aber es divergiert nicht deswegen, weil wir die Völkerrechts- und Menschenrechtslinie verlassen, sondern weil die Vereinigten Staaten in dieser Frage manchmal mit anderen Maßstäben messen, als sie für uns möglich und zulässig sind.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Höchtl.

**Abgeordneter Dr. Höchtl (ÖVP):** Herr Bundesminister! Sie betonen die sogenannte gesellschaftspolitisch gleiche Grundstruktur zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten, wie Sie das ja auch in Ihrer Art Verteidigung in der schriftlichen Beantwortung meiner Anfrage getan haben. Diese ist ja fast identisch mit dem, was Kollege Marsch jetzt gefragt hat. Es ist nichtsdestoweniger so, daß sämtliche Kriterien, die bei dieser Untersu-

**Dr. Höchtl**

chung angewendet worden sind, für alle untersuchten Staaten gleich sind, das heißt also, daß Österreich nur im Vergleich zu den anders bewerteten Staaten zu sehen ist. Und es ist bemerkenswert, daß von 19 europäischen Staaten Österreich in der Liste dieser 19 Staaten an 17. Stelle rangiert, was die Übereinstimmung mit den Ansichten der Vereinigten Staaten in internationalen Problemen anbelangt. Dahinter sind nur noch Griechenland und Malta. Vorher sind aber neutrale Staaten wie Schweden. Sogar Finnland stimmt noch stärker im Abstimmungsverhalten mit den USA überein als Österreich.

Ich frage Sie deshalb: Ist es nicht tatsächlich so, daß in bezug auf dieses Abstimmungsverhalten sich vorhandene antiamerikanische Tendenzen in der SPÖ stärker durchsetzen als in sozialistisch regierten Staaten im übrigen Europa?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Herr Abgeordneter! Wenn Sie eine Anfragebeantwortung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf eine schriftliche Anfrage, die Sie gestellt haben, als Verteidigung bezeichnen, ist das Ihre Sache. (*Abg. Dr. Höchtl: Das ist mein Recht!*) Ich betrachte das als eine zulässige Antwort auf eine zulässige Frage und möchte gar keine Wertung daran geknüpft sehen.

Inhaltlich hat sich die österreichische Außenpolitik nicht zu verteidigen. Inhaltlich haben eher Sie sich zu verteidigen, warum Sie immer wieder ein Thema aufgreifen, bei dem ja nur eines herauskommen kann, nämlich, daß der österreichische Außenminister gezwungen ist, im Parlament genau zu begründen, weshalb unser Abstimmungsverhalten von dem der Vereinigten Staaten abweicht. Im Gegensatz zu Ihrer Auffassung ist das nicht ein Problem für Österreich, das daraus entsteht. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Sie können nun also die Frage stellen, wieso auf einer Liste, die zugegebenermaßen auf nicht ganz koschere Art und Weise aufgestellt wird, trotzdem andere vom Standpunkt der Vereinigten Staaten aus besser rangieren als wir. Resultate, die auf Grund falscher Grundlagen errechnet sind, sind auf alle Fälle falsch. Daher ist auch die ganze Rangierliste falsch. So ist die Sache.

**Präsident:** Weitere Frage: Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst (FPÖ):** Herr Bundesminister! Ich halte es durchaus für verständlich, daß eine große Macht wie die Vereinigten Staaten versucht, Verstärkung für ihr Abstimmungsverhalten zu erlangen, weil sie sich ja durchsetzen möchte. Ich halte es auch für durchaus verständlich, daß über die Außenpolitik in diversen Fragen, in Einzelfragen auch in diesem Haus unterschiedliche Ansichten bestehen. Ich muß da nicht unbedingt an die Oppositionszeit erinnern. Aber auf der anderen Seite bemühen wir uns, und das mit gutem Fug und Recht, hier eine gemeinsame Linie zu finden.

Ich frage Sie daher: Wie sieht diese Linie aus? Das heißt mit anderen Worten: Welche Grundsätze hat die österreichische Außenpolitik für das Abstimmungsverfahren in internationalen Konfliktsituationen?

**Präsident:** Herr Bundesminister.

Bundesminister **Lanc:** Verehrter Herr Abgeordneter! Das österreichische Abstimmungsverhalten läßt sich generell von der Satzung der Vereinten Nationen und den dort verankerten Grundsätzen leiten. Dazu zählen das Verbot der Gewaltanwendung in internationalen Beziehungen und damit auch die Unzulässigkeit von gewaltsamem Gebietsenerwerb. Parallel dazu tritt Österreich auch in seinem Abstimmungsverhalten regelmäßig für die Aufnahme von Verhandlungen zwischen von Konflikten direkt betroffenen Parteien und für die volle Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ein, wozu auch das Recht auf Gründung eines eigenen Staates zählt. Im Sinne des Universalitätsprinzips lehnen wir zugleich alle Bestimmungen ab, die auf den Ausschluß eines Staates aus den Vereinten Nationen oder auf eine Einschränkung seiner Mitgliedschaftsrechte abzielen. Das ist der Grundblock für unser Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen.

**Präsident:** Die Fragestunde ist beendet.

**Einlauf und Zuweisung**

**Präsident:** Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 640/AB bis 644/AB eingelangt sind.

Den in der letzten Sitzung eingebrachten

Antrag 98/A der Abgeordneten Mühlbacher, Dr. Stix, Dr. Keimel und Genossen betreffend

**Präsident**

ein Bundesgesetz, mit dem das Wirtschaftstreuhänder-Kammergesetz geändert wird,

weise ich dem Handelsausschuß zu.

**1. Punkt: Erklärung des Bundeskanzlers über Schwerpunkte der bisherigen Arbeit der Bundesregierung**

**Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Erklärung des Bundeskanzlers über Schwerpunkte der bisherigen Arbeit der Bundesregierung.

Ich erteile dem Herrn Bundeskanzler das Wort.

10.00

**Bundeskanzler Dr. Sinowatz:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Heute vor einem Jahr ist vom Herrn Bundespräsidenten eine neue österreichische Bundesregierung angelobt worden, die sich im Nationalrat auf eine stabile Mehrheit von 102 Mandaten — gegenüber 81 Mandaten der Opposition — stützen kann. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wenige Tage später habe ich dem Nationalrat das Arbeitsprogramm dieser Bundesregierung vorgetragen, und ich möchte jetzt, nach Ablauf eines Viertels dieser Gesetzgebungsperiode, das Hohe Haus über einige Schwerpunkte unserer bisherigen Tätigkeit informieren.

Erlauben Sie mir aber zunächst einen kurzen Blick zurück ins Frühjahr 1983: 33 Millionen Arbeitslose allein in den westlichen Industriestaaten, ein stagnierender Welthandel, wachsender Protektionismus, ein extrem hohes Zinsniveau, eine weltweit abnehmende Investitionsbereitschaft sowie das in Unordnung geratene internationale Finanzsystem kennzeichneten die weltwirtschaftliche Situation zu Beginn der Tätigkeit der Bundesregierung.

Auch in Österreich waren die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise immer deutlicher spürbar geworden. Seit drei Jahren gab es kein nennenswertes Wirtschaftswachstum, die internationale Krise der Grundstoffindustrie hatte auch zahlreiche österreichische Unternehmungen in Schwierigkeiten gebracht, und für heuer wurde gar eine Arbeitslosenrate von 5,5 Prozent prognostiziert.

Natürlich hatte die Krise auch Spuren im Bundeshaushalt hinterlassen, die eine Konso-

lidierung der Staatsfinanzen unumgänglich machten.

Die Bundesregierung sah es in dieser Situation als ihre staatspolitische Pflicht an, den zunächst unbequemen, aber letztlich einzig richtigen Weg zu gehen: den Weg der Konsolidierung der Staatsfinanzen, den Weg des Strukturwandels, den Weg einer langfristigen Sicherung unseres Lebensstandards! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Gesunde Staatsfinanzen sind die Voraussetzung jeder aktiven Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik. Es war daher — ich wiederhole es — die erste Aufgabe dieser Bundesregierung, die Relation zwischen Einnahmen und Ausgaben zu verbessern und das Budgetdefizit zu senken.

Bereits im September 1983 haben wir budgetpolitische Maßnahmen beschlossen, die für das Budget 1984 Einsparungen in der Höhe von 10 Milliarden Schilling und zusätzliche Einnahmen im Ausmaß von 17 Milliarden Schilling erbringen.

Diese Maßnahmen werden das Nettodefizit, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, von etwa 6 Prozent im Jahr 1983 auf 4,9 Prozent in diesem Jahr senken, was auch international Anerkennung gefunden und Österreichs Position in der internationalen Finanzwelt beträchtlich gestärkt hat. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Dieser mutige Schritt, ich wiederhole: dieser mutige Schritt in die richtige Richtung, konzipiert vom Finanzminister Herbert Salcher, ermöglichte es auch, die bewährte und erfolgreiche Politik des „harten Schillings“ fortzusetzen. Was die Bonität Österreichs beim internationalen Kreditapparat betrifft, so steht Österreich an zehnter Stelle unter 125 Staaten dieser Welt. *(Lebhafter Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Gestatten Sie mir aber eine persönliche Bemerkung: Die zur Konsolidierung des Staatshaushaltes notwendige Erhöhung der Mehrwertsteuer, so manche Tarifierhöhung oder auch die Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge sind mir als Sozialdemokraten wahrlich nicht leichtgefallen — Sie können mir das wirklich glauben —, so wie auch der FPÖ die Einführung der Zinsertragsteuer nicht leichtgefallen ist.

Aber diese Maßnahmen waren notwendig, und wir haben sie durchgeführt, obwohl wir sehr wohl wußten, daß sie nicht populär sind,

**Bundeskanzler Dr. Sinowatz**

nicht populär sein können und sicherlich nicht dazu beitragen, kurzfristige Wahlerfolge sicherzustellen! Wir haben wahrhaftig das Wohl des Staates vor das Parteieninteresse gestellt. *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Die Bundesregierung hat das Schwergewicht der einnahmenseitigen Budgetkonsolidierung deswegen auf die Erhöhung gerade der Verbrauchsteuern legen müssen, weil in dieser krisenhaften Situation auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe besondere Rücksicht zu nehmen war und eine zusätzliche Erhöhung der Betriebssteuern nicht leicht zu verantworten gewesen wäre.

Im Gegenteil! Die Bundesregierung hat — das muß einmal in Richtung Wirtschaft mit allem Nachdruck gesagt werden — in der gegebenen Situation sehr wesentliche Impulse zur Stärkung des betrieblichen Eigenkapitals gesetzt: Es wurde die Gewerbesteuer abgeschafft, die von den Unternehmen zu zahlende Vermögensteuer wurde reduziert, und die Steuerbegünstigung für im Betrieb belassene Gewinne wurde verbessert. Die Eigenkapitalbasis unserer Betriebe ist dadurch gerade in einer Phase geringerer Erträge und sinkender Investitionsbereitschaft um einige Milliarden erhöht worden. *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir haben, meine Damen und Herren, damit der Wirtschaft in einer schwierigen Situation gezielt Mut für den kommenden Aufschwung gemacht und sehr wohl Maßnahmen für die Vorbereitung der Konjunkturerentwicklung gesetzt.

Hohes Haus! Die Konsolidierung der Staatsfinanzen, so schmerzlich sie auch gewesen ist, hat es uns allerdings erst ermöglicht, jene wirtschaftspolitischen Maßnahmen einzuleiten, die zur erfolgreichen Bewältigung der achtziger Jahre notwendig sind. Lassen Sie mich daher einen Teil jener Maßnahmen darstellen, die wir

zur Modernisierung und Umstrukturierung unserer Wirtschaft,

zur Stärkung des Exportpotentials,

zur Verbesserung der Wachstumschancen,

zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation im Sinne der Regierungserklärung vom 31. Mai des Vorjahres bereits getroffen haben.

Wir haben zur Verbesserung der Investitionstätigkeit in strukturschwachen Gebieten eine Investitionsprämie von 40 Prozent — ich wiederhole: 40 Prozent! — eingeführt!

Wir haben der verstaatlichten Industrie die zur Umstrukturierung notwendigen Mittel bereitgestellt und eine Mittelzuführung in Höhe von 16,6 Milliarden Schilling beschlossen.

Wir haben neue regionalpolitische Impulse gesetzt und gemeinsam mit den Bundesländern Sonderprogramme zur Grenzlandförderung und zur Förderung von Problemregionen beschlossen.

Wir haben eine Exportoffensive eingeleitet und vor allem auch Klein- und Mittelbetrieben neue Exportchancen eröffnet.

Wir haben neue Akzente in der Forschungsförderung gesetzt und in der Mikroelektronik neue Schwerpunktprogramme entwickelt.

Wir haben die Innovationsagentur auf die Beine gestellt.

Wir sind neue Wege bei der Förderung zukunftsorientierter Betriebe gegangen, wir haben neue Förderinstrumentarien entwickelt und dabei Erfolg gehabt!

Wir haben neue Modelle der Betriebssanierung entwickelt und — ich bringe das nur als Beispiel — durch die Gesellschaft für Bundesbeteiligungen an Industriebetrieben in vier Betrieben 3 500 Arbeitsplätze gerettet! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir haben ein Sonderwohnbauprogramm entwickelt und sichern dadurch der Bauwirtschaft ein zusätzliches Auftragsvolumen von 10 Milliarden Schilling.

Hohes Haus! Wir unterstützen heuer die österreichische Wirtschaft mit der Rekordsumme von 17 Milliarden Schilling, das sind um 2 Milliarden Schilling mehr als im Vorjahr, und die investiven Aufgaben des Bundes, die als Aufträge unserer Wirtschaft zugute kommen, machen alles in allem weitere 73 Milliarden Schilling aus. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Die Bundesregierung hat es von Anfang an als eines ihrer Hauptziele gesehen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und eine immer größer werdende Zahl von Menschen von der Sorge um Arbeitsplatz und Existenzsicherung zu befreien. Aus diesem

**Bundeskanzler Dr. Sinowatz**

Grunde haben wir das Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik ständig weiterentwickelt und verbessert.

Im letzten Jahr wurden die Mittel für diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen deutlich erhöht. Besonderes Augenmerk widmen wir dabei der Frage der Jugendarbeitslosigkeit. Mit der „Aktion 8 000“ wird versucht, 8 000 Jugendliche und Langzeitarbeitslose durch Förderung betrieblicher Schulungen, durch Einstellungsbeihilfen bei Betrieben oder bei gemeinnützigen Einrichtungen und öffentlichen Körperschaften ein Jahr zu beschäftigen. Das Jugendprogramm 1984/85 wird darüber hinaus versuchen, vor allem für die Altersgruppe der 19- bis 25jährigen verstärkt Arbeitsplatzangebote zu schaffen.

Aber auch am anderen Ende der Alterspyramide, bei den älteren Arbeitnehmern, wurden neue Maßnahmen ergriffen. Durch die Ausdehnung der Sonderunterstützung auf den Wirtschaftszweig „Unternehmen der eisenerzeugenden Industrie“ können allen Männern mit 57 und allen Frauen mit 52 Jahren, die freigesetzt werden und keine Beschäftigung mehr finden können, Sonderunterstützungen gewährt werden. Im Durchschnitt beziehen seit Mai 1983 rund 2 000 Personen diese Art Frühpension. Damit wird wesentlich dazu beigetragen, daß diese Menschen ihren Lebensstandard aufrechterhalten können. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Jawohl, es stimmt das, was ich immer wieder sage und gestern mit Zustimmung vor den Regierungschefs der EFTA in Visby gesagt habe: In Österreich ist Arbeitsplatzpolitik zur Staatspolitik geworden! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Das ist auch die Antwort auf die Frage, die uns immer wieder gestellt wird, wieso es uns gelungen ist, die Arbeitslosenrate um die Hälfte geringer zu halten, als das in anderen Industriestaaten der Fall ist.

Hohes Haus! Ein Grundsatz unserer Politik muß es sein, bedarfsgerechte Wohnungen zu erschwinglichen Preisen zu schaffen. Dabei ist auf die individuellen Einkommens- und Familienverhältnisse Rücksicht zu nehmen. Die Wohnungspolitik der kommenden Jahre darf jedoch nicht nur auf die Neuschaffung von Wohnraum abgestellt sein, sondern muß sich insbesondere der Stadt- und Ortserneuerung zuwenden.

Zur Erreichung dieser Ziele hat die Bundesregierung zwei Gesetzentwürfe im Parlament

eingebraucht: das Wohnbauförderungsgesetz und das Wohnhaussanierungsgesetz. Das neue Wohnbauförderungsgesetz wird eine flexible Handhabung der Förderinstrumente ermöglichen, die Förderungstätigkeit besser auf den Wohnungsbedarf ausrichten und die Förderungsmittel durch einen verstärkten Rückfluß gewährter Darlehen sichern.

Mit dem neuen Wohnhaussanierungsgesetz sollen die bisher unterschiedlichen Regelungen auf dem Althaussektor zusammengefaßt, das Verfahren vereinfacht und die Förderung der Sanierung des Altbestandes wesentlich erleichtert werden. Überdies soll die Finanzierung zur Schaffung von Startwohnungen verbessert werden.

Hohes Haus! Ein erklärtes Ziel der Bundesregierung ist die Ausschaltung jeder unnötigen Bürokratisierung. Ich habe daher eine Arbeitsgruppe einberufen, die unter dem Vorsitz von Vizekanzler Dr. Steger steht und unter Mitwirkung der Sozialpartner eine Verbesserung der direkten Wirtschaftsförderung zum Ziel hat. Sie wird auch jene bürokratischen Hemmnisse beseitigen, die von der Wirtschaft als besondere Belastung empfunden werden.

Hohes Haus! Noch eines möchte ich mit Nachdruck festhalten: Wir haben zur richtigen Zeit die richtigen Maßnahmen gesetzt und gute Rahmenbedingungen für den Aufschwung geschaffen! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Die Tatsachen bestätigen heute schon die Richtigkeit unserer Wirtschaftspolitik! Vor einem Jahr wurde uns ein Wirtschaftswachstum von bescheidenen 0,5 Prozent prophezeit. Tatsächlich wird es mindestens 2,5, meiner Überzeugung nach sogar 3 Prozent betragen! Vor einem Jahr — ich sagte es schon — wurde uns eine Arbeitslosigkeit von 5,5 Prozent prophezeit. Tatsächlich aber haben wir den Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt. Wir werden jedenfalls unter 5 Prozent, vielleicht sogar bei 4,5 Prozent zu liegen kommen. Wir verzeichnen sensationelle Exporterfolge. Unsere Leistungsbilanz hat sich im ersten Quartal 1984 besser entwickelt als in der Bundesrepublik oder in der Schweiz, und wir werden heuer die beste Leistungsbilanz in der Geschichte unseres Landes haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Dieser Aufschwung in Österreich ist mehr als nur ein Reflex der Konjunkturentwicklung in anderen Ländern, wenngleich ich nicht bestreite, daß internationale Zusam-

**Bundeskanzler Dr. Sinowatz**

menhänge nicht nur in Phasen krisenhafter Entwicklungen, sondern auch jetzt — im Aufschwung — bestehen. Das ist selbstverständlich, darüber brauchen wir gar nicht zu reden. Doch eine konjunkturelle Erholung im Ausland hätte uns wenig genützt, wenn wir nicht zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft Maßgebliches beigetragen hätten, wenn wir nicht selbst die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen hätten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang auch einige Worte zur Steuerreform: Im Gegensatz zu den erst gestern von der Opposition aufgestellten Behauptungen hält die Bundesregierung an ihrem Ziel, eine Steuerreform durchzuführen, fest. Es ist die erklärte Absicht dieser Bundesregierung, das Steuersystem zu vereinfachen und zu verbessern.

Aber, meine Damen und Herren, wir befinden uns gerade jetzt am Beginn eines deutlich spürbaren Wirtschaftsaufschwunges. Wir müssen daher gerade in dieser Phase alles tun, um jede Behinderung dieser wirtschaftlichen Aufwärtstendenz zu verhindern. Wir müssen alles dazu beitragen, um das Klima des Vertrauens — darum geht es! — und das Klima des Optimismus, das Sie nie in diesen schwierigen Tagen gehabt haben wollen, nicht zu beeinträchtigen. *(Anhaltender Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir haben uns daher entschlossen *(Zwischenrufe bei der ÖVP)* — ich weiß nicht, das scheint Ihnen nicht recht zu sein —, keine zusätzliche Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes, keine Besteuerung der Abfertigung und keine zusätzliche Besteuerung der Überstunden vorzunehmen, auch wenn vorgesehen war, diese Maßnahmen durch steuerliche Entlastungen in anderen Bereichen zu kompensieren.

Hohes Haus! Ich bin überzeugt davon und trete dafür ein, daß es noch im Laufe dieses Jahrzehnts zu einer Arbeitszeitverkürzung kommen wird. In Österreich wird diese Arbeitszeitverkürzung nicht ohne Rücksichtnahme auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft durchgeführt werden. Wir streben eine einvernehmliche Lösung dieser Frage mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern an. Diese Bundesregierung wird gerade bei der Arbeitszeitverkürzung jenen bewährten österreichischen Weg gehen, der bisher zu wirtschaftlichem Erfolg und internationalem Ansehen geführt hat. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die eingangs beschriebene wirtschaftliche Entwicklung mit ihren Folgewirkungen auf Österreich hat natürlich auch bei uns zu einer beträchtlichen Steigerung des Bundesbeitrags zur Sozialversicherung geführt. Waren es 1970 10 Milliarden Schilling, die den gesamten Pensionsaufwendungen zugeschossen werden mußten, so werden es heuer bereits 35,5 Milliarden Schilling an Pensionsleistungen sein, die direkt aus dem Budget bezahlt werden müssen. Die bisherigen Prognosen ließen für 1990 sogar einen Zuschußbetrag von 84 Milliarden Schilling — das sind fast 40 Prozent aller Pensionsaufwendungen — erwarten.

Auf Grund dieser vorhersehbaren Entwicklung hat die Bundesregierung bereits in der Regierungserklärung eine Reform der Pensionsversicherung angekündigt.

Vor wenigen Wochen hat der Bundesminister für soziale Verwaltung einen Entwurf zur Reform der Pensionsversicherung nach sehr verantwortungsbewußter Vorarbeit zur Begutachtung vorgelegt. Dieses Reformvorhaben wird bereits im Jahre 1985 eine Einsparung beim Bundeszuschuß von 7 Milliarden Schilling mit sich bringen. Da die vorgesehenen Maßnahmen mittelfristig konzipiert sind, steigt der Einsparungsbetrag bis 1990 auf rund 15 Milliarden Schilling an. Der Bundeszuschuß im Jahre 1990 wird daher allen Berechnungen nach statt 84 Milliarden Schilling nur 69 Milliarden Schilling betragen, wodurch die weitere Finanzierbarkeit unseres Sozialsystems gesichert ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Wir in Österreich können im Gegensatz zu anderen Ländern sagen: Wir werden diese notwendige Pensionsreform ohne Sozialdemontage durchführen. *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Keine einzige bestehende Pension wird angetastet, in keinem einzigen Fall wird es zu einer Kürzung bestehender Pensionen kommen. Die einzelnen Reformschritte wurden so konzipiert, daß man von einer sozial ausgewogenen Reform sprechen kann. *(Abg. Dr. Graff: Aber real wird's immer weniger!)* Die unselbständig Erwerbstätigen werden in erster Linie durch eine Erhöhung der Beiträge zur Pensionsversicherung um einen halben Prozentpunkt belastet. Darüber hinaus kommt es im Leistungsrecht zu einigen Änderungen, die den Versicherungscharakter des Pensionssystems stärker betonen.

Der Pensionsbemessungszeitraum wird

**Bundeskanzler Dr. Sinowatz**

schrittweise von fünf auf zehn Jahre erhöht, um die tatsächliche Einkommensentwicklung eines großen Teiles der Bevölkerung stärker als bisher berücksichtigen zu können.

In Zukunft soll jedes Versicherungsjahr im allgemeinen gleich hoch bewertet werden. Die Höhe der Pension soll sich dann, anders als bisher, ausschließlich an der Länge der Versicherungszeit orientieren. Zur sozialen Absicherung aber wird es bei Arbeitsunfähigkeit und für Frauen, die wegen der Kindererziehung auf eine Berufstätigkeit für einen längeren Zeitraum verzichten, sehr wohl Ausnahmen geben.

Der Gesetzentwurf sieht aber auch einen Solidaritätsbeitrag der Pensionisten vor. In Zeiten höherer Arbeitslosenraten kann die Einkommensentwicklung der Pensionisten nicht mehr ausschließlich von der Einkommensentwicklung der Erwerbstätigen bestimmt werden. Daher wird in Hinkunft die Pensionsanpassung die jeweilige Arbeitsmarktsituation berücksichtigen.

Noch einmal stelle ich klar: Im Gegensatz zu anderen Ländern wird es in Österreich keine Sozialdemontage geben! Und die widersprüchliche Kritik an dieser Reform — den einen war sie zu weitgehend, den anderen zuwenig — ist für mich nur eine Bestätigung ihrer Ausgewogenheit. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Die Umweltpolitik bildete den dritten und besonders bedeutsamen Schwerpunkt der bisherigen Regierungsarbeit. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang zunächst einen kurzen historischen Rückblick.

Wir alle müssen, wenn wir ehrlich sind, zugeben, daß das Ausmaß der tatsächlichen Umweltbedrohung Jahrzehnte hindurch unterschätzt wurde. Noch zu Beginn der siebziger Jahre hat es in Österreich nur ein wenig entwickeltes Umweltbewußtsein gegeben, und es ist ja bezeichnend, daß die Gründung des Umweltministeriums selbst in diesem Haus zunächst nicht unbestritten gewesen ist. Heute gibt es kaum ein anderes politisches Thema, das die Köpfe und die Herzen der Menschen mehr bewegt als die Fragen des Umweltschutzes.

Diese Bundesregierung ist sich der Tragweite ihrer umweltpolitischen Verantwortung voll und ganz bewußt. Ich habe den Kampf gegen das Waldsterben, den Kampf gegen Wasser- und Luftverschmutzung, den Kampf

gegen Naturzerstörung und Umweltbedrohung als die Herausforderung unserer Zeit, als nationales Anliegen schlechthin bezeichnet. Es ist unsere Aufgabe, meine Damen und Herren, es ist unsere moralische Verpflichtung, Umweltsünden vergangener Jahrzehnte zu korrigieren und eine möglich gewordene Umweltkatastrophe abzuwenden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir haben daher als erste Bundesregierung in diesem Land eine umfassende umweltpolitische Gesamtkonzeption entwickelt und eine Fülle sehr konkreter, ich betone konkreter, weitreichender und tiefgreifender Maßnahmen verwirklicht.

Ich darf in diesem Zusammenhang sagen, daß wir uns sehr bemühen werden und sehr bemüht haben, die notwendigen Schritte zu unternehmen. Wir haben ein Zehnjahresprogramm zur Rettung unserer Flüsse und Bäche entwickelt. Mit einem Gesamtkostenaufwand von mehr als 70 Milliarden Schilling werden alle Flüsse die Wassergütekategorie I oder II erreichen. In einer planvollen Kooperation mit Wissenschaft und Technik, mit den Ländern, den Gemeinden und der Wirtschaft sind wir daran gegangen, dieses ehrgeizige, für Europa beispielgebende Programm zu verwirklichen. In diesem Jahr bereits werden an die 10 Milliarden Schilling in eine bessere Wasserqualität unserer Fließgewässer, in Kläranlagen und betriebliche Abwasseranlagen investiert. Daß Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherung keinen Gegensatz bilden müssen, dokumentiert gerade dieses Programm: es schafft 30 000 Dauerarbeitsplätze. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Den zweiten umweltpolitischen Schwerpunkt bildet der Kampf gegen Waldsterben und Luftverschmutzung. Es ist ein zäher, auf verschiedensten Ebenen mit vielen verschiedenartigen Maßnahmen zu führender Kampf. Wir haben für eine Vielzahl gefährlicher Schadstoffe, wie Schwefeldioxyd, Fluorwasserstoff, Ammoniak oder Chlor, neue, wesentlich schärfere Schadstoffgrenzwerte festgelegt. In einem exakt festgelegten Stufenplan wurden sämtliche Neu- und Altanlagen, deren Leistung mehr als 2 Megawatt beträgt, erfaßt. In der Zweiten Durchführungsverordnung zum Dampfkessel emissionsgesetz — das seinerzeit bekanntlich nicht mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen werden konnte — haben wir die Grenzwerte für Schwefeldioxyd von 850 Milligramm pro Kubikmeter auf 400 Milligramm pro Kubikmeter gesenkt und sehen im Gleichschritt mit neuen techno-

**Bundeskanzler Dr. Sinowatz**

logischen Entwicklungen weitere Verschärfungen vor.

Wir haben erstmals Emissionsbegrenzungen für Stickoxyde festgelegt, erstmals auch Emissionsgrenzwerte für Müllverbrennungsanlagen, erstmals auch Altanlagen in diese Verordnungen einbezogen und erstmals auch konkrete Auflagen für die Sanierung alter kalorischer Kraftwerke erteilt. Wir sind entschlossen, die umweltfeindliche Nachkriegsgeneration kalorischer Kraftwerke durch moderne, umweltfreundliche Formen der Energiegewinnung, insbesondere durch Wasserkraftwerke, zu ersetzen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Mit 1. Juli dieses Jahres — und auch das ist ein sehr wesentlicher Beitrag im Kampf gegen das Waldsterben — wird der Schwefelgehalt von Heizöl/schwer auf 2 Prozent gesenkt, und ab 1. Jänner 1985 wird ein Fünftel der Heizöl/schwer-Gesamtproduktion — das sind rund 200 000 Tonnen — mit einem Schwefelgehalt von nur mehr 1 Prozent ausgeliefert. *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Auch bei Diesel wurde der Schwefelanteil erheblich reduziert, und beim Heizöl/leicht ist eine Schwefelgehaltreduktion um 50 Prozent vorgesehen.

Weiters beabsichtigen wir, im Gleichschritt mit der Bundesrepublik Deutschland ab 1986 neue Abgasvorschriften und Schadstoffgrenzwerte für Kraftfahrzeuge zu erlassen und die Verwendung von Katalysatoren in neu zugelassenen Kraftfahrzeugen gesetzlich vorzuschreiben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Bereits jetzt haben wir vorgesorgt, daß ab diesem Zeitpunkt bleifreies Benzin zur Verfügung steht. Schon im Vorjahr begrenzten wir den Bleigehalt im Kraftstoff auf 0,15 Gramm pro Liter und reduzierten wir den Benzolgehalt auf 5 Volumenprozent. Wir sind zuversichtlich, durch all diese Maßnahmen eine beträchtliche Reduktion der Schadstoffemission bei Kraftfahrzeugen bis Anfang der neunziger Jahre zu erreichen.

Die Bundesregierung hat aus guten Gründen der Ursachenerforschung des Waldsterbens eine forschungspolitische Priorität zugewiesen. In einer Reihe von Forschungsvorhaben werden die Fragen der Bioindikation von Waldschäden, ihre Früherkennung und die Erarbeitung verlässlicher schadensdiagnostischer Kriterien flächendeckend in ganz Österreich erforscht.

Hohes Haus! Wir haben dem Waldsterben und der Luftverschmutzung den Kampf ange-

sagt! Und wir sind überzeugt, diesen Kampf erfolgreich zu führen und letztlich zu gewinnen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Die Umweltoffensive dieser Bundesregierung ist mit hohem Verantwortungsbeußtsein, Sachkenntnis und Wirklichkeitsinn vorbereitet worden. Schritt für Schritt wird sie jetzt in die Tat umgesetzt. Parallel zu all den neuen gesetzlichen Bestimmungen, Verordnungen und Vorschriften haben wir aber auch ein wirkungsvolles Instrumentarium entwickelt, um unserer Wirtschaft den notwendigen Umstellungsprozeß zu erleichtern. Denn diese Bundesregierung will Umweltpolitik nicht gegen, sondern mit der Wirtschaft machen! Daher haben wir den Umweltfonds geschaffen, um der Wirtschaft die Umstellung auf umweltfreundliche Technologien zu erleichtern, um den Einbau zusätzlicher Filteranlagen, die Errichtung von Pilot- und Referenzanlagen zu fördern und um günstige Kredite zu ermöglichen.

Dieser Umweltfonds ist zunächst mit 500 Millionen Schilling ausgestattet, aber wir sind entschlossen — ich betone: wir sind entschlossen —, diesen Betrag noch wesentlich zu erhöhen, wenn dies erforderlich sein sollte. Keine vernünftige umweltrelevante Investition soll daran scheitern, daß etwa die Mittel des Umweltfonds zu gering sind.

Über den Umweltfonds wollen wir in den nächsten fünf Jahren Umweltinvestitionen im Ausmaß von 30 bis 40 Milliarden Schilling ermöglichen, und ich bin überzeugt, daß dies sinnvolle, für die Zukunft Österreichs gute Investitionen sind! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Weiters, meine Damen und Herren, wird die bestehende Investitionsprämie im Falle von umweltrelevanten oder energiesparenden Investitionen um 50 Prozent erhöht. Auch das ist konkrete Umweltpolitik und der Beweis, daß Umweltgesinnung und Verständnis für wirtschaftliche Erfordernisse keinen Gegensatz bilden müssen.

Wir haben noch eine Reihe weiterer, sehr konkreter Maßnahmen entwickelt, die ich jetzt nur cursorisch anführen, aber schon in den nächsten Wochen und Monaten näher vorstellen möchte. Wir wollen die Verankerung des Umweltschutzes in der Verfassung erreichen, wir wollen Aspekte des Umweltschutzes und des Energiesparens in den Elektrizitätswirtschaftsgesetzen verankern und wir bereiten auch gesetzliche Maßnahmen für die Gründung einer österreichischen Umweltpolizei vor. Und schließlich haben wir die

**Bundeskanzler Dr. Sinowatz**

Erarbeitung eines Investitionsprogramms im Bereich der Bundesbahnen in Angriff genommen, um die Entlastung der Straße vom Schwerverkehr zu ermöglichen.

Hohes Haus! Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang auch einige Feststellungen zur aktuellen Kraftwerksdiskussion. (*Abg. Dr. Graff: Wie wär's mit einem Energiekonzept?*) Auch das werden Sie bekommen, Herr Abgeordneter Graff, aber nicht deswegen, weil Sie das jetzt anführen, sondern weil die Regierung das vorbereitet! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenrufe der Abg. Dr. Graff und Dr. Marga Hubinek.*)

Wir werden, meine Damen und Herren, bei aller Bereitschaft, auch in der Energiepolitik umzudenken, bei aller Bereitschaft, Energie zu sparen und alternative Ideen zu würdigen, auch in Zukunft auf Großkraftwerke nicht gänzlich verzichten können. Ich sage das in aller Deutlichkeit. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Österreich ist ein industriell hochentwickeltes Land, und wir benötigen auch in Zukunft eine gesicherte, auf unsere wirtschaftlichen Erfordernisse abgestimmte Energieversorgung. Und wenn wir umweltfeindliche Energie durch umweltfreundliche Energie substituieren wollen, wenn wir alte umweltfeindliche Kraftwerke der Nachkriegsgeneration stilllegen wollen, dann werden wir auf den Ausbau der Wasserkräfte, die unbestritten umweltfreundlichste Form der Energiegewinnung, nicht verzichten können. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Daher bekenne ich mich, auch wenn dies die an sich logische, von der Zielsetzung her natürliche Koalition zwischen Umweltbewegung und Bundesregierung vor eine zeitweilige Bewährungsprobe stellen mag, zum Ausbau der Wasserkräfte und auch zur Errichtung eines Donaukraftwerkes im Raume von Hainburg, vorausgesetzt, daß das Trinkwasser im Großraum Wien nicht gefährdet wird, daß alle wasserrechtlichen Auflagen erfüllt werden können, daß die Heilquellen von Deutsch-Altenburg gesichert sind und daß die naturschutzrechtliche Bewilligung der Niederösterreichischen Landesregierung erteilt wird.

Hohes Haus! Ich möchte die Gelegenheit benützen, auch zu weiteren aktuellen Kraftwerksprojekten die Haltung der Bundesregierung klarzustellen. — Im übrigen war die Bundesregierung die Stelle, die hier immer klare und eindeutige Antworten gegeben hat und sich nicht verschantzt hat hinter irgendwelchen Bemerkungen. (*Beifall bei SPÖ und*

*FPÖ. — Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Was die Staustufe Wien betrifft, so erachte ich es als notwendig, daß bereits jetzt alle Vorarbeiten gewissenhaft begonnen werden. (*Abg. Dr. Graff: Na endlich!*) Wir warten bei unserer Arbeit in der Regierung nicht auf Sie, Herr Abgeordneter Graff, wir wissen selbst, was notwendig ist, und wir haben es auch gezeigt, daß wir das können! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Graff: ... schon im August vorigen Jahres!*)

Wir dürfen nicht vergessen, daß dieses Kraftwerk mit einer Leistung von zirka 1 000 Gigawattstunden pro Jahr eines der letzten noch möglichen, auch ökologisch unbedenklichen Großprojekte darstellt.

Was das seit mehreren Jahren diskutierte Kraftwerk Dorfertal betrifft, so möchte ich in aller Klarheit feststellen: Die Bundesregierung bekennt sich zu diesem Projekt, möchte es aber aus umweltpolitischen Gründen vermeiden, daß auch die Obere Isel in dieses Projekt einbezogen wird. Es werden daher ernsthaft und gewissenhaft Varianten geprüft, die dem entsprechen — auch im Hinblick auf die vorgesehenen Änderungen der Elektrizitätswirtschaftsgesetze oder der verschärften Umweltgesetzgebung. Ein abschließender Bericht dieser Prüfung wird im Juli dieses Jahres vorliegen.

Nun zum Kraftwerk Zwentendorf. Ich habe bereits mehrmals erklärt, daß auf Grund der stattgefundenen Volksabstimmung, des danach beschlossenen Atomsperrgesetzes und einer gerade in dieser Frage äußerst sensibilisierten Öffentlichkeit eine Inbetriebnahme nur dann erfolgen kann, wenn gleichsam ein nationaler Konsens der im Parlament vertretenen Parteien erfolgt und eine neuerliche Volksabstimmung eine Mehrheit für die Inbetriebnahme ergibt. Ich möchte aber gerade an dieser Stelle auch darauf verweisen, daß das Kernkraftwerk Zwentendorf bisher fast 10 Milliarden Schilling gekostet hat und daß im Falle einer Nichtinbetriebnahme diese Milliarden als verlorener Aufwand zu betrachten wären.

Ich habe mich persönlich immer für die friedliche Nutzung der Kernenergie ausgesprochen — und ich mache das auch von dieser Stelle aus in aller Klarheit —, so wie die Nutzung in mehr als 100 Staaten, darunter auch in allen unseren Nachbarstaaten, geschieht, ich bin aber nicht bereit, eine Inbetriebnahme weiterzuverfolgen, wenn dieser

**Bundeskanzler Dr. Sinowatz**

politische Konsens nicht erreichbar wäre. Jedenfalls wird diese Frage noch heuer zu entscheiden sein.

Hohes Haus! Die Bundesregierung hat sofort nach ihrer Angelobung vor einem Jahr ihre Arbeit aufgenommen und schon im ersten Viertel ihrer Funktionsperiode viele Aufgaben, die in der Regierungserklärung vorgesehen waren, aufgegriffen, realisiert oder deren Bewältigung in die Wege geleitet. Ich hebe neben den bereits angeführten einige weitere heraus, muß aber festhalten, daß es sich dabei nur um eine sehr unvollständige Aufzählung handeln kann.

Im Zuge der angekündigten Aufstockung der Investitionsmittel von Bahn und Post etwa werden allein im heurigen Jahr rund 23 Milliarden Schilling für die Modernisierung des österreichischen Verkehrs- und Kommunikationswesens zur Verfügung stehen. Das bedeutet für das Jahr 1984 gesicherte Arbeitsplätze für mehr als 50 000 Österreicher in der privaten und verstaatlichten Wirtschaft.

Durch die bereits verabschiedete Novelle zum ÖBB-Gesetz hat die Bundesregierung sichergestellt, daß in Zukunft die wichtigsten Funktionen dieses Unternehmens öffentlich ausgeschrieben und nur mehr auf Zeit vergeben werden.

In einer Woche tritt der Verkehrsverbund Ostregion in Kraft, der 40 Prozent aller Österreicher zugute kommen wird. Die Benützer der öffentlichen Verkehrsmittel in dieser Region ersparen sich allein durch diese Maßnahme jährlich Fahrtkosten in der Höhe von 131 Millionen Schilling.

Seit Beginn der Tätigkeit dieser Bundesregierung sind in Österreich neuerlich rund 102 000 zusätzliche Telefonanschlüsse hergestellt worden, wobei der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit der Post im Ausbau des Telefonnetzes im ländlichen Raum liegt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Mit dem heurigen Jahr ist das von der Bundesregierung angekündigte Bergbauern-Sonderprogramm angelaufen. Allein im heurigen Jahr werden rund 60 000 Bergbauernbetriebe rund 500 Millionen Schilling an Direktzuschüssen erhalten. *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Durch die von der Bundesregierung eingeleitete Exportoffensive konnten im Rahmen der Agrarexporte die Rinderexporte im ersten

Quartal des heurigen Jahres um mehr als ein Viertel gesteigert werden, der Rindfleischexport sogar um mehr als die Hälfte. Insgesamt — darauf, meine Damen und Herren, möchte ich hinweisen — wird heuer der Absatz landwirtschaftlicher Produkte mit 4,6 Milliarden Schilling vom Bund subventioniert werden.

Durch die Änderung der Ärztesetznovelle wurde der Bettenschlüssel von 1 zu 30 auf 1 zu 20 gesenkt; damit wurden weitere Ausbildungsplätze zum praktischen Arzt geschaffen.

Die angekündigte Regierungsvorlage eines Studentenheimgesetzes liegt im Nationalrat, ein Museumskonzept wurde ausgearbeitet. Der versprochene Ausbau der Universitäten und Kunsthochschulen wurde fortgesetzt, das gesamte Investitionsvolumen umfaßt derzeit Maßnahmen von rund 6 Milliarden Schilling.

Auch auf dem Gebiet der Schulpolitik kam es unter anderem zur Neuordnung der Pädagogischen Institute, die eine bessere Organisation der Lehrerbildung und Lehrerfortbildung bringt. Eine interministerielle Kommission hat ein Modell für die Ausbildung der Lehrer an den allgemeinbildenden höheren Schulen entwickelt. Die innere Schulreform wurde fortgesetzt. 1 600 qualifizierte Junglehrer konnten durch den Abbau von Überstunden angestellt, fast 250 im Bereich der Erwachsenenbildung untergebracht werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Die Schulbuchaktion ist ohne Qualitätsverlust billiger geworden. Nach ersten Berechnungen wurden in diesem Schuljahr um 115 Millionen Schilling weniger Bücher bestellt.

Meine Damen und Herren! Das Bundesministerium für Inneres hat ein umfassendes bundesweites Bürgerservice aufgebaut. Neue Informations- und Beratungsstellen wurden eingerichtet, nachgeordnete Dienststellen sind angewiesen, dem rat- und hilfesuchenden Bürger rund um die Uhr zur Verfügung zu stehen. Das neugeschaffene Referat „Bürgerdienst“ nimmt Kritik und Beschwerden, Anregungen und Fragen aus der Bevölkerung entgegen. Der Innenminister ist persönlich von Montag bis Freitag jeweils eine Stunde für jedermann telefonisch erreichbar.

Zu diesem „Bürgerservice“ gehören auch die Kontaktbeamten der Bundespolizei, deren Zahl vermehrt und deren Ausbildung neu gestaltet wurde, sowie die kriminalpolizeilichen Beratungsdienste. *(Abg. Graf: Wir*

**Bundeskanzler Dr. Sinowatz**

*werden jetzt gleich anrufen!)* Ich weiß, daß Sie die Bürger offensichtlich nicht besonders interessieren, weil dieser Bürgerdienst nicht Ihr Interesse findet. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Seit 1. Jänner 1984 gibt es erstmals in der Geschichte der österreichischen Gendarmerie weibliche Beamte, die insbesondere dort eingesetzt werden sollen, wo es um Gewalt gegen Frauen geht. Und erst vor kurzem haben Jugendkontaktbeamte ihre Tätigkeit aufgenommen.

Um die Kriminalität wirksamer bekämpfen zu können, wurden ab Herbst 1983 in allen Bundespolizeidirektionen die Fußpatrouillen wesentlich verstärkt. Ein neues Journaldienstschema bei der Gendarmerie ermöglicht seit Jänner 1984 eine beträchtliche Erhöhung der Außendienststunden der Gendarmenbeamten.

Diese Maßnahmen sowie eine bessere technische Ausstattung der Exekutive haben zweifellos dazu beigetragen — deswegen sage ich das so ausführlich —, daß im zweiten Halbjahr 1983 die Zahl der strafbaren Handlungen zurückgegangen ist. Die Aufklärungsquote ist gestiegen. Mit gutem Grund können wir sagen: Österreich ist wieder sicherer geworden! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Im Bereich des Privilegienabbaus wurden einvernehmlich folgende Maßnahmen verwirklicht:

Alle Doppelabfertigungen wurden gestrichen.

Das Auslagenpauschale, früher steuerfrei, ist nun voll zu versteuern.

Die Anspruchsfrist für die Abfertigung von Abgeordneten wurde verlängert. Der Höchstanspruch wird nun erst nach 15 Mandatsjahren erreicht.

Beamte sind während der Ausübung eines Mandates nicht mehr wie früher bei vollen Bezügen dienstfrei gestellt, sondern haben grundsätzlich bei gekürztem Gehalt ihren Beruf weiter auszuüben.

Die Rechtsreform und stetige Verbesserung der Rechtsverwirklichung wurden fortgesetzt. So wird der Entwurf eines modernen Arbeits- und Sozialgerichtsgesetzes bereits im Parlament beraten. Ebenfalls bereits im Parlament liegen der Entwurf eines Rechtsfürsorgegesetzes für psychisch Kranke, der Entwurf

eines zeitgemäßen Jugendgerichtsgesetzes und eine wichtige Novelle zum Suchtgiftgesetz. Ein Initiativantrag der Regierungsparteien, mit dem erstmals Aufbau, Organisation und Tätigkeit der Staatsanwälte, vor allem aber das Problem des Weisungsrechtes umfassend gesetzlich geregelt werden sollen, wurde am 10. Mai eingebracht. Ein Strafrechtsänderungsgesetz, in dem schärfere Bestimmungen gegen Kindesmißhandlungen und eine wirksamere Bekämpfung der Korruption enthalten sind, kommt ins Hohe Haus, sobald die dazu vorliegenden Stellungnahmen eingearbeitet sind.

So wie vorgesehen, wurde im Hinblick auf die Bedeutung von Familie und ihrer sozialen Umwelt das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz mit 1. Jänner 1984 eingerichtet. Um die Finanzierung der Familienförderung in Zukunft zu sichern, wurde der Betrag, den der Finanzminister anstelle der seinerzeitigen Kinderabsetzbeiträge aus der Lohn- und Einkommensteuer an den Familienlastenausgleichsfonds zu überweisen hat, von 7,2 auf 10,5 Milliarden Schilling erhöht.

Im März 1984 kam es zur Auszahlung einer zusätzlichen Familienbeihilfe von 1 000 S pro Kind ab dem dritten Kind sowie zur Einführung einer Soforthilfe für Familien in besonderen Notlagen, wofür 20 Millionen Schilling bereitgestellt wurden. Vom Schuljahr 1984/85 an werden im Rahmen der Schulbuchaktion für schwerstbehinderte Kinder auch therapeutische Lernmittel unentgeltlich abgegeben.

Alle diese Maßnahmen und viele andere noch dazu wurden in nur einem Jahr gesetzt, und das ist wohl die beste Antwort auf die Vorwürfe jener, die dieser Bundesregierung Untätigkeit vorwerfen. Nein! Diese Bundesregierung — ich sage das mit Selbstbewußtsein — hat in schwieriger Zeit einen beachtlichen Teil ihres Programms verwirklicht. *(Lebhafter Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe die Regierungserklärung vor einem Jahr mit den Sätzen geschlossen — ich zitiere —: „Wir haben in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, daß es immer leichter wird, etwas zu verhindern...“ *(Abg. Dr. Graff: Steuerreform!)* „daß es immer leichter wird, etwas zu verhindern“ — nicht zuletzt durch Ihre Einstellung zur Politik, Herr Abgeordneter Graff! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Ich halte es für sehr wichtig, daß wir das feststellen, weil das etwas ist, was für die Politik der

**Bundeskanzler Dr. Sinowatz**

Gegenwart von größter Bedeutung ist, meine Damen und Herren, auch wenn Sie noch so darüber lachen. *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich wiederhole: „Wir haben in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, daß es immer leichter wird, etwas zu verhindern, und immer schwerer, etwas zu verwirklichen. Wir sollten deshalb mit aller Kraft ausbrechen aus einer Situation des selbstgerechten Immobilismus, des destruktiven Negativismus und des sterilen Kulturpessimismus. Wir sagen nein zu einer Haltung des Kleinmuts, des bloßen Neinsagens und der Ängstlichkeit. Und wir sagen ja zu solidarischer Anstrengung und Leistungsbereitschaft, zum Glauben an die Leistungsfähigkeit einer freien Gesellschaft und an die Zukunft unseres Landes.“ — Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren, glauben Sie mir: Ich stehe heute, ein Jahr später, nach wie vor zu diesen Grundsätzen. Und sie haben sich auch als richtig erwiesen. Wir haben auf billigen Opportunismus und unrealistische Versprechungen verzichtet. Wir haben nicht das gemacht, was gut zu verkaufen wäre, sondern das, was im Interesse unseres Landes und seiner Menschen notwendig ist. Wir haben uns von diesem Weg auch nicht dadurch abbringen lassen, daß unpopuläre Maßnahmen zu kurzfristigen politischen Rückschlägen führen können.

Aber heute steht fest: Der Weg war richtig. Wir sind angetreten in einer Zeit der Depression und können heute sagen, daß wir das Ärgste überwunden haben, daß es wirtschaftlich wieder aufwärts geht! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Daß Österreich heute eine soviel bessere Ausgangsbasis hat als viele weit größere Industriestaaten, daß wir unser Budget im Griff haben, daß unsere Exporte enorm wachsen, daß unsere Leistungsbilanz heuer so gut sein wird wie nie zuvor, vor allem aber, daß wir das Elend der Massenarbeitslosigkeit von diesem Lande fernhalten konnten, das ist der Arbeit dieser Bundesregierung zuzuschreiben, und wir sind stolz darauf. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Und so können wir den Österreichern sagen, daß wir die Zeit der längsten Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges so bewältigt haben, daß wir auf der Überholspur geblieben sind und heuer — was die vier klassischen Anforderungen einer gesunden Wirtschaftspolitik: Wachstum,

Preisstabilität, Beschäftigung und Zahlungsbilanz betrifft — insgesamt im Weltmaßstab im vordersten Spitzenfeld liegen werden. *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Dazu haben wir die Budgetkonsolidierung eingeleitet, das Sozialsystem abgesichert und neue Perspektiven einer für Europa beispielhaften Umweltpolitik eröffnet. Im Gegensatz zu anderen Ländern wurde der soziale Frieden trotz Krise gewahrt, und unser Ruf in der ganzen Welt kann wohl als beispielhaft bezeichnet werden. *(Erneuter Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir, die Bundesregierung, haben den Weg der politischen Seriosität gewagt: Wir haben ja gesagt, wenn wir ja meinten — und nein, wenn wir nein sagen wollten. Wir haben uns nicht um klare Aussagen gedrückt, wir haben niemals „jein“ gesagt, nur weil keinen Standpunkt zu haben mitunter am bequemsten ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Jetzt gilt es, den Aufschwung zu sichern und zu nützen! Wir setzen daher die Politik der Budgetkonsolidierung fort, es wird aber keine Steuererhöhungen geben. Wir werden die zu hohe Inflationsrate absenken und sehr achtsam bei der Tarifpolitik sein. Mit den Wirtschaftspartnern wollen wir eng zusammenarbeiten.

Den Weg der Strukturverbesserung unserer Industrie werden wir fortsetzen, aber mit sozialen und regionalpolitischen Begleitmaßnahmen erleichtern.

So werden wir die materielle Grundlage schaffen für alles, was in dieser Zeit zur Gestaltung der Zukunft notwendig erscheint. Nur so werden wir die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft bewältigen und unseren jungen Menschen bei der Realisierung ihrer Vorstellungen von der Welt von morgen helfen.

Mit voller Kraft und in der Überzeugung, daß es zu ihrer Politik keine echte Alternative gibt, wird daher diese Regierung weiterarbeiten. Hoffnungen, diese Koalition werde vorzeitig auseinanderfallen, sind müßig. Wir haben im ersten Jahr unter schwierigsten Bedingungen gute Arbeit geleistet, aber es gibt noch viel zu tun. Wir werden dabei an unserem Kurs der Vernunft und der Seriosität festhalten. In diesem Sinne will ich wie in der Regierungserklärung auch heute die Österreicherinnen und Österreicher aufrufen: Arbeitet mit an einem Österreich, das sich

**Bundeskanzler Dr. Sinowatz**

wahrhaftig sehen lassen kann! (*Anhaltender lebhafter Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 10.56

**Präsident:** Es liegt mir das Verlangen gemäß § 81 der Geschäftsordnung vor, über diese Erklärung sogleich eine Debatte durchzuführen. Wird gegen den Zeitpunkt Einwendung erhoben? — Es ist dies nicht der Fall.

Wir gehen sogleich in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Mock.

10.57

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe gelegentlich den Eindruck: Je größer die Schwierigkeiten der Bundesregierung sind, umso stärker ist der Beifall der sozialistischen Fraktion. Das hat man auch schon in den vergangenen Jahren gesehen. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Schranz: Bei euch war der Beifall immer schwach! — Weitere Zwischenrufe.*)

Sie haben bewiesen, Herr Abgeordneter Schranz, daß Sie zu allem Beifall klatschen. Als der so unglückliche Finanzminister Salcher vor zwei Jahren verkündet hat, die Sozialversicherungsbeiträge werden zur Sicherung der Arbeitsplätze besteuert, haben Sie heftig Beifall geklatscht, und als er zwei Monate später verkündet hat, sie werden nicht besteuert, haben Sie auch Beifall geklatscht. Das ist Ihr Demokratieverständnis. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Schranz: Einer Ihrer zahlreichen Irrtümer!*)

Herr Bundeskanzler! Sie haben in einer sehr demütigen Weise verkündet, daß Ihre Auflistung von Zielsetzungen und Problemen nur sehr unvollständig sei. Ich werde mich bemühen, dem Mangel etwas abzuhelpen.

Vor allem haben Sie auf eines vergessen, was nicht nur in diesem Parlament, im Nationalrat, immer wieder registriert wurde, sondern was auch das Empfinden der Öffentlichkeit über Ihr erstes Arbeitsjahr ist: daß dieses erste Arbeitsjahr der Regierung Sinowatz — Steger vor allem ein Jahr der Belastungen für die österreichische Bevölkerung bedeutet hat. Noch nie, meine Damen und Herren, wurden in so kurzer Zeit so viele neue Steuern und Abgaben auf die österreichische Bevölkerung abgeladen, wie das im ersten Jahr der sozialistischen Koalitionsregierung der Fall war. (*Staatssekretär Dkfm. Bauer: O doch: 1967—1968!*) Da müssen Sie halt zählen, Herr Staatssekretär. Sie müssen halt zählen kön-

nen. Schauen Sie sich die Statistik an! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich würde mir überhaupt solche Zwischenrufe ein bißchen überlegen. Sie haben gestern in einer wirklich bemühten Weise zu verteidigen versucht, warum der Bundeskanzler die große Steuerreform abgesagt hat. Heute hat er mehr oder weniger erklärt, sie werde doch fortgeführt. Es wird nicht anerkannt, wenn Sie sich so sehr für den Herrn Bundeskanzler engagieren, lieber Herr Staatssekretär. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Wenn ich das von diesem Ergebnis her betrachte, ist die Bilanz belastend und sehr schwerwiegend. Wenn ich mir die Bilanz unter dem Gesichtspunkt der gelösten Probleme oder der nur in Angriff genommenen Probleme ansehe — ich verweise auf die gestern von Ihnen offiziell abgesagte große Steuerreform; wie das heute aussieht, weiß man nicht ganz genau —, so kann ich unter Bezugnahme auf die fortgesetzte Verschwendungspolitik nur sagen mit dem berühmten Zitat vom babylonischen Gastmahl des Königs Belsazar: Ihre Arbeit ist gezählt, gewogen und zu leicht befunden worden, Herr Bundeskanzler! (*Beifall bei der ÖVP.* — *Zwischenruf des Abg. Braun.*) Herr Abgeordneter Braun, lassen Sie mich doch ausreden. (*Abg. Braun: Wenn man ein so schlechtes Augenmaß hat wie die ÖVP!*) Herr Abgeordneter Braun! Ich verlasse mich auf das Augenmaß der Wähler, und diese haben uns im letzten Jahr gezeigt, wo es richtig langgeht. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.* — *Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Herr Bundeskanzler, da Sie von der EFTA-Ministerkonferenz berichteten, sei gesagt: Ich kann mir vorstellen, daß die EFTA-Ministerpräsidenten Ihrer Politik leichter die Zustimmung geben als die Österreicher. Das hat sich im letzten Jahr gezeigt. Die Österreicher leiden nämlich unter Ihrer Politik! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Gezählt, gewogen und zu leicht befunden: Meine Damen und Herren, das gilt für den Inhalt, aber auch für den Stil Ihrer Politik!

Was den Inhalt anbelangt, möchte ich folgendes ausführen: Wir werden auf Ihre Argumente eingehen, Herr Bundeskanzler. Ich hoffe, daß Sie auch auf unsere Argumente eingehen werden. Sie haben gesagt: Wir haben den richtigen Weg beschritten, den Weg der Konsolidierung der Staatsfinanzen, den Weg des Strukturwandels und den Weg

**Dr. Mock**

einer langfristigen Sicherung unseres Lebensstandards.

Herr Bundeskanzler! Alle drei Wege wären richtig, nur leider sind sie von Ihnen nicht beschritten worden. Sie haben kein zukunftsweisendes Sanierungskonzept für das Budget ausgearbeitet. Sie haben nur wieder 30 Milliarden Schilling Mehrbelastungen auf ein Jahr, maximal auf zwei Jahre verfügt, Sie haben das Budgetdefizit bei 95 Milliarden Schilling bestenfalls stabilisiert, aber am Ende Ihrer Regierungszeit — voraussichtlich im Jahre 1987; so sicher ist das ja nicht mehr — wird das Budgetdefizit um weitere 40 Milliarden Schilling auf 130 oder 135 Milliarden Schilling angehoben sein. Das sage ich Ihnen heute, auch wenn mir der Herr Finanzminister widerspricht. Er hat ja seinerzeit schon bezüglich der Prognosen der ÖVP gesagt, die Experten sollten sich ihr Lehrgeld zurückzahlen lassen, und hat dann seine eigenen Werten verspielt. Es gibt leider kein Budgetsanierungskonzept, weil Sie der zentralen Aufgabe ausgewichen sind, nämlich bei den unproduktiven Ausgaben endlich einzusparen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Ihr zweites Argument: Sie haben den Weg des Strukturwandels beschritten. Meine Damen und Herren, genau das Gegenteil haben Sie gemacht! Sie haben Verlustbetriebe prämiert und falsche Strukturen zementiert. Nicht Subventionen brauchen wir, Herr Bundeskanzler, sondern Investitionen! Das ist unsere andere Politik, die wir immer wieder vorstellen. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Sie verweisen stolz darauf, Herr Bundeskanzler, Sie hätten zur österreichischen Wirtschaftsbelebung 17 Milliarden Schilling ausgegeben. Aber in einem Paket haben Sie beschlossen, den Österreichern 30 Milliarden Schilling wegzunehmen. Das ist Ihr sozialistischer Weg! Es ist eine schlechte Bilanz, wenn Sie das sogar von der Regierungsbank auszugeben müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie steht es denn mit der Sicherung des Lebensstandards, Herr Bundeskanzler? — Das Realeinkommen der Pensionisten wird auch in den nächsten Jahren um 1,5 Prozent sinken. Die Lohnerhöhungen belaufen sich auf durchschnittlich 4,5 Prozent, die Inflationsrate beträgt über 5 Prozent. Von einer Sicherung des Lebensstandards kann also nicht die geringste Rede sein. Das gilt auch für andere Feststellungen.

Was den Stil Ihrer Ausführungen anbe-

langt: Meine Damen und Herren, der Bundeskanzler stellte vor dem Nationalrat mit Pathos fest: Die Bundesregierung hat sofort nach ihrer Angelobung vor einem Jahr ihre Arbeit aufgenommen. *(Abg. Mühlbacher: Richtig!)* — Ja bitte, was hätte sie sonst machen sollen, Herr Präsident Mühlbacher? *(Beifall bei der ÖVP.)* Ein Zyniker würde sagen: Wenn sie gleich in Urlaub gegangen wäre, so wäre das den Österreichern billiger gekommen. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf bei der SPÖ: In der Regierung Klaus war das nicht so selbstverständlich!)*

Sie stellen weiters fest, Herr Bundeskanzler: Wir haben ja gesagt, wenn wir ja meinten, und nein, wenn wir nein sagen wollten. Das ist entweder eine banale Selbstverständlichkeit oder eine Kritik an Ihrem Amtsvorgänger. Sie können es sich aussuchen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Ein altes Thema, wo ich Ihrer Auffassung bin, man sollte es nicht polemisch behandeln, ist der Privilegienabbau. Sie berühren sich hier, Sie hätten die Doppelabfertigungen bei Politikern beseitigt. Meine Damen und Herren! Im März 1983 wurde unser Antrag auf Beseitigung der Doppelabfertigungen von den Sozialisten niedergestimmt, und als zwei Monate später drei sozialistische Minister mit der Doppelabfertigung in Pension gegangen sind, haben wir das gemeinsam beschlossen. So schaut Ihr Privilegienabbau aus! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Marsch: Herr Kollege Mock! Sie haben die Abfertigung noch bekommen!)* So billig kann man sich das nicht machen, Herr Abgeordneter Marsch! So billig kann man sich das nicht machen. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Abg. Marsch: Das ist Demagogie: Einstecken und dann dagegen sein! — Abg. Graf: So hören Sie doch zu, Herr Marsch! Sie können nicht einmal zuhören! Wo ist Ihr Demokratieverständnis? Hören Sie wenigstens zu! — Abg. Marsch: Sie haben sie 1970 bekommen! — Abg. Graf: Sie sind nicht einmal fähig, jemandem zuzuhören, Sie Patentdemokrat! — Abg. Marsch: Schweigen Sie! Schämen Sie sich! — Abg. Graf: Warum soll ich denn schweigen? Sie sollen dem Mock zuhören! Sie hören ihm ja nicht einmal zu! Herr Abgeordneter Steger, schwätzen Sie nicht dauernd, seien Sie ein Demokrat, hören Sie ihm zu! Das ist doch lächerlich! — Abg. Marsch: Peinlich ist es Ihnen!)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Am Wort ist der Redner.

Abg. Dr. Mock *(fortsetzend)*: Das Nieder-

**Dr. Mock**

schreien eines Redners im Parlament ist nie eine Stärke, Herr Abgeordneter Marsch, ja es ist ganz gleich, wo das geschieht, das muß ich Ihnen sagen. *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Das müssen Sie Ihrem Generalsekretär sagen!)*

Herr Bundeskanzler! Zum Stil Ihrer Aussagen. Sie erklären: Wir werden diese Pensionsreform ohne Sozialabbau durchführen, und stellen dann fest: Der Gesetzentwurf sieht aber auch einen Solidaritätsbeitrag der Pensionisten vor. Solidaritätsbeitrag — das ist halt ein vornehmeres Wort für den Abbau von Sozialleistungen!

Herr Bundeskanzler! Wenn man Opfer verlangt vom Bürger, so soll man das auch offen sagen. Mit solchen „sprachlichen Turnübungen“ werden Sie weder das Parlament noch die Öffentlichkeit täuschen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie reden vom Aufschwung in Österreich, von der Steuerreform, ja, Herr Bundeskanzler, Sie haben auch vom Klima des Vertrauens gesprochen. Gerade durch diese Vorgangsweise: einmal hü, einmal hott, einmal ja, einmal nein, zerstören Sie weiter das notwendige Klima für einen Wirtschaftsaufschwung.

Das, was mit der Steuerreform geschieht, meine Damen und Herren, kommt wirklich einer Tragikomödie nahe. Das Wort „Tragik“ bezieht sich auf das österreichische Volk, denn es leidet nämlich unter der Tatsache einer nicht durchgeführten Steuerreform. Das Wort „Komödie“ betrifft den Bundesminister für Finanzen, weil er seit einem Jahr bis Anfang dieser Woche an dieser Steuerreform arbeitete und jetzt von Ihnen, Herr Bundeskanzler, desavouiert wurde. So liegen die Fakten.

Sie haben in der Regierungserklärung der Bundesregierung am 31. Mai festgestellt: Die Bundesregierung beabsichtigt daher, sehr rasch — Herr Bundeskanzler: sehr rasch! — Vorschläge für eine Steuerreform vorzulegen. *(Zwischenruf des Bundesministers Dr. Fischer.)* Diese Reform wird der Zielsetzung eines sozial gerechten, eines einfachen und eines leistungsfördernden Steuersystems verpflichtet sein. Der sozialistische ÖGB-Präsident hat in seinem harten, aber gelegentlich sympathischen Ton verkündet: Das wird durchgezogen! Er hat ebenso wie der Finanzminister an die Regierungserklärung geglaubt und steht heute ebenso verlassen da wie der Finanzminister. In den Massenmedien konnten Sie noch am Beginn dieser

Woche hören, in welche Richtung die Steuerreform gehen soll. Aber dann kommt der Herr Bundeskanzler und entscheidet: Es gibt keine Steuerreform!

Der Bundeskanzler distanziert sich von seiner eigenen Regierungserklärung, er blamiert den eigenen Finanzminister, er desavouiert den ÖGB-Präsidenten und macht die eigene Fraktion perplex.

Herr Bundeskanzler! Selbst ein Fußballverein würde diese Art der internen Auseinandersetzung nicht zulassen. Und hier geht es um die Interessen der Republik. So kann man nicht regieren! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn die kontrollierende Opposition den Finanzminister kritisiert, die Verschwendung angreift, eine andere Politik verlangt, meine Damen und Herren, dann ist das Aufgabe der kontrollierenden Opposition, dann gehört das zum demokratischen Wettbewerb. Wenn aber der eigene Bundeskanzler den Finanzminister auf Umwegen über Zeitungsinterviews demontiert, so kann ich Ihnen, Herr Finanzminister, nur einen Rat geben: Im Interesse der Selbstachtung — symbolhaft hat er sich von der Regierungsbank entfernt — sollten Sie möglichst rasch den Hut nehmen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Sie haben durch eine klare, konkludente Handlung Ihrem Finanzminister das Vertrauen entzogen. Ich möchte Ihnen mit Schillers „Taucher“ nur sagen: „Laßt, Vater, genug sein das grausame Spiel!“ Schauen Sie doch, daß die politische Tatsache, daß Sie kein Vertrauen mehr in Ihren Finanzminister haben, möglichst rasch auch Verfassungsrealität wird. Die Interessen der Republik verlangen es, daß Sie in diesem Bereich handeln.

Solche Beispiele haben wir in den letzten drei Jahren erlebt. Ich erinnere an die Vorgänge um den Vorgänger des jetzigen Herrn Finanzministers, der monatelang — via Medien — vom Regierungschef schlecht gemacht wurde, und wenn er herinnen das Wort ergriff, mußte die arme sozialistische Fraktion noch Beifall klatschen. Machen Sie Schluß mit diesem grausamen Spiel, Herr Bundeskanzler! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich erwarte schon noch von Ihnen, bei allem Respekt, Herr Bundeskanzler, eine Erklärung, wie Sie jetzt wirklich mit der Steuerreform vorgehen wollen. Auch Ihr Amtsvorgänger Dr. Kreisky gibt Ihnen den Ratschlag: Sinowatz wird den Menschen

**Dr. Mock**

erklären müssen, warum er keine Steuerreform macht. Also nicht nur die „böse“, die „jammernde“ Opposition, wie das heißt, sondern auch die Öffentlichkeit, ja auch Ihr Amtsvorgänger wartet darauf, wie es in dieser so wichtigen Frage weitergeht. — Ich hoffe, daß Sie im Laufe des Tages dazu Stellung nehmen werden.

Meine Damen und Herren! Ein Gedanke zieht sich wie ein roter Faden durch Ihre heutige Erklärung, nämlich die Feststellung: Der Aufschwung kommt! Wir haben den Aufschwung herbeigeführt. Er ist schon da. Wir haben ihn herbeigeführt. (*Abg. Mühlbacher: Ist schon da! Wollen Sie das nicht verstehen?*) Das ist durchaus entsprechend Ihrer Formulierung auch von mir so formuliert, Herr Vizepräsident, wenn ich Ihnen da behilflich sein kann.

Ich sage Ihnen: Zuallererst liegt die Quelle für den internationalen Konjunkturaufschwung, von dem Sie profitieren, in der Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten, in denen im ersten Quartal 1984 ein reales Wirtschaftswachstum von 8,3 Prozent stattgefunden hat. Ich teile übrigens die Auffassung Ihres Amtsvorgängers: Sie sollten sich auf all diese internationalen Impulse nicht zu sehr verlassen; das kann sehr kurzfristig sein. Sie sollten endlich versuchen, aus eigener, aus österreichischer Kraft heraus einen Wirtschaftsaufschwung sicherzustellen, damit wir nicht nur vom Ausland abhängig sind.

Dieser Aufschwung ist darüber hinaus das Ergebnis einer wirtschaftlichen Wachstumsrate von 5 Prozent, und zwar in allen Industriestaaten zusammengekommen. Und er ist darüber hinaus ein Ergebnis der Impulse, die wir von der Bundesrepublik Deutschland erhalten haben, die Sie ja auch in den letzten eineinhalb Jahren, seitdem es dort einen politischen Wechsel gegeben hat, immer wieder kritisiert haben.

Dieser Aufschwung, meine Damen und Herren, ist nicht zuletzt ein Ergebnis des Umstandes, daß die österreichischen Unternehmer so viel wie nur möglich — trotz Ihrer Regierungspolitik — aus den ausländischen Impulsen gemacht haben. Das heißt, Herr Vizepräsident Mühlbacher, wir haben einen Aufschwung trotz und nicht wegen der Politik dieser Bundesregierung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Damit das nicht wieder die „böartige“ Opposition ist, die das in die Welt setzt, darf ich Sie an folgendes erinnern, Herr Bundes-

kanzler: In der ihm eigenen intellektuellen Redlichkeit hat Ihr Fraktionsführer, Klubobmann Willé, im Dezember des vorigen Jahres gesagt: Ja, das Maßnahmenpaket dämpft das Wirtschaftswachstum und erhöht die Inflation. Haben Sie das schon vergessen, Herr Bundeskanzler? — Wenn ja, dann rufe ich das in Erinnerung!

Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat gemeint, es sei unbestreitbar, daß die konjunkturellen Auftriebskräfte überwiegend aus dem Ausland kommen und daß die Inlandsnachfrage nach wie vor gedämpft ist. Haben Sie das vergessen, Herr Bundeskanzler? — Wenn ja, dann rufe ich Ihnen das gleichfalls in Erinnerung.

Der Aufschwung kommt sicherlich nicht von Ihrer Belastungswelle, er kommt sicherlich nicht von den Zuschüssen und den Kündigungswellen der verstaatlichten Industrie, er kommt sicherlich nicht von den ständigen Ankündigungen — auch der Herr Sozialminister hat die Regierungsbank verlassen — der 35-Stunden-Woche des Herrn Sozialministers als Instrument eines subtilen Klassenkampfes. Der Aufschwung, Herr Bundeskanzler, kommt sicherlich nicht aus Ihrem ureigensten Verantwortungsbereich, nämlich von der Kürzung der Bruttoinvestitionen als Anteil am Budget, der sich von 1970 bis 1984 von knapp 10 Prozent auf über 6 Prozent gesenkt hat. Der Aufschwung kommt sicherlich nicht von den vielen unproduktiven Verschwendungsausgaben, wofür die Finanzgroteske um das Konferenzzentrum und die Gründung eines neuen Ministeriums, Herr Abgeordneter Mühlbacher, nur zwei Beispiele sind. (*Abg. Mühlbacher: Das wird jetzt schon fad!*) Ja, ich glaube, daß Ihnen das unangenehm ist. Das glaubt sogar Ihre stellvertretende Klubobfrau Offenbeck, die gesagt hat: Wozu brauchen wir das neue Ministerium? Die Leute werden nämlich sagen: Jetzt haben wir ein neues Ministerium, und die Familienbeihilfen kürzen wir. Also wenn Sie uns nicht glauben, so glauben Sie wenigstens Ihrer eigenen stellvertretenden Fraktionsführerin. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist eine große Selbstüberschätzung, Herr Bundeskanzler, wenn Sie meinen, keine Regierung habe so viel in einer so kurzen Zeit gemacht wie die Ihre. Bitte, warum gibt Ihnen dann Ihr Amtsvorgänger folgenden Ratschlag — Dr. Kreisky meinte das —: „Meine Freunde in der Partei und die Herren der FPÖ werden sich die Hemdsärmeln aufkrempeln müssen!“

Wenn Sie so viel gemacht hätten wie keine

**Dr. Mock**

vorhergehende Regierung in der Geschichte der Republik, wie Sie behaupten, so würden solche Ratschläge doch nicht notwendig sein, Kreisky muß sich dabei doch etwas gedacht haben.

Gut, Sie haben ihm gleich die entsprechende Antwort gegeben, indem Sie gemeint haben: Ja manche dieser Probleme haben sich in den letzten Jahren bereits aufgestaut; die muß ich jetzt bewältigen. Das stimmt zwar, Herr Bundeskanzler, nur frage ich Sie: Wo waren Sie denn als langjähriger Unterrichtsminister und Vizekanzler der verschiedenen Regierungen Kreisky, als sich diese Probleme in den letzten Jahren aufgestaut haben? Sie machen es sich in dem Zusammenhang ein bißchen zu leicht. All das, was Sie Kreisky, dessen Vizekanzler Sie waren, vorwerfen, untergräbt nämlich Ihre eigene Glaubwürdigkeit, denn Sie tragen die volle Mitverantwortung für all das, was seit Ihrem Eintritt in die Bundesregierung als Unterrichtsminister im Jahre 1972 geschehen ist. So leicht kann man es sich nicht machen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich habe gesagt, ich werde gerne — ohne jede Überheblichkeit — ein bißchen Nachhilfe leisten, wenn es heißt, Sie hätten die Probleme und Ziele nur unvollständig aufgezählt. Stärkung der Massenkaukraft sichert den Absatz. Herr Bundeskanzler! Wie wollen Sie die Massenkaukraft sichern? Mit Steuererhöhungen, vor allem bei der Mehrwertsteuer, mit Tarifierhöhungen, mit Beitragserhöhungen und einer Inflationsrate von 5,9 Prozent und Lohnerhöhungen von 4,4 Prozent?

Ich sage Ihnen in aller Offenheit dazu, vor allem auch an die Adresse der Betriebsräte hier: Ich bin ja gar nicht dafür, da hineinzu blasen und zu sagen, es müßte alles viel mehr sein bei den Lohnerhöhungen. Es mag schon sein, daß bei einer Sanierung der staatlichen Finanzen Zurückhaltung in der Einkommenspolitik bei allen angebracht ist, aber einen Einkommensverlust in dieser Form wird man den Arbeitnehmern nur zumuten können, wenn auch die Regierung mit gutem Beispiel vorangeht und endlich auch die von uns verlangte und von ihr versprochene Steuerreform durchführt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dann erinnere ich Sie daran, Herr Bundeskanzler, daß Sie sagten, Sie hätten eine „längerfristige, zukunftsorientierte Strategie“ für jeden einzelnen Unternehmensbereich in der verstaatlichten Industrie entwickelt. — Die Realität sind neue Kündigungswellen. Ihr Parteifreund, der Generaldirektor der Credit-

anstalt-Bankverein, hat gemeint: Letzten Endes ist nur das Geld weg und die Arbeitsplätze auch. Bei den VEW, bei den Vereinigten Edelstahlwerken, wird man 10 000 Arbeitsplätze verlieren und dafür 20 Milliarden Schilling aufgewendet haben. Das ist genau das Gegenteil von dem — ein hartes Urteil —, was ich mir unter einer „längerfristigen, zukunftsorientierten Strategie“ vorstelle.

Herr Bundeskanzler! Im ÖIAG-Bericht — wo man nicht genau gewußt hat, stimmen Sie zu, stimmen Sie nicht zu, Sie sind immerhin der für die Verstaatlichte Ressortzuständige — hat es geheißen, und zwar sehr deutlich, daß bei der Sanierung der verstaatlichten Industrie „betriebswirtschaftliche Ziele und Maßstäbe maßgeblich sind“. Als das erste Mal das Management der VOEST-Alpine das anlegen wollte an die Entwicklung des größten verstaatlichten Konzerns, als Ruhaltinger aufgetreten ist — da ist der Bundeskanzler umgefallen. Da gibt es nichts zu berühren, das hat nichts zu tun mit einer „längerfristigen, zukunftsorientierten Strategie“ für jeden einzelnen Unternehmensbereich. Sie mußten sich dann noch von Ihrem Vizekanzler sagen lassen — das merke ich nur so nebenbei an —, das war ohnehin eine Nichtentscheidung. — Es war dies eine Nichtentscheidung und darüber hinaus eine schlechte Entscheidung, Herr Bundeskanzler. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wie können Sie in Ihrer Regierungserklärung behaupten, Sie geben in den nächsten Jahren der Infrastruktur und ihrer Modernisierung — den Straßen, den Autobahnen und vielen anderen Infrastrukturmaßnahmen — den Vorrang, wenn Sie gleichzeitig die öffentlichen Investitionen im Budget, das heißt jenen Ansatz, der unmittelbar arbeitsplatzsichernd ist, um knapp 3 Milliarden Schilling kürzen? Sie sagen: Verzicht auf die Kreditsteuer und Steuerreform. — Ich habe dazu schon Stellung genommen. (*Zwischenruf des Staatssekretärs Dkfm. Bauer.*)

Herr Staatssekretär, da Sie soeben einen Zwischenruf gemacht haben: Ich muß sagen, Sie haben sich gestern wirklich redlich bemüht, von der Regierungsbank aus die Kapitulation des Bundeskanzlers vor der Steuerreform und vor seiner eigenen Regierungserklärung zu rechtfertigen. Sie sind heute im Regen stehen gelassen worden durch seine andere Bemerkung.

Aber wissen Sie, was für mich interessant war, Herr Staatssekretär? — Sie haben dar-

**Dr. Mock**

auf verwiesen, daß das „einschneidende Änderungen“ bedeuten und nur „neue Unruhe“ auslösen würde. Meine Damen und Herren! Allein diese Feststellung zeigt die Unfähigkeit der Bundesregierung, wichtige Reformen in unserem Land durchzuführen. Nicht umsonst spricht man landauf, landab von der Entscheidungsunfähigkeit dieser Bundesregierung. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es ist das alte Übel, Herr Bundeskanzler, das Sie begleitet: auf halben Wegen zu halber Tat mit halben Mitteln zauderhaft zu streben. So werden Sie Österreich nicht auf einem verlässlichen Weg halten können. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

So könnte ich, weil Sie von einer gekürzten Darstellung Ihrer Zielsetzungen gesprochen haben, noch von anderen Zielsetzungen reden, von der Krankenhausfinanzierung etwa, Herr Bundeskanzler. Sie haben gesagt, wie viele Lehrer Sie beschäftigen. Ja, aber daß Sie die Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst, für die unsere Kolleginnen — die Frau Abgeordnete Stadler, die Frau Abgeordnete Hubinek und die ganze Fraktion — seit Jahren kämpfen, wo sie einen diesbezüglichen Gesetzesantrag eingebracht haben, durch den allein 2 000 neue Dienstplätze für junge Lehrer gesichert würden, ablehnen, davon haben Sie nicht gesprochen. Das ist halt nur eine halbe und irreführende Darstellung, Herr Bundeskanzler. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Sie wehren sich gegen den Begriff „Sozialdemontage“. Ich sage Ihnen: Kein vernünftiger Mensch wird irgendeinem Abgeordneten — ganz gleich welcher Fraktion — hier im Hause vorwerfen — ich gehe von dieser Annahme aus —, daß er mit Freude und Zufriedenheit unser soziales Netz lockert, Renten und Pensionen kürzt. Herr Bundeskanzler! Jetzt sind wir aber so weit. •

Als wir Sie im Laufe der siebziger Jahre gewarnt haben, daß durch die Schwächung unserer wirtschaftlichen Leistungskraft eines Tages auch das soziale Netz gefährdet wird, da haben Sie uns vorgeworfen, Schwarzmalerei und Krankjammer zu sein. Als Sie zum ersten Mal im Jahr 1980 und dann 1983 durch ein Gesetz versucht haben, die bäuerlichen Mindestrenten zu kürzen, war das vielleicht — aus Ihrem Klassendenken heraus — noch verständlich oder vertretbar. Heute ist es aber so weit, daß durch die sogenannte Pensionsreform, daß durch das sogenannte Belastungspaket die Ansprüche aller Rentner und aller Pensionisten gekürzt werden. Was veranlaßt Sie, Herr Bundeskanzler, zu sagen: Es wird keine

einzigste Rente gekürzt!, wenn zum Beispiel eine Frau mit 15 Versicherungsjahren, die einen Teil ihres Lebens der Familie zur Verfügung gestellt hat, einen Pensionsverlust um ein Drittel erleidet, wenn sie kein Kind hat? Wenn sie ein Kind hat, wird die Pension um ein Fünftel gekürzt, wenn sie zwei Kinder hat, um ein Siebentel. Was hat das mit Familienförderung zu tun? Ist das Ihre Pensionsversicherung? Wie können Sie eine solche Behauptung von der Regierungsbank aus aufstellen, wenn eine Arbeiterin mit diesen 15 Versicherungsjahren, die 7 000, 8 000 S verdient, einen Pensionsanspruch von rund 3 500 S hat, wegen Ihrer Pensionsreform von diesen 3 500 S auch noch 300 oder 400 S verliert und nur dann, wenn sie unter die Armutsgrenze fällt, eine Ausgleichszulage erhält? Das ist Sozialdemontage, meine Damen und Herren! Das verstehen wir darunter, wenn wir sagen: Wir müssen die wirtschaftliche Leistungskraft unseres Landes wiederherstellen — nicht als Selbstzweck —, denn erst dann kann man wieder den sozialen Fortschritt finanzieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Ich frage Sie: Wo haben Sie denn, wie Sie in der Regierungserklärung schrieben, das „Kostenbewußtsein in der öffentlichen Verwaltung“ gestärkt, die „innere Revision bei Großvorhaben“ ermöglicht, „Personalentscheidungen nach objektiven und sachlichen Kriterien“ getroffen? Allein die Regierungsbank spricht Bände für Ihr „Kostenbewußtsein“. Staatssekretär Ferrari-Brunnenfeld hat heute nicht einmal einen ordentlichen Platz gefunden, da er zu spät gekommen ist zur Erklärung seines Regierungschefs. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Sie haben ein Drittel mehr an Regierungsmitgliedern, die größte Anzahl seit dem Jahre 1945. Sie haben Staatssekretäre, die in einer einzigen Legislaturperiode rund 200 Millionen Schilling kosten. Sie haben heute die doppelte Anzahl von Sektionschefs und Ministerialräten als im Jahr 1970. Das ist Ihr „Kostenbewußtsein“! — Das ist öffentliche Verschwendung, und das werden wir bekämpfen! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Vizekanzler Dr. Steger: Und Sie hätten weniger!)* Ja, wir hätten weniger, Herr Vizekanzler. Herr Vizekanzler, wenn Sie mich schon mit einem Zwischenruf bedenken: Ich habe in einer etwas vorlauten Weise vorhin gemeint, daß ich dem früheren Unterrichtsminister Sinowatz als ehemaliger Unterrichtsminister in der Aufzählung der Probleme Nachhilfestunden geben will. Bei Ihnen formuliere ich das vorsichtiger, weil nicht diese Ebene vorhanden ist.

**Dr. Mock**

Ich möchte Ihnen nur folgendes sagen: Im Jahre 1967 — lassen Sie sich das vielleicht vom Herrn Staatssekretär Löschnak geben — war es das einzige Mal, daß sich die Zunahme des öffentlichen Dienstpostenplanes seit dem Jahr 1945 verflacht hat und bis zum Jahre 1970 gesunken ist. Seitdem ist sie wieder angestiegen. Das ist die Realität, das können Sie nicht wegreden. Ich verstehe aber, daß Sie das nicht gewußt haben, und daher habe ich Ihnen das gesagt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Vielleicht noch ein Beispiel, weil uns der Herr Justizminister die Ehre seiner Anwesenheit gibt. Sie reden in Ihrem Bericht vom besseren Funktionieren der Justiz. Die „Österreichische Richterzeitung“ macht Ihren Justizminister „für den größten Schaden seit 1945, den die Justiz erlitten hat“, verantwortlich. Die „Österreichische Richterzeitung“ verlangt von Ihrem Justizminister „nicht nur unverbindliche Floskeln, sondern auch ernsthafte Vorschläge“. Das ist die Realität Ihrer Justizpolitik! — So könnte man das durchaus fortsetzen.

Bitte, etwas Positives, Herr Bundeskanzler: In der Sache Hainburg haben Sie sich unserer Sprachregelung, dem Bundesparteibeschuß der Österreichischen Volkspartei vom Jänner 1984, angenähert, in dem wir gesagt haben: Ja zum Ausbau der Wasserkraft auch auf der Donau, aber strikte Beachtung jener vier Grundsätze des Umweltschutzes nach dem niederösterreichischen Naturschutzrecht und nach allen anderen Naturschutzbestimmungen, die Sie heute aufgezählt haben. Ich anerkenne, daß wir uns hier etwas nähergekommen sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Wenn Sie vom Gesamtkonzept für den Umweltschutz reden und sagen, Sie seien die erste Regierung gewesen — wenn ich Sie richtig zitiere —, die ein Gesamtkonzept für den Umweltschutz vorgelegt hat, so muß ich sagen, das ist ein hartes Urteil, nachdem vorher zehn Jahre lang schon ein Umweltschutzministerium unter Kreisky eingerichtet war.

Ich möchte gleich hinzufügen — der Herr Minister Steyrer ist nicht hier —, daß wir immer sein persönliches Bemühen anerkannt haben, daß ich glaube, daß auch die Errichtung des Umweltschutzfonds von positiven Intentionen begleitet ist. — Zu den Details des Funktionierens werden die Kollegen Heinzinger und Hubinek noch Stellung nehmen.

Herr Bundeskanzler! Es ist allerdings auch

bezeichnend, wenn Sie zum Beispiel Ihr Programm gegen das Waldsterben der Öffentlichkeit dreimal verkauft haben, und zwar in der nicht unberechtigten Hoffnung, nach drei Wochen oder zwei Tagen sei alles vergessen, was man verkündet hat. Am 18. November haben Sie es verkündet, am 7. Februar, und damit es ein bisschen anders aussieht, haben Sie es am 19. April als Sofortprogramm wieder verkündet.

Meine Damen und Herren! Insgesamt sind für die Politik in diesem Bereich für mich die Bemerkungen des Herrn Minister Steyrer vom Februar 1984 bezeichnend, wo er sagt: „Notwendig habe ich das Ganze nicht mehr. Ich habe auch nicht die Antriebsmotive, die vielleicht ein Jüngerer hat.“

Herr Bundeskanzler! Diese Unlust eines wichtigen, persönlich sympathischen und zu respektierenden Ministers ist typisch für Ihre ganze Politik, ist bezeichnend.

Ich muß in aller Deutlichkeit auch dem Herrn Minister Steyrer sagen: Entweder ist er entschlossen, für die Verwirklichung des Umweltschutzes zu kämpfen, oder er ist der Auffassung, er habe keine Antriebsmotive mehr. Dann muß er, gerade wenn er seine Achtung erhalten will, von dieser Position abtreten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Man kann in einer Demokratie nicht sagen: Na ja, weil es der Regierungschef will und ich ihm keine Scherereien machen will, bleibe ich, aber interessieren tut mich das Ganze nicht mehr! — Ich sage das gerade im Zusammenhang mit einem Mann, der von uns immer in einem außergewöhnlichen Maß respektiert worden ist.

Herr Bundeskanzler! Nur einige Beispiele, nicht Kritik um jeden Preis, gerade nicht in der Frage des Umweltschutzes, aber jedenfalls einige Exempel und Beispiele, die die große Diskrepanz zwischen Ihrem Anspruch und Ihren tatsächlichen Leistungen zeigen.

Herr Bundeskanzler! Am 1. Mai sagten Sie auf dem Wiener Rathausplatz: Die Österreichische Volkspartei hat nicht einen einzigen Vorschlag erarbeitet, wie es anders zu machen wäre, sie hat nur pure Demagogie zu bieten. — Sie nicken, Herr Abgeordneter Kabas, Sie stehen neben Ihrem Klubobmann und ehemaligen Parteiobmann und unterstreichen dadurch die Feststellung des Herrn Bundeskanzlers. *(Zwischenruf des Abg.)*

**Dr. Mock**

*Mag. Kabas.)* Ja, ich registriere das mit Aufmerksamkeit.

Die Volkspartei hat nicht einen einzigen Vorschlag erarbeitet, was anders zu machen wäre, sie hat nur pure Demagogie zu bieten.

Herr Bundeskanzler! Ich habe Ihnen das in einem Brief dargelegt, eine Antwort steht aus. Ich bin gar nicht beleidigt; im allgemeinen beantwortet man einen Brief, aber das ist Ihre Sache.

Herr Bundeskanzler! Die Volkspartei hat am 15. Juni 1983 hier im Nationalrat ein Sofortprogramm mit Vorschlägen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorgelegt.

Wir haben am 15. Juni 1983 einen Vorschlag für die Modernisierung der Krankenhausfinanzierung vorgelegt.

Wir haben im Juli ein Paket von Wohnbauvorschlägen hier vorgelegt.

Wir haben am 19. Oktober 1983 ein Paket zur Sanierung der verstaatlichten Industrie vorgelegt.

Wir haben Vorschläge zur Fortentwicklung unserer Demokratie gemacht: Persönlichkeitswahlrecht, Briefwahlrecht. — Sie haben das gestern abgelehnt.

Und so könnte ich Ihnen zehn weitere Initiativen aufzählen, es waren mehr Initiativen, als von Ihrer Seite gekommen sind, obwohl Sie den ganzen Regierungsapparat zur Verfügung haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Was ist das für ein Stil? *(Der Bundeskanzler spricht mit dem Vizekanzler. — Abg. Dr. Marga Hubinek: Nicht einmal zuhören kann er!)*

Ich meine, es ist Ihr gutes Recht — das brauchen Sie von mir gar nicht bestätigt zu erhalten —, zu sagen: Die Vorschläge sind nichts wert. Wir machen eine andere Politik. Wir wollen keine eigentumsorientierte Politik. Das ist Ihr gutes Recht. Aber wie können Sie behaupten, die ÖVP habe keinen einzigen Vorschlag gemacht, wenn Sie das nur in Parlamentsprotokollen nachlesen müssen! *(Ruf bei der ÖVP: Unerhört!)*

Herr Bundeskanzler! Ob es nun Unwissenheit ist oder eine bewußt falsche Behauptung: Von einem Regierungschef — wenn es vom Genossen Marsch kommt, ist es etwas ande-

res — ist solch eine Feststellung skandalös. Das möchte ich sehr eindeutig sagen. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Marsch.)* Ja, so ist es, Herr Abgeordneter.

Auch heute wieder Ihre widersprüchliche Argumentation: Sie sprechen auch heute von der Partnerschaft mit der Wirtschaft. So haben Sie auch voriges Jahr, und zwar im Juli 1983 begonnen, und ich war der Meinung, daß Sie diese Partnerschaft auch tatsächlich suchen.

Sie haben das im Februar und im März wiederholt, und das hat zu großen Überschriften in den Zeitungen geführt: Dr. Sinowatz: Partnerschaft mit der Wirtschaft wird gesucht. Auf dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Metall — Bergbau — Energie haben Sie die Wirtschaft heftig angegriffen und gesagt, ihre Argumentation sei auf die Dauer unerträglich.

Am 1. Mai erklärten Sie, Herr Bundeskanzler, wie ich vorhin zitiert habe: Die Volkspartei hat keinen einzigen Vorschlag erarbeitet, wie sie es anders machen will, sie hat nur pure Demagogie zu bieten. — Acht Tage später verlangen Sie den nationalen Konsens für Hainburg, Zwentendorf und alle anderen Dinge.

Herr Bundeskanzler! Wo bleibt da die politische Linie? Wo bleibt Ihr Wille zum Konsens? Wo bleibt Ihr Wille zur Partnerschaft? Wo bleibt die Konsequenz Ihres politischen Handelns? So kann man nicht Politik machen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Als Sie das Amt übernommen haben, haben Ihnen weite Bereiche der Öffentlichkeit menschliche Breite, Klugheit, Schläue, Erfahrung und auch ein Feingefühl für Probleme der Menschen zugestanden. Heute bietet Ihre Regierung ein Bild der Entscheidungsschwäche, der Oberflächlichkeit, des Streits und, wenn ich an das Verhalten einiger Ihrer Minister vor dem Parlament denke, sehr oft auch ein Bild der Arroganz.

Herr Bundeskanzler! Wenn das die Medien auch als Urteil wiedergeben, dann sind die „böartigen“ Medien schuld an dieser Urteilsbildung.

Meine Damen und Herren! Das ist die alte rote Linie, die sich von der „präpotenten Journalle“, wie das seinerzeit der sozialistische Abgeordnete Winter im Jahre 1965 formuliert hat, bis zur ORF-Gesetznovelle hinzieht, mit

**Dr. Mock**

der man stärkeren Regierungseinfluß auf den Rundfunk gewinnen will, sozusagen, um Bert Brecht zu zitieren: Wenn sie uns nicht mehr wählen, dann suchen wir uns ein anderes Volk. Wenn sie über uns kritisch schreiben oder berichten, dann müssen wir die Medien besser in den Griff bekommen. — Mit Demokratie hat das sehr wenig zu tun, Herr Bundeskanzler. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das geht immer von der Annahme aus: Die Partei muß auf alle Fälle recht haben.

Herr Bundeskanzler! Hier möchte ich die sehr grundsätzliche Frage des Verhältnisses von Parteien und Staat anschneiden; eine Frage, zu der Sie auch oft Stellung nehmen, die Ihnen offensichtlich am Herzen liegt, die wir auch einmal hier im Parlament abhandeln sollen. — „Was ich bin, verdanke ich alles dieser großen Bewegung“, das waren die Abschiedsworte Ihres Amtsvorgängers Dr. Kreisky.

Meine Damen und Herren! Ich versage einem Mann, der in der Republik durch Jahre und Jahrzehnte hohe Funktionen innegehabt hat und naturgemäß in der Stunde des Abschieds von Emotionen getragen ist, den Respekt nicht und würde da nicht große ideologische Analysen beginnen.

Ein weiteres Zitat: „Ohne diese Partei wäre ich nichts und möchte ich nichts sein.“ — Das haben Sie, Herr Dr. Sinowatz, selbst gesagt.

Und damit sehr klar ist, was damit gemeint ist, hat auf dem gleichen Parteitag Ihr sozialistischer Kollege und Regierungschef von Schweden, Palme, stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Internationale, noch deutlicher gesagt: „Die Partei ist unsere Heimat. Ohne Partei sind wir nichts.“

Ich fordere Sie auf, Herr Bundeskanzler, heute dazu Stellung zu nehmen. Ist es wirklich so, daß Sie ohne Ihre Partei nichts sein möchten und auch nichts wären? Oder bekennen Sie sich dazu, daß die Parteien sich heute wieder selbst beschränken müssen, selbstkritisch zu ihren ursprünglichen demokratischen Aufgaben zurückkehren müssen, daß sie wieder versuchen müssen, sich glaubhaft in den Dienst des Bürgers zu stellen, statt ihn in Abhängigkeit zu halten?

Herr Bundeskanzler! Ich vertrete die Auffassung, daß jedes Mitglied und jeder Abgeordnete von meiner Partei als Bürger, als Person einen Wert darstellt, der von der Partei

unabhängig ist und auch von ihr nicht bestimmt werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Für mich sind auch Bürger, die bei keiner Partei sind, sehr viel, nämlich voll- und gleichberechtigte Mitbürger dieses Landes, die eben nach Ihrer Überzeugung von der Freiheit Gebrauch gemacht haben, bei keiner Partei zu sein. *(Abg. Dr. Nowotny: Das haben wir ja auch nie geleugnet!)* Das ist genau das Gegenteil von dem, was Ihr Bundeskanzler am Parteitag gesagt hat. *(Widerspruch bei der SPÖ.)*

Herr Bundeskanzler! Österreich ist, glaube ich, um noch einen Begriff zu bringen, mehr als die Summe seiner Bürger und auch viel mehr als die Summe seiner demokratischen Parteien. Ich sage Ihnen eines: Die Demokratie ist notwendig und unvermeidlich ein Parteienstaat. Ich teile Ihre kritische Auffassung bezüglich einer systematischen Abwertung der politischen Parteien. *(Vizekanzler Dr. Steger: Das ist eine Abwertung!)* Nein, Herr Vizekanzler, die Selbstbeschränkung und Selbstbescheidung ist keine Abwertung, diesbezüglich haben wir halt auch eine unterschiedliche Auffassung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das war übrigens ein „si tacuisses“, kann man nur sagen, und war ein Wort des Schöpfers unserer Bundesverfassung, Professor Kelsen. Auf Grund des Zwischenrufes des Herrn Vizekanzlers möchte ich hinzufügen und unterstreichen: Die politischen Parteien sind wesentlich, aber sie sind eben nur Instrumente der Demokratie und sie haben sich einfach nur in den Dienst des wirtschaftlichen, sozialen, geistigen und kulturellen Fortschritts zu stellen und nicht den Bürger in Abhängigkeit zu halten. Das ist unsere Philosophie für das Leben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Die Feststellung: Ohne Partei sind wir nichts!, muß in ihrer Absolutheit zu einem Totalitätsanspruch führen, der die menschliche Person völlig vereinheitlicht. Da liegt der ideologische Ansatz, meine Damen und Herren, Herr Professor. *(Abg. Dr. Nowotny: Die einzige totalitäre Partei sind Sie, wir waren immer demokratisch! — Zustimmung des Abg. Dr. Veselsky. — Widerspruch bei der ÖVP.)* Herr Abgeordneter Veselsky, ich respektiere die Tatsache; bei diesem peinlichen Zwischenruf des Professors Nowotny hat die übrige Fraktion nicht mitgeklatscht, nur Sie. Das respektiere ich, das möchte ich sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler, ich sage in aller Deut-

**Dr. Mock**

lichkeit — aber Sie werden, wie ich Sie höflich ersuche, dazu Stellung nehmen —: Die Feststellung: Ohne Partei sind wir nichts!, ist für uns nicht akzeptabel, denn diese Feststellung enthält ja die Mentalität, daß die Partei alles macht. Sie verschafft den Arbeitsplatz, sie verschafft die Wohnung, sie verschafft die Beförderung, sie deckt alle Existenzbedürfnisse ab. (*Widerspruch bei der SPÖ.*) Ja, meine Herren, so ist es. Ich sage Ihnen: Die Feststellung: Ohne Partei sind wir nichts!, ist mit unserem Verständnis von Demokratie und, Herr Vizekanzler, von Liberalität unvereinbar. Das möchte ich hier sehr deutlich sagen. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesminister Dr. Fischer: Der Ludwig wäre ohne Partei auch schon woanders, wenn ihm die Partei nicht die Immunität verschafft hätte!*)

Ich weiß nicht, warum Sie auf einmal so rabiater werden, Herr Dr. Fischer; daß Sie von Ihrer Vergangenheit mehr aushalten, habe ich eigentlich gedacht. (*Bundesminister Blecha: Wer hat denn in Niederösterreich für den Ludwig die Immunität beschlossen? Natürlich die Partei!*)

Meine Damen und Herren! Damit sage ich, wenn wir von einer anderen Politik reden, denken wir auch in der Grundsatzpolitik an andere Positionen, was, Herr Bundeskanzler, nach meiner persönlichen Auffassung aber nie den Dialog zwischen Demokraten ausschließen darf. (*Bundesminister Dr. Fischer: Wo der Ludwig schon wäre ohne Immunität! — Abg. Braun: Wo ist der Dialog?*) Der Dialog wird dann eingeleitet, Herr Vizepräsident, wenn der Herr Bundeskanzler das Vergnügen hat ... (*Abg. Braun: Wo ist der Dialog?*) Ich versuche ja, zu Ihnen höflich zu sein, Herr Klubobmann-Stellvertreter, genauso höflich. Der Dialog war erstens einmal dadurch vorhanden, daß ich auf die Argumente des Herrn Bundeskanzlers eingegangen bin. Ich hoffe, daß der Herr Bundeskanzler auch auf meine Argumente eingehen wird. Das verstehe ich unter „Dialog“. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Wir wollen unter anderem mit der Politik wieder Optimismus schaffen. Sie sagen das auch, nur tun Sie es nicht. Wir wollen in diesem Lande eine Politik, die die Leistung anerkennt, statt, was Sie machen, sie durch das Steuersystem zu bestrafen, vor allem jetzt, wenn die steuerliche Belastung im Zuge der Progression noch weiter steigen wird.

Wir wollen eine Politik, die das Tun ermuntert, Kollegin Offenbeck, und nicht behindert,

das Tun ermuntert in der Wirtschaft, im Sozialen, auch im Künstlerischen, das Investieren, das Forschen, das Unternehmen. Wir wollen in diesem Land den Kampf gegen die Verschwendung, und wir wollen nicht, daß das Geld der Steuerzahler verschleudert wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Weil wir die Leistung und die Initiative anerkennen, sind wir überzeugt, daß wir auch die bessere Partei sind, eines Tages den sozialen Fortschritt wieder finanzieren zu können, daß wir nicht bei Renten und Pensionen kürzen müssen. Wenn Sie, Herr Bundeskanzler, nicht diese Politik ändern, wird der Wähler dafür Sorge tragen, daß die Politik geändert wird. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*) <sup>11.46</sup>

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wille. Ich erteile es ihm.

<sup>11.46</sup>

Abgeordneter **Wille** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe vor einiger Zeit in Niederösterreich eine recht große Veranstaltung der SPÖ besucht und dabei referiert. Im Anschluß daran ist der Pfarrer zu mir gekommen — es hat sich herausgestellt, er war Teilnehmer dieser Veranstaltung — und hat mir gratuliert, weil er der Meinung war: Da hat einer nur von Aufgaben geredet, die die politischen Parteien sehen sollen, und ist in keiner Weise über eine andere Partei hergefallen.

Ich muß Ihnen sagen, Kollege Mock, Ihre heutige Rede hat mir nicht gefallen (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), sie hat mir nicht deswegen nicht gefallen, weil Argumente gegen die Politik dieser Regierung vorgebracht worden sind, sondern weil Sie sich viele Argumente viel zu leicht gemacht haben. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Sie reden zu leicht und Sie reden zu flüssig. Ich würde Sie einladen, ernster über tatsächliche Probleme nachzudenken. Vom Problem Strukturpolitik beispielsweise behaupten Sie so leicht: Strukturen zementieren Sie ohne Veränderung. Gerade zu dieser Aufgabe, der Veränderung der Strukturen, möchte ich der Bundesregierung gratulieren. Ich möchte sagen: In dieser Regierung geschieht gar nichts (*Beifall bei der ÖVP*), was nicht mit Strukturpolitik zu tun hätte. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich wäre für eine andere Politik der Auseinandersetzung. Für mich ist es bedenklich, wenn man in der Mitte eines Satzes bereits

**Wille**

Beifall klatscht, weil man nur die eine Hälfte eines Satzes hören und auf die andere gar nicht warten will. Das ist unserer Auseinandersetzung nicht würdig! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Weil heute schon Zitate verwendet worden sind, habe ich gebeten, man möge mir den Schluß der „Bergpredigt“ bringen, damit auch ich ein Zitat zur Verfügung habe. Da steht unter anderem: Was siehst du? — Aber einen Splitter im Auge deines Bruders und den Balken im eigenen Auge nicht. — Wir sollten uns weniger nur Vorwürfe machen, uns weniger nur beschuldigen, sondern wir sollten vor allem miteinander wirklich darüber nachdenken, wo gesellschaftliche Aufgaben liegen, die wir nicht bewältigen können, vielleicht weil uns die Kraft fehlt, möglicherweise weil dazu auch eine Opposition notwendig ist. *(Abg. Dr. Keimel: 1. Mai!)*

Erst vor wenigen Tagen, Kollege Keimel — und da bitte ich Sie, fragen Sie Ihren Landeshauptmann —, hat der Landeshauptmann von Tirol in der „Wochenpresse“ die Meinung vertreten: Wenn das Klima möglicherweise nicht so ist, wie es sein soll, dann reden wir zu hart miteinander.

Ich frage mich wirklich, wer mit Ihnen zu hart redet. Bis jetzt wird nur mit uns hart geredet, und das ist zweifelsfrei nicht vertretbar. *(Abg. Dr. Zittmayr: Rede am 1. Mai, Herr Abg. Wille!)*

Ich bin aus diesem Grunde der Meinung: Wenn man konkrete Fragen stellt, dann soll man auch zu konkreten Antworten kommen. Ich komme noch auf das Kapitel Energiepolitik zu sprechen.

Kollege Mock, Sie haben gemeint, in der Regierungserklärung gehe die Regierung bereits dazu über, den Grundsatzbeschuß der ÖVP zu übernehmen: Ausbau der Wasserkraft bei Sicherung des Grundwassers, bei Sicherung des Trinkwassers, bei Sicherung der Umwelt. — Da haben Sie recht, da sind wir uns einig. Nur sagt die Bundesregierung seit längster Zeit ganz entschieden dazu: Und deswegen bekennen wir uns zum Ausbau der Donau bei Hainburg.

Jetzt habe ich geglaubt, nun wird von Ihnen auch endlich die Erklärung kommen: Wenn diese Auflagen erfüllt werden, dann ist die ÖVP auch für den Bau des Donaukraftwerkes bei Hainburg. Das haben Sie nämlich wieder nicht mehr gesagt. Wieder nur die eine Hälfte

von der ganzen Sache! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Oft habe ich den Eindruck, daß die besten Abgeordneten der ÖVP die größten Fehler machen. Beim Abgeordneten Schüssel, den ich wirklich respektiere, zeigt sich eben, wie blind wir werden, wenn wir nur einäugig politisch gewisse Interessen vertreten.

Der Abgeordnete Schüssel hat am 29. September 1983 anlässlich einer dringlichen Anfrage im Hohen Hause erklärt — es ist um das Maßnahmenpaket gegangen —: „Die Volkspartei will die Ursachen der Krise bekämpfen und zugleich einen wirtschaftlichen Aufschwung sicherstellen. Sie aber, meine Damen und Herren, schönen bestenfalls die Oberfläche des Krisengebäudes und verwalten den Abschwung.“

Sicher wird es zunächst einen kleinen Kaufboom geben, die Leute werden rasch noch vor Inkrafttreten der exorbitanten Mehrwertsteuersätze einkaufen und die Zinsen abheben. Das wissen wir alles bereits von den Kontenbewegungen. Aber dann, 1984, das garantiere ich Ihnen heute schon, wird die Flagge der österreichischen Wirtschaft auf Halbmast wehen. Anderswo wird vielleicht der immer wieder angekündigte Aufschwung kommen, in Österreich wird er mit Ihrer Steuerpolitik jedenfalls abgewürgt werden.“ — So der Abgeordnete Schüssel. Nicht irgendwer, sondern der Generalsekretär des Wirtschaftsbundes. *(Abg. Dr. Leitner: Er hat ja recht!)*

Und jetzt möchte ich Ihnen einige Zahlen sagen, und zwar nicht von einem Traumdeuter, sondern vom Vizepräsidenten des Statistischen Zentralamtes; Zahlen, nicht Schlüsse. *(Abg. Graf: Der Jubelhofrat!)* Der „Jubelhofrat“ hat allen Grund zu jubeln. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Keimel: Was sagt denn der Präsident dazu?)*

Wenn Kausel den Strukturfortschritt der österreichischen Wirtschaft mit dem Anteilsgewinn am Gesamtexport des Welthandels analysiert und dann feststellt, daß in den Jahren von 1973 bis 1983, also in den letzten zehn Jahren, die Japaner 42 Prozent gewinnen konnten, die Italiener 14 Prozent, die Österreicher 12 Prozent, die Engländer stehen bei null, die Vereinigten Staaten haben 4 Prozent verloren, die Franzosen 5 Prozent, die Schweizer 6 Prozent, die Deutschen 8 Prozent, dann kann man doch nicht sagen, wir hätten die Struktur eingefroren, oder wir wären nicht

**Wille**

leistungsfähig geworden in all den letzten Jahren.

Und wenn man das Austauschverhältnis, die Terms of Trade, allein in den letzten fünf Jahren untersucht, dann erkennt man, daß der Schilling ganz zweifelsfrei zu den härtesten Währungen dieser Erde zählt.

Damit kommt Kausel dann zu seiner Interpretation, indem er sagt: „Der Stärketest wurde von der österreichischen Wirtschaft souverän bestanden. Der Vergleich mit der Bundesrepublik ist überzeugend. In den wichtigsten Verarbeitungsindustrien ist Österreich nicht Preisnehmer, sondern erzielt neben der Schweiz die besten Preis-Kosten-Relationen.“

Haben wir die Strukturen versteinert? Ich wäre der erste, der auch der Regierung gegenüber ganz offen sagen würde, wenn eine derartige ... (Abg. *Heinzinger*: *Kennen Sie die Untersuchung des Wissenschaftsministeriums über die technische Innovation?*) Daß wir trotzdem viele Aufgaben haben, ist ganz selbstverständlich. Aber im Verhältnis zu allen anderen, die auch diese Aufgaben haben, haben wir unseren Fortschritt sicher gestellt. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Sie alle kennen die vielen Leistungsindizes, die da aufgestellt werden zwischen Wachstum, Inflation, Beschäftigung, Leistungsbilanz und so weiter. Wo steht Österreich? Ich will das gar nicht wiederholen: Österreich steht immer an einer Spitzenstelle.

Da gebe ich dem Kollegen Taus recht: Kollege Taus hat zum wiederholten Male gesagt, daß es ja nahezu kindisch wirkt, wenn wir ständig in eine derartige Diskussion verfallen: Sind wir die ersten, die zweiten oder die dritten? 150 Staaten gibt es auf dieser Erde. Wir sollten ein bisschen großzügiger und großflächiger argumentieren. Aber das geht ja nur, wenn die Opposition auch gewillt ist, zumindest so gravierende Erfolge anzuerkennen, wie wir sie Ihnen nachzuweisen vermögen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Kollege Schüssel hat gesagt, die Flagge der Wirtschaft wird auf Halbmast wehen. Wo weht denn die Flagge der Wirtschaft auf Halbmast? (Abg. Dr. *Ettmayer*: *In Ternitz, in Judenburg, in Steyr!*) Man kann sich immer fünf Betriebe herausuchen. Aber ich habe gefragt: Wo weht sie auf Halbmast in der österreichischen Wirtschaft?

Allein im ersten Quartal 1984 sind die Auf-

träge der österreichischen Industrie um 20 Prozent höher als vor einem Jahr. Die Exporte haben in diesem Vierteljahr um 18 Prozent zugenommen. Erklärt werden kann das nur damit, daß unsere Wettbewerbsfähigkeit so stark ist. Der Aufschwung, der da ist, der zweifellos nie nur von einem Lande kommt, denn immer sind wir alle aufeinander angewiesen, dieser Aufschwung hat natürlich auch eine selbsttragende starke Komponente von uns.

Richtig ist: Wenn wir kein Maßnahmenpaket notwendig gehabt hätten, dann wäre natürlich der Aufschwung noch kräftiger. Aber wir stehen ja zu diesem Maßnahmenpaket, weil wir wissen, daß eben auch eine Stabilisierung der Ausgaben notwendig war, und das ist ebenso ein Element der Strukturpolitik. Strukturpolitik nicht nur in den VEW, Strukturpolitik auch im Budget, Strukturpolitik auch in der Sozialversicherung und Strukturpolitik auch in der Arbeitszeitfrage, wenn es notwendig ist.

Unter anderem sagt aber Kausel in den „Finanznachrichten“, nachdem er das alles dargestellt hat — damit es alle auch wissen —: Die Gewinne steigen seit 1981 in der österreichischen Wirtschaft ganz beträchtlich.

Ich habe hier die Faktoren der Krise zu beschreiben versucht, und ich habe gesagt: Die Krise wird sichtbar an den 35 Millionen Menschen, die in der industrialisierten Welt arbeitslos sind, die Krise wird sichtbar im enormen Eigenkapitalverlust der Industrie, und die Krise wird sichtbar an der enormen Verschuldung der öffentlichen Haushalte.

1981 war das schlimmste Jahr, schreibt Kausel. Damals, vor der Krise, war der Anteil der gewerblichen Einkommen am Volkseinkommen insgesamt rund 16 Prozent. Das ist in diesen Jahren Jahr für Jahr weniger geworden, war schließlich 1981 bei 10 Prozent, und seither ist es wieder auf 15 Prozent angestiegen.

Und jetzt sagen wir nicht zu den Gewerkschaften: Und nun gleich in eine exorbitante Lohnpolitik hinein! Nein, wir wollen Betriebe, die Gewinne haben. Wir wollen Betriebe, die Erfolge haben. Aber natürlich werden die Gewerkschaften morgen oder übermorgen, wenn die Betriebe wieder stärker sind, die ganz berechnete Frage stellen: Wieviel von diesen Erträgen können wir für die Löhne haben? Das sehe ich als eine vernünftige Wirtschaftspolitik an.

**Wille**

Kausel sagt dazu: „Damit bahnt sich für Österreichs Wirtschaft eine Meisterleistung ohne Beispiel an. Die Verteidigung der Überholspur gegenüber der Bundesrepublik und Europa trotz Konsum- und Budgetrestriktionen ist beispielhaft.“

Und schließlich sagt er: „Der relativ beste Schilling, den es je gab, stützt sich folgerichtig auf die vermutlich beste Zahlungsbilanz aller Zeiten. Unser struktureller Vormarsch in der Welt ist bereits so weit gediehen, daß selbst eine vor wenigen Monaten noch unvorstellbare Wachstumsrate von vielleicht 4 Prozent, eine wieder steigende Beschäftigung nebst sinkender Arbeitslosigkeit, eine Inflationsrate ab 1985 von vielleicht 3 Prozent und nicht zuletzt ein Budgetwunder in den Bereich der realistischen Wahrscheinlichkeit getreten ist.“

Warum soll man nicht anerkennen, was die Bundesregierung auf dem Gebiet der Budgetpolitik getan hat? Vor allem auch Herbert Salcher, das soll mit allem Respekt gesagt werden, war einer derjenigen, der mit aller Energie dazu beigetragen hat, daß das Nettodefizit ... (*Abg. Dr. Schwimmer: War, war — warum reden Sie in der Vergangenheitsform?*) Weil das letzte Defizit ja bewältigt ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Wir haben da auch den Kulminationspunkt erreicht, Kollege Schwimmer.

Wir hatten 1983 ein Defizit von 6 Prozent, gemessen am Bruttosozialprodukt, und dann haben wir geglaubt, es werde auf 5 Prozent sinken. Aber wenn in diesem Jahr alles gut geht, werden es 4 Prozent sein. Die Erfolge sind auf jeden Fall in dieser Hinsicht größer, als wir selbst anzunehmen vermocht haben.

Ich möchte noch einige Beispiele der Strukturpolitik bringen: Strukturpolitik unter anderem in der Umweltpolitik. Freilich, viele, viele Jahre war Wirtschaft- und Industriepolitik zu stark im Vordergrund. Ich habe hier von diesem Rednerpult aus einige Male in den vergangenen Jahren gesagt: Wir sind alle wirtschaftet in der Weise, daß wir nur mehr in wirtschaftlichen Kategorien gedacht haben und nicht in anderen.

Wenn man jetzt weiß, daß der Wasserwirtschaftsfonds 6 Milliarden Schilling ausgeben wird und daß das Investitionen von 10 Milliarden Schilling zur Folge haben wird oder daß wir im Umweltfonds 500 Millionen ausgeben — wenn es notwendig ist, das Doppelte oder mehr — und daß der Umweltminister dabei ist, alle Umweltverschmutzer zu erfassen und

systematisch mit ihnen zu besprechen, welche Möglichkeiten einer Verbesserung wir haben, dann sollte man das anerkennen und sachlich darüber reden: Was kann dann noch oder anders oder besser gemacht werden? Aber man soll nicht in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, man hätte es mit einer Regierung zu tun, die hilflos ist, die entscheidungsschwach ist, weil das einfach den Realitäten nicht gerecht wird. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Lassen Sie mich nur ein Wort zur Pensionsreform sagen. Ich bin kein Sozialpolitiker, aber ich mache mir über die Zahlen auch meine Gedanken, wie ein so riesiger Komplex, ein so riesiger gesellschaftlicher Komplex zu finanzieren ist.

Wir werden 1985 145 Milliarden Schilling nach dem ASVG und nach den Nebengesetzen ausgeben, und wir werden für den Pensionsaufwand im öffentlichen Dienst weitere 37 Milliarden Schilling ausgeben. Die werden nämlich immer vergessen. Alles redet vom ASVG, als hätten wir nicht Armeen von Beamten, die auch ihre Pensionsansprüche haben. Insgesamt geben wir voraussichtlich 182 Milliarden Schilling im kommenden Jahr für Pensionen aus.

Nun ist die Frage: Wieweit ist das durch eigene Beiträge gedeckt? Im ASVG decken die eigenen Beiträge diese Ausgaben zu rund 75 Prozent ab, aber im Bereich der Selbständigen und im Bereich der Bauern, ohne das jemandem vorwerfen zu wollen ... (*Abg. Dr. Stummvoll: Diese Argumentation ist Ihrer nicht würdig!*)

Warten Sie immer, bis Sie wissen, was ich sage. Auf jeden Fall ist es eine Tatsache, was ich bisher gesagt habe: daß im ASVG-Bereich die Deckung rund 75 Prozent beträgt und im Bereich der selbständigen Wirtschaft, bei den Bauern und im öffentlichen Dienst, wenn man dort die gleiche Rechnung anstellen würde, 25 Prozent.

Aber, und das wollte ich schon sagen, auch in Richtung auf Präsident Derfler: Das kann natürlich nicht so verstanden werden, daß kleine Versicherungen oder Versicherungen, die immer weniger Beschäftigte haben, nicht viel größere Probleme hätten als andere. Ich werde der letzte sein, der in eine pauschale Verdächtigung verfällt: Den Bauern geht es ja so gut, da können wir uns ja spielend höhere Beiträge leisten! — Das wäre das letzte.

Ich möchte nicht auf das große Problem

**Wille**

Arbeitszeitverkürzung eingehen, sondern nur eines sagen: Wir haben vor zirka 100 Jahren 3 800 Stunden gearbeitet, vor 50 Jahren waren es noch 2 800 Stunden, und jetzt sind es rund 1 800 Stunden. Wir werden eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit bekommen. Wir glauben aber, das ist gar keine zentrale parlamentarische Frage, solange wir mit gutem Grund unterstellen und hoffen können, daß die Sozialpartner dafür eine Lösung finden werden.

Nun möchte ich Ihnen, Herr Kollege Mock, aber die Bemerkung nicht ersparen, nachdem immer wieder in der Öffentlichkeit behauptet wird, und ich glaube, sogar mit Recht behauptet wird, daß die Klubobmänner gut und vernünftig zusammenarbeiten, daß bei Ihnen klare Aussagen fehlen.

Da ist in der Tageszeitung „Die Presse“ ein Artikel erschienen — ich will keine andere Zeitung nennen, ich nehme nur Ihre Zeitungen —, und darin ist die Frage aufgeworfen worden: „Wo steht die ÖVP?“ Keßler antwortet darauf: „Die ÖVP steht geschlossen hinter ihrem Parteiobermann Mock.“

Da ist im Grunde genommen schön. Aber dann fragt „Die Presse“: „Aber wo steht Mock?“, und das weiß man nicht. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ich werde Ihnen das an einigen Beispielen vorhalten. Es ist tatsächlich so, daß ich den Eindruck gewinnen muß, daß die Opposition bereits eineinhalb Jahrzehnte in einem geschichtlichen Fluchtversuch verfangen ist, weil sie alles, was an großen Projekten da war, wo die ÖVP immer eingebunden war und eingebunden ist, einfach flieht, weil es nicht populär ist, die Verantwortung zu tragen. (Abg. Dr. Graff: Aber diesmal wird Ihnen der Herr Pfarrer kein Lob spenden!) Warum verdächtigen Sie ihn? Vertrauen Sie mehr auf den Pfarrer. Ich hätte es ganz gerne, wenn er heute da wäre.

Da war das AKH. Das AKH ist keine Erfindung der sozialistischen Bundesregierung. Aber alle Probleme, die dieser riesige Bau verursacht, trägt nur die sozialistische Bundesregierung.

Die UNO-City, das Kernkraftwerk, wo wir alle Fehler gemacht haben, wo beispielsweise ein so profilierter Politiker wie der Landeshauptmann von Tirol ganz eindeutig sagt: Bei der Energiepolitik, da hapert etwas. Und dann fragen sie ihn natürlich: Soll im Energiekonzept vielleicht die Kernkraft erwähnt werden?

— Darauf sagt er: Ja, ja, und dreimal sage ich ja. — Das ist eine sehr klare Antwort, und die wird uns nicht erspart bleiben.

Und das Konferenzzentrum: Was haben wir mit Ihnen schon mitgemacht wegen des Konferenzzentrums! (Abg. Dr. Mock: Vor allem der Minister Salcher!) Ja, sicher. Das ist für Sie der monströse Bau. Diesen monströsen Bau haben wir halbiert, wir bauen ihn reduziert in einer Sparvariante. Aber er ist heute nur mehr das Beispiel der Verschwendungspolitik.

Oder die verstaatlichte Industrie. Ich habe Ihnen gesagt: Ganze Kompanien von Vorstandsmitgliedern haben Sie drinnensitzen, aber nur von uns haben Sie immer wieder die Konzepte verlangt.

Und bei Hainburg ist es im Grunde genommen genau dasselbe. Bei Hainburg ist es so, daß die Donaukraftwerke ein koordiniertes Kraftwerksausbauprogramm beschlossen haben. Natürlich ist da die niederösterreichische Landesgesellschaft NEWAG mit Ihrem Landeshauptmann Ludwig mit dabei, und natürlich sind damit eingebunden die Donaukraftwerke, und dort ist vor zwei Tagen — wenn ich mich richtig erinnere, Kollege Köck — neuerlich ein Präsident gewählt worden, der Altlandeshauptmann Maurer von Niederösterreich.

Wenn Ihre Spitzenfunktionäre ein derartiges Ausbauprogramm vor einem Jahr beschließen, kann man dann von Ihnen nicht auch ein klares Wort dazu erwarten und dazu verlangen? (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Diese Fragen haben zentrale gesellschaftliche Bedeutung und sind für alle Parteien gravierend. Das sind ja alles Projekte, in die alle Parteien, vor allem auch die ÖVP als die große Oppositionspartei, eingebunden sind. Das sind ja keine Projekte, die die Regierung allein beschließen könnte, nein, die Länder sind eingebunden. Bei Hainburg ist sogar der geradezu industrielle Witz geglückt, daß sich Niederösterreich an den Baukosten mit 12,5 Prozent gesondert beteiligt, um den Strom beziehen zu können. Und dann findet die ÖVP kein klares Wort dazu.

Aber da glaube ich, daß die Sozialpartner — alle, die wir haben — einfach zur Wahrheit provoziert sind. Es wird nicht nur der Österreichische Gewerkschaftsbund, es wird nicht nur die Arbeiterkammer ja sagen. Ich hoffe sehr, daß die Bundeswirtschaftskammer, daß die Industriellenvereinigung und auch der

**Wille**

Bauernbund zu Hainburg politisch ganz klar stehen. (*Abg. Dr. Mock: Sie dürfen nicht Parteien und Interessenvertretungen verwechseln!*) Das verwechsle ich nicht. Aber die ÖVP hat in so vielen Institutionen ihre Funktionäre sitzen, und die beschließen das, die arbeiten jahrelang mit. Das ist ja ein Ausbauprogramm für zehn Jahre. Jetzt ist es ein Jahr alt — und jetzt soll es nicht mehr gelten? Das ist nicht denkbar.

Und so ähnlich, glaube ich, ist es, Herr Kollege Mock, in der Frage der ewigen Staatsquote und der ewigen Verschuldensdiskussion. Man kann natürlich sagen, wenn es tausend Steuern gibt und tausend Tarife und man die alle Jahre anpaßt, diese verfluchte Regierung erhöht tausend Steuern und tausend Tarife in einem Jahr. (*Abg. Dr. Mock: Das ist ja ordnungsrufpflichtig!*) Aber man kann es auch anders sagen: In welcher Weise steigt denn der Anteil des Bundes an der gesamten Steuerlast? Das haben Sie unterlassen. Und da wäre ich Ihnen dankbar gewesen, wenn Sie darauf hingewiesen hätten.

Sie sagen unter anderem: Die notwendige Budgetsanierung hat auf einer Reduktion der Ausgaben des Staates und auf einer Kürzung seiner Ausgaben aufzubauen. Das ist für uns der halbe Teil. Wir waren der Meinung, nur mit Kürzungen kann man ein Budget nicht stabilisieren. (*Abg. Dr. Mock: Mit beidem!*) Ja, auch mit Steuererhöhungen. (*Abg. Dr. Mock: Für die Einnahmenerhöhung sorgen Sie eh laufend! Dazu brauche ich Sie nicht ermuntern!*) Ach so, die überlassen Sie uns, und Sie wären für die Kürzungen. (*Abg. Dr. Mock: Ich habe dem Herrn Bundeskanzler im September 1983 angeboten, wenn wir uns einigen über Kürzungen, können wir auch reden, wo wir mehr Opfer verlangen!*) Ja, wir haben gekürzt, und wir haben dann gesagt, die Steuern müssen wir auch erhöhen. Aber es wäre schön, wenn wir uns in dieser Frage treffen.

Aber dann macht unser Klub den Fehler und listet seit 1. Dezember 1983 alle Forderungen der ÖVP auf, die da eingelangt sind. Nun hätte ich aber gerne, daß man zu all diesen Forderungen — und die gesonderte Investitionsprämie, glaube ich, wollen Sie schon auf alles, was ausgegeben wird — auch einen Bedeckungsvorschlag vorlegen würde, für alle diese Vorschläge, die die ÖVP im letzten halben Jahr eingebracht hat. Man kann nicht nur sagen, wir haben zuviel Staat und wir haben zu hohe Steuern. Auch uns fällt immer noch etwas ein, was wir von diesem Staat ver-

langen können, nur fällt uns nicht ein, wie wir das finanzieren sollen.

Und damit, sehr geehrte Damen und Herren, komme ich zum Ende und möchte nur mehr in aller Kollegialität wieder auf „Die Presse“ hinweisen. „Die Presse“ ist ein führendes Organ in unserem Land, das ich mir täglich zu Gemüte führe. Und da finde ich unter anderem auf einmal ein Zitat von Ihnen, Herr Kollege Mock. Sie behaupten, regieren heißt handeln. Und dann schreibt „Die Presse“: „Ja, ja, das stimmt.“ — Und fragt: „Was heißt opponieren?“ Und dann sagt „Die Presse“: „Opponieren heißt keine Meinung haben.“ Und irgend etwas muß da wahr sein nach all dem, was da geschehen ist. Und aus diesem Grunde glaube ich, regieren heißt handeln, und ich bin fest davon überzeugt, daß diese Regierung gehandelt, aber auch richtig gehandelt hat, und wir laden die Opposition ein, das auch richtig zu respektieren. (*Anhaltender Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 12.17

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm. (*Abg. Graf: Herr Kollege Peter, applaudieren Sie sich jetzt ruhig herunter! Sie fangen ja jetzt sowieso an!* — *Abg. Marsch: Geistreiche Zwischenrufe sind das!* — *Abg. Graf: Mit Ihnen nehme ich es aber auf, Herr Marsch!* — *Abg. Marsch: Es ist schon ein Hausherr an Schnupfen gestorben!*)

12.17

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bundeskanzler Dr. Sinowatz hat heute namens der sozialistisch-freiheitlichen Koalitionsregierung eine Zwischenbilanz über das erste Regierungsjahr abgelegt, die als der vollends gelungene Nachweis einer insgesamt erfolgreichen Regierungspolitik bezeichnet werden kann.

Eine solche Zwischenbilanz zu präsentieren ist nicht nur das legitime Recht einer Bundesregierung, sondern entspricht darüber hinaus auch einer echten Notwendigkeit.

In einer Situation, in der die Opposition mit massiver Unterstützung weiter Medienbereiche nichts, aber auch gar nichts unversucht läßt, diesen Staat und seine Wirtschaft krank-zujammern, in der Bevölkerung Unsicherheit, Unruhe, ja sogar Angst zu erzeugen, den Menschen einzureden, sie hätten eine Regierung, die außerstande sei, mit den Problemen fertig zu werden, in einer solchen Situation hat die Bundesregierung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, den Bürgern dieses

**Peter**

Landes ein deutliches Signal zu geben, daß sie bei allem, was an Problembewältigung noch vor uns liegt, eine Vielzahl guter Gründe haben, optimistisch und zuversichtlich zu sein. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Hohes Haus! Eine Bundesregierung, die, nur um selbst über die Runden zu kommen, den Menschen einen Optimismus einzureden versuchte, der unbegründet und realitätsfern ist, würde in höchstem Grade verantwortungslos handeln. Dies ist aber hier und heute nicht im entferntesten der Fall, und damit weise ich die Vorwürfe der Opposition energisch zurück! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Genauso verantwortungslos ist es aber, wenn eine Oppositionspartei wider besseres Wissen Pessimismus und Zukunftsangst verbreitet.

Bei allem Verständnis, das gerade wir oppositionserfahrenen Freiheitlichen für die klassische Oppositionsaufgabe der öffentlichen Regierungsschelte haben, muß hier eines ganz deutlich gesagt werden: Polemische Übertreibung, Herr Dr. Mock, sowohl in der Situationsanalyse als auch in der daraus abgeleiteten Kritik — ja; damit bin ich einverstanden. Kritik wider besseres Wissen, Kritik, die ausschließlich parteipolitische Beweggründe hat und die die Tatsachen auf den Kopf stellt — dazu, Herr Dr. Mock, sage ich nein.

Ein Schulbeispiel für die Virtuosität, mit der es die ÖVP versteht, Richtiges und Vernünftiges wider besseres Wissen in das Gegenteil zu verkehren, haben wir ja erst kürzlich hier im Parlament erlebt, nämlich bei der Rundfunkgesetznovelle. Genau die gleiche ÖVP-Taktik kommt mit Blick auf die gesamte Regierungspolitik zur Anwendung.

Meine Damen und Herren! Wir wissen nicht, welche „andere Politik“ die ÖVP in der Regierung betreiben würde — die ÖVP weiß es sicher selbst nicht. Sehr genau wissen wir aber, welche „andere Politik“ die ÖVP in der Opposition verfolgt: Sie verfolgt — wir haben es heute wieder erlebt — eine Politik der verbrannten Erde! *(Zustimmung bei FPÖ und SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Ettmayer.)*

Am politischen Stil der Österreichischen Volkspartei zeigt sich das deutlich und klar. Dieser politische Stil der ÖVP, meine Damen und Herren, ist geprägt von einem Zynismus, der als Mittel zum Zweck fast alles für erlaubt hält *(neuerliche Zustimmung bei FPÖ und*

*SPÖ — weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Ettmayer)*: die persönliche Diffamierung, Schläge unter die Gürtellinie und eine beinahe denunziantenhafte Geschäftigkeit bei der Formulierung von parlamentarischen Anfragen, mit denen Regierungsmitglieder der beiden Parteien gegeneinander ausgespielt werden sollen. Beweise gibt es für diesen Stil des Zynismus ausreichend genug.

Niemand kann die Opposition daran hindern, dieser Regierung nur Übles nachzureden, wie es heute Herr Dr. Mock nicht im Stil eines Kanzlerkandidaten, sondern in dem eines Wadelbeißers getan hat. *(Heiterkeit. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Genauso kann uns aber niemand daran hindern, diesen politischen Tatbestand der üblen Nachrede bei seinem wahren Namen zu nennen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Zwischen wirtschaftlichem Aufschwung und einer optimistischen Haltung der am Wirtschaftsprozeß Beteiligten besteht bekanntlich eine unleugbare Wechselbeziehung. Ohne die realen beziehungsweise konkreten Voraussetzungen für einen Aufschwung wird sich kein Optimismus breit machen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Höchtl.)* Aber auch umgekehrt: Ohne eine optimistische Haltung der Betroffenen wird sich der Aufschwung nicht richtig einstellen und wird der Aufschwung nicht zur vollen Entfaltung kommen.

In diesem Optimismus sehen die ÖVP-Strategen ihren Hauptfeind. Sie haben sich mit dem Pessimismus verbündet, offenbar wirklich auf Gedeih und Verderb. „Der Untergang des Abendlandes“ — ein Repertoirestück, das die ÖVP hier schon so manches Mal zelebriert hat *(Abg. Dr. Graff: Weil Sie hinausgewählt werden aus dem Vorstand, das ist noch kein Untergang! — Staatssekretär Dkfm. Bauer: ... Geschmack! — Gegenruf des Abg. Dr. Graff)* — steht nun seit Mai 1983 ausschließlich und ununterbrochen auf dem Spielplan einer gezielten Miesmacherpolitik der Österreichischen Volkspartei. Gleichzeitig wird Bundesparteiobermann Dr. Mock zum großen Retter hochstilisiert.

Erst — so wollen es die ÖVP-Strategen — soll Österreich krankgejamert werden, und dann kommt der große Arzt und Retter Dr. Alois Mock. — *(Ruf bei der ÖVP: Durch die Wähler!)* Derselbe Dr. Mock, der heute einmal mehr daran erinnert werden muß, was er im Jänner 1983 auf die Frage des „Kurier“ geantwortet hat, wie lange er brauchen würde, in

**Peter**

Österreich im Sinne seiner sphinxhaften „anderen Politik“ die Lage zu verbessern. Ich zitiere Mock:

„Sicherlich eine gute Legislaturperiode, wahrscheinlich sogar mehr, schon etwa sechs Jahre.“ — Ende des Mock-Zitates. (*Heiterkeit bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Mock.*)

Das, meine Damen und Herren, hat der Chef jener Partei gesagt, die dieser Bundesregierung pausenlos den Vorwurf macht, sie sei säumig (*Zwischenruf des Abg. Dr. Ettmayer.*), inaktiv, ohne Schwung — und das alles natürlich wahrheitswidrig!

Jene Partei, die von der rot-blauen Regierungskoalition allen Ernstes verlangt, möglichst alles und jedes über Nacht zu bewältigen (*Abg. Dr. Graff: Wie wär's einmal mit der Araber-Finanzierung?*), hat ÖGB-Vizepräsident Gassner im März des vergangenen Jahres sagen lassen — ich zitiere den Herrn Präsidenten Gassner —:

„Wir wissen genau, wenn wir in die Regierungsverantwortung kommen sollten, können wir die Dinge nicht radikal von heute auf morgen ändern.“ — Ende des Gassner-Zitates.

Die sogenannte „andere Politik“ der ÖVP erschöpft sich in dem heftigen Wunsch, nach 14 Jahren Oppositionspolitik endlich wieder einmal Regierungspolitik betreiben zu dürfen. Das ist legitim, das ist verständlich. (*Ruf bei der ÖVP: Gut für Österreich!*)

Die sozialistisch-freiheitliche Bundesregierung hingegen hat vom ersten Tag ihres Bestehens an bewiesen — und der Herr Bundeskanzler hat es heute unter Beweis gestellt —, daß sie nicht nur klare politische Konzepte besitzt, sondern daß sie bei deren Realisierung auch ein Tempo vorgibt, demgegenüber sich die zitierten terminlichen Vorstellungen des Bundesparteibobmanns Dr. Mock eigentlich sehr bescheiden ausnehmen.

Meine Damen und Herren! Der in der heutigen Erklärung des Herrn Bundeskanzlers enthaltene Erfolgskatalog kann sich sehen lassen.

Er weist entscheidende und richtige Weichenstellungen auf;

er enthält eine Vielzahl wichtiger Maßnahmen, die bereits ergriffen wurden;

er gibt einen Überblick über das, was

erfolgreich und weitere Erfolge versprechend in Angriff genommen wurde; und

er enthält alle Elemente einer zielbewußten Zukunftsperspektive.

Ebenso wie die Regierungserklärung vom 31. Mai 1983 trägt auch diese Zwischenbilanz über das abgelaufene Jahr erfolgreicher Regierungsarbeit sehr deutlich die freiheitliche Handschrift, auf die ich nun zu sprechen kommen möchte.

Fairneß und gegenseitiges Verständnis der beiden Koalitionspartner gewährleisten ein Klima der Zusammenarbeit, das eine auf fachliche Gesichtspunkte und Sachargumente gestützte Entscheidungsfindung begünstigt.

Die deutliche Erkennbarkeit der freiheitlichen Handschrift gilt für den Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik, was uns von unvoreingenommenen und unabhängigen Fachleuten ja auch immer wieder bestätigt wird.

Daß die liberale Prägung im besonderen für die Ressortpolitik der von Freiheitlichen geführten Bundesministerien für Handel, Gewerbe und Industrie, für Justiz und für Landesverteidigung gilt, versteht sich von selbst.

Aber auch die den drei freiheitlichen Staatssekretären eingeräumten Mitgestaltungsmöglichkeiten auf so wichtigen Gebieten wie Finanzen, wie Gesundheit und Umweltschutz sowie Land- und Forstwirtschaft haben nachweisbar einen sehr positiven Niederschlag in der gemeinsamen Regierungsarbeit gefunden.

Der Beitrag der von Vizekanzler Dr. Norbert Steger geführten freiheitlichen Regierungsfraktion (*Zwischenruf des Abg. Dr. Ettmayer*) zu einer erfolgreichen und auch weiterhin erfolgversprechenden Arbeit in wichtigen Ressort- beziehungsweise Sachbereichen ebenso wie der freiheitliche Anteil an einer insgesamt richtigen und erfolgreichen Regierungspolitik sind eine objektive Tatsache. Diese hinwegzueskamotieren wird der ÖVP auf Dauer nicht gelingen! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Hohes Haus! Mit Rückblick auf dieses erste Jahr der rot-blauen Koalitionsregierung kann — aller oppositionellen Miesmacherei zum Trotz — wahrheitsgetreu gesagt werden: Es waren ein guter Start und ein in Summe sehr erfolgreiches Arbeitsjahr in einer weiß Gott

3966

Nationalrat XVI. GP — 48. Sitzung — 24. Mai 1984

**Peter**

schwierigen Zeit. Es gilt, diesen richtigen Weg fortzusetzen und unbeirrt weiterzuarbeiten. Daten und Fakten dieser Regierung sprechen eine deutliche Sprache. Es geht aufwärts! Diese Bundesregierung wird ihr Regierungsprogramm Zug um Zug verwirklichen, und das Kabinett Sinowatz — Steger wird es schaffen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die Freiheitlichen verstehen sich in dieser Koalitionsregierung unter anderem als Aktivelement für eine auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Wirtschaftspolitik, welche die Konkurrenzfähigkeit aller Bereiche der österreichischen Wirtschaft unter erschwerten Bedingungen gewährleisten soll.

Die im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie unter Vizekanzler Dr. Steger erfolgreich geleistete Arbeit ist so vielschichtig und umfangreich, daß sie im Rahmen dieser Rede nur stichwortartig skizziert werden kann. Sie zeigt, kurz charakterisiert, folgendes positive Bild:

Im Schwerpunkt Fremdenverkehr: mehr Budgetmittel für die Fremdenverkehrswerbung unter Einschluß der Nachsaisonwerbung sowie verbesserte Konditionen für die Fremdenverkehrsförderung. Das ist für den betroffenen Wirtschaftszweig sehr viel, für die ÖVP aber nichts.

Der Ausbau der Regionalförderung und der Umweltschutz haben im Rahmen des Handelsressorts ebenso ihre Schwerpunkte wie die Vorziehung der Senkung des Schwefelgehalts in Heizöl schwer auf 2 Prozent mit 1. Juli 1984. Eine weitere diesbezügliche Maßnahme in einem bereits festgelegten Stufenplan ist die wesentliche Verschärfung der Bestimmungen gegen Schadstoffemittenten. Die strengeren Abgasvorschriften für Kraftfahrzeuge sind in Vorbereitung. Die Förderung der Fernwärme ist eine Realität. Das ist ein wesentlicher Schritt zum Besseren, aber die ÖVP ignoriert ihn.

Noch im Juni 1984 wird die Abfallsammel- und Verwertungsagentur ihre Arbeit aufnehmen.

Im Schwerpunkt Förderungswesen geschah unter anderem folgendes: Entgegen den allgemeinen Budgetrichtlinien für das Budget 1984 wurden die Mittel für die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe im Handelsressort um fast 200 Millionen Schilling aufgestockt mit deutlich erkennbaren Auswirkungen auf

die Investitionsbereitschaft der österreichischen Wirtschaft.

Die Verdoppelung der Förderung der Kleinbetriebe ist eine Realität. Die Ausweitung der Förderung der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie ist sichergestellt. Das ist wirksame, das ist effektive Wirtschaftsförderung. Die ÖVP ignoriert sie.

Weiters: die verstärkte Unterstützung von Existenzgründungen sowie die verstärkte Information und Beratung für Wirtschaftstreibende, unter anderem durch Errichtung einer Informations-Servicestelle, die Exportoffensive, unterstützt durch erfolgreiche Auslandsbesuche des Vizekanzlers, und in Zusammenarbeit mit der Bundeswirtschaftskammer die umfassende Vorbereitungsarbeit für die Entbürokratisierung der Wirtschaft, die Initialzündung bezüglich der Schaffung einer Innovationsagentur zur Belebung der innovatorischen Dynamik in Österreich sowie die erstmalige Vorlage eines Berichtes über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen in unserem Lande.

Meine Damen und Herren! Statt weiterer Details genügt wohl die Feststellung: Es wird hart und für die involvierte Wirtschaft erfolgreich gearbeitet. Die liberalen Akzente sind unverkennbar. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* Und gerade deswegen, meine Damen und Herren, weil es liberale Akzente sind, schäumt die ÖVP vor Zorn. *(Abg. Graf: Wie unappetitlich!)* Die ÖVP fletscht doch nur deswegen die Zähne, Herr Präsident, weil Dr. Steger dem Dr. Mock den Platz an der Sonne, also die Position des Vizekanzlers, versetzt. Was gäbe denn die ÖVP, wenn sie mit Mock anstelle Stegers auf diesem Platz säße? — Sehr viel, meine Damen und Herren! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Graf: Ein besseres Bild würde sie abgeben!)*

Im Bundesministerium für Justiz betreibt Dr. Harald Ofner die Fortsetzung der Rechtsreform mit dem Ziel, das Recht nicht Selbstzweck werden zu lassen, sondern es in den Dienst der Bevölkerung zu stellen. Unter dem Blickpunkt einer stetigen Verbesserung der Rechtsverwirklichung wird etwa die Umstellung des Grundbuchs auf automatisierte Datenverarbeitung zügig vorangetrieben.

Justizminister Dr. Ofner gibt vereinfachten beziehungsweise transparenteren Verfahrensgesetzen den Vorrang. Die Reformen der Strafprozeßordnung, des Außerstreitrechts und der Exekution sind entweder in Vorbereitung oder schon im Stadium der Begutach-

**Peter**

tung. Die Fortsetzung der Rechtsreform findet auch in einem modernen Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, das derzeit im Justizausschuß verhandelt wird, ihren Ausdruck. Dies gilt auch für das Rechtsfürsorgegesetz für psychisch Kranke sowie für ein zeitgemäßes Jugendgerichtsgesetz.

Besondere Beachtung verdienen die Bemühungen des Justizministers, den Rechtsalltag für den Rechtssuchenden einfacher und unbürokratischer zu gestalten. Kernbereiche dieser Art sind die Justiz als Dienstleistungsbetrieb, der Zugang zum besseren Recht, die Zurückdrängung des Obrigkeitsstaates durch Beanspruchung des Anwaltes auch im polizeilichen Verfahren, mehr Bürgernähe zum Beispiel durch Sprechtag des Justizministers, die Stärkung des Rechtsstaates sowie forcierte Maßnahmen im Bereich der Rechtssozialisierung.

Neben vielen anderen Vorhaben, die entweder im Vorbereitungsstadium sind oder schon vorliegen, ist noch der Einsatz des Justizministers in der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität besonders zu unterstreichen. So wird etwa im Falle der Bereicherung zusätzlich zur Freiheitsstrafe eine Geldstrafe bis zum Doppelten der Bereicherung geplant. Es kann gar keinen Zweifel daran geben, daß dieser Justizminister seine Arbeit voll und ganz in den Dienst der Bevölkerung gestellt hat, und diese Arbeit schreitet zügig voran. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Dr. Friedhelm Frischenschlager hat in das Bundesministerium für Landesverteidigung neue Gedanken und neue Ideen eingebracht, die von niemandem ignoriert werden können. Das Ziel einer glaubwürdigen Landesverteidigung in Verbindung mit einem deutlichen Friedensauftrag für das österreichische Bundesheer steht im Mittelpunkt der freiheitlichen Verteidigungspolitik. Wenngleich den technischen Wünschen im Sinne einer effizienten Verteidigungspolitik immer wieder budgetäre Grenzen gesetzt sind, kann doch die Weiterführung der strukturellen Arbeit in Verwirklichung des von allen drei Parlamentsparteien getragenen Landesverteidigungsplanes nicht übersehen werden. Der Ausbau des Milizheeres wird zügig vorangetrieben. Das wichtige Projekt des „Soldaten auf Zeit“ wird bereits verwirklicht.

Gerade im Verteidigungsbereich, der schon aus tiefer liberaler Überzeugung seinen Angelpunkt nicht allein in gesetzlichen Reglementierungen haben kann, kommen dem Ver-

ständnis und der Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung besondere Bedeutung zu. Aus diesem Blickwinkel sind die Bemühungen des Verteidigungsministers Dr. Frischenschlager, vor allem die jungen Menschen unseres Landes von der Sinnhaftigkeit eines auf die Erhaltung des Friedens ausgerichteten Verteidigungsheeres zu überzeugen, ungemein wichtig. Für Freiheit und Frieden einzutreten kann nicht von oben dekretiert werden, diese Grundgesinnung muß als innere Überzeugung aus der Bevölkerung heraus wachsen. Die Auflösung des scheinbaren Widerspruches zwischen der militärischen Landesverteidigung eines neutralen Staates und den Friedensbemühungen ist ein Verdienst, das dieser junge Verteidigungsminister nach einem Jahr seiner Amtsführung glaubwürdig für sich in Anspruch nehmen kann.

Daß Staatssekretär Dkfm. Bauer im Finanzministerium im abgelaufenen Jahr gute Arbeit geleistet hat, ist ebenso eine Realität. Besonders hervorheben möchte ich seine Mitwirkung an der Budgetkonsolidierung; eine Maßnahme von höchster Priorität und wahrhaft fundamentaler Bedeutung. Weitere Schwerpunkte: sein Einfluß auf die Gestaltung der Steuerpolitik, und zwar mit einer unverkennbar freiheitlichen Komponente, seine Mitwirkung an der Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer in drei Etappen, seine Mitwirkung bei der Erhöhung des Freibetrages bei der Gewerbeertragssteuer, seine Mitwirkung bei der Reduktion der Vermögensteuer von Unternehmungen, seine Mitwirkung bei der steuerlichen Verbesserung für nichtentnommenen Gewinn, weiter: Gebührenbefreiung bei Umschuldungen, die 40prozentige Investitionsprämie für neue Betriebsstätten in Krisengebieten und die Erhöhung des Freibetrages für Zinserträge von 7 000 auf 10 000 S.

Die Liste ist nicht vollständig, meine Damen und Herren, aber sie kann sich hinsichtlich ihrer Leistung und ihres Gehaltes sehen lassen. Mit dem Ergebnis dieser Arbeit im Bereich des Finanz- und des Handelsministeriums können wir Freiheitlichen guten Gewissens auch dann vor Handel, Gewerbe und vor die mittelständische Wirtschaft hinstreten, wenn die ÖVP und leider auch manche ihrer Handelskammerer die Tatsachen entstellen und miteinander miesmachen.

Gleich positive Arbeitsergebnisse liegen auch von den freiheitlichen Staatssekretären Dr. Ferrari-Brunnenfeld und Ing. Murer vor. Damit wird sich ein anderer Redner meiner Fraktion befassen.

3968

Nationalrat XVI. GP — 48. Sitzung — 24. Mai 1984

**Peter**

Hohes Haus! Ich wiederhole daher noch einmal mit allem Nachdruck: Es wird in dieser Bundesregierung hart und erfolgreich gearbeitet, auch wenn das der Opposition nicht paßt. Dem Gejammer der Österreichischen Volkspartei nach einer anderen Politik stellt die nun ein Jahr im Amt befindliche Bundesregierung eine konkrete, realistische, neue Politik gegenüber.

Die Exporte stiegen im Jänner gegenüber dem Vorjahr um 13,1 Prozent, im Februar sogar um 15,8 Prozent. — Die ÖVP ignoriert das.

Der Inlandsauftragseingang der Industrie wuchs um 19 Prozent. — Die ÖVP ignoriert das.

Der Auftragseingang aus dem Ausland stieg sogar um 35 Prozent. — Die ÖVP ignoriert das.

Die Wirtschaft investiert wieder. — Die ÖVP ignoriert das.

Die Anträge auf Kredite steigen sprunghaft an: um 30 Prozent bei Krediten für die Existenzgründung und bis 200 Prozent bei der Gewerbestrukturverbesserung. — Die ÖVP ignoriert das.

Meine Damen und Herren! Die von der sozialistisch-freiheitlichen Koalitionsregierung herbeigeführte Trendumkehr in der Budgetpolitik hat zur rechten Zeit die Voraussetzung für einen neuen Aufschwung geschaffen. Das ist eine Leistung dieser Bundesregierung, und diese Leistung wird von der ÖVP ignoriert!

Erstmals ist das Defizit im Staatshaushalt nicht größer, sondern merklich kleiner geworden. — Die ÖVP ignoriert das.

Der Staat spart. — Die ÖVP ignoriert das.

Die ständig steigende Belastung durch neue Ausgaben wurde gestoppt. — Die ÖVP ignoriert das.

Das war nur möglich, weil auch manche harten, unpopulären Maßnahmen gesetzt wurden. Aber jetzt zeigt sich, daß sich dieser notwendige Sanierungsschritt, daß sich die Abkehr vom Versorgungsdenken und von staatlicher Almosenverteilung gelohnt haben.

Die Wirtschaft schöpft frischen Mut. — Die ÖVP ignoriert das.

Hohes Haus! Ich fasse zusammen und komme zum Schluß: Mit dieser neuen Politik für Österreich gibt die sozialistisch-freiheitliche Bundesregierung der Industrie und der mittelständischen Wirtschaft jenen Impuls, der den Aufschwung weiter belebt. Und mit dieser neuen Politik für Österreich wird es der sozialistisch-freiheitlichen Koalitionsregierung gelingen, die anstehenden schwierigen Probleme zu lösen und zu meistern. Gemeinsam schafft es diese Koalitionsregierung! (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ein letztes Wort. Wie falsch die Politik der Österreichischen Volkspartei ist, das beweist sie heute mit jener Broschüre, die seit zwei Stunden auf den Bänken der Österreichischen Volkspartei liegt, eine Broschüre, die sich „Belastung“ nennt. Meine Damen und Herren! Schauen Sie sich an, wie das Wort Belastung abgeteilt ist: „BE-LAST-UNG“. Falsch abgeteilt. Nicht einmal rechtschreiben können Sie. Wenn Sie nicht einmal rechtschreiben können, können Sie auch keine richtige Politik machen! (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) 12.45

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Graf. Ich erteile es ihm.

12.45

Abgeordneter **Graf** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Gestatten Sie mir, bevor ich zu meinem eigentlichen Thema komme, zwei grundsätzliche Bemerkungen mit nötigem Augenmaß.

Die Fraktion der Österreichischen Volkspartei, meine Damen und Herren, hat sichergestellt, daß Herr Bundeskanzler Dr. Sino-watz jene Aufmerksamkeit finden konnte, die der Kanzler auch von der parlamentarischen Opposition verdient. Wir waren nahezu vollzählig hier. Wir haben ihm aufmerksam zugehört. Wir haben ihm jenen Respekt gezollt, den er sicher verdient. (Zwischenruf des Abg. **Haigermoser**.) Ob Sie uns gezählt haben, Herr Haigermoser, oder nicht, bedeutet in diesem Zusammenhang für mich überhaupt nichts.

Ich möchte etwas dazu sagen: Es ist das absolute Recht der SPÖ, wenn der Bundesparteiobermann der ÖVP zu einer Kontrarede antritt, ihm nicht zuzuhören. Sie gingen zur Hälfte demonstrativ hinaus. Als ich das bemängelte, wünschte Herr Marsch, daß ich mich schämen möge.

Ich möchte Ihnen etwas dazu sagen: Ich

**Graf**

habe überhaupt keinen Grund, mich für etwas zu schämen, aber ich beklage das gar nicht. (*Zwischenruf des Abg. Grabher-Meyer.*) Ich unterhalte mich mit Ihnen jetzt noch nicht. Sie, Herr Grabher-Meyer, wären dem Mock nicht abgegangen, darf ich das einmal sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist Ihr parlamentarisches Recht, das zu tun. Wir könnten versucht sein, nächstes Mal auch nicht zuzuhören. Es wäre Ihnen auch Wurscht. Es ist aber peinlich für den Parlamentarismus.

Meine Damen und Herren! Die Diskussion hat sich in urbanen Formen trotz der Auseinandersetzung bewegt. Zollen wir einander halt den nötigen Respekt. Aber das ist auch keine Einbahnstraße. Ich kündige das für unsere Fraktion an. Sie werden es halten, wie Sie es wünschen.

Herr Abgeordneter Peter! Zu Ihnen darf ich drei Sätze sagen. Seit ich Sie kenne — und wir sind alte Kontrahenten, wir kamen 1966 hierher ins Parlament —, war es immer Ihr Wunsch, Ihre Partei in die Regierung zu bringen. Das ist ein legitimer Wunsch. Dies ist Ihnen gelungen. Sie, Herr Abgeordneter Peter, sind der Hauptkonstrukteur dieser Koalition, der seit der Begründung dieser Koalition der Hauch des Avernus entströmt, Herr Abgeordneter Peter. Und sie wird sicher nicht funktionieren.

Was ich an Ihnen „bewundere“ — unter Führungszeichen, eines unten, eines oben, Herr Oberlehrer (*Beifall bei der ÖVP*) —, ist, daß Sie jederzeit willens und in der Lage sind, ohne Rücksicht auf eigene und fremde Verluste etwas zu verteidigen, von dessen Richtigkeit Sie im Herzen nicht überzeugt sind, aber Sie tun es trotzdem. Das rechne ich Ihnen an. Sonst kein Wort zu Ihrer Rede. Es gab die Zwei-Ohrfeigen-Theorie, die Sie erfunden haben: zwei für die ÖVP, eine für die SPÖ. Jetzt haben Sie nur einen Watschenbaum, und das sind wir. Er sei Ihnen am Abend Ihrer Karriere gegönnt. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Peter: Ihr Abend senkt sich auch bald hin!*)

Ich bin davon überzeugt, daß Friedrich Peter dem Robert Graf glaubt, daß ich ihm einen besseren Abend wünsche als viele von Ihnen, die jetzt voreilig applaudieren wollten. Schreiben Sie sich das hinter Ihre neuen Ohren, hinter Ihre blauen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir haben uns gestritten. Aber wir haben einander nie gehaßt, und so wird es bleiben.

Was haben Sie denn erwartet, daß ein ÖVP-Redner zur Rede des Herrn Peter sagen wird? — Ein Danktelegramm? (*Heiterkeit.*) Ich danke Ihnen.

Nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers kommen. Die ÖVP hat viele Gründe zur Kritik. Ich hatte heute das Vergnügen, den Herrn Außenminister in der Fragestunde zu hören. Er lieferte einen neuen Grund für Kritik, den wir zwar nicht brauchen, aber ich möchte ihn erwähnen.

Herr Außenminister Lanc wurde von meinem Freund Helbich gefragt, ob es denn notwendig sei und wo der Grund liege, daß die EG hie und da von Außenminister Lanc so geprügelt wurde. Er sagte, es sei erstens notwendig — hier bin ich bei ihm, auch was Sinowatz anlangt. Aber er sagte gleichzeitig, diese Kritik sei wünschenswert zur Erhöhung des Selbstwertgefühls. Dies hat mich bereichert.

Meine Damen und Herren! Die Kritik an Sinowatz und an der Regierung ist notwendig. Wir bedürfen ihrer aber nicht zur Erhöhung unseres Selbstwertgefühls. Ich möchte das gerne sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun werde ich versuchen, in gebotener Kürze eine generelle Bemerkung zu machen. Dann möchte ich zu drei Dingen Stellung nehmen: Es ist dies Hainburg, es ist dies Zwentendorf und die 35-Stunden-Woche. Ich werde mich um Zeitökonomie bemühen.

Sicher hat die Rede des Herrn Bundeskanzlers — und das muß mit aller Härte, aber Fairneß festgestellt werden — eines gezeigt — und daran ändern die vorher gehaltenen Reden überhaupt nichts —: Die Bundesregierung hat die wirtschaftspolitische Entwicklung, wie unvermindert stark steigende Jugendarbeitslosigkeit, wie sinkende reale Kaufkraft, wie steigende Preise und explodierende Pensionszuschüsse und Schwierigkeiten im Bereich der verstaatlichten Industrie, entweder im vollen Umfang nicht erkannt, oder Sie ignorieren sie im vollen Umfang. Beide Dinge sind falsch und bejammernswert. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie sind nicht willens, zu begreifen, meine Damen und Herren, daß zwischen diesen Entwicklungen und Ihrer Wirtschaftspolitik ein konkludenter negativer Zusammenhang herrscht.

**Graf**

Diese sozialistisch-freiheitliche Koalitionsregierung — ich unterstelle Ihnen das beweisbar — ist zu schwach, tatsächlich richtungsweisende Veränderungen in der Wirtschaftspolitik durchzuführen. Denn das, was Sie hier als einjährigen Jubelgrund feiern, ist ja weit weg von neuen Maßnahmen und neuen Richtlinien.

Ich verspreche der Freiheitlichen Partei, wenn ich einen liberalen Aspekt außer einem körperlichen auf der überfüllten Regierungsbank finde, rufe ich Sie in der Nacht an. Ich kann in der Regierungspolitik keinen liberalen Aspekt entdecken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vereinfacht und verkürzt muß man der Regierung Sinowatz—Steger sagen, daß es eine ideenlose Perpetuierung von Maßnahmen ist, die bereits das Ende der Ära Kreisky charakterisiert haben und die falsch waren. Nur hat sich die Zahl der Kritiker um einen vermindert, er sitzt in der Zwischenzeit auf der Regierungsbank. Ansonsten hat sich nichts geändert. Dieser Regierung scheint der wirtschaftspolitische Sachverstand zur Beurteilung dieser Zusammenhänge zwischen Aufschwung und Wirtschaftspolitik tatsächlich abhanden gekommen zu sein. Das ist der tiefere Hintergrund.

Der Herr Bundeskanzler und sein Vize haben in der einjährigen Phase und auch heute mit der relativ simplen Formel operiert — obwohl der Herr Vizekanzler noch nicht gesprochen hat, nehme ich an, daß er sich mit dem Bericht Sinowatz identifiziert, das ist ja kein Vorgriff auf seine Meinung; ich hoffe, daß ich das sagen kann —: Unsere Wirtschaftspolitik ist richtig, der Aufschwung ist da. Sie plakatieren das sogar.

Aber heute — der Herr Bundeskanzler hat unterschiedliche Diktionen, und die muß man sich merken — sprach der Herr Bundeskanzler — und er nähert sich unserer Meinung — erstmalig von einem kommenden Aufschwung. Haben Sie begriffen, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei Sinowatz beginnt zu greifen: Möglicherweise gibt es einen Aufschwung. Möglicherweise kommt er. Da muß die Regierung etwas dazu zu tun bereit sein. Aber das Plakat: Er ist schon da, das wurde heute vom Herrn Bundeskanzler ad absurdum geführt.

Und wenn Sie mir noch ein Zitat gestatten, heutiger „trend“, ich empfehle den koalitionsären Streitkräften, das Interview mit Sinowatz zu lesen. Hier ist eine ganz entzückende Darstellung der Bandbreite der Diktion des

Herrn Bundeskanzlers, darf ich das ganz kurz verlesen:

Sinowatz sagt: „Weltmeister gibt's nur bei den verschiedenen Sportarten.“ Ich zitiere wörtlich, es ist nichts aus dem Zusammenhang.

Und der „trend“ sagt: „Die Volkspartei wirft der Regierung gerne vor, daß sie zu sorglos mit den Budgetmitteln umgehe — ÖVP-Chef Mock nennt das ‚öffentliche Verschwendung‘ — und zu wenig spare. Hat sie so unrecht?“

Es sagt dann Sinowatz: „Ich muß wieder vor der Demagogie warnen. Erstens einmal gab es Einsparungen...“

Der „trend“ darauf: „... aber nur winzige...“

„Sinowatz: ... nein, das war ein sehr beachtlicher Betrag.“

„trend“: „... nämlich?“

„Sinowatz: Ich kann mich jetzt nicht erinnern.“ *(Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! So ungefähr sind Ihre Eckdaten, die Sie da in Österreich bewegen.

Sie müssen sich bei der Lektüre und beim Hören der unterschiedlichen Auffassung, ob der Aufschwung schon da sei oder kommen könnte, und dieser herrlichen „trend“-Geschichte schon gefallen lassen, daß zwischen Tatsache... *(Abg. Wille: Den Bundesvoranschlag soll man immer mithaben!)* Nein, ich habe es gelesen, ich muß es nicht mithaben.

Wir in der Österreichischen Volkspartei, auch die Kämmerer, haben die internationale Konjunkturbelebung registriert. Auch uns, meine Damen und Herren, ist klar, daß eine reale Wachstumsrate von 8,3 Prozent in Amerika im ersten Quartal dieses Jahres auf die gesamte westliche Welt ausstrahlt. Der mit der Wachstumsrate verbundene amerikanische Importsog hat natürlich eine wirtschaftliche Schubkraft freigemacht, die zuerst Japan und nunmehr auch die europäischen Volkswirtschaften zumindest teilweise nützen können. Es ist sicher eine ökonomische Binsenweisheit, daß an dieser Entwicklung natürlich auch ein kleines, außenhandelsabhängiges Land wie Österreich partizipieren kann, wenn es tüchtige Unternehmer hat. Die wurden heute gelobt. In Österreich konnten daher im März die Prognosen nach oben revi-

**Graf**

diert werden. Aber nicht wegen, sondern wirklich trotz Ihrer Politik, das müssen Sie sich sagen lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn in Auflistung der Fakten von oppositioneller Seite hat diese Bundesregierung alles getan, um innerösterreichisch spezifische Wachstumskräfte bis jetzt nicht zu mobilisieren. Ich denke an Ihr Belastungspaket, mit dem Sie lediglich einen Aufschwung der Teuerungsrate erzielt haben. Obwohl man mich der Blindheit zieh, als ich behauptete — was ich heute gern wieder tun möchte —, Sie haben höchstens einen zaghaften Versuch gemacht, die Sanierung des Budgets einzuleiten. Zu behaupten, Sie hätten das Budget saniert, ist eine Kühnheit, die man nur haben kann, wenn man in Schwierigkeiten ist und glaubt, daß man etwas sagen muß. Sie sind weit davon entfernt, das Budget saniert zu haben, und Sie wissen es.

Ich denke an Ihre unglücklichen Interventionen, die Tagung in Steyr. Als ehemaliger Wirt freue ich mich für die damaligen Kollegen, daß sie ein Geschäft gemacht haben, aber ansonsten war Steyr ein Flop. Und ich denke an die unglückliche Interventionsrolle im Sozialkonflikt der VOEST.

Herr Bundeskanzler Dr. Sinowatz, das ist eine Sache, die ich nie begreifen werde. *(Abg. Ruhaltinger: Das glaube ich Ihnen!)* Ich wende mich Ihnen zu. Ihr Zwischenruf ist Goldes wert. Ich glaube, mit Ihnen zu wünschen, daß man Sozialkürzungen nicht über Nacht macht und daß die betroffenen Leute das nicht verdient haben, Herr Ruhaltinger. Das glaube ich Ihnen.

Was ich nicht begreifen kann, ist nicht, daß man es nicht wünscht, daß es den Leuten passiert, das wünsche auch ich nicht, auch meine Partei nicht. Was ich nicht zu begreifen in der Lage bin und nie begreifen werde, ist: Wer hat dem Herrn Bundeskanzler eingeredet, in einen Interessenkonflikt, wo es klare Stellungen gibt, einen Vorstand und Sie als Betriebsrat, einzugreifen? Das hat der Reputation des Herrn Bundeskanzlers — ob Sie es mir glauben oder nicht, als österreichischer Bürger bedaure ich das, denn die westliche Welt hat Vorstellungen, wie Arbeitskonflikte abrollen, und sie hat nicht die Vorstellung... *(Abg. Wille: Siehe Deutschland!)* Ich habe ja nicht „Glück auf“ nach Deutschland telegraphiert wie der Herr Sekanina. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich bitte denn doch sagen, der Eingriff des Herrn Bundeskanzlers war weder zeitlich noch

aus der Funktion erklärbar. Ich kann es nur nicht verstehen, warum lassen Sie mich das nicht sagen?

Und das zweite, was ich nicht verstehen kann, passierte gestern, obwohl man jetzt schon an der überhöhten Kurve betonierte, um sie kratzen zu können. Die Sache der Steuerreform werde ich auch nicht verstehen. *(Bundesminister Dr. Fischer: Was verstehst du denn?)* Den Rest. Kommt schon, Herr Wissenschaftsminister.

Ich möchte doch sagen, und es ist Ihnen sicher zuwider: Die Verkündigung des Herrn Bundeskanzlers, daß die Steuerreform ausgesetzt werde, mit der Bemerkung garniert, man wolle den Aufschwung nicht gefährden, meine Damen und Herren, das ist das Tollste, was ich je gehört habe. Ich werde versuchen, es Ihnen zu sagen. Holger Bauer, der das verteidigt hat, weiß es natürlich auch.

Wissen Sie, wenn eine Steuerreform das ist, was man unter dem Begriff „Reform“ versteht, dann muß man sie machen, dann fördert sie den Aufschwung. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wenn aber unter dem Begriff „Steuerreform“ vielleicht Dr. Sinowatz und Dr. Salcher nicht unbedingt dasselbe verstanden haben sollten und hinter dem Begriff „Reform“ schwere Belastungen, neue Besteuerungen gesteckt haben und Sie Angst haben, das zu tun, dann hätten Sie sagen sollen: Sie wollten keine Reform machen, sondern eine Steuererhöhung. Aber eines verspreche ich Ihnen — ich höre ja, die Reform geht trotzdem weiter —: Wir werden Sie dauernd daran erinnern, was Sie sich unter Reform vorstellen, warum Sie sistiert haben, wenn die Reform eine Reform ist, oder ob Sie sich nicht etwa jetzt genieren, geheim geplante Erhöhungen an Steuern doch durchzuführen.

Ich sage Ihnen, ob Sie mir das abnehmen oder nicht, ob Sie mich verstehen wollen oder nicht: Viele von Ihnen in diesem Haus und viele außerhalb dieses Hauses werden gleich mir diese beiden Handlungen des Herrn Bundeskanzlers am allerwenigsten zu begreifen vermögen, abgesehen von allem anderen, was irgendwie verständlich ist. *(Abg. Ruhaltinger: Die Arbeiter schon! — Ruf bei der ÖVP: Das haben sie bei der Kammerwahl gezeigt! — Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)*

Herr Ruhaltinger! Ich habe durchaus nicht den Eindruck, daß alle Leute, die Sie vorge-

**Graf**

ben zu vertreten oder die Sie zu vertreten wünschen, Sie wirklich noch verstehen.

Ich hatte die Möglichkeit, einer Fernsehdiskussion in der Steiermark zuzuschauen, die Frau Dr. Brandstaller veranstaltet hat. Ich habe dabei nicht den Eindruck gewinnen können, daß die betroffenen Leute mit ihren gleichgefärbten Interessenvertretern so einverstanden sind. Ich habe diesen Eindruck nicht gewonnen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und die Ergebnisse der Arbeiterkammerwahlen sind vermutlich auch nicht gerade dazu angehtan —, daß man glauben könnte, daß alles so läuft, wie Sie es wünschen.

Lassen Sie mich sagen — ich bin ein Demokrat, ich höre Ihnen zu —: Meine Partei und ich verstehen es nicht. Der Herr Bundeskanzler wird sich wahrscheinlich gar nicht bemühen, es mir zu erklären. Aber ich werde mich bemühen, es weiter zu sagen. Diese beiden unverständlichen Dinge, begleitet von der ständig wiederkehrenden Aussage — wie eine Gebetsmühle aus Tibet —: Die 35-Stunden-Woche muß kommen.

Nur bin ich fair genug. Heute hörte ich das erste Mal vom Herrn Bundeskanzler absolut neue, absolut brauchbare Töne. Und ich stehe nicht an, Herrn Dallinger zu attestieren — er war ja der große Verfechter der absoluten Einführung —: Ich höre seit drei Tagen etwas anderes von Ihnen, etwas Brauchbareres. Wenn Sie die Frau Dohnal noch verständigen können, die in der Regierung ist — ich weiß nicht, warum, hoffentlich wissen Sie dies —, damit die auch weiß, daß es jetzt anders geht, daß man nicht über Nacht die 35-Stunden-Woche in ganz Österreich machen will, dann lade ich Sie ein: Kehren Sie doch zurück, nehmen Sie das Angebot von Alois Mock an, der Ihnen offeriert hat: Klammern wir es aus bis zum Ende der Legislaturperiode. Und unterstellen Sie meinem Parteiobmann nicht die Primitivität, daß er es ausklammern wollte, ohne daß man recherchiert, wie es nachher weitergeht.

Mock hat mit dem Angebot auch im Traum nicht daran gedacht, es mit Beginn der neuen Legislaturperiode völlig sein zu lassen. Nähern Sie sich! Sie sind im Begriff! Denn das Bedeutende an der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers — freunden Sie sich damit an, daß ich das nicht boshaft meine, obwohl es vielleicht schwierig ist — war heute nicht das, was er sagte, sondern es waren die Untertöne und das, was er nicht sagte. Ich bewerte das positiv. Und da, Herr Peter, nur da bin ich einer Meinung mit Ihnen, hat er etwas Positi-

ves anklingen lassen. Vielleicht pflegen Sie es.

Meine Damen und Herren von der Regierung! Statt in Reden am 1. Mai der ÖVP Ihre eigene Konzeptlosigkeit vorzuhalten... *(Zwischenruf.)* Herr Peter, Sie haben das Recht, das hier zu tun. Sicher. Es ist ein Unterschied, ob der Herr Bundeskanzler bei einer 1. Mai-Rede das tut und gleichzeitig in einem Atemzug dann zu einem nationalen Konsens aufruft. Vielleicht ist es ihm inne geworden. Ich wiederhole: Untertöne und Nichtgesagtes lassen mich glauben, daß er zu begreifen beginnt. In vielen wichtigen Dingen sind wir nicht so weit entfernt, wie die Tagespolitik es ausmacht. Und wenn man mit uns reden will, dann kann man.

Aber zweiter Satz, Außenminister Lanc heute: Ein Hund, der den Schwanz einzieht, wird noch fester geprügelt. — Wir sind weder Hund, noch beliebt es uns zu schweigen. Wenn Sie uns attackieren wollen, werden wir Ihnen eineinhalb Stücke zurückgeben, denn das ist die Sprache, die Sie kapieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin der letzte, der das Recht hat, Ihnen Vorschläge zu machen, aber ich möchte drei kleine Meinungen zu den Untertönen deponieren. Versuchen Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, den Rückenwind der internationalen Konjunkturbelebung möglichst rasch zur Lösung von hausgemachten Problemen zu nützen. Sie haben sie nicht gelöst, Sie haben nur gesagt, daß Sie es getan haben. Das ist zu wenig. Nützen Sie, meine Damen und Herren, die konjunkturelle Situation, über der noch immer oder schon wieder das Damoklesschwert einer restriktiven Geldpolitik und damit steigender Zinsen hängt. Wenn wir den Aufschwung herbeireden wollen, haben Sie und wir nicht mehr sehr viel Zeit. Und ich bitte Sie: Hüten Sie sich gleichzeitig vor der unangebrachten Euphorie, die Konjunkturbelebung würde die von Ihren Vorgängern Kreisky, Androsch und Salcher I aufgestauten Probleme von allein lösen. Sie ist nur das Vehikel, mit dem wir gemeinsam diese Probleme lösen können; und vielleicht durch eine durch effiziente Maßnahmen verstärkte Wirtschaftsbelebung. Es macht dies um einiges leichter.

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition! Sie entbindet Sie aber nicht von der Notwendigkeit, eine grundlegende Änderung Ihres Wirtschafts- und Finanzkurses vorzunehmen und nicht zu sagen, Sie haben es geschafft. Überdenken Sie das.

**Graf**

Unter diesen Auspizien werden Sie uns finden können.

Nun lassen Sie mich in gebotener Schnelligkeit, aber auch in gebotener Festigkeit zu den von mir erwähnten drei Dingen kommen. In der Frage Hainburg wende ich mich Ihnen, Herr Klubobmann Wille, gerne zu, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Sind Sie wirklich der Meinung, daß Sie das Recht haben, zu beklagen, die ÖVP sei meinungslos in der Frage Hainburg? (*Ruf: Ja!*) Gut. Ich stelle die Frage in den Raum, Sie haben sie beantwortet.

Herr Vizekanzler! Ich kenne überhaupt keinen Menschen in Österreich, der sich durch mehr Meinungslosigkeit auszeichnet als Sie. Vielleicht nicht gerade bezüglich Hainburg. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir haben etwas gesagt, was ich seit vorgehern von Sinowatz lese. Es gibt Instanzenzüge. Wir leben in einem Land, wo es drei Gewalten gibt. Es gibt Instanzenzüge, die geklärt werden müssen, es gibt Bescheide, die erlassen werden müssen. Und dafür ist nicht nur der Herr Ludwig, sondern dafür sind in erster Linie Bezirkshauptmannschaften zuständig. Der Herr Landesrat Brezovsky und der Herr Landwirtschaftsminister müssen Bescheide erlassen.

Ich bin ein überzeugter und begeisterter Anhänger von der Notwendigkeit der Nutzung der Wasserkraft in Österreich, ich bekenne mich dazu. (*Abg. Wille: Und von Zwentendorf!*)

Bitte, lassen Sie mich Hainburg abhandeln, ich komme auf Zwentendorf zu sprechen. Ich bin ein Anhänger der Notwendigkeit des Ausbaues der Donau zur Schiffbarmachung und zur Nutzung der Elektrizität. Wenn wir wünschen, daß wir alte, umweltverpestende kalorische Werke schließen können, müssen wir Ersatzenergien möglichst billig beschaffen. Das ist die Wasserkraft.

Meine Damen und Herren! Wir befinden uns — und Sie auch, obwohl Sie in der Regierungserklärung apodiktisch gesagt haben, Hainburg wird gebaut; wenn alle Voraussetzungen vorhanden sind, soll es gebaut werden — in einem Meinungsbildungsprozeß, Herr Klubobmann, und noch nicht in einem Willensbildungsprozeß, denn der Instanzenzug muß abgewartet werden. Und was Mock artikuliert hat, ist eigentlich der Wunsch: Warum soll ein Großbau anders behandelt werden als ein Häuslbauer? Die Kommission kommt. Es

gibt Bedingungen. Wenn er die Auflagen erfüllt, baut er sein Häusl, wenn er sie nicht erfüllt, muß er sich anpassen, oder er darf nicht bauen.

Dasselbe gilt für Mock, für die ÖVP. Und ich sage Ihnen, ich bin, obwohl ich ein überzeugter Anhänger bin, in bester Gesellschaft, und ich war sehr stolz, daß es in meinem Klub in der Phase der Meinungsbildung möglich ist, daß andere Leute in dieser Phase nein sagen, weil erst das mein Ja gleichwertig macht. Wir leben in einem Prozeß, wo es Leute gibt, die begeistert dafür sind, und Leute, die begeistert dagegen sind. Wenn die Entscheidungen getroffen sind, Herr Klubobmann Wille, werden wir im ÖVP-Klub keine Schwierigkeiten haben, eine Meinung zu artikulieren. Wir haben mit unserer Meinung nie hinter dem Berg gehalten.

Was mich in der Frage Hainburg kränkt, ist folgendes, ich sage es Ihnen ohne Demagogie: Wenn mich zu der Kundgebung der Mitarbeiter von EVU pro Hainburg der Herr Präsident Hesoun eingeladen hätte, wäre ich wahrscheinlich mitgegangen. Ich bin jetzt froh, daß er das nicht getan hat. Wir haben jetzt endgültig die nichtgewünschte dritte Front. Es gibt Gruppen, die dafür sind, Teile davon sind Anhänger der ÖVP und Teile sind Anhänger der SPÖ, und andere gibt es auch. Ich kann aber jetzt keine gemeinsame Aktion mit Herrn Hesoun machen, weil das, was vor der Bundesparteileitung passiert ist, das ausschließt, wenn es nicht revidiert wird. Haben Sie im Fernsehen gesehen, was vor sich gegangen ist? Petitionen wurden überreicht bei Herrn Sinowatz, bei Herrn Steger, bei der FPÖ... (*Vizekanzler Dr. Steger: Bei mir nicht!*) Pardon, entschuldigen Sie. Sie stellen aber nicht in Abrede, daß Ihrer Partei eine Petition überreicht wurde. Ich habe es ja nur der Vollständigkeit halber aufgezählt.

Und man hat in der Kärntner Straße 51 eine Petition abgeliefert. Und dann haben Sie unten gepfiffen und gerufen: Trau' di obe! — Sie meinten den Mock. Er traute sich obe, Herr Wille. Und dann sagte der Herr Hesoun schlicht und einfach: Was heißt Demokratie? Demokratie muß man leben! — Und er lebte sie ganz wild, so wild, daß der Mock kein Mikrophon bekommen hat.

Ich muß Sie fragen: Wovor hatte er denn Angst? Daß Alois Mock sagt, er wolle Instanzenzüge abwarten? Daß es in der österreichischen Volkspartei Meinungen gibt, die Ja, Nein mit der gleichen Begeisterung vertreten?

**Graf**

Diese dritte Front haben wir wirklich nicht gebraucht. Es hat mir schon gereicht, daß es Ablehner und Zustimmer in dieser Frage gibt. Aber so sollten Sie es nicht polarisieren. Die Sache Hainburg ist ernst genug. Und man muß eines versuchen, und ich weiß nicht, ob die Regierung hier nicht etwas versäumt hat.

Sicher aber Sie, Herr Vizekanzler beziehungsweise Herr Handelsminister. Sie sind eigentlich der Mann, der die E-Wirtschaft zu schützen hat, und Sie sind eigentlich der Mann, der ein Konzept vorzulegen hat über alle Energieformen in den nächsten zehn Jahren. Und das haben Sie sicher versäumt.

Man muß der Bevölkerung wahrscheinlich in einer anderen Form als in der Form des Aufeinander-Pfeifens auseinandersetzen, worum es geht: daß man nicht alles haben kann: unberührte Landschaft, hohen Komfort, keine Kernenergie. Von irgendwo muß ja der Strom kommen, und ich bekenne mich dazu, daß man das gemeinsam in einer erträglichen Form sagt. Dann werden wir schauen, wie das weitergeht.

Herr Klubobmann Wille, Sie haben meine Bemerkungen zu Zwentendorf urgiert. Ich komme jetzt dazu, wenn Sie gestatten, denn man kann es nicht gemeinsam machen. Auch hier bitte ich, mich sagen zu lassen: Die Österreichische Volkspartei hat in der Frage Kernkraft eine klare, eindeutige Linie, seit sie am Tapet ist, bezogen.

Wir haben eine klare Linie als Partei bezogen: „Ja, aber ...“ zur Kernenergie. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)*

Herr Vizekanzler, Ihr meckerndes Gelächter amüsiert mich nur. Denn eines muß ich Ihnen jetzt sagen: Wenn Herr Bundeskanzler Dr. Sinowatz zu einem nationalen Konsens in der Frage Kernenergie aufruft, dann muß er mit dem Konsens bei Ihnen anfangen; er hat den Konsens nicht einmal in der Regierung. Darf ich das einmal bemerken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie mich bitte sagen lassen: Sie wissen, Sie werden mir nie recht geben. Eigentlich verkorkst wurde die Entwicklung in und um Zwentendorf, als der vormalige Bundeskanzler sich entschloß, drei verschiedene Fragen zu Rate zu ziehen: Welche fragt er die Österreicher? Die einzig natürliche — da hätten ich und meine Frau mit ja gestimmt, wenn Sie es wissen wollen — war: Friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich — ja

oder nein? Das wäre die einzig mögliche Frage gewesen.

Galgotzy hat einmal einem Erzherzog gesagt: Es gab zwei Möglichkeiten — Sie haben die dritte gewählt. Kreisky auch: Er kam zur zweiten Frage, Zwentendorf ja oder nein, er verwarf sie dann auch. Das ist die Frage, die man nur zehn Leuten in Österreich stellen kann, denn wenn man das einschaltet, muß man technologisches Wissen haben. Er hat sich dann entschlossen, die staunende Bevölkerung zu fragen: Ich und Zwentendorf. Da habe ich begeistert nein gesagt, und mit mir 52 Prozent, meine Damen und Herren, weil die Koppelung unzulässig ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun bitte ganz, ganz ernst auch hier. Ich sage es: Ich bin ein Anhänger der friedlichen Nutzung der Kernenergie, weil ich in dem nächsten halben Jahrhundert nicht so viele Ersatzkräfte sehen kann. Ich bin sehr stolz darauf, daß es im ÖVP-Klub Leute mit unterschiedlichen Ansichten gibt. Die gibt es auch bei Ihnen, aber die dürfen es aus Parteiräson nicht so laut sagen. Es gibt bei Ihnen begeisterte Ablehner der Kernenergie.

Der Aufruf zum nationalen Konsens hat nur zwei Voraussetzungen notwendig: Der Herr Dr. Sinowatz muß sich mit seinem Vizekanzler einigen: Entscheidet er sich auch für ja, oder bleibt er bei nein? Das ist das erste. Und zweitens muß man eine Volksabstimmung machen und der Bevölkerung nur die einzig wirkliche Frage stellen: Sind Sie für die friedliche Nutzung der Kernenergie, ja oder nein? — Das muß man fragen. Der erste Schritt geschieht vom Herrn Dr. Sinowatz, und man komme mir nicht damit, daß der Atomsperrvertrag exploratorische Tätigkeit hindert.

Der Codex alimentarius Austriacus hindert auch nicht den Würstler daran, daß er die Wurst besser macht, er verbietet ihm nur, sie schlechter zu machen. Und der Atomsperrvertrag in Österreich verbietet Ihnen ohne Konsens das Aufsperrren. Ich rede jetzt gar nicht von der Endlagerung. Ich weiß, es gibt zwei gesicherte Plätze: der Garten des burgenländischen Landeshauptmannes Kery und die Wüste Gobi. Einer wird es schon werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Hielten Sie es denn nicht für zweckmäßig, daß sich die Bundesregierung nach Einigung zwischen den Herren Sinowatz und Steger — das ist natürlich die Voraussetzung, da kön-

**Graf**

nen wir aber nichts dazu tun — vielleicht erkundigt: Wo werden wir diese Brennstäbchen aufladen, und wie werden wir sie transportieren? — Das ist die riesige Frage, sie ist nicht geklärt, Sie wissen das. Ich will aber nicht in Details gehen.

Nationaler Konsens? Wenn er so aussieht, wie es sich heute darstellt, daß der Herr Dr. Steger — ich respektiere im übrigen seine Meinung — herausen bleibt, Teile der Sozialisten und die schwarze Wirtschaft sind dafür — das ist der nationale Konsens: Dreiparteienfraktion, aber eine davon ist durch Zufall nicht in der Regierung, das sind wir —, dann, Herr Bundeskanzler, ist das eine Täuschung, wenn Sie das glauben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Daher: Seriöse Diskussion.

Ich scheue mich auch nicht, eines auszusprechen, es ist meine persönliche Meinung. Man kann natürlich die Bevölkerung nicht ununterbrochen fragen, bis es paßt. Einmal hätte man sie fragen sollen, das hat Kreisky versäumt, und einmal muß man sie fragen.

Meine Damen und Herren! Man muß die Bevölkerung aufklären, nicht mit Pfiffen und nicht dadurch, daß Sie dann, wenn jemand nicht unbedingt dafür ist, mit Ihren immer kleiner werdenden roten Füßchen stampfen und glauben, das ist ein Falott, weil er das nicht will. So geht es nicht.

Aber wenn Sie die Bevölkerung aufklären, worum es hier geht, daß man nicht alles haben kann und daß rund um uns Kernkraft vorhanden ist, daß auch die vorsichtigen Schweizer sich dazu bequemen — das heißt Aufklärung, nicht Verhetzung —, dann muß man die Bevölkerung fragen. Ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube: Ich hoffe, daß dann die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher dafür ist. Aber wenn nicht, dann, sage ich Ihnen, werden wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir mindestens für ein Dezennium Abschied nehmen müssen vom Gedanken, Kernkraft selbst zu erzeugen — dann werden wir sie nur kaufen.

Wir haben in dem Zusammenhang ein anderes Problem, und ich bitte Sie ganz höflich, mich das sagen zu lassen: Bei allem Wunsch nach gesunder Umwelt — ich bin ein Vertreter der Unternehmer und bin deshalb auch kein Betonierer; es ist ja lächerlich, diese Polarisierung tut nicht gut — nähere ich mich sehr der Befürchtung des Herrn Gesundheitsministers Dr. Steyrer.

Wir haben durch Nichtinformation und ähn-

liche Heldentaten erreicht, daß eigentlich alle für alles sind, was ein besseres Leben bringt, aber keinen Standort wünschen — das Heilige-Florian-Prinzip: Aber bei mir nicht! Wenn Sie die Dinge um Graz und Leoben verfolgen: Sie haben konkludente Auswirkungen.

Hier, meine Damen und Herren, glaubte ich neuere Töne zu hören, und deshalb haben wir kritisch vermerkt: Nationaler Konsens geht schon, aber nicht gekoppelt mit Ohrfeigen und ähnlichem. Wenn Sie reden wollen, werden Sie uns finden, das sind die Auflagen.

Aber wenn Sie ähnliches feststellen wollen wie der von mir sehr geschätzte Präsident des Gewerkschaftsbundes, der als einziges Argument sagt, die wollen politische Vorteile ziehen, so ist das zuwenig. Es kann gesagt werden, es entspricht aber nicht den Tatsachen. Diese zwei Probleme sind von einer ungeheuren Sensibilität. In einem weiß ich mich eins mit den meisten der Damen und Herren in diesem Haus: Wenn die Wirtschaft funktionieren soll und wenn sie florieren soll, muß man versuchen, Energieprobleme zu lösen, damit man sie der Wirtschaft anbieten kann. Die Erklärung, wir haben zuviel Strom, stimmt mich traurig, denn das zeigt, daß die Wirtschaft nicht voll läuft.

Nun noch drei Sätze zur 35-Stunden-Woche. Ich gehe nicht auf die deutschen Verhältnisse ein, wir leiden schon darunter. Alle, die sich das in voller Solidarität wünschen, leiden; ich erinnere an die „Glück auf!“-Telegramme.

Im übrigen, bevor ich das vergesse: Es hat nicht nur Herr Bundeskanzler Sinowatz eine wütende Rede an unserem 1. Mai gehalten, ich habe noch im Ohr die Festansprache meines privaten Freundes Sakanina am Gewerkschaftstag Metall, Bergbau, Energie; sie war auch nicht schlecht in Richtung Sozialpartner. Das muß man sich halt überlegen: ein nationaler Konsens und dann das. Es geht halt nicht alles.

In der Frage der 35-Stunden-Woche dürfte es allen klar sein, ich unterstelle Ihnen das positiv, uns Hausleuten allen: Natürlich erwartet ein Arbeitsloser, daß alles geschieht, was überhaupt menschenmöglich ist, damit er wieder in Arbeit kommt. Das weiß ich.

Aber hüten wir uns vor der Illusion, daß die 35-Stunden-Woche Arbeitsplätze automatisch schaffen wird. Bitte bewegen Sie sich nach Detroit-City, dann werden Sie sehen, daß große Konzerne zur Automatisierung neigen.

**Graf**

Ich bin sehr beruhigt, obwohl Sie das Angebot Mock noch nicht angenommen haben. Es ist wahrscheinlich für eine sozialistisch-freiheitliche Koalition unmöglich, öffentlich zu sagen: Wir nehmen es an. Aber die heutigen Töne lassen mich denn doch glauben, daß die 35-Stunden-Woche enormer Verhandlungen bedarf und eine sehr sensible Sache ist. Ich bin sehr, sehr beruhigt im beiderseitigen Interesse, daß der Herr Bundeskanzler meinte, es sollte eine Sozialpartnerlösung gefunden werden. Das heißt, Sie müssen von der sofortigen Einführung bei vollem Lohnausgleich Abschied nehmen, und wir werden dann Abschied nehmen vom „nie“, weil wir es nicht brauchen können. Die Wahrheit könnte in der Mitte liegen.

Schaffen Sie das Klima zum Reden, dann werden uns die deutschen Verhältnisse weniger stören. Den Ton in der Kritik Ihrer Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, die wir für verfehlt, aber besserungsfähig halten, den Ton, wie wir das regeln, bestimmen Sie. Wir werden unsere Lautstärke auf Ihren Apparat einstellen.

Sie haben die Möglichkeit, mit uns zu reden, aber nicht im Befehlston, sondern im Ton mit gleichberechtigten Partnern. Dann werden Sie uns zu vernünftigen Lösungen finden. Das bedeutet aber auch, daß scharfe Töne scharfe Töne auslösen; ob man sie will, weiß ich nicht.

Das war die Meinung eines kleinen Schwarzen, der im Moment wirtschaftspolitische Anliegen der ÖVP mitvertritt. Vielleicht haben Sie mich angehört, aber nicht nur angehört.

Ich glaube, diese drei Dinge sind es, über die wir miteinander reden sollten. Ob Sie den Aufschwung schon geschafft haben, werden die Zeiten zeigen. Nützen Sie die Gunst der Stunde, damit er nicht verlorengeht, bevor wir ihn haben. *(Beifall bei der ÖVP.)* 13.20

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Vizekanzler.

13.20

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe keine Veranlassung, im Stil der persönlichen Herabsetzung fortzufahren, wie wohl ich es im ersten Jahr dieser Regierungstätigkeit durchaus bereits gewohnt bin, daß manche Vertreter der Österreichischen Volks-

partei so gegen Regierungsmitglieder vorgehen.

Herr Präsident Graf! Es war einer der zahlreichen Widersprüche, den ich immer wieder in Ihren an sich rhetorisch brillanten Reden vorfinde, einer der zahlreichen Widersprüche, daß Sie sich lang und breit wieder darüber lustig gemacht haben, daß Sie keinen meinungsloseren Menschen als mich kennen, um anschließend in insgesamt drei Schwerpunktthemen sich lang und breit mit meiner Ihnen bekannten Meinung auseinanderzusetzen.

Ich möchte auf diesem Weg nicht fortfahren, obwohl ich Ihnen, Herr Präsident Graf, schon sagen muß, daß ich nach der Rede des Oppositionsführers, Ihres Parteiobmannes Dr. Mock, enttäuscht darüber war, daß auch heute zu den wesentlichsten Themen Österreichs, zu denen der Herr Bundeskanzler deutlich Stellung genommen hat, keine Bereitschaft der Opposition vorhanden war, ein klares Kontrastprogramm darzulegen. Ich bleibe dabei und meine, das ist das größte Problem der Österreichischen Volkspartei. Sie will durch ständige Abwertung der beiden Regierungsparteien und durch die persönliche Abwertung der Handlungsträger über diesen Umweg schrittweise erreichen, daß das Vertrauen und die Substanz des Staates immer geringer werden, und glaubt, am Ende dieses Weges in eine Regierung eintreten zu können.

Diese ständige Abwertung der Parteien ist aber die Abwertung der Demokratie als Ganzes. Es ist schädlicher, als es allenfalls Ihr Nutzen sein könnte, wenn Sie dann in die Regierung kommen. Sie sollten mit diesem Weg Schluß machen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Neisser: Gehen Sie von der Annahme aus ...!)*

Herr Kollege Neisser! Ärgere Tiefschläge als von Ihnen, Herr Abgeordneter Neisser, bei manchen Debatten über meine angeblichen außenpolitischen Erklärungen, die so nie abgegeben wurden — ich war gerade nicht im Saal, sonst hätte ich es Ihnen direkt gesagt —, ärgere Tiefschläge als von einem Abgeordneten, den ich bis dahin für seriös gehalten habe, habe ich überhaupt noch nicht erhalten. Aber es werden sicher noch Debatten kommen, wo wir zu diesem Themenkreis zurückkehren können. Heute ist nicht die Notwendigkeit, sich in solchen Randbereichen zu verlieren, wo Ihre Nervosität darin begründet ist, daß Sie Angst haben, für die Industriellenvereinigung nicht mehr nötig zu sein, Sie persönlich nämlich nicht mehr nötig zu sein, weil

**Vizekanzler Dr. Steger**

eine andere Partei für einen klaren Wirtschaftskurs sorgt. Das ist Ihre eigentliche persönliche Angst! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Staudinger: Herr Vizekanzler, Sie befinden sich auf der Regierungsbank!)*

Die sozial-liberale Bundesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren, die vor einem Jahr ihre Tätigkeit begonnen hat, war sich dessen bewußt, daß wir uns am Beginn der Regierungstätigkeit in einem Konjunkturtief mit allen bedrückenden Auswirkungen befinden, die es für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt bedeutet.

Vielleicht am schwerstwiegenden dabei war, daß ein breiter Konjunkturpessimismus in allen Bevölkerungskreisen so festgesetzt war, daß er am Anfang eine fast unüberwindbare Barriere zu sein schien. Diesen Konjunkturpessimismus mußte die Regierung zunächst bekämpfen. Sie mußte erreichen, daß realitätsbezogen die Probleme dargestellt werden, daß aber gleichzeitig verantwortungsbewußt an der Lösung der Probleme gearbeitet wird.

Nach dem Motto: Das Wichtigste zuerst! mußte zunächst das Budget stabilisiert werden, der Wirtschaftsaufschwung begünstigt werden, die Umweltreparatur begonnen werden. Nach einem Jahr Regierungstätigkeit kann zu all diesen drei Themen eine stolze Bilanz hier vorgelegt werden. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Andere wollen Österreich krankjammern. Diese Regierung zeigt die echten Probleme auf und versucht, sie anschließend mit Gesprächsbereitschaft auch mit der Opposition einer Lösung zu unterwerfen. Heute blickt ein größerer Teil der Bevölkerung, jedenfalls in allen Meinungsforschungsinstituten feststellbar, als noch vor einem Jahr, heute blickt ein großer Teil der Bevölkerung mit Optimismus, mit Zuversicht, was seinen Betrieb, was seinen Arbeitsplatz betrifft, in seine persönliche Zukunft. Das ist auch ein Stolz, den wir haben dürfen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Die Bundesregierung hatte geeignete Rahmenbedingungen zu setzen. Diese geeigneten Rahmenbedingungen sind zum richtigen Zeitpunkt gesetzt worden, nämlich am Beginn des Wirtschaftsaufschwungs.

Es wird immer behauptet, daß diese Regierung nicht spart, wie das etwa Herr Dr. Mock heute wieder versucht hat klarzulegen. Er hat sich vor allem darauf bezogen, daß bei der

Beamtenschaft im Jahr 1967 der Zeitpunkt war, wie er es genannt hat, wo die Kurve bei den neuen Dienstposten flacher bergauf gegangen ist. Ich darf ihm entgegenhalten, daß damals mehrere tausend Dienstposten gestrichen werden konnten, weil sie tatsächlich nicht besetzt waren. Jetzt hingegen wird der Dienstpostenplan seit Jahren bereits viel realistischer erstellt, sodaß nicht Tausende Dienstposten vorhanden sind, die man einfach streichen kann, weil sie de facto bereits unnötig geworden sind.

Ich kann ihm auch zum zweiten entgegenhalten, daß in dieser Regierung statt Dienstposten Überstunden gestrichen worden sind; Überstunden, damit die Arbeitsmöglichkeit für die Bevölkerung nicht in der Menge der Arbeitsplätze geringer wird, aber trotzdem eine wirkliche Einsparung erreicht werden kann. Das ist ein neuer Weg, den Sie vielleicht in dieser Dimension nicht bemerkt haben, ein Weg, der aber richtig war, weil er der Arbeitsplatzsicherung dient. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Bevor ich im Detail auf die Einsparungen eingehe, die Sie offensichtlich nicht kennen, ein ganz griffiges Beispiel, Herr Abgeordneter Bergmann, Sie lieben Schlagzeilen und griffige Beispiele, ich werde Ihnen hier eines formulieren.

Im Jahr 1970, am Ende von vier Jahren ÖVP-Verschwendungspolitik, waren bei den Zentralstellen des Bundes 577 Personenkraftwagen als Dienstkraftwagen systemisiert. 577 Personenkraftwagen nach vier Jahren Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei!

Nach einem Jahr der Regierung Sinowatz — Steger, der sozial-liberalen Regierung, sind es statt 577 nur 391 Dienstwagen, Personenkraftwagen, die angemeldet sind. Ein griffiges, einfaches Beispiel, wenn auch in der Summe nicht so, daß man den Staatshaushalt damit sanieren kann, aber doch ein Beispiel dafür: Diese Regierung spart, andere reden nur davon. Vielleicht ist das ein wesentlicher Unterschied. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. König: Die haben Sie in „Sonderfahrzeuge“ umgetauft!)*

Herr Kollege Dr. König! Wenn Sie meinen, daß der Rechnungshof immer wieder Kritik äußert, dann werde ich der erste sein, der jede auch zukünftige Kritik ernst nimmt und versucht, daran zu arbeiten, daß sich Gleichartiges nicht wiederholt. Derzeit arbeite ich daran, daß sich Ihre Alleinregierung nie mehr

**Vizekanzler Dr. Steger**

wiederholt. Das ist eine Kritik von früher, die jedenfalls klar ist. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Die Einsparungen im Maßnahmenpaket hat Dr. Mock urgiert. Ich darf sie noch einmal aufzählen, weil Sie offensichtlich dann, wenn Sie ÖVP-nahe Medien lesen, das noch immer nicht gelesen haben. *(Abg. Bergmann: Das ist sehr gut, denn der Bundeskanzler kann sich nicht erinnern!)* Nullbudgetierung, Streichung von Ermessensausgaben, Subventionen, Repräsentationen, Kraftfahrzeuge, Überstundenförderungen, Planstellen, Mitgliedsbeiträgen und Sachaufwand — das macht zusammen 7,1 Milliarden Schilling Einsparungen pro Jahr.

Zweiter Bereich: Streichung von Bonifikationen, von Zuschlägen, Ruhensbestimmungen im öffentlichen Bereich, Streichung freiwilliger Sozialleistungen im öffentlichen Dienst, Schulbüchereinsparungen, Schülerfreifahrtseinsparungen, Karenzgeld, Geburtenbeihilfeeinsparungen. Das macht zusammen 3,8 Milliarden Schilling Einsparungen.

In Summe sind das 10,9 Milliarden Schilling Einsparungen. Das kann nicht wegdiskutiert werden, das ist Budgetrealität, das waren harte, das waren brutale Maßnahmen, aber sie zeigen: Diese Regierung hat echt gespart. Andere reden nur davon. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Wenn ich sage, andere reden nur davon, dann nehme ich den Katalog der Forderungen der Österreichischen Volkspartei, die seit Herbst des vergangenen Jahres gestellt wurden, und zwar so, daß im Parlament darüber geredet wurde von seiten der Volkspartei. Wenn man vorsichtig addiert und jeweils bei den Annahmen den untersten Wert einsetzt, dann waren das neue Forderungen in der Höhe von 21 Milliarden Schilling, die Sie gestellt haben.

Meine Damen und Herren! Die Regierung spart, andere reden davon. Das ist Reden von Einsparungen, wenn man gleichzeitig bereits hier im Parlament Forderungen in der Höhe von 21 Milliarden Schilling gestellt hat. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. König: Das sind Hausnummern!)*

Herr Präsident Graf! Ich weiß wohl, daß Sie hier immer wieder, gerade im öffentlichen Bereich persönlich bemüht sind, ausgewogener zu argumentieren. Ich vermisste aber wirklich Ihre Bereitschaft, anzuerkennen, daß es in dem Maßnahmenpaket gewisse Einsparungen bei Dingen, die den kleinen Gewerbe-

treibenden und den Wirtschaftstreibenden ganz persönlich im Geldbörsel treffen, zum ersten Mal seit Jahren gegeben hat, so wie das der Herr Bundeskanzler heute ausgeführt hat. Ich vermisste sie. Wenn man ausgewogen argumentiert, darf man so etwas nicht übersehen. Ihren Spruch „blind auf einem Auge“ darf ich zurückgeben. Sie müßten sonst auch das entsprechend erwähnen, wenn auch natürlich weniger, die Opposition hat nicht die Jubelreden zu halten für die Regierung. Sie müßten das erwähnen, wenn Sie ausgewogen bleiben wollen, wie Sie das sonst immer bemüht zu sein scheinen. *(Abg. Graf: Bitte lesen Sie das Protokoll der letzten Rede von Sallinger! Er hat es erwähnt!)*

Ich habe es gerade an Sie gerichtet, Herr Präsident Graf, und gesagt, bei Ihnen vermisste ich, daß Sie einmal diese Ausgewogenheit hier klarstellen. Herr Präsident Sallinger hat ja in einer leichten Änderung gegenüber dem, was er vor einem dreiviertel Jahr gesagt hat, tatsächlich in den letzten Wochen etwas stärker dazu Stellung genommen. *(Abg. Graf: Sie haben sich ja auch leicht geändert! Das hat ihn ja dazu bewogen!)*

Herr Präsident! Es ist ein großer Unterschied: Ich war damals Opposition und habe daher natürlich die Aufgabe gehabt, nur zu kontrollieren. *(Abg. Graf: Sie haben sich in Ihrer Amtszeit geändert, wollte ich Ihnen damit sagen!)*

Ich übe jetzt die Regierungstätigkeit aus, und da bleibe ich bei dem Satz des Ihnen nahestehenden Adenauer als Altkanzler in Deutschland, der einmal gesagt hat: Kein Tag soll mich hindern, klüger zu werden. — Das gilt auch für die Zukunft — sollten Sie einmal mit besonders gescheiterten Argumenten kommen —: Kein Tag wird mich hindern, noch ein bißchen klüger zu werden. Vielleicht werde ich Ihnen dann eines Tages auch entgegenhalten können, daß Sie das einmal verwenden sollten, wenn Sie sich von etwas lossagen müssen, was Ihre Partei schon vertreten hat. Adenauer hat Ihnen das schon ins Stammbuch geschrieben, als er einmal gesagt hat: Was interessiert mich das saudumme Geschwätz von vorgestern! Sie sollten das also bei ihm nachlesen *(Abg. Graf: Ich bin schon alt, aber daß Sie mich dauernd mit dem Adenauer vergleichen, ist schon peinlich!)* und dann sehen, daß man sehr wohl in geänderten Zeiten, aufbauend auf seinen eigenen Grundsätzen, mit dem ganzen Wissen, das man inzwischen hat, da und dort zu anderen Schlußfolgerungen kommen kann, ohne des-

**Vizekanzler Dr. Steger**

wegen auch nur einen einzigen Grundsatz wirklich zu verraten.

Meine Damen und Herren! Wenn ich Sie dabei daran erinnern darf, daß diese Regierung nicht zuletzt deswegen ein so ausgewogenes Maßnahmenpaket erstellt hat, weil sie Einsparungen verbunden hat mit Steuererhöhungen, daß sie das aber gleichzeitig in Abkehr — und auch das als Antwort auf das, was Dr. Mock heute hier gesagt hat — ganz anders gemacht hat als Ihre ÖVP-Alleinregierung, dann darf ich Ihnen vorrechnen, daß Ihr Finanzminister Dr. Schmitz — natürlich wissen die meisten jüngeren Menschen nicht einmal mehr, wer das war, so lange ist das her, denn wenn es jetzt 14 Jahre her ist, daß einmal die ÖVP in Österreich regiert hat, wird man sich ja demnächst wirklich nur mehr vom Hörensagen vorstellen können, daß auch diese Partei Verantwortung für Österreich getragen hat, nach der Entwicklung, die sie in den letzten Jahren als demagogische Partei genommen hat — damals ein Budget der harten Realitäten vorgelegt hat, wie es die Volkspartei bezeichnet hat, mit Erhöhungen der Umsatzsteuer, der Gebühren, der Körperschaftsteuer, der Gewerbesteuer, der Vermögensteuer, der Beförderungsteuer — Neueinführung —, der Versicherungssteuer und der Tabaksteuer, mit Erhöhungen, die, auf Preisbasis 1983 berechnet, 21,2 Milliarden Schilling ausgemacht haben. Im Vergleich dazu ist das Maßnahmenpaket mit Samthandschuhen erstellt worden. Daran seien Sie vielleicht einmal erinnert, meine Damen und Herren von der Volkspartei.

Nicht zuletzt aber muß ich Sie daran erinnern, weil Sie das selbst immer streichen, was alles im Sinne von Anerkennung der sozialen Marktwirtschaft, von Anerkennung von Eigentum, von Anerkennung von Leistung für Arbeiter, für Angestellte, für Selbständige in dem Maßnahmenpaket enthalten war. Es war enthalten die Streichung der Gewerbekapitalsteuer. Es war enthalten die Senkung der Vermögensteuer auf Betriebsvermögen. Es war enthalten eine Reduzierung der Gewerbeertragsteuer durch höhere Freibeträge. Es war enthalten eine höhere Befreiung von der Steuer dort, wo nichtentnommene Gewinne vorhanden sind.

Wenn Sie das alles schon vergessen haben, darf ich weiters ergänzen: die Investitionsprämie für benachteiligte Regionen, die Gebührenfreiheit bei Kreditschuldungen, die Verbilligung der Exportkredite, die Erhöhung der Wirtschaftsförderungsmittel — allein in

meinem Ressort zirka 200 Millionen Schilling —, die Gründung der Innovationsagentur.

Aber es waren auch andere Schwerpunkte enthalten: die Außenhandelsoffensive der Bundesregierung.

Meine Damen und Herren! Wenn ich gesagt habe, das Lächerlichmachen, das Herabsetzen des Parteienstaates, das Herabsetzen der Handlungsträger dieser Bundesregierung und daher natürlich auch der Vertreter der Freiheitlichen Partei gehört zum Repertoire dieser Opposition, dann möchte ich nur daran erinnern, wie Sie mit mir vorgegangen sind im Zusammenhang mit meinen persönlichen Auslandsreisen, die ich zu unternehmen hatte als Handelsminister. Hier im Hause haben Sie versucht, mich damit lächerlich zu machen, daß ich überall hinfahre, daß ich versuche, den Chinesen einen Lift auf die Große Mauer zu verkaufen, daß ich versuche, dort zu erreichen, daß Lkw verkauft werden. Hier im Hause und noch viel schärfer in den Medien, die Ihnen nahestehen, haben Sie alles, was ich damals unternommen habe, als Vergnügungsreise dargestellt.

Ich sage Ihnen heute als Antwort: Der Erfolg im Außenhandelsbereich ist ein Erfolg des Bundeskanzlers, ist ein Erfolg des Außenministers, aber selbstverständlich auch ein Erfolg des für den Außenhandel zuständigen Ministers. Und wenn fast 20 Prozent Zunahme beim Außenhandel im ersten Quartal 1984, beim Export von Jänner bis März 1984 gegenüber Jänner bis März 1983 vorhanden war, dann ist das auch ein Erfolg des Freiheitlichen Ministers, aber vor allem ein ganz, ganz wesentlicher Beitrag dazu, daß Arbeitsplatzsicherung durch diese Regierung konkret betrieben wurde. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich bleibe dabei: Die Regierung hat Rahmenbedingungen zu setzen. Sie kann nicht all das ersetzen, was im Bereich der Privatwirtschaft zu machen ist. Sie muß Rahmenbedingungen setzen, durch die der Brückenschlag zwischen der Regierungstätigkeit und der Privatwirtschaft gelingt.

Daß der Brückenschlag gelungen ist, beweist die Entwicklung beim Wirtschaftswachstum real, das noch vor kurzem mit 0,5 Prozent prognostiziert wurde, dann mit 1,5 Prozent — das war die erste Korrektur —, und dann kam die Korrektur auf 2,5 Prozent real. Jetzt sind praktisch alle Wirtschaftsfor-scher schon bei 3,0 Prozent real angelangt,

**Vizekanzler Dr. Steger**

und manche reden schon von 4,0 Prozent real. Ich bin nicht so optimistisch, daß es unbedingt 4,0 Prozent real sein werden. Ich meine aber, daß dieser Wert für sich spricht.

Die Industrieproduktion, die Aufträge: ein Plus von 20 Prozent im ersten Quartal. Das spricht für sich.

Die Exporte im 1. Quartal: fast 20 Prozent Zunahme. Das spricht für sich.

Erstmals seit mehreren Jahren kein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit, im April ein ganz leichter Rückgang gegenüber dem April des Vorjahres, im Mai etwa der gleiche Prozentsatz. Das spricht für sich.

Wenn Dr. Mock heute ausgeführt hat, die Wirtschaft benötige nicht Subventionen — gerade den vielen ÖVP-Vertretern werde ich das sagen, wenn sie demnächst zu mir kommen, um wieder neue Subventionen zu verlangen —, wenn Dr. Mock gesagt hat, die Wirtschaft benötige nicht Subventionen, sondern Investitionen, dann sage ich Ihnen: 3,5 Prozent reale Zunahme bei den Bruttoanlageinvestitionen, dieser Wert spricht für sich. Die Wirtschaft hat Mut, die Wirtschaft investiert, die Arbeiter haben diese Wirtschaftsbelebung durch ihr Solidaritätsoffer bei der Mehrwertsteuer mit unterstützt. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Dann kommen Sie immer und sagen: Die Krise ist hausgemacht, der Aufschwung kommt aus dem Ausland.

Meine Damen und Herren! Wenn etwa die Bundesrepublik Deutschland in ihren Werten bei den konkreten Wirtschaftsdaten besser ist als Österreich, dann gehe ich noch in mich und denke nach, ob dieser Aufschwung ausschließlich aus dem Ausland kommt. Ich gehöre ja nicht zu jenen, die übersehen, daß selbstverständlich die internationale Wirtschaftsentwicklung derzeit positiver ist und auch ein wesentlicher positiver Einfluß aus dem Ausland kommt, aber wenn Sie sagen, alles komme aus dem Ausland, dann muß ich Ihnen vorhalten: Im Vorjahr hatte Österreich einen Wirtschaftsaufschwung von real 1,9 Prozent, die Bundesrepublik Deutschland von 1,0 Prozent, also rund die Hälfte. Im heurigen Jahr sagen unsere Wirtschaftsforscher im Mittelwert 3,0 Prozent real für Österreich voraus, nominell daher über 8,5 Prozent, in Deutschland deutlich darunter. Solange unsere Werte ständig besser sind als etwa in der Bundesrepublik Deutschland *(Abg. Dr. König: Die haben doch eine viel geringere*

*Inflation!)*, kann man doch nicht ernsthaft behaupten, Herr Kollege Dr. König: Das kommt ausschließlich aus dem Ausland.

Hier ist ganz sicher das festzuhalten, was das Wirtschaftsforschungsinstitut sagt — wörtlich —: „Nicht nur aus dem Ausland kommen kräftigere Nachfrageimpulse, sondern auch von der regeren Investitionstätigkeit im Inland, die in den letzten drei Jahren jeweils eingeschränkt worden war“. — Ende des Zitats.

Die Schlußfolgerung: Die internationale konjunkturelle Lage ist besser geworden, aber die Rahmenbedingungen der österreichischen Wirtschaft sind so hervorragend, daß wir im Spitzenfeld aller Industrieländer der gesamten Welt liegen. Darauf können alle Arbeiter, alle Angestellten und alle Selbständigen in Österreich stolz sein und ein bißchen auch die österreichische Bundesregierung. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Wenn Herr Dr. König das noch nicht glauben sollte, dann bringe ich einige Originalzitate aus dem OECD-Bericht und aus dem Bericht des Internationalen Währungsfonds. Jeweils ohne Zusätze durch mich, wörtliche Zitate:

Erstens: „In Österreich hat sich die Leistungsbilanz trotz schwacher Auslandsnachfrage verbessert.“ Das gilt für 1983.

Zweitens: „Der reale Bruttoinlandszuwachs liegt über jenem im gesamten OECD-Raum.“

Drittens: „Die Arbeitslosenrate liegt bei der Hälfte des gesamten OECD-Durchschnitts.“

Viertens: „Das Budget 1984 stellt einen ersten Schritt zur Stabilisierung der Staatsfinanzen dar.“

Meine Damen und Herren! Ohne jeden Zusatz! Das waren nicht Sozialisten aus der Bundesregierung, das waren nicht Freiheitliche, die in der Bundesregierung mitwirken, das ist die OECD in ihren Berichten, das ist der Internationale Währungsfonds. Nehmen Sie doch das wenigstens zur Kenntnis; zumindest im Internationalen Währungsfonds sitzen überwiegend Konservative aus Ihrem ideologischen Lager, sogar diese bestätigen den Kurs. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Noch ein Wort zur Steuerdiskussion: Diese Bundesregierung bekennt sich nach wie vor zu einer sozial gerechten, einfachen und leistungsfördernden Steuerreform. Die Ände-

**Vizekanzler Dr. Steger**

rung eines durch viele Jahrzehnte hindurch gewachsenen Steuersystems kann jedoch nicht — gleichsam revolutionär — über Nacht erfolgen, insbesondere dann, wenn es gilt, einen anlaufenden Aufschwung nicht durch Verunsicherung der Wirtschaft zu gefährden, sondern durch Stabilisierungsbemühungen zu unterstützen. Diese Gefährdung der anlaufenden Stabilisierung, diese Gefährdung des beginnenden Wirtschaftsaufschwunges, wo Sie nur um Worte streiten, ob er schon da ist oder begonnen hat, er hat begonnen, aber er wird sich hoffentlich noch verstärken; es stimmt das eine wie das andere. Diese Bemühungen sind gefährdet, wenn die Opposition mit der Medienmacht, die hinter ihr steht, überall trommelt, daß Steuerreform heißt, daß wieder jemandem etwas weggenommen wird. Deswegen wollte diese Bundesregierung eine Verunsicherungskampagne sofort im Keim ersticken.

Herr Dr. Mock! Sigmund Freud schau oba, wäre der volkstümliche Spruch gewesen bei dem, was Sie heute gesagt haben. Sie protestieren, daß die Steuerreform jetzt nicht erfolgt. Dann haben Sie weiters wörtlich gesagt: Wir wollen die Menschen ermuntern, auch wenn die Steuerbelastung jetzt wieder steigt. Hier merkt man ja, was in Ihrem Manuskript noch enthalten war. Sie sind davon ausgegangen, daß, wenn die Steuerreform von der Bundesregierung weiter betrieben wird, Sie dann überall werden sagen können, die Steuerbelastung werde steigen. Dem wurde ein Riegel vorgelegt, hier ist verhindert, daß Ihre Demagogie, die Sie ein Jahr betrieben haben, irgendeine Chance haben wird. Entbürokratisierung, Erleichterung der bürokratischen Maßnahmen, Änderungen des Systems ohne neue Belastungen: Daran wird auch in Hinkunft von dieser Regierung gezielt gearbeitet werden. Verunglimpfung und Verunsicherung werden nicht möglich sein. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Wort muß ich aus der Sicht des Koalitionspartners zur Frage Umweltschutz ergänzen. Auch ich bin wie der Herr Bundeskanzler der Meinung, daß keine Regierung vorher so viel für den Umweltschutz getan hat wie diese Bundesregierung, wenn man bedenkt, daß sie erst ein Jahr im Amt ist. Nehmen Sie nur all das, was etwa bei der Entschwefelung des Heizöls bereits geschehen ist. Nehmen Sie das Dampfkesselmissionsgesetz.

Herr Kollege, Ihren Namen kenne ich leider noch nicht. Sie beuteln den Kopf. Sie sind noch so neu, ich werde Sie mir einprägen und

werde nachher gleich fragen. Ich darf Ihnen hier vorlesen, was die Bundeswirtschaftskammer festhält. Die Bundeswirtschaftskammer, die mehrheitlich eindeutig von der Volkspartei dominiert wird, von Ihrem Wirtschaftsband, sagt zu den Maßnahmen der Bundesregierung... *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Es ist kein persönlicher Vorwurf, daß ich seinen Namen noch nicht kenne, es ist sicher meine Schuld, daß ich ihn noch nicht weiß, ich konnte ihn daher nicht mit dem Namen ansprechen.

Meine Damen und Herren von der Opposition! Ich möchte Ihnen nur etwas vorhalten, was Sie offensichtlich selbst nicht wissen. Die Bundeswirtschaftskammer sagt in ihrem Pressedienst F 295/84 — ich staune, daß die heuer schon so viele Pressedienste abgesetzt und dort noch so wenig Grund gefunden haben, die Wirtschaftspolitik positiv zu bestätigen —: „Österreich ist nämlich das einzige Land in Europa mit derart strengen Luftreinhaltemaßnahmen.“

Das sagt die Bundeswirtschaftskammer, nachdem die Verordnung zum 2. Dampfkesselmissionsgesetz bekannt wurde.

Sie sagt weiter: „Im Gegensatz zu sozialpartnerschaftlichen Vorschlägen sieht die Bundesregierung wesentlich strengere Maßnahmen vor. So wurde der Stufenplan für die Realisierung der Umweltschutzinvestitionen von zehn auf fünf Jahre verkürzt. Außerdem wurden die SO<sub>2</sub>-Grenzwerte wesentlich strenger gefaßt.“

Hier ist der Beweis, daß die Bundesregierung bei Umweltfragen strenger und rascher vorgeht, als das die Volkspartei will. Herr Abgeordneter Heinzinger! Schreiben Sie sich das ins Stammbuch, wenn Sie den nächsten Pressedienst absetzen, wo Sie behaupten, die Bundesregierung wäre zu langsam bei Umweltschutzmaßnahmen. Sie reden davon, wir machen etwas, und zwar mehr, als Ihre eigene Partei fordert. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Noch ein offenes Wort zur Frage Energiepolitik. Es wird noch genügend Gelegenheit bestehen, zum Energiekonzept im Detail Ausführungen zu machen. Sie wissen ganz genau, meine Damen und Herren, daß sich der Gesetzgeber sehr wohl etwas dabei gedacht hat, als er einvernehmlich festgelegt hat, daß jeweils in Zweijahresschritten das neue Programm im Parlament zu beraten und zu erlassen ist.

**Vizekanzler Dr. Steger**

Wissen Sie, was er sich gedacht hat, der Gesetzgeber mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei, mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei und selbstverständlich mit den Stimmen jener Partei, die allein die Mehrheit hatte? — Er hat sich gedacht, daß es im Bereich der Energiewirtschaft nicht möglich ist, jedes halbe Jahr oder alle Jahre andere Zielvorstellungen zu nennen, das Steuer herumzureißen, plötzlich begonnene Kraftwerke aufhören weiterzubauen, andere neu zu beginnen und die nicht weiterzubauen. Er hat sich gedacht, daß klare Rahmenbedingungen jeweils für zwei Jahre Gültigkeit besitzen müssen. *(Abg. Dr. Graff: Halten Sie Ihre Ankündigungen ein!)*

Herr Dr. Graff, ich halte es schon für möglich, daß Sie gar nicht wissen, was Ihre Partei beschlossen hat. Als Beckmesser der Innenpolitik ist Ihnen das wahrscheinlich egal, wenn Sie normalerweise Ihre Markierungen von da vorne setzen — heute von ein bisserl weiter hinten, das ist mir angenehmer, da klingt es nicht so schneidend.

Herr Dr. Graff! Sie sollten sich hineindenken in die Aufgabe des Parlaments, wenn es meint, daß diese Rahmenbedingungen alle zwei Jahre fortgeschrieben werden sollen. Sie sollten nachdenken, warum die Vertreter Ihres politischen Lagers in der Energiewirtschaft meinen, daß sogar die Frist, die ich gesetzt habe, nämlich bis zum Sommer dieses Jahres im Konsens ein neues Energiekonzept im Rohentwurf zu erstellen, sehr kurz ist, wenn man sehr vieles auf eine neue Basis stellen will. Und Sie sollten auch aufhören, regelmäßig selbst bei der Energiewirtschaft zu erscheinen und dort Forderungen zu erheben, die gegen den Minister gerichtet sind, und Ihre Vorstandsdirektoren, die politisch Ihrer Partei angehörigen Vorstandsdirektoren mit Forderungen zu versehen. Das ist nämlich skandalös, wenn Sie so vorgehen, und ich sage das mit aller Deutlichkeit hier im Parlament. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Man wird aufhören müssen, zuzuschauen, daß in einem Konsensklima Ihre Partei immer wieder etwa die Hälfte all dieser Vorstandsdirektoren politisch stellt, wenn Sie als Generalsekretär dort erscheinen und Aufträge erteilen. Sie haben dort überhaupt keine Aufträge zu geben, das muß einmal klargestellt werden hier im Parlament! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Gerade weil diese Regierung ... *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich bin jederzeit bereit, hier bei ... *(Abg. Dr. Graff: Halten Sie Ihre*

*Ankündigungen ein, mehr will ja niemand!)* Ich bin froh, daß Sie nur mehr wollen, daß ich meine Ankündigungen einhalte, aber alles andere zur Kenntnis nehmen, was ich Ihnen jetzt gesagt habe. Das ist der erste Schritt zur Besserung. Ich will ihn anerkennen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Auch wenn es Ihnen vielleicht da und dort etwas lang dauert, einige Anmerkungen noch, warum der Bau von Hainburg meiner Auffassung nach nötig ist; Fakten, die zur Versachlichung der Diskussion beitragen könnten.

Von 1979 bis 1983, also vor meiner Zeit, ist die Durchsetzung eines langjährigen Wunsches, den unser freiheitlicher Energieexperte Dr. Stix immer hier im Hause vertreten hat, schrittweise gelungen, nämlich die Entkoppelung der Frage Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch insgesamt. Sie haben in den letzten zehn, fünfzehn Jahren sehen können, daß die gesamte Wirtschaft gewachsen ist, daß sie einen sehr, sehr ordentlichen Prozentsatz an Wachstum hinter sich hat und daß trotzdem im letzten Jahrzehnt der gesamte Energieverbrauch nicht gestiegen ist. Der gesamte Energieverbrauch ist nicht gestiegen! Im Jahr 1983 etwa ist gegenüber dem Jahr 1982 bei den Energieimporten, vor allem Erdöl, aber auch Kohle, eine Einsparung von 5 Milliarden Schilling gelungen. Es gibt also diese Einsparungen bei der Energie.

Im selben Zeitraum, meine Damen und Herren, ist aber, und zwar nicht zuletzt wünschenswert, weil die Wasserkraft die umweltfreundlichste Form der Energieproduktion ist *(Abg. Heinzinger: Sonne!)*, obwohl die Wirtschaft 1979 bis 1983 nicht wesentlich gewachsen ist, der Stromverbrauch so stark gestiegen, daß etwa eineinhalb Kraftwerke, wie bei Hainburg geplant, nötig sind, um nur diesen Zuwachs abzudecken.

Also: Energie insgesamt wird gespart. Das Wirtschaftswachstum war schwächer, als es jetzt bereits wieder ist, und der Stromzuwachs war trotzdem vorhanden. Das sind Dinge, die Sie nicht wegdiskutieren können.

Wir brauchen daher mehr Strom. Wir brauchen auch mehr Strom aus der Wasserkraft, wenn wir wirklich wollen, daß manche Kohlekraftwerke der älteren Bauart — ich könnte Ihnen da gleich mehrere aufzählen —, manche Ölkraftwerke der älteren Bauart ... *(Abg. Heinzinger: Ein paar nur! Zwei!)* Sie werden das demnächst von mir, Herr Abgeordneter Heinzinger, auch schriftlich bekommen.

**Vizekanzler Dr. Steger**

Wir haben heute nicht isoliert eine Energiedebatte. Aber ich kann Ihnen sagen, Sie werden es sogar schriftlich bekommen. Sie haben ja schon angefragt. (*Abg. Heinzinger: Nur zwei!*) Zum Beispiel Voitsberg 1. (*Abg. Heinzinger: Warum wird das geschlossen?*) Das wird geschlossen, weil es wegen seiner Technologie eine Umweltbelastung ist. (*Abg. Heinzinger: Ich werde Ihnen vorlesen, ich habe es schon schriftlich!*) Es wird geschlossen, weil bei all diesen Kraftwerken die Umweltbelastung größer ist, als der Energiegewinn wert ist.

Nur, Sie wollen — und das sage ich Ihnen auch gleich —, daß diese Kraftwerke geschlossen und keine neuen Wasserkraftwerke gebaut werden. Denn bei jedem Wasserkraftwerk, das bisher vorgeschlagen wurde, habe ich erlebt, Herr Abgeordneter Heinzinger, daß Sie sagen, Sie seien für die Wasserkraft. Aber Sie sind gegen Hainburg, Sie sind gegen das Kraftwerk Dorfertal, Sie sind gegen Reichraming-Hintergebirge, Sie sind gegen die Verbauung des Kamptales, Sie sind gegen die Verbauung des Yspertales. Und jetzt höre ich in Ihrer Partei auch schon, Sie sind gegen den weiteren Ausbau der Ill in Vorarlberg. — Sechs Wasserkraftwerke, die alle von der ÖVP abgelehnt werden, aber gleichzeitig ist die Partei für den Ausbau der Wasserkraft! (*Abg. Heinzinger: Was Sie sagen, ist die Unwahrheit!*) Ich werde mit Interesse hören, wenn Sie allenfalls jetzt plötzlich sagen, daß Sie in Abweichung von dem, was hier bisher gesagt wurde, doch für den Ausbau der Wasserkraft sind. (*Abg. Heinzinger: Falsch! Ein Unsinn des Vizekanzlers! Sie sagen die Unwahrheit!*)

Meine Damen und Herren! Es wird notwendig sein, die Wasserkraft weiter auszubauen, weil zu den bisherigen Zielen der Elektrizitätswirtschaft — ausreichend, preisgünstig, zuverlässig, devisensparend und rohenersparend — durch diese Bundesregierung gleichrangig, vielleicht sogar erstrangig als sechstes Ziel oder als erstes Ziel zusätzlich „umweltschonend“ vorgeschrieben wird. Und wir werden auch durch eine Reform des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes dafür sorgen, daß dieser gesetzliche Auftrag neu definiert wird. Dann muß man aber auch für den Ausbau der Wasserkraft eintreten. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Gerade bei vielen, vielen anderen Fragen, aber auch bei Hainburg ist es natürlich gerechtfertigt, zu sagen, daß die Volkspartei das tut, was der Abgeordnete Graff, was der Abgeordnete

Mock vielfältig hier im Hause schon getan haben: Sie sagt ein klares „Ja, aber...“ Und bei dem Aber stellt sich dann heraus, daß das Ja so relativiert ist, daß es eigentlich schon wieder einem Nein gleicht.

Wir arbeiten über alle Parteigrenzen hinweg an einem neuen Energiekonzept. Wir arbeiten daran unter Einbeziehung all jener Experten auch aus dem Ökologiebereich, die bereit sind, sachlich und im Stil der Versachlichung an diesem Themenkreis festzuhalten. Weil ich aber der Auffassung bin, daß die Opposition in den nächsten Monaten sicherlich nicht plötzlich zur sachlichen Diskussion bereit sein wird, ist diese Regierung willens, im Zweifelsfall — so wie bei der Budgetstabilisierung, so wie bei der Gestaltung des Wirtschaftsaufschwunges — auch bei der neuen Maßgabe der Reparatur der Umwelt allein vorzugehen, und zwar, wenn Sie nur blockieren wollen und nicht bereit sind, wirklich auch konstruktiv mitzutragen.

Bismarck hat vor mehr als hundert Jahren, 1870, einmal gesagt: Die Scheu vor der Verantwortung ist eine Krankheit unserer Zeit. Ich möchte Bismarck ins Stammbuch der Konservativen Österreichs schreiben. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 13.59

Präsident Dr. Stix: Zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. König. Ich erteile ihm das Wort und mache ihn auf die Fünf-Minuten-Begrenzung aufmerksam.

14.00

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist verständlich, Herr Vizekanzler, wenn Sie versuchen, von der Regierungsbank die Arbeit der Regierung besonders hervorstreichen, und sich bemühen, Erfolge herauszustellen. Es kann aber nicht unwidersprochen bleiben, wenn Sie dabei offensichtlich falsche, unrichtige Behauptungen aufstellen.

Sie haben hier erklärt, daß in Österreich das Wirtschaftswachstum 8 Prozent betrage und damit über dem der Bundesrepublik liege. (*Vizekanzler Dr. Steger: Nominell!*) Jawohl, nominell.

Herr Vizekanzler! Wir haben in Österreich eine Inflationsrate von über 5 Prozent, in der Bundesrepublik beträgt sie nicht einmal die Hälfte. Es ist daher falsch und eine Irreführung der Öffentlichkeit, davon zu sprechen, daß das Wirtschaftswachstum in Österreich

**Dkfm. DDr. König**

über jenem der Bundesrepublik liegt. Das ist sachlich unrichtig und muß berichtigt werden.

Sie haben weiters festgestellt, daß die Zahl der Dienstwagen wesentlich verringert worden wäre. Auch hier muß ich sagen, das ist unrichtig, wenn Sie gleichzeitig verschweigen, daß der Rechnungshof den zahlreichen Einsatz von Sonderfahrzeugen anstelle von Dienstkraftwagen kritisiert hat, das heißt, das Umtaufen von Dienstwagen in Sonderfahrzeuge.

Und Sie haben drittens die Behauptung aufgestellt, daß Sie 7 Milliarden Schilling eingespart hätten. Auch das ist falsch, wenn hintennach dann in einem Budgetüberschreitungsgesetz wiederum die Mehrausgaben bedeckt werden müssen. Sie könnten bestenfalls seriöserweise davon sprechen, daß Sie Einsparungen budgetiert haben, daß Sie sie geplant haben und hoffen, sie zu erreichen. Aber hier zu behaupten, Sie hätten 7 Milliarden eingespart, das ist einfach tatsachenwidrig, und das muß festgestellt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.02

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Jolanda Offenbeck. Ich erteile es ihr.

14.03

Abgeordnete Dr. Jolanda Offenbeck (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist an dieser Debatte interessant, daß die ÖVP so intensiv auf eine Steuerreform drängt. Die Österreicherinnen und Österreicher sollen sich das möglichst gut und möglichst lange merken. Wir Sozialisten freuen uns, daß es zu keiner weiteren Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts, zu keiner Besteuerung der Abfertigungen und zu keiner Besteuerung der Überstunden kommt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Sie wollen, daß wir diese Steuerreform durchführen, damit Sie dann kräftig Kritik daran üben können, damit Sie poltern können, und Sie versprechen sich davon einen Zuwachs an Wählern. Das muß hier ganz offen gesagt werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Seit einem Jahr ist die Koalitionsregierung im Amt. Damit ist ein Viertel der Legislaturperiode vergangen, und es ist gut, daß der Herr Bundeskanzler dies zum Anlaß genommen hat, Bilanz zu ziehen. Es ist eine gute

Bilanz für Österreich und für die Menschen in Österreich. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es ist die Bilanz eines Arbeitsjahres, in dem alle Anstrengungen unternommen wurden, um die krisenhafte weltwirtschaftliche Situation von Österreich möglichst fernzuhalten.

Es ist uns gelungen, ein hohes Beschäftigungsniveau zu erhalten, die Sicherung des sozialen Netzes in die Wege zu leiten und dafür zu sorgen, daß alle Bürger in diesem Staat weiterhin gleiche Bildungschancen haben. Diese für uns Sozialisten wichtigen Ziele konnten wir mit der FPÖ weiterhin gemeinsam verwirklichen, und das freut uns.

Es war uns, weil Sie so viel von der Steuerreform reden, von allem Anfang an klar, daß wir nach einem Jahrzehnt, in dem es zu Jahrhundertreformen gekommen ist — ich denke an die Strafrechtsreform, an die Familienrechtsreform, an die großen Verwaltungsreformen, wie Forstrecht und neues Gewerbe-recht, man vergißt ja schon darauf, und an die großen Reformen im sozialen Bereich, Arbeiterabfertigung und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall —, in diesem Reformtempo nicht fortfahren werden können und daß auch der Umfang der Reformen kleiner werden wird.

Das liegt aber nicht etwa an der Koalition. Bei der Fülle der Reformen ist eine Atempause einfach nicht zu vermeiden. Reformen müssen, wenn die Zeit dafür reif ist, durchgeführt werden. Sie müssen aber auch in die Realität umgesetzt werden.

Jetzt ist die Zeit angebrochen, daß sich diese Reformen setzen, daß man die bestehenden Gesetze ausfeilt, ergänzt und verbessert. Es ist Zeit, daß sich die neuen Reformen, die neuen Gesetze in der Praxis bewähren und ihren letzten Schliff erhalten; das muß man hier auch ganz offen sagen. Die Zeit der Bewährung des großen Reformwerkes ist angebrochen. Das ist eine wichtige Phase, die man nicht unterschätzen soll, denn wir wissen, daß der Bewußtseinsbildungsprozeß in der Bevölkerung noch lange nicht abgeschlossen ist und manche der Reformwerke dem Bewußtseinsstand der Bevölkerung ein wenig voraneilen.

Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat ihre Tätigkeit aufgenommen mitten in der Weltwirtschaftskrise. Selbstverständlich hat diese Krise ihre Schatten auch nach Österreich geworfen. Die Bundesregie-

**Dr. Jolanda Offenbeck**

rung hat rechtzeitig budgetpolitische Maßnahmen gesetzt, die zwar nicht populär waren, aber die sichtlich dazu beigetragen haben, daß die wirtschaftliche Situation heute in Österreich besser ist als in vielen, vielen anderen europäischen und außereuropäischen Staaten.

Investitionen wurden durch eine 40prozentige Investitionsprämie angekurbelt, die verstaatlichte Industrie erhielt jene Mittel, die zur Umstrukturierung nötig sind, die Exporte sind angestiegen, ja es wurde eine wahre Exportoffensive gestartet, und man soll über die Reisen des Herrn Vizekanzlers nicht lächeln; auch das war ein Teil dieser Exportoffensive.

Ein Sonder-Wohnbauprogramm wurde entwickelt, das der Bauwirtschaft ein zusätzliches Auftragsvolumen von 10 Milliarden Schilling sichert. Das ist nicht wenig.

Die österreichische Wirtschaft erhält Mittel von 17 Milliarden, und die Bundesinvestitionen — der Herr Bundeskanzler hat das heute ausgeführt —, die als Aufträge in die Wirtschaft gehen, machen nicht weniger als 73 Milliarden Schilling aus.

Das alles sind Maßnahmen, die sich positiv auf das Beschäftigungsniveau und auf die gesamte Wirtschaft auswirken. Das ist ein Erfolg der Regierung Sinowatz-Steger, und das muß man anerkennen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Unsere wirtschaftlichen Erfolge sind aber auch die beste Absicherung unseres sozialen Netzes. Sinkende Arbeitslosenzahlen bedeuten weniger Belastung des Sozialbudgets. Wir haben in diesem Jahr auch sehr ausgiebig und oftmals auch kontroversiell über die Sicherung des sozialen Netzes diskutiert. Viele Vorschläge wurden überdacht, und schließlich hat der Bundespartei Vorstand der SPÖ am 17. April die Grundzüge der Pensionsreform gebilligt.

Die vorgesehene Pensionsreform ist ein guter Kompromiß, der eine gerechte Reform des Pensionssystems vorsieht. Die Pensionsreform wird allen Österreichern einen verkraftbaren Beitrag zur Sicherung des Pensionssystems abverlangen. Ich bin sicher, die Menschen werden diesen Beitrag gerne leisten, wenn dadurch sichergestellt wird, daß die Leistungen des Pensionssystems dadurch nicht erheblich geschmälert werden.

Unseren älteren Staatsbürgern ist es wich-

tig, daß die Pension nicht nur für den Lebensunterhalt sorgt, sondern daß sichergestellt wird, daß die Pension einen Lebensstandard sichert, der sich nicht wesentlich vom Lebensstandard während der Aktivzeit unterscheidet. Gerade Pensionisten verfügen über mehr Zeit — und man wünscht sich dieses Mehr an Zeit immer, wenn man noch aktiv ist —, die sie aktiv nützen wollen. Hobbys, Reisen, Autos und Vergnügungen, wie wir sie unseren Senioren empfehlen, sind zum wesentlichen Teil auch ein materielles Problem. Mit dieser Pensionsreform erfüllen wir unsere soziale und moralische Verpflichtung jenen Menschen gegenüber, deren Aufbauarbeit die Zweite Republik geschaffen hat. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir können unseren älteren Mitbürgern heute mit Freude sagen, daß sie nicht fürchten müssen, daß sie bei den Pensionen wesentliche Einbußen erleiden werden.

Ich bin froh, daß der Sozialminister seine Vorstellungen über die Pensionsreform nun auf den Tisch gelegt hat. Die SPÖ ist sich ihrer Verpflichtung der älteren Generation gegenüber bewußt und hat mit großem Verantwortungsbewußtsein ihre Entscheidung getroffen. Die Witwenpensionen für Hausfrauen und berufstätige Frauen werden nicht angetastet. Dafür haben sich die Frauen aller Parteien eingesetzt, und ich freue mich darüber, daß auch die Männer zur Einsicht gekommen sind, daß man mit den Frauen keinen Kampf aufnehmen soll, daß es keinen Sinn hat, mit den Frauen zu streiten; wir freuen uns wirklich sehr darüber. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Taus: Hie und da wird man doch noch dürfen! — Heiterkeit.)*

Die Sozialversicherungsbeiträge werden für Arbeitgeber und Arbeitnehmer um je ein halbes Prozent erhöht.

Der Anpassungsfaktor der Pensionen wird in Hinkunft auch die Arbeitslosenzahl berücksichtigen.

Mütter werden einen Kinderzuschlag von 3 Prozent erhalten.

Kein Versicherungsjahr soll in Hinkunft verlorengehen. Die ewige Anwartschaft, wie man so schön sagt, ist damit gesichert.

Meine Damen und Herren! Es ist kein Geheimnis: Bevor der Sozialminister seine Vorstellungen auf den Tisch gelegt hat, kam es zu einem intensiven Meinungsbildungsprozeß. Es ist gut in der Demokratie, wenn viele

**Dr. Jolanda Offenbeck**

Gruppen der Bevölkerung ihre Vorstellungen in ein Reformvorhaben einbringen. Gerade bei der Frage der Pensionsreform wurde dieses gute demokratische Recht aller Staatsbürger genützt.

Der vorliegende Vorschlag ist für alle Österreicher akzeptabel, und ich betone noch einmal: Es ist ein guter und gerechter Kompromiß, der von niemandem allzugroße Opfer verlangt. Wir sind mit der vorgesehenen Pensionsreform jedenfalls zufrieden. Auch wir Frauen, Herr Bundeskanzler! (*Abg. Fachleutner: Du wirst ein Bussel kriegen...!*)

Ich hoffe nur sehr, daß auch die Opposition verantwortungsbewußt handelt und nicht aus einem reinen Justamentstandpunkt heraus dieses Reformvorhaben ablehnen wird.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ein bißchen etwas zum Umweltschutz sagen. Diese Bundesregierung hat sich um den Umweltschutz wirklich verdient gemacht. Erstmals ist ein Umweltfonds geschaffen worden, der mit nicht weniger als 500 Millionen Schilling dotiert ist. Dieser Umweltfonds soll der Wirtschaft die Umstellung auf umweltfreundliche Technologien erleichtern, wie der Bundeskanzler heute hier in seinem Bericht zum Ausdruck gebracht hat; er ist sogar entschlossen, diesen Betrag wesentlich zu erhöhen, eventuell zu verdoppeln, wenn dies erforderlich ist. Das zeigt doch deutlich, welchen Stellenwert Umweltschutz für diese Bundesregierung hat, und das sollte man auch einmal würdigen! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wenn die Bundesregierung in den nächsten fünf Jahren Umweltinvestitionen im Ausmaß von 30 bis 40 Milliarden Schilling vornehmen will, dann kommt das sicher unserer Wirtschaft zugute, aber auch dem Ziel, in Österreich eine gesunde Umwelt zu sichern. Die düsteren Prognosen der Opposition werden sich also nicht erfüllen. Ich bin zuversichtlich.

Viele, die heute sogenannte alternative Aussagen machen, meinen, die Leistungen der Technik, den Fortschritt, die wirtschaftliche Weiterentwicklung in Frage stellen zu müssen. Die Propheten von Katastrophen — wir haben solche Propheten in unserem Lande — erregen zwar oft durch eine geschickte Mischung von Wahrheit und bewußter Unwahrheit bedeutendes Aufsehen, aber auf Dauer — und das ist erfreulich —, auf Dauer setzt sich doch die Vernunft durch, meine Damen und Herren!

Es dürfen die sozio-ökonomischen Erfolge,

die wir bis heute erreicht haben, nicht unüberlegt aufs Spiel gesetzt werden. Das wäre sehr gefährlich. Die Bundesregierung zeigt durch die hohen Investitionen für den Umweltschutz, wie groß ihr Interesse am Umweltschutz ist und wie sehr sie Interesse hat, daß kommenden Generationen eine gesunde Umwelt hinterlassen wird.

Wenn sich gegenwärtig die Diskussion am projektierten Wasserkraftwerk Hainburg entzündet, dann muß doch sehr deutlich gesagt werden, daß Österreich wirtschaftlich nur dann überleben wird, wenn es billige Energie zur Verfügung hat, und ich verweise in diesem Zusammenhang auf den interessanten Vortrag des seinerzeitigen Außenministers der Vereinigten Staaten von Amerika, Kissinger, der sehr deutlich zum Ausdruck gebracht hat, daß Europa seine hervorragende Stellung im vorigen Jahrhundert vor allem dem Umstand verdankt hat, daß es eine Monopolstellung vor allem im Energiebereich hatte; Europa war durch seine Kohleenergie damals, so Kissinger, ein Saudi-Arabien. Und das sollten wir uns merken.

Wollen wir technisch nicht restlos zurückbleiben, wollen wir nicht teurer produzieren als andere Staaten in der Welt, dann müssen wir unsere Energiequellen und die Wasserkraft erschließen. Wenn wir schon so viel von Umweltschutz sprechen, dann muß man das hier deutlich sagen: Die Wasserkraft ist die umweltfreundlichste Energiequelle, die uns glücklicherweise zur Verfügung steht. Wir sollten daher alles tun, unsere Wasserkräfte wirtschaftlich zu nützen und auszubauen.

Viele haben schon gegen Kraftwerksbauten gewettert, haben dagegen Einwände erhoben, weil sie die Landschaft verändern, und nach der Vollendung dann festgestellt, daß die Landschaft schöner geworden ist. Wenn die ersten Narben verheilt sind, haben sie sich an den Stauseen und an der neuen verschönernten Landschaft erfreut.

Denken wir doch nur an Kaprun, das vorher ein kleines, vergessenes Dorf war. Welche Bedeutung hat es heute erlangt! So wie der Bau der Eisenbahnlinien seinerzeit nicht nur Begeisterung erweckt hat, wenn Grundstücke zur Verfügung gestellt werden mußten — es ist sehr interessant, daß damals das Eisenbahnteilungsgesetz geschaffen werden mußte; es ist schon ein Gesetz aus der Monarchie —, so erweckt eben auch der Bau von Kraftwerken bei vielen wenig Freude.

Immer wieder haben große Bauvorhaben

**Dr. Jolanda Offenbeck**

Meinungsverschiedenheiten herbeigeführt. Das ist ganz natürlich. Letztlich hat sich der Bau der Eisenbahn als nützlich erwiesen, und ich bin sicher, es wird sich auch der Bau der geplanten Kraftwerke als notwendig und als nützlich erweisen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich komme schon zum Schluß. Ich habe mich nur mit wenigen Aspekten der Regierungstätigkeit im letzten Jahr auseinandergesetzt. Dennoch wird deutlich, daß diese Bundesregierung im ersten Jahr ihrer Tätigkeit Beachtliches in Angriff genommen hat, daß sie nicht passiv die Dinge treiben ließ, sondern aktiv die Gegenwart und Zukunft unserer Bürger gestaltet. Das erfüllt uns mit Zuversicht und Freude. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 14.21

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Taus.

14.21

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stehe noch immer ein wenig unter dem Eindruck der Wortmeldung des Herrn Vizekanzlers, und ich würde lügen, würde ich sagen, daß ich unter einem positiven Eindruck stehe. Ich möchte nur zwei Dinge herausheben, die mir von einem Regierungsmitglied nicht gefallen haben, weil ich glaube, daß sie dem Stil, in dem in unserem Land immerhin seit 38 Jahren regiert wird, nicht entsprechen.

Ich möchte zuerst darauf hinweisen, daß ich nie zu jenen gehört habe, die der FPÖ die Regierungsfähigkeit abgesprochen haben. Mit nicht einem Wort! Ich habe nie auch nur ein beschimpfendes oder herabsetzendes Wort für irgendeinen Herrn gebraucht. Aber zwei Dinge gehen nicht. Erstens geht es nicht, daß ein Vizekanzler der Republik Österreich eine der Großparteien dieses Landes von der Regierungsbank aus als demagogische Partei bezeichnet. So etwas brauchen wir uns nicht gefallen zu lassen, meine Damen und Herren! So wollen wir überhaupt nicht beginnen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich sehe durchaus ein, daß man in der Erregung eine bestimmte Person beschuldigen kann, Demagogie zu betreiben. Das kann ich durchaus verstehen. Aber ich kann doch nicht solch einen Lapsus linguae begehen, daß ich eine der tragenden Kräfte dieses Landes einfach von der Regierungsbank aus disqualifiziere. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß wir von der Österreichischen Volkspartei schärfstens, und zwar im Interesse des Lan-

des, nicht in unserem Interesse, zurückweisen, daß so ein Stil einreißt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich verstehe auch, daß jedes Regierungsmitglied natürlich versucht, seine Arbeit positiv zu verkaufen. Das macht ja jeder, das will die Opposition, das will die Regierung. Ich möchte nur, um diesen Stil noch einmal zu unterstreichen, ein Beispiel herausnehmen, nämlich den Versuch, Exporterfolge, die ohne Zweifel da waren, auf die eigene Fahne zu schreiben, auf die eigene Initiative zurückzuführen, weil das ökonomisch gesehen einfach absurd ist. Man kann sagen, daß es nicht so schlecht sein wird, daß man Rahmenbedingungen geschaffen hat. Das kann man alles sagen, das alles verstehe ich von einer Regierung. Was soll sie denn anderes sagen? Aber wenn man hergeht und sagt: Dieser Exporterfolg ist zu einem Gutteil mein Anliegen!, dann zeigt das, daß man entweder glaubt, daß die Zuhörer von den Dingen nichts verstehen, oder daß man selbst daran glaubt, was ich für noch schlimmer hielte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe nichts anderes getan, als das letzte Heft des Institutes für Wirtschaftsforschung zu nehmen. Darin ist nichts als die Außenhandelsstatistik, die zeigt, wohin unsere großen Exporterfolge gegangen sind. — In die EWG sind sie gegangen, und in die EFTA sind sie gegangen, also in die entwickelten Industriestaaten, wo es eine hohe Kaufkraft gibt. Wenn dort die Konjunktur anzieht, können wir ihnen Gott sei Dank etwas verkaufen. In die Schwellenländer, in die sonstigen Entwicklungsländer ist die Entwicklung nicht so brillant gewesen. In den sonstigen Entwicklungsländern haben wir im Jänner minus 5,6 Prozent und im Februar plus 2,9 Prozent gehabt, in den Schwellenländern plus 16 Prozent und minus 5,5 Prozent; also eher eine schwächere Seite. *(Zwischenruf des Abg. Wille.)* Dort ist er ja hingefahren, das muß man sehen. Es ist ja auch absurd, zu meinen, daß man in der kurzen Zeit einen Exporterfolg durch eine Regierungspolitik erzielen kann. Das gibt es ja nicht, das geht ja nicht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Natürlich verkaufen wir heute besser in die aufgehende Konjunkturphase hinein. Ich stehe gar nicht an, zu sagen: Gott sei Dank! Aber mit welchen Mühen, mit welchen Problemen und Schwierigkeiten ist das verbunden! Wenn man so wie ich täglich damit befaßt ist, kann man ein Lied singen von jedem Geschäft, das man hier machen muß. Tausende und Abertausende in diesem Land können das.

**Dr. Taus**

Ich leugne es gar nicht, Gott sei Dank hat der Export ein bißchen angezogen. Aber ich kann doch nicht von der Regierungsbank aus sagen, das war ich, wenn das im wesentlichen natürlich in die entwickelte Welt gegangen ist und nicht anderswohin, weil man von dort ja das Geld bekommt und nicht langfristig finanzieren muß. Ich wollte das nur gesagt haben, ohne es polemisch verstanden zu wissen. Ich wollte das nur nicht im Raum stehen lassen.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, komme ich zur heutigen Erklärung des Herrn Bundeskanzlers. Natürlich, werden Sie sagen, wird ein Oppositioneller behaupten, er sei davon enttäuscht. Ich bin wirklich ein bißchen davon enttäuscht, und ich sage Ihnen auch, warum. Ich bin nie angestanden, etliche Male von diesem Platz aus dem Herrn Bundeskanzler zu attestieren, daß mir seine Regierungserklärung vom vergangenen Jahr gefallen hat. Für diese hat er viel Kritik geerntet, viel mehr als üblicherweise. Bis heute macht man sich über den Satz lustig, daß alles sehr kompliziert sei. Ich wiederhole das: Natürlich ist alles kompliziert! Es kann doch niemand sagen, daß das nicht der Fall ist. Mir hat es gefallen, daß sich nach dieser langen Periode der Regierung Kreisky, wo man alles verdrängt, alles weggeschoben hat, einer hingestellt und gesagt hat: Bitte schön, so einfach ist das nicht, ich werde mich bemühen und schauen, daß ich die Dinge so halbwegs in den Griff bekomme! Mir hat das gefallen, auch wenn es in der öffentlichen Meinung dem Herrn Bundeskanzler nichts Positives eingetragen hat. Aber das muß man halt durchstehen.

Ich halte im Hinblick darauf, daß mir die Regierungserklärung nicht schlecht gefallen hat, diese heutige Erklärung für einen argen Rückfall in die alten Zeiten der sozialistischen Regierung. Das ist das alte Bramarbasieren, das ist die alte politische Kraftmeierei, wo man sich alles zuschreiben will, von der wir geglaubt haben, daß sie zu Ende ist. Warum haben Sie das eigentlich gemacht? Hat Ihnen jemand eingeredet, Herr Bundeskanzler, daß Sie Muskeln zeigen und alles hier hineinschreiben müssen, was Ungeheuerliches überall passiert ist?

Ich sage Ihnen etwas: Auch wenn Sie in der Öffentlichkeit kritisiert werden, Sie sind der Bundeskanzler der Republik Österreich, Sie haben es ja gar nicht notwendig, das so zu machen. Sie sind immer von uns respektiert worden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich nenne Ihnen gleich wieder ein paar

Punkte, die mir nicht gefallen haben. Zuerst einmal: Wir haben einen beginnenden Aufschwung. Das ist überhaupt keine Frage. Ich habe das selber in der Öffentlichkeit gesagt, das können Sie nachlesen. *(Abg. Mühlbacher: Sagen Sie das Herrn Graf, der glaubt das nicht!)* Verehrter Herr Präsident! Wenn welche einer Meinung sind in unserer Fraktion, dann sind es der Robert Graf und ich. Das ist so. *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Der weiß es nicht!)* Der Robert Graf? — Der weiß das alles. Auch Sie wissen, daß der Robert Graf sehr viel weiß, sonst wäre er ja nicht Wirtschaftssprecher der Österreichischen Volkspartei. Aber die Frage liegt ja woanders.

Die Konjunktur, die bei uns beginnt — hoffentlich hält sie an! —, ist ein zartes Pflänzchen, das noch lang nicht alle Branchen erreicht hat, das viele Unternehmungen, die in den roten Zahlen sind, noch lange nicht aus diesen roten Zahlen herausführen wird. Warum ist sie gekommen? — Sie ist gekommen, weil die Vereinigten Staaten einen Boom provoziert haben, gemacht haben, erreicht haben; wie immer Sie das formulieren möchten. Wir sind ein kleines Land, wir können nur genau beobachten, mehr können wir nicht tun.

Die USA haben einen Boom erreicht, den vor wenigen Jahren auch hochweise Ökonomen nicht für möglich gehalten haben. Jetzt weiß ich nicht, ob im ersten Vierteljahr in den USA das reale Wachstum 8,3 oder 8,8 Prozent betragen hat, ich glaube fast, es waren 8,8 Prozent. Aber es geht nicht um den halben Punkt, der ist nicht mehr so wichtig. 8,3 Prozent reales Wachstum hat Österreich in seiner stärksten Boomzeit im realen Bereich nicht erreicht! Das heißt, die Wirtschaft der USA, wobei es dort durchaus Rückschläge geben kann — ich will das gar nicht verhehlen —, zeigt eine Wachstumskraft, wogegen wir Europäer im Westen — jetzt spreche ich insgesamt von den Europäern — ein bißchen müde wirken. Auch wir in Österreich wirken ein bißchen müde. Mit dem Versuch, das zu ändern, möchte ich mich jetzt beschäftigen.

Die USA haben das durch wirtschaftspolitische Maßnahmen erreicht, die sie sicher anders geplant hatten, als sie dann ausgegangen sind, oder sie haben die Politik geändert; wie immer Sie wollen. Ich habe diese Politik selbst von diesem Platz aus leise kritisiert, obwohl man das nicht tun soll. Das Kritisieren der Amerikaner ist wahrscheinlich eine der unsinnigsten europäischen Tätigkeiten. Man sagt generell, was man tun soll. Ich gebe

**Dr. Taus**

durchaus zu, ich habe auch gelegentlich kritisiert.

Aber die Amerikaner haben ihren Boom provoziert. Auf welche Art immer, sie haben ihn und sie zeigen, was in der Wirtschaft drinnensteckt. Nun schwappt dieser Boom nach Europa herüber, und Gott sei Dank hat er auch uns erwischt. Selbstverständlich sind wir alle froh darüber, daß das so ist.

Aber wir können uns doch um Gottes willen nicht einreden, daß wir es waren, die das provoziert haben; das ist doch ein Mangel an jedwedem Realismus. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nicht, daß ich der Regierung das Bemühen absprechen will, natürlich bemüht sie sich. Das wäre ja eine schöne Regierung, die sich nicht bemüht, etwas Positives zu machen. Es hat Gott sei Dank noch nie eine österreichische Regierung gegeben, die versucht hat, gegen das Land zu handeln, sondern jede hat sich halt, wie sie geglaubt hat, daß es richtig ist, bemüht, für das Land zu handeln. Wir von der Opposition glauben, daß man manches anders machen sollte. Immerhin hat unsere Partei, die Österreichische Volkspartei, ein Vierteljahrhundert lang gezeigt, daß sie das Land sehr gut regieren kann. Es waren keine schlechten Zeiten, als wir in der Regierung waren. *(Abg. Mühlbacher: Die letzten 14 Jahre waren die besseren!)*

Verehrter Herr Präsident, dazu muß ich etwas sagen. Eine der Ausreden der Regierung, die eigentlich keine ist, ist die, zu sagen, sie hätte recht viel aufzuarbeiten. Während des größten Teiles der siebziger Jahre, wo der riesige Boom der späten sechziger Jahre hereingeswappt ist, haben wir mit vollen Händen unser Glück ausgegeben. Und jetzt muß die Regierung nachkorrigieren, was dort passiert ist. Wir haben diese siebziger Jahre nicht genützt, die Regierung hat sie genossen. Das ist ein gewaltiger Unterschied, ob ich etwas nütze oder etwas genieße. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber mein Mitleid mit der Regierung hält sich in Grenzen, denn die meisten der Herren waren ja in der Regierung, und sie sind gewissermaßen die Erben ihres eigenen Nachlasses. *(Beifall bei der ÖVP.)* So einfach ist das ja auch wieder nicht.

Nun aber, wenn wir einen Schritt weitergehen wollen, und dann zur Sache selber: Gott sei Dank, der Boom ist da, hoffentlich wird er etwas stärker, hoffentlich wird er etwas besser. Ich möchte mich jetzt mit ein paar Fest-

stellungen in der Erklärung beschäftigen. Vorher aber noch einen Satz, weil mich das seit geraumer Zeit bewegt und ich dazu einmal etwas sagen wollte.

Mich irritiert diese lange Diskussion um die Finanzierung des Konferenzzentrums. Mich irritiert es nicht deshalb, weil ich glaube, daß das keine gute Finanzierung gewesen ist, mich irritiert es aus einem ganz anderen Grund.

Wir sind kein großes Land, wir sind sicher auch kein starkes Land, aber wir Österreicher haben unsere Reputation, und wir können nicht eineinhalb Jahre verhandeln. Wenn der Vertrag schon fertig ist, dann ziehe ich alles zurück, obwohl es noch immer lang, zu lange gewesen ist. Herr Finanzminister, Herr Bundeskanzler! Wir haben es doch nicht notwendig, so etwas zu machen. Jetzt sage ich etwas ganz Hartes und Zynisches: Wegen der 1,5 Milliarden Schilling können wir doch nicht irgendwelche Spielchen aufführen. Verzichteten Sie doch darauf! Das Land hat es doch nicht notwendig, so etwas zu machen. Wie stehen wir denn da? Wir turnen da in den Golfstaaten um 1,5 Milliarden Schilling herum. Ich weiß schon, unsere finanzielle Lage ist sehr angespannt und nicht so leicht. Aber wegen 1,5 Milliarden Schilling für ein Konferenzzentrum in Wien turne ich nicht dort herum und fahre auch deswegen nicht hinunter, wenn ich Mitglied der Regierung der Republik Österreich bin. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist gar keine Kritik. Sie haben es ja geerbt, es war nicht Ihre Idee, es zu machen. Wenn es Ihre Idee gewesen wäre, hätte ich Ihnen gesagt, Ihre Idee war eine schlechte Idee. Aber es war nicht Ihre Idee, das so zu machen. Also beenden Sie dieses Spiel, es hat doch überhaupt keinen Sinn. Es sei denn, es ist fertig — aber auch dann wäre es unangenehm genug gewesen. Ein Industriestaat, ein westlicher Industriestaat, muß das nicht tun, und er soll das nicht tun. Das ist meine Meinung. Ich rede nicht von der ökonomischen Seite. Es gibt auch so etwas wie eine gewisse staatliche Selbstachtung, die sich auch auf das Geld erstrecken soll. Auch das möchte ich hier gesagt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun aber eine zweite Frage. Ich habe mitgeschrieben, Herr Bundeskanzler: Steuerreform, wie Sie das abgeblasen, also releviert haben. Ich hoffe, ich habe richtig verstanden, was Sie hier gesagt haben. Sie haben gesagt, Herr Bundeskanzler, das Steuersystem sollte vereinfacht und verbessert werden. Aber jetzt

**Dr. Taus**

wollen wir eine Aufwärtstendenz in der Wirtschaft nicht behindern. Das muß ja im Protokoll stehen.

Herr Bundeskanzler, haben Sie eine Steuerreform vorgehabt, die die österreichische Wirtschaft behindert hätte? — Das haben Sie gesagt. Sie können es ruhig korrigieren.

Das Vertrauen soll nicht beeinträchtigt werden. Das 13. und 14. Monatsgehalt soll nicht besteuert werden, Überstunden sollen nicht besteuert werden.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eines sagen: Das, was Sie offensichtlich als Steuerreform verstanden haben, ist keine Steuerreform, sondern das sind Steuererhöhungen, das heißt, die zweite Welle der Steuererhöhungen gewesen. Aber Sie können es ruhig korrigieren. Ich habe mitgeschrieben, und ich glaube nicht, daß ich mich geirrt habe; ich kann relativ schnell schreiben. (*Abg. Mühlbacher: Das ist die berühmte Verunsicherung!*) Nein, es steht da. Das haben doch nicht wir gesagt. Verehrter Herr Kollege Mühlbacher, das sind doch nicht meine Worte, die ich da gesagt habe. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas in bezug auf diese Steuerreform. Machen Sie eine Steuerreform, oder machen Sie keine. Aber tun Sie eines doch nicht: Reden Sie nicht schon wieder von Steuererhöhungen! (*Abg. Mühlbacher: Wir haben immer wieder gesagt, daß keine neuen Steuern und keine Steuererhöhungen kommen! Jeden Tag sagen wir das!*)

Warum müssen Sie denn das ankündigen? Warum wollen Sie denn das ankündigen? Bitte, wir werden das Protokoll bekommen, wir werden sehen, wie es der Herr Bundeskanzler gesagt hat. Ich habe es so mitgeschrieben, und ich habe das mit aller Vorsicht hier gesagt. Und ich warne Sie, in der jetzigen Phase den Leuten wieder Angst zu machen, daß eine Steuererhöhung kommen könnte. Das ist das einzige, was ich dazu sagen möchte.

Nun zur zweiten Frage, zum Budget. Meine Damen und Herren! Hier wurde von Sanierung gesprochen. (*Ruf bei der SPÖ: Ihr habt das doch immer gesagt!*) Seien Sie doch nicht so aufgeregt! Habe ich vielleicht recht? Ich habe das mit aller Vorsicht gesagt, und Sie machen Zwischenrufe und sind aufgeregt. Stimmt denn das vielleicht gar, was ich gesagt

habe? Ich habe es ja nur zitiert. Stimmt denn das? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren, aber nun zum Budget. Immer wieder wird gesagt, das Budget ist saniert. (*Zwischenruf des Bundesministers Blecha.*) Nein, Herr Kollege Blecha, ich war nicht in Ihrer Schule. Das ist nicht so.

Zum Budget: Sie haben gesagt, daß das Budget saniert ist. Ich möchte Sie wieder vor diesem Irrtum warnen. Was Sie jetzt erreicht haben mit diesen Maßnahmen — natürlich, es steht überall: die Budgetsanierung und Stabilisierung sind in Angriff genommen worden (*Abg. Wille: Eine Senkung des Defizits von 6!*), das kann man ja zitieren —, ist, meine Damen und Herren, daß Sie jetzt, wenn die Konjunktur anhält, höchstens zwei Jahre Ruhe haben werden. Höchstens! Dann beginnt die nächste Runde, weil eben an den fundamentalen Teilen des Budgets nichts geändert wurde.

Sie haben sich Linderung verschafft durch höhere Einnahmen, durch den Versuch, das Ausgabentempo ein wenig einzubremsen. Aber wir werden heuer erst sehen, ob das möglich ist.

Ich sage das nicht voll Schadenfreude, sondern ich sage es aus einem ganz anderen Grund: Weil wir für die nächsten Jahre, für das nächste Jahrzehnt das Budget als Instrument der Wirtschaftspolitik und des zusätzlichen Einsatzes für die Wirtschaftspolitik verloren haben durch das, was wir in den letzten Jahren getan haben. (*Abg. Mühlbacher: Da sind Sie dagegen!*)

Ich bin dagegen. Das beunruhigt mich natürlich, weil das Budget für mich noch immer ein entscheidendes Mittel der Wirtschaftspolitik ist. Das habe ich immer von hier aus gesagt, nie etwas anderes, meine Damen und Herren.

Der Finanzierungsteil im Budget, das heißt, die bloße finanzielle Umverteilung, dieser Staatsschuldendienst, wird bei uns so groß, daß wir überhaupt keine Chance haben, wenn es einen Rückschlag geben sollte, über das Budget noch einmal auch nur ein bißchen Vollbeschäftigungspolitik zu betreiben. Ich möchte hier et nunc gesagt haben, daß uns das passieren kann. Daher sollte niemand behaupten, das Budget ist stabilisiert, das Budget ist eingerichtet, da wird nichts mehr passieren.

Meine Damen und Herren! Dieses Budget

**Dr. Taus**

hat noch seine fundamentalen Schwierigkeiten, und wir machen bestenfalls — bestenfalls! — einen kleinen Anfangsschritt, von dem ich überzeugt bin, daß er nicht in die richtige Richtung geht. Eine Mehrwertsteuer sollte man nicht erhöhen! (*Beifall bei der ÖVP.*) Das zur zweiten Frage.

Nun, Meine Damen und Herren, noch etwas zur Wirtschaftspolitik, und zwar zur Strukturpolitik. Ich möchte nicht zu weit gehen, aber doch zwei Tendenzen beschreiben, die es heute in der Welt gibt.

Wir haben in der westlichen Welt zurzeit zwei Tendenzen. Die eine Tendenz ist eine umfassende Gründungswelle. Sehen Sie sich an, was alte, traditionelle Firmen an neuen Unternehmungen gründen, welche neuen Leute kommen: Wie eine Woge geht das über die Vereinigten Staaten, wie eine Woge erreicht das auch schon Westeuropa.

Wir in Österreich werden von dieser Gründungswelle nicht erreicht. Ich halte das für schlecht. Denn das wäre das, was wir unter Bewegung verstehen, und nicht eine Versteinerung. Das zweite: Es ist fast wie ein Widerspruch, ist aber keiner. Wir haben in der westlichen Welt eine Konzentrationswelle in gewissen alten, traditionellen Industrien, die nun versuchen, weil sie ja wissen, daß die nächste Schwierigkeit für sie sicher kommt, sich auf diese nächste Schwierigkeit vorzubereiten. Da gibt es Zusammenschlüsse, Kapazitätsreduktionen, Uminvestitionen, eine richtig starke Bewegung in den alten traditionellen Industrien. Ob das Textilien sind, ob das Papier ist, wir haben jetzt eine ganz starke Welle.

Sie brauchen nur die Zeitungen zu lesen, da finden Sie jeden Tag in den internationalen Blättern: Der geht mit dem zusammen, der andere mit jenem. Diese Fabrik geschlossen, jene neu aufgebaut, hier eine Maschine dazu, dort eine Maschine weniger, auch in der Eisen- und Stahlindustrie, überall. Bei uns nichts. Das macht an den Grenzen von uns halt, weil es verschiedene Probleme gibt.

Wir sollten das nicht tun, ich mache Sie darauf aufmerksam. Die stärken sich für den nächsten Rutsch im traditionellen Bereich. Das geht in den kleineren Ländern sogar so weit, wenn Sie zum Beispiel in die Schweiz schauen, daß sich dort vier Elektronikfirmen zusammengeschlossen haben, die die Kommunikationstechnik insgesamt abdecken wollen. Keine Rede davon bei uns, wir haben das gar nicht.

Ich mache Sie aufmerksam, das ist eine wichtige Bewegung. Wir sollten sie nicht versäumen. Wenn es ein bisschen besser geht, ist für so etwas die Zeit da, nicht wenn es schlecht geht, wenn jeder mauert und mit dem Rücken zur Wand steht. Wenn es gut geht, kommen die großen Bewegungen zustande, nicht wenn es schlechter geht. Da mauert jeder, hat jeder Angst, zieht sich zurück.

Das heißt, wir sind mitten in einer technischen Revolution. Wenn Sie bei der Messe in Hannover gewesen sind und gesehen haben, was auf allen Messen los ist, müssen wir sagen, wie wenig eigentlich zu uns herüberschwappt. Es ist zuwenig, wir müssen diese Tendenz stärker forcieren, sogar mit Programmen. Ich habe sie x-mal hier verlangt, und wir waren sogar bereit, mit Ihnen darüber zu reden. Ob das ein Biotechnikprogramm ist, ob das ein Elektronikprogramm ist — Sie sagen immer, es gibt eines —, es geht alles viel einfacher. Wer dort hineingeht, muß einen bestimmten Betrag bekommen, oder wir müssen ihm bestimmte Entwickler bezahlen und ähnliche Dinge mehr, das machen ja andere schon. Das ist etwas, was gar nichts Neues ist und gar nicht von uns erfunden ist.

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, weil davon in Ihrem Bericht keine Rede gewesen ist. Das ist aber eine entscheidende Frage, um die es in meinen Augen geht.

Nun lassen Sie mich nur noch ein paar Sätze zur Energiepolitik sagen. Ich bin hier in hundertprozentiger Übereinstimmung mit meinem Freund Robert Graf. Ohne eine vernünftige und hinreichende Energiepolitik gibt es keine vernünftige Industriepolitik. Das sind interdependente Fragen, die hängen zusammen. Das geht nicht anders. Wenn ich dort anfangs zu bremsen und wenn ich dort glaube, es geht das eine oder andere nicht, dann wird man eben, strategisch gesehen, seine blauen Wunder erleben, ob das jetzt die Wasserkraft ist, ob das die Kernkraft ist.

Robert Graf hat Ihnen gesagt, was er sich vorstellen kann, und es hat Ihnen auch Dr. Mock in der Pressestunde gesagt, was er sich vorstellen kann. Aber da ist der Zug jetzt bei Ihnen, etwas zu tun.

Meine Damen und Herren, vielleicht ein Letztes dazu. Um das alles zu machen, muß man, glaube ich, eine Regierung haben, die tragen kann, die Verantwortung tragen kann, die nicht nur entscheiden kann, die Verant-

**Dr. Taus**

wortung auf beiden Schultern trägt. Ich glaube, das können Sie nicht, das ist das ganze Problem. Das kommt auch aus dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers so deutlich hervor.

Die Lage, in der wir sind — ich will sie nicht dramatisieren, die Weltlage ist insgesamt nicht lustig —, in der wir als kleiner neutraler Staat sind, erfordert tatsächlich, daß man mit möglicher Breite Maßnahmen durchzieht. Ich sage das als jemand, sonst kann es ja leicht mißverstanden werden, der überhaupt keinen politischen Ehrgeiz hat, der überhaupt nichts werden will. Nur damit es da kein Mißverständnis gibt.

Obwohl ich die Freiheitliche Partei immer für regierungsfähig gehalten habe, obwohl ich nie der Inhalationstheorie angehangen habe, halte ich diese Koalition für einen strategischen Fehler für das Land; das ist meine höchstpersönliche Meinung. Wenn ich dafür noch eine Bestätigung gesucht hätte und geglaubt hätte, sie zu finden, dann war es der heutige Bericht des Bundeskanzlers. Das war der Rückfall in die alte Zeit, wo man gesagt hat: Alles ist in Ordnung, alles ist bestens, wir haben alles geregelt!

Ich leugne nicht Ihre Bemühungen, ich leugne sie nicht, überhaupt nicht. Aber von geregelt und alles in Ordnung, und wir sind auf dem guten und richtigen Weg, kann man nicht reden. Wir haben sehr viel zu tun und sehr viele Entscheidungen zu treffen, wo es sehr kontroverielle Positionen in allen Parteien gibt. Da müssen Sie sich genau überlegen, wer das alles tragen soll. Das ist nicht so einfach, und man kann eine Opposition nicht überfordern.

Die ÖVP hat in den letzten 14 Jahren — es ist ja nicht lustig für eine große Partei, ich sage das immer wieder als Stehsatz, 14 Jahre in Opposition zu sein; das ist keine Hetz für eine große Partei — eine solche Oppositionspolitik betrieben, daß wir nie versucht haben, den Staat zu gefährden. Nie, nie, mit keinem Satz! Wir haben Ihnen bei Dingen nachgegeben, sind mitgegangen, wo normalerweise eine Opposition nicht mitginge und wo ich mir anschauen wollte, wie das bei Ihnen war. Ich bin ja auf der Regierungsbank gesessen, wie Sie in Opposition waren und wir eine Alleinregierung gebildet haben, und habe gesehen, was da los war. Ich habe mir das gut gemerkt, das war eine gute Lektion. Ich habe mir das immer gemerkt, und Sie sollten sich auch merken, wie die Dinge hier liegen. Sie sollten sich sehr überlegen, wie Sie glauben, daß es

in diesem Land vernünftig weitergehen soll, sodaß wir beruhigt in die Zukunft schauen können. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.45

**Präsident Dr. Stix:** Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Grabher-Meyer. *(Abg. Fachleutner: Der wird sich jetzt schwer tun!)*

14.45

**Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich tue mir nicht schwer, absolut nicht schwer. Wie ich die Rede des Herrn Kollegen Taus gehört habe, habe ich am Schluß deutlich entnehmen können, was eigentlich die ÖVP an der derzeitigen Regierungspolitik am meisten stört.

Am meisten stört nach der Definition von Herrn Kollegen Taus, daß die ÖVP nicht mitregieren kann. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Man merkt, Sie verstehen das nicht!)* Man spricht von breiteren Schultern, von einem strategischen Fehler, obwohl man grundsätzlich der FPÖ die Regierungsfähigkeit nie abgesprochen hat, auch nach der Definition des Kollegen Taus nicht.

Selbstverständlich, wenn man Taus glaubt, und ich glaube ihm, hat er persönlich diese Regierungsfähigkeit, die Fähigkeit mitzuregieren, der FPÖ nicht abgesprochen. Nur in der Regierung sein soll sie nicht, die FPÖ, das war es, was Taus ausgesprochen hat.

Oder wollen Sie an die Wahlen 1970 erinnern werden, als einer Ihrer Parteibanner, der damalige Bundeskanzler Klaus, nach Verlust der absoluten Mehrheit erklärt hat, eine Koalition für die ÖVP komme nicht in Frage und mit der FPÖ schon gar nicht. Da war vielleicht auch die grundsätzliche Bereitschaft und die Zuerkennung der Regierungsfähigkeit der FPÖ. Aber wenn es einmal darauf ankommt, dann will man die FPÖ aus der Regierungsverantwortung herausheben. *(Abg. Dr. Helga Rabl-Stadler: Der Wähler holt Sie sowieso heraus!)*

Nun bezeichnet der Herr Kollege Taus diese kleine Koalition zwischen der Sozialistischen Partei und der Freiheitlichen Partei als strategischen Fehler. Wann einmal ist ein ÖVP-Politiker bereit, der FPÖ nicht nur Regierungsfähigkeit zuzubilligen, sondern ihr auch Regierungsverantwortung zuzubilligen? Darum geht es der Österreichischen Volkspartei, nicht um die schlechte Politik.

Der Widerspruch kam beim Abgeordneten

**Grabher-Meyer**

Taus in dieser ganzen Rede, die er heute gehalten hat, noch mehrmals zum Ausdruck.

Nachdem er heute den Bundeskanzler ob seiner vor einem Jahr gegebenen Regierungserklärung über den grünen Klee gelobt und gesagt hat, ihm habe diese Regierungserklärung sehr gut gefallen, er war sehr einverstanden, frage ich die Österreichische Volkspartei: Haben Sie denn die Rede, die damals als Kontraredner Mock darauf gehalten hat, einmal nachgelesen? Dem hat nämlich gar nichts gefallen in der Regierungserklärung dieser sozial-liberalen Koalition, aber schon gar nichts.

Damals hat es nur Nörglerei und Schwarzmalerei gegeben, man hat schon vorausgesagt, wie auf Grund dieser Regierungserklärung die Wirtschaft zunichte gemacht wird, wie diese Maßnahmen, die die Bundesregierung angekündigt hat, wirtschaftsschädigend sind.

Liest der Herr Kollege Taus, möchte ich fast schon fragen, die Reden seines Parteiobmannes nicht, oder hört er vielleicht nicht zu? Herinnen war er jedenfalls, ich kann mich gut erinnern, als Mock geredet hat. Aber heute sagt er, ihm hat das alles sehr gut gefallen!

Warum hat er dann damals seinen Parteiobmann nicht in Zwischenrufen unterbrochen und nicht gesagt: Mir gefällt das, Parteiobmann! So schlecht ist das, was der Sinowatz in der Regierungserklärung sagt, ja gar nicht, das sind ja die richtigen Maßnahmen! — Damals hat er sich nicht gemeldet. Ein Jahr später sagt derselbe Taus, es hat ihm sehr gut gefallen. Aber was ihm jetzt wiederum nicht gefällt, ist das, was der Bundeskanzler heute, nach einem Jahr der Regierungstätigkeit, gesagt hat. Das gefällt ihm nicht mehr.

Wenn das so weitergeht, wird er uns nach einem weiteren Jahr sagen: Das, was der Bundeskanzler vor einem Jahr gesagt hat, hat mir sehr gut gefallen. Ich bin überzeugt, das waren die richtigen Maßnahmen. Nur was die Regierung jetzt wiederum in einem Jahr getan hat, was er heute sagt, das gefällt mir wieder gar nicht!

Diese widersprüchliche Politik erkennt doch der Bürger schön langsam, etwa wenn der Herr Kollege Taus in der „Concordia“ anlässlich einer Pressekonferenz, die er gegeben hat zur Verstaatlichtenpolitik der Österreichischen Volkspartei, alles das, was eine Woche vorher sein Kammerpräsident vom Burgenland und Wirtschaftssprecher seiner

Partei, Präsident Graf, gesagt hat, zur Privatmeinung des Herrn Präsidenten Graf erklärt und seine Meinung wieder zur Parteimeinung erhebt, indem er sagt, die Absichten, die die Bundesregierung gehabt hat, die Absichten, die beispielsweise Apfalter angekündigt hat, waren grundsätzlich richtig, waren goldrichtige Maßnahmen.

Wenn er deshalb Graf widerspricht und sagt, das, was Graf, der Wirtschaftssprecher seiner Partei, der mit diesem Ressort betraute Wirtschaftssprecher, sagt, das sei nur die Privatmeinung des Herrn Graf, so muß man sich fragen, wie der Bürger diese andere Politik erkennen soll, die Mock jedesmal neu vom Rednerpult aus predigt. Wenn die andere Politik der Österreichischen Volkspartei darin besteht, daß es eben zu jeder Meinung zwei Meinungen gibt, zu jedem Thema ein Ja und ein Nein gibt, dann muß man das einmal hier sagen. Widersprechen tun Sie sich ohnedies öfter hier am Rednerpult. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Wenn Herr Dr. Taus heute gemeint hat, daß ihm deshalb diese Erklärung des Bundeskanzlers nicht gefallen hätte, weil die Regierung diesen Wirtschaftsaufschwung — der ja auch von Taus nicht mehr wegzuleugnen ist, der ja vorhanden ist, mittlerweile kann es jeder greifen, ob er mit der Wirtschaft zu tun hat oder nicht, er ist da, genau der Wirtschaftsaufschwung, wo die Österreichische Volkspartei noch im Herbst und im zu Ende gehenden Vorjahr noch wild bestritten hat, daß er überhaupt möglich sei auf Grund dieser Regierungspolitik — ausschließliche auf ihre Arbeit zurückführe, so hat er vielleicht zu wenig zugehört, vielleicht wurde es auch zu wenig gesagt, dann möchte ich es hier verdeutlichen.

Selbstverständlich weiß diese Bundesregierung und auch Bundeskanzler Sinowatz, daß dieser wirtschaftliche Aufschwung nicht allein diesen Regierungsmitgliedern zu verdanken ist, auch nicht nur den beiden Regierungsfractionen im Nationalrat, sondern selbstverständlich nur dann zustande kommt, wenn Voraussetzungen geschaffen werden, Voraussetzungen, die darin bestehen, daß die Wirtschaft mehr Vertrauen in die Politik der Bundesregierung hat und auf dieses größere Vertrauen aufbauend auch Anstrengungen unternimmt, die Wirtschaft anzukurbeln. Die Wirtschaft kann diese Anstrengungen jedoch nur dann unternehmen, wenn ein gutes Klima der Zusammenarbeit in den Betrieben herrscht, wenn eine sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit insgesamt in Österreich

**Grabher-Meyer**

herrscht. Das alles weiß diese Bundesregierung.

Und wenn es zu wenig deutlich gesagt wurde, dann sage ich es eben deutlich: Selbstverständlich wissen wir, daß einen wirtschaftlichen Aufschwung nicht nur 20, 21 oder 25 Regierungsmitglieder machen können, sondern daß die gesamte Bevölkerung daran mitbeteiligt ist, wenn ein wirtschaftlicher Aufschwung kommt. Und dafür haben wir zu danken! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Aber eines weiß ich auch, und das möchte ich hier ebenfalls sehr deutlich sagen: Wer nicht beteiligt ist an diesem Wirtschaftsaufschwung.

Aber wenn ich vorher noch anführen darf, wer weiters daran beteiligt ist: Länder, Gemeinden, die sich genauso bemüht haben mit Hilfe der Mehreinnahmen aus dem Maßnahmenpaket, meine Damen und Herren der rechten Reichshälfte und der Opposition. Selbstverständlich haben die Länder Milliardenbeträge an Mehreinnahmen durch das Maßnahmenpaket bekommen, durch diese Maßnahme, die heute Taus hier wiederum als falschen Weg bezeichnet hat, durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die gerade dazu geführt hat, daß heute Länder überhaupt noch im frei verfügbaren Bereich Mittel investieren können.

Wer aber auszuschließen ist aus diesem Aufschwung und aus diesem Verdienst, daß es aufwärts gegangen ist, das ist diese Bundespolitik der ÖVP, die jetzt ein Jahr lang nicht müde geworden ist, als Schwarzmalerpartei, als Neinsagerpartei diesen Wirtschaftsaufschwung zu verhindern, die ihn wegreden wollte. Heute ist er da, trotz Ihrem Wegreden! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* Das muß genauso deutlich gesagt werden.

Es ist ja deshalb noch lange kein Fehler, wenn ein Regierungschef versucht, auf Grund der erbrachten Leistungen, an einem Tag, wo man Bilanz über ein Jahr Regierungsarbeit legen kann, einer neuen Form der Zusammenarbeit in Österreich, die es in der Zweiten Republik eben noch nicht gegeben hat, es ist ja kein Fehler, wenn dann die Redner der sozial-liberalen Koalition die Leistungen der Bundesregierung eindrucksvoll dokumentieren. Das wird ja wohl noch erlaubt sein in diesem Haus.

Insbesondere die Ausführungen unseres Klubobmannes Friedrich Peter haben selbst

dem letzten Zweifler klargemacht, mit wieviel Fleiß, Können und persönlichem Einsatz auch die freiheitlichen Regierungsmitglieder ihre Aufgaben in diesen schwierigen Zeiten erfüllt haben.

Ich glaube, daß dieser Leistungskatalog — und man hört es ja aus den Reden und aus der zunehmenden Nervosität der Oppositionspolitiker heraus — sogar die Opposition insgeheim überrascht hat. Doch nur insgeheim, meine sehr verehrten Damen und Herren, denn die schauspielerischen Fähigkeiten der Ludwig-Mock-Opposition sind offenbar doch so weit ausgebildet, sich die Überraschung nicht anmerken zu lassen und die vorbereitete Nörglerrolle, wie sie Ihnen von Ihrem Generalsekretär nun einmal aufgezwungen wurde, wie schon oft geprobt einem bereits gelangweilten Publikum zum x-ten Male vorzuspielen.

So werde ich denn, um Ihrem Rollenverständnis als Nörgler und Schwarzmaler entgegenzukommen, nicht nur die Erfolge der sozial-liberalen Koalition im ersten Regierungsjahr noch einmal kurz beleuchten und Ausblicke auf die weitere Perspektive bringen, sondern Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, in Ihrem jeweiligen Verhalten zu konkreten Vorhaben dieser Bundesregierung möglichst objektiv, so schwer mir das auch fällt, darstellen.

Allein im Spiegel der ÖVP-Pressedienste müßte bei manchen Oppositionsangehörigen der Basiliskeneffekt eintreten. Die von gewissen ÖVP-nahen Medien unternommenen Versuche zur politischen Brunnenvergiftung werden von Verhaltensforschern ebenfalls dieser im unterirdischen Wien angesiedelten Tierart zugeschrieben, die — ich mache Sie aufmerksam, meine Damen und Herren von der ÖVP — nicht unter die Schutzbestimmungen des Washingtoner Artenschutzabkommens fallen. Mehr möchte ich zu diesen letzten Ausrutschern in den sumpfigen Bereichen der Medienlandschaft gar nicht sagen.

Und nun zu Ihrer Behauptung, die Regierung sei handlungsunfähig, und unseren Fakten dazu. Da muß man die Frage stellen: Ist eine Regierung handlungsunfähig, wenn sie die Budgetkonsolidierung eingeleitet hat, ein für die Wirtschaft wichtiges Maßnahmenpaket beschlossen hat, Maßnahmen zur Jugendbeschäftigung gesetzt hat, die Sozialversicherungsgesetze ändert und damit die Finanzierbarkeit der Pensionen auch für die Zukunft sichert, den Familienbeihilfenfonds saniert, das Schülerbeihilfengesetz verbessert, einen Umweltfonds installiert, das Wehr-

**Grabher-Meyer**

rechtsänderungsgesetz und die Zivildienstgesetz-Novelle beschließt, ein Wohnbausonderprogramm finanziert, die Kraftfahrzeuggesetz-Novelle beschließt?

Ist eine Regierung handlungsunfähig, meine Damen und Herren der Opposition, wenn sie die Allgemeine Hochschulstudienengesetz-Novelle beschlossen hat, das Investitionsprämiengesetz zur Verbesserung strukturschwacher Gebiete beschlossen hat — das Sie ja selbst mitbeschlossen und nachher als skurril bezeichnet haben —, die Kreditgebührenbefreiung bei Umschuldungen eingeführt hat, das Bundesbahngesetz beschließt, das ORF-Gesetz, zwar nicht zu Ihrer eiteln Freude, aber doch in zweiter Behandlung dann hier beschließen wird, die Patentrechts-Novelle verabschiedet, ein weiteres für die Wirtschaft wichtiges Paket von Wirtschaftsgesetzen zur Beratung im Parlament vorbereitet, wichtige Verordnungen, wie zum Beispiel die Schwefelreduktion im Heizöl, die Dampfkessel emissionsgesetz-Durchführungsverordnung, Verordnungen gegen forstschädliche Luftverunreinigungen erläßt, ist diese lange Aufzählung — die man noch weiter ergänzen könnte — von Entscheidungen, die eine Regierung in einem Jahr getroffen hat, als Beweis der Handlungsunfähigkeit zu werten?

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Wenn Sie einen solchen Leistungskatalog in vielen Bereichen, wo Sie die Verantwortung haben, aufzählen könnten, würden Sie sich wahrscheinlich auch zu Recht wehren gegen den Vorwurf der Handlungsunfähigkeit.

Diese lange Liste, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, die gar nicht alle bisher beschlossenen Gesetze enthält, ist der Beweis dafür, wie fleißig und konsequent diese Regierung — und das bereits im ersten Jahr ihres Bestehens — war. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Ein weiterer Vorwurf, den die Opposition immer wieder erhebt, ist, die Regierung sei uneinig.

Dazu nur einige Gegenbeispiele: die gemeinsame Initiative der Minister Blecha und Ofner im Bereich innere Sicherheit, ein gemeinsames Vorgehen der Minister Salcher und Steger bei der Innovationsagentur, die gemeinsame Arbeit von Haiden und Steger an den Wirtschaftsgesetzen.

Es läßt sich auch hier eine Liste von Bei-

spielen aufzählen, wie über Parteigrenzen hinweg sachlich und konstruktiv gearbeitet wird.

Gerade bei der 2. Verordnung gegen forstschädliche Luftverunreinigungen kann die zwiespältige Haltung der ÖVP recht dokumentarisch und eindeutig belegt werden. Während die Regierungsmitglieder Dr. Steger, Haiden und Sekanina in harter Arbeit einen tragbaren Kompromiß erreichen konnten, der das Waldsterben im Interesse der Bevölkerung, der Land- und Forstwirtschaft und des Fremdenverkehrs eindämmen wird, leistet sich die ÖVP folgendes:

Der Bauernbundabgeordnete Herr Sixtus Lanner richtet am 4. Mai an den Landwirtschaftsminister eine schriftliche Anfrage betreffend Maßnahmen zum Schutz des Waldes und zeigt sich — ich zitiere — „beunruhigt über die dramatische Entwicklung des Waldsterbens“, das er für den Raum Brixlegg mit konkreten Hektarzahlen untermauert.

Dagegen regt sich am 14. Mai die von der ÖVP dominierte Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft nach mehrmaligen Interventionen im Handelsministerium in einem Pressedienst zwei Seiten lang darüber auf, daß — ich zitiere wieder — „Österreich das einzige Land in Europa mit derart strengen Luftreinhaltemaßnahmen ist“ und daß nach Meinung von Experten nur von Waldschäden, keinesfalls aber von einem „Waldsterben“ gesprochen werden könne.

„Waldsterben“ steht bitte bei der Bundeskammer in Anführungszeichen, es sind zwei, eines unten, eines oben.

Daraus ziehe ich den Schluß, daß die Bundeskammer den Herrn Lanner für keinen Experten hält, denn er spricht von einem dramatischen Waldsterben.

Wie wäre es, wenn Herr Sixtus Lanner zur Abwechslung einmal seinen Parteifreund Rudolf Sallinger mit schriftlichen Anfragen eindecken würde?

Die Regierung, meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition, weiß nämlich ohne Herrn Lanner, was sie gegen das Waldsterben unternehmen muß. *(Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek.)*

Hören Sie nur zu! Frau Kollegin Hubinek, Sie kommen in diesem unrühmlichen Spiel der widersprüchlichen Aussagen Ihrer Partei auch noch vor. Sie müssen sich nicht aufre-

**Grabher-Meyer**

gen. Sie müssen sich nicht in den Vordergrund spielen, ich zitiere Sie noch, damit Sie selbst auch etwas im Vordergrund stehen.

Die Regierung, Frau Kollegin Hubinek, hat nämlich schon am 24. April die Verordnung erlassen; Herrn Lanner ist das Waldsterben erst zwei Wochen später aufgefallen.

Ein besonders makabres Beispiel, das ich dem Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz nicht empfehlen würde, wird als Empfehlung der Bundeskammer in diesem zweiseitigen Pressedienst, in dieser Erklärung der Bundesregierung noch mitgegeben. Ich sage dann noch, weshalb besonders makaber. Es heißt hier am Schluß dieser Erklärung:

„Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft tritt daher dafür ein, daß der Waldbau sich mehr an ökologischen Erkenntnissen orientiert und mehr auf schadstoffresistente Pflanzen und Standortgerechtigkeit achtet. Dadurch könnte ein wesentlicher Beitrag gegen Waldschäden geleistet werden.“

Ja, das kann schon sein, daß es besonders schadstoffresistente Pflanzen gibt. Vielleicht könnte uns die Bundeskammer nur sagen, wie man besonders schadstoffresistente Menschen züchtet. Wenn man nämlich glaubt, daß zuerst der Wald und dann der Mensch stirbt, das der Bundesregierung als Empfehlung zu geben für den Umweltschutz, daß man halt, statt besonders strenge Verordnungen zu erlassen, besser schadstoffresistente Wälder pflanzen soll, und damit zu meinen, den Umweltschutz bewältigt zu haben, meine Damen und Herren, das ist makaber, sonst gar nichts. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Ein weiterer Vorwurf der Opposition ist, die Regierung veranstaltet Besteuerungssorgen.

Natürlich, und wir haben es nicht bestritten: Durch das Maßnahmenpaket erzielt der Bund Steuermehreinnahmen. Aber man muß auch fragen: Für wen? Nicht nur für den Bund.

Im April nahm der Bund 20,3 Milliarden Schilling ein, das sind um 8,1 Prozent mehr als im Vorjahr, und zwar durch die Vorziehkäufe 7,9 Milliarden Schilling Umsatzsteuer, ein Plus von 9,4 Prozent, durch die vielen Kfz-Neuzulassungen — zum Jahresende gab es in Österreich über 3,6 Millionen Kfz — um 28,6 Prozent Mehreinnahmen bei der Kfz-Steuer und anderen Verkehrssteuern, insgesamt 1,3 Milliarden Schilling, um 7,9 Prozent

mehr Lohnsteuer, nämlich 6,1 Milliarden Schilling, und so weiter und so weiter.

Und wieviel — das muß man hier aufschlüsseln — bekam der Bund nun wirklich für seine Zwecke? 7,9 Milliarden Schilling. Länder und Gemeinden bekamen 7 Milliarden Schilling, für die Wohnbauförderung extra noch 3,4 Milliarden Schilling, an den Familienfonds flossen 656 Millionen und an Träger des öffentlichen Rechtes 1,3 Milliarden Schilling.

Davon wird ja nicht viel gesprochen aus den Reihen der ÖVP. Davon hört man auch nichts, wenn Länder, Bundesländer, die von der ÖVP dominiert sind und wo sie die Alleinverantwortung oder die Mitverantwortung tragen, ihre Budgets erstellen. Als die Budgets für 1984 erstellt wurden, hat man mit keinem Wort gesagt, daß an dieser günstigeren Budgetgestaltung, die die Länder vornehmen können, im wesentlichen das Maßnahmenpaket dieser Bundesregierung beteiligt ist.

Ansonsten — und das hat unser Abgeordneter Dillesberger in Tirol anlässlich der Verabschiedung des Budgets für das Land Tirol deutlich zum Ausdruck gebracht —, ohne diese Mehreinnahmen wäre eine derart günstige Gestaltung des Tiroler Landesbudgets nicht möglich gewesen.

Wir stehen zu diesem Maßnahmenpaket. Wann bequemt sich die ÖVP, einzusehen, daß heute durch die Verbesserung der Länderbudgets wirtschaftsfreundliche Impulse von den Ländern ausgehen können? *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Ein weiterer Vorwurf, der immer wieder auftaucht, seitens der Österreichischen Volkspartei, ist: Die Regierung ruiniert die Wirtschaft.

Wir behaupten, und wir haben diese Behauptung schon früher aufgestellt, als es noch nicht zu bemerken war *(ironische Heiterkeit bei der ÖVP)*, heute ist es offenbar: Es geht wieder aufwärts, auch mit hausgemachten Beiträgen! *(Abg. Dr. Graff: Nicht zu bemerken!)* Ja selbstverständlich, Herr Kollege Graff. Wenn man Maßnahmen plant, wie wir es getan haben, und sie beschließt, kann doch niemand von vornherein beweisen, daß es die richtigen Maßnahmen sind.

Die bisherige Entwicklung seit dem Inkrafttreten des Maßnahmenpakets gibt dieser Bundesregierung recht und setzt Sie ins Unrecht. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

**Grabher-Meyer**

Sie haben behauptet, das seien die falschen Maßnahmen. Die objektiven Wirtschaftsdaten beweisen Ihnen heute das Gegenteil; Sie können sie nicht mehr wegdiskutieren.

Im ersten Quartal 1984 produzierte die österreichische Stahlindustrie erstmals wieder um 23,5 Prozent mehr Roheisen und um 19,9 Prozent mehr Rohstahl als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Mein Vorredner, Abgeordneter Taus, hat gerade gesagt: In diesen Bereichen der Industrieproduktion werden die zusätzlichen Impulse an der österreichischen Grenze abgeblockt. — Das stimmt nicht, diese Zahlen sind objektive Zahlen, stimmen und beweisen das Gegenteil.

Die Regierung hat diesen Krisenbereich aufgerüttelt, Unterlagen und Konzepte verlangt und das Management zum Rationalisieren veranlaßt. Andererseits hat diese Regierung aber auch ein gewisses Maß an Geduld und Vorsicht walten lassen und Kurzschlußaktionen in der Krise vermieden.

Diese Betriebe müßten jetzt in der Aufschwungphase in der Lage sein, selbständig Tritt zu fassen, und mittels Spezial- und Qualitätsproduktionen fähig sein, auch im Export angemessene Preise zu erzielen und Marktanteile zu gewinnen.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich ebenfalls günstiger als ursprünglich vorhergesagt. Ende April war die Zahl der Beschäftigten um 9 000 höher als im Vorjahr. Die Zahl der offenen Stellen ist mit 20 600 sogar um 7,4 Prozent höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Auch die Zahl der Arbeitslosen ist leicht rückläufig und liegt derzeit bei 4,7 Prozent. Das beweist — entgegen den Unkenrufen der ÖVP — zweierlei:

Erstens: Die Wirtschaft faßt wieder Mut.

Zweitens: Die wirtschaftliche Abwärtsentwicklung ist nicht nur aufgehalten worden, sondern hat bereits einer Aufwärtsentwicklung deutlich Platz gemacht.

Die Aufgabe dieser Koalitionsregierung wird es nun sein, behutsam und gezielt die Rahmenbedingungen für diesen Aufschwung weiter zu verbessern.

Der Opposition — und das mag natürlich sein — geht das viel zu langsam. Die Opposition schwärmt von konjunkturellen Strohfeuern, wie sie in einigen Ländern gelegt wurden, in denen Parteifreunde des Herrn Mock regieren: Ein kurzes Feuerchen, viel Rauch —

spricht Aufmerksamkeit —, ein wenig Asche, und am Schluß ist alles schwarz; sonst gibt es nichts. Das hätten Sie gerne, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei! — Die sozial-liberale Koalition setzt auf die langfristige Wirkung gezielter Maßnahmen; die wirtschaftliche Entwicklung gibt uns recht.

Ein weiteres Beispiel der täglichen politischen Auseinandersetzungen, das beweist, daß es auf der einen Seite eine Bundesregierung gibt, die bereit ist, Entscheidungen zu treffen, und daß dieser Bundesregierung eine schwache Opposition gegenübersteht, die über ein klares, aber deutliches „Jein“ nicht mehr hinauskommt, ist der Bereich der Energiepolitik.

Wir Freiheitlichen begrüßen die mäßigen Worte des Herrn Bundespräsidenten anläßlich der Eröffnung des Kraftwerkes Greifenstein und pflichten seiner Auffassung, man müsse in Zukunft noch mehr bemüht sein, die Technik in Einklang mit der Natur zu bringen, uneingeschränkt bei.

Wir sagen prinzipiell ja zum Ausbau der Wasserkraft, weil es sich um eine erneuerbare und umweltfreundliche Energiequelle handelt. Es ist jedoch erforderlich, diesen Ausbau mit dem tatsächlichen Bedarf möglichst genau zu koordinieren. Das neue Energiekonzept des Handelsministers wird auf dieses Ziel ausgerichtet sein. 1983 betrug unsere Stromausfuhr 7 893 Gigawattstunden, während wir nur 4 398 Gigawattstunden importieren mußten.

Der überwiegende Teil der Exporte, aber auch der gesamten Stromerzeugung stammt aus Wasserkraftwerken. Trotzdem wird insbesondere in den Wintermonaten der Einsatz kalorischer Kraftwerke in Zukunft weiterhin nötig sein, wenn wir auch versuchen müssen, diesen Anteil aus Gründen der Deviseneinsparung und des Umweltschutzes möglichst gering zu halten.

Ein Teilbereich der Energiepolitik wird gerne aus den Augen verloren: Es ist dies der Energiebedarf für den Verkehr. Mehr als die Hälfte der gesamten Energieimporte entfällt auf Rohöl- und Mineralölprodukte. Letztere sind 1983 gegenüber 1982 um 18 Prozent gestiegen. Die Stromimporte betragen hingegen nur 3 Prozent.

Insbesondere im Hinblick auf die gespannte Lage im Nahen Osten werden wir Freiheitlichen fordern, auch auf dem Mineralölsektor Einsparungen zu bewirken.

**Grabher-Meyer**

Seit dem Einzug der Freiheitlichen in die Regierung werden in der Energiepolitik die Weichen richtig gestellt. Vizekanzler und Handelsminister Steger wird, basierend auf dem freiheitlichen Energiekonzept, die Einsparungen beim Energieverbrauch, die optimale Nutzung und Minimierung der Übertragungs- und Leistungsverluste innerhalb der E-Wirtschaft noch immer als die größte Energiereserve darstellen.

Darüber hinaus gilt es, die Kosten zu senken durch optimales Lastmanagement, durch knappe Reservestrategien und durch günstige Vertragsabschlüsse im internationalen Stromaustausch. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Verbundgesellschaft und Landesgesellschaften und die Befolgung der Empfehlungen des Rechnungshofes sind anzustreben.

Der Umweltschutz soll berücksichtigt werden, unter anderem durch richtig dimensionierte, am richtigen Ort angesiedelte und mit modernsten Abgasreinigungsanlagen ausgestatteten Wärmekraftwerke mit Fernwärmeversorgung, speziell in den Ballungsräumen. Weiters sollen in Zukunft alle Umweltaspekte schon rechtzeitig in die Planung neuer Produkte miteinbezogen werden.

Unseren ernstesten Bemühungen um eine zukunftsweisende und umweltfreundliche Energiepolitik im Rahmen der sozial-liberalen Koalition hat die ÖVP wieder nur ihr Jein, ihre Eiertänze und Widersprüche entgegenzusetzen. So behauptet sie immer wieder pauschal, der sozialistische Weg werde völlig unverändert fortgesetzt.

Gerade die Energiepolitik der sozial-liberalen Koalition beweist, daß freiheitliche Ideen in zunehmendem Maße in die Regierung Eingang finden und ein — zugegebenermaßen schwieriges und langwieriges — Umdenken und Umgestalten in Richtung Ressourcenschonung, Umweltschutz und das erforderliche Kostenbewußtsein bewirken. (Abg. Dr. Graff: Wer hat Ihnen denn das geschrieben?)

Horst Knapp hat für diese derzeit stattfindende Entwicklung in einem etwas anderen Zusammenhang die treffende Formulierung von der „schrittweisen Annäherung an ein Zielbündel“ gefunden.

Die Orientierung an gemeinsamen Zielen im Interesse Österreichs hat bewirkt, daß die beiden so verschieden geprägten Koalitionspartner in produktiver Zusammenarbeit auf die Verwirklichung der Ziele hinsteuern, ohne

die Identität zu verlieren. Andere Koalitionen in anderen Ländern unter Mitwirkung von Gesinnungsfreunden des Herrn Dr. Mock haben weniger erfreuliche Bilanzen vorzuweisen.

Das Energiebeispiel der ÖVP erinnert einen fatal oder vielleicht belustigt an die Pradler Ritterspiele, und man könnte es betiteln: „Der Hainburg-Reigen der ÖVP oder Das Versteckspiel im Auwald“. Ich möchte es bezeichnen als eine Posse mit Kulissengeflüster und verteilten Rollen, in der Inszenierung der Ludwig—Mock-Laienspielgruppe.

Es treten nebeneinander, durcheinander, nacheinander oder miteinander auf ein Herr Erhard Busek, etwa am 27. April und am 10. Mai, der gesagt hat: Hainburg wird vielleicht gar nicht gebraucht, aber vielleicht könnte man es in Naßbauweise errichten; aber die Probleme der Staustufe Wien sollten auch geprüft werden.

Dann treten weiter noch auf Karas, Sie, Frau Hubinek — ich lasse Sie auch vorkommen in diesem Lustspiel —, Sie und der Herr Heinzinger bringen die Konrad-Lorenz-Petition am 11. April ins Parlament.

Der Chor der ÖVP-Frauen verspricht am 12. April, Konrad Lorenz mit ganzer Kraft zu unterstützen. Hubinek fordert wiederum am 25. April eine rasche Behandlung im Unterausschuß. (Abg. Dr. Marga Hubinek: Das ist mein Demokratieverständnis!) Ja, das ist Demokratieverständnis, aber Sie haben das gefordert, bevor noch die Gutachten in Niederösterreich vorliegen. Das spielt für Sie keine Rolle. (Abg. Dr. Marga Hubinek: Da hat das eine mit dem anderen nichts zu tun!)

Frau Kollegin Hubinek! Ich werde in diesem Lustspiel solche Personen noch auftreten lassen, für die das eine Rolle spielt. Für Sie spielt das ja keine Rolle, deshalb ist es ja auch ein Lustspiel. (Abg. Dr. Graff: Ihr Lustspiel ist ein Trauerspiel!)

Der Herr Heinzinger, als weiterer Akteur in diesem Lustspiel, meinte am 11. April: „Die Frage Hainburg ist eine Wertefrage.“ Am 11. Mai ist es für Herrn Generalsekretär Graff „eine rechtliche und keine politische Entscheidung“. (Abg. Dr. Graff: Da ist der Sinowatz auch jetzt draufgekommen!)

Der Herr Landeshauptmann Wallnöfer hat zu Heinzinger schon einige Male gesagt: Er soll uns da in Ruhe lassen. Man beachte den Pluralis majestatis im Interview vom 22. Mai.

**Grabher-Meyer**

In Wallnöfers Gefolge befinden sich Gassner, König und die Bundeswirtschaftskammer. Der Wallnöfer-Clan (*ironische Heiterkeit bei der ÖVP*), der hier gemeinsam in diesem Lustspiel dann auch noch auftreten wird, ist für alle Bauwerke, wie Hainburg, Zwentendorf, Dorfertalkraftwerk samt Umbalfällen und was es sonst noch an freier Natur gibt, das verbaut werden soll. (*Abg. Dr. Graff: Wenn Sie so weiterreden, stirbt der Wald noch schneller!*)

Landesfürst Ludwig gibt sich etwas differenzierter. Anlässlich der Eröffnung des Kraftwerkes Greifenstein am 21. Mai ist er überzeugt davon, daß beim bisherigen Donauausbau wesentliche Schäden verhindert worden seien. Ausgerechnet in Greifenstein gewinnt Herr Ludwig diese Überzeugung. Was bleibt dem bedauernswerten Regisseur dieses Lustspiels, dem Herrn Parteiobmann der Österreichischen Volkspartei Alois Mock anderes übrig, als zu Hainburg ein klares, lautes und deutliches Jein zu sagen? Was soll den dieser Bedauernswerte sonst sagen?

Heinzinger hat völlig recht, wenn er — weitblickend — laut Aussage vom 16. April ein „Klima der Gemeinsamkeit“ schaffen möchte. Doch siehe da, diese Gemeinsamkeit fordert er nicht von der Österreichischen Volkspartei, sondern von der Arbeiterkammer.

Das war die versprochene Blütenlese aus ÖVP-Pressediensten und Interviews der letzten Zeit. Von dieser ÖVP Gemeinsamkeit zu verlangen, ist ein vergebliches Unterfangen.

Ich erlaube mir, zum Thema ÖVP folgende These aufzustellen: Der kleinste gemeinsame Nenner der drei ÖVP-Bünde ist deren fruchtlose Kritik an der sozial-liberalen Koalition, eine Kritik, die diese Koalition mindestens eine Gesetzgebungsperiode lang überleben wird. (*Ruf bei der ÖVP: Der Peter aber nicht!*)

Hohes Haus! Wichtige weitere Vorhaben dieser Koalitionsregierung werden sein: die Umweltschäden zu sanieren, einen vorbeugenden Umwelt- und Artenschutz zu praktizieren, die Energieeinsparung als größte vorhandene Energiequelle zu fördern, die Fortsetzung der Budgetkonsolidierung mit dem Schwerpunkt Staatsausgaben auf der Basis der bereits erprobten Instrumentarien: Nullbudgetierung, Kosten-Nutzen-Rechnung, aber auch mit Hilfe neuer Methoden fortzuführen, die Absicherung der Altersversorgung durch eine umfassende Pensionsreform zu garantieren und die Erschließung neuer Arbeits-

märkte zur Wiedererringung der Vollbeschäftigung voranzutreiben.

Zum Schluß meiner Ausführungen komend darf ich feststellen, daß die Arbeit nicht nur der Regierung, sondern auch der beiden Koalitionsfraktionen im Parlament schon im ersten Jahr der Regierung Sinowatz—Steger zielstrebig angelaufen ist und zu erfreulichen Resultaten insbesondere für die österreichische Wirtschaft geführt hat.

Wir Freiheitlichen sind sicher, daß wir die weiteren Jahre ebenfalls in guter Zusammenarbeit im Interesse der österreichischen Menschen nützen werden. Die FPÖ sagt deshalb ja zur konstruktiven Mitarbeit, ein Ja zur Verantwortung und ein Ja zu Entscheidungen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 15.22

**Präsident:** Zum Wort kommt die Frau Abgeordnete Hubinek.

15.22

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte Sie eingangs um Entschuldigung und um Verständnis bitten, daß ich mich nicht mit dem Vorredner auseinandersetze. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich kann mir aber eine Bemerkung nicht verkneifen, an die Adresse des Herrn Generalsekretärs Grabher-Meyer gerichtet.

Er hat Pressedienste zitiert. Ich möchte ihm etwas in Gedächtnis rufen... (*Abg. Grabher-Meyer: ÖVP-Pressedienste!*) Ja, ich habe das schon verstanden. Sie haben zwar ein bisserl holprig gelesen, aber ich habe trotzdem begriffen, was Sie sagen wollten. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Herr Grabher-Meyer, es ist Ihnen aber offenbar etwas entgangen, und das möchte ich Ihnen gerne sagen: Bei der Pressekonferenz anlässlich der Unterstützungserklärung zum Volksbegehren gegen Hainburg waren die Vertreter des Ringes Freiheitlicher Studenten dabei. Diese haben dann zwar gesagt, sie sind ad personam dort, weil man es ihnen verbietet, aber wissen Sie, wer gegen Hainburg unterschrieben hat? — Ihr Vizekanzler hat als Abgeordneter unterschrieben! Sie müssen sich nur das Faksimile der Unterschrift ansehen. (*Abg. Grabher-Meyer: Das stimmt nicht! Das ist eine Unterstellung!*) Es liegt seine Unterschrift in einem Safe, und er kam leider nicht dazu, wie er es gerne gehabt hätte, diese seine Unterschrift wieder an sich zu nehmen. — Aber lassen wir das, ich weiß, das ist nicht erfreulich.

**Dr. Marga Hubinek**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte mich wirklich nicht mit den Ausführungen meines Vorredners beschäftigen, sondern eigentlich mit dem Bericht, der auf der Tagesordnung steht. In dem Bericht — das versuche ich jetzt vorsichtig zu formulieren — finden sich eine Fülle von Gemeinplätzen und Erklärungen, von Erklärungen, wo ich nur meine, mir wären konkrete Ergebnisse nach einem Jahr Regierungspolitik lieber gewesen. Es ist beim besten Willen nicht ersichtlich, wo denn die Schwerpunkte dieser Regierung liegen. Wo ist eine politische Linie ersichtlich? Man hat den Eindruck, daß versucht wird, Kompromisse zu finden, und daß der, der über die stärkere Lobby verfügt, mit seiner Meinung besser durchkommt. (*Abg. Grabher-Meyer: Sozialpartnerschaft!*)

Ich meine das zunächst einmal für den Bereich innerhalb der sozialistischen Fraktion. Wissen Sie, mit dem Koalitionspartner hat es so seine Schwierigkeiten. Wenn ich ein bißchen die Zeitungen durchblättere, so sehe ich, wie widersprüchlich die Aussagen der freiheitlichen Mandatäre in sich sind, vor allem, wenn ich mir Aussagen von Vertretern einzelner Landesorganisationen anschau, etwa was ein Jörg Haider zur Pensionsreform sagt. Da ist es wirklich schwer zu erkennen, was eigentlich Ihre Linie ist. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Grabher-Meyer: Welche Aussagen meinen Sie?*)

Weil ich gerade bei der Pensionsreform bin: Diese Pensionsreform, die in unseren Augen eigentlich ein Katalog von Leistungskürzungen ist und sonst nichts, ist für mich ein Paradebeispiel dafür, wie zaghaft, wie dilettantisch diese Regierung arbeitet und wie eben dann einem Stärkeren nachgegeben wird.

Diese Leistungskürzungen zeigen ja auch, daß man das Budget auf Kosten der Einkommenschwächsten sanieren will. Das sind in meinen Augen zwei Gruppen: die Familien und die Pensionisten.

Diese ganze Widersprüchlichkeit ergibt sich ja aus den verschiedenen Ankündigungen. Da sollen auf der einen Seite 62 Milliarden Schilling bis zum Jahr 1990 eingespart werden, gleichzeitig steht aber in dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers: „Wir werden diese Pensionsreform ohne Sozialabbau durchführen. Keine einzige bestehende Pension wird angetastet, in keinem einzigen Fall wird es zu einer Kürzung bestehender Pensionen kommen.“

Ich kann nur sagen: Entweder will der Herr

Bundeskanzler die Bevölkerung wissend täuschen, oder er kennt die Problematik wirklich nicht. Weiß er wirklich nicht, daß durch die Änderung des Anpassungsfaktors die Pensionen um einen geringeren Prozentsatz erhöht werden, als es der jährlichen Inflationsrate entspricht? Weiß er nicht, daß die Schere zwischen den Pensionen und der Kaufkraft immer mehr auseinanderklaffen wird? Das heißt — vereinfacht gesagt, und das möchte ich an die Adresse des Herrn Bundeskanzler gerichtet wissen —: Je länger der Pensionist lebt, desto ärmer wird er. Und das ist das Ergebnis von einem Jahr sozialistischer und freiheitlicher Regierungspolitik! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Herr Bundeskanzler sagt, es wird keine bestehende Pension angetastet werden. Die 62 Milliarden Schilling sollen eingespart werden.

Es ist doch auch symptomatisch für diese Regierung: Wenn es ums Sparen geht, müssen alle möglichen Gruppen von Staatsbürgern das tun, müssen alle zahlen, nur im eigenen Bereich wird nicht gespart, weder bei dem unnötigen Konferenzpalast noch bei der — zahlenmäßig — größten Regierung aller Zeiten. Die Lektüre des Rechnungshofberichtes wäre ja sehr, sehr informativ für diese Regierung. Leider liest sie ihn offensichtlich nicht.

Die Menschen kann man aber nicht auf Dauer täuschen, und der beste Beweis dafür ist das Ergebnis der Arbeiterkammerwahlen.

Die ganze Groteske um die Vorstellungen des Sozialministers, den Witwen Ruhensbestimmungen zu verpassen, und zwar dort, wo eine Witwenpension mit einem eigenständigen Pensionsanspruch zusammentrifft, diese ganze Groteske ist ja auch ein Beweis dafür, daß man letztlich etwas vorgehabt hat, auf das man angesichts der Phalanx der Frauen verzichtet hat.

Wenn die Abgeordnete Offenbeck hier gemeint hat, sie sei der Meinung, die Pensionsreform sei ein gerechter Kompromiß, der von allen Opfern verlangt, und die Frauen seien insgesamt zufrieden, muß ich der Frau Abgeordneten Offenbeck sagen, daß es zweifellos gelungen ist, Schlimmeres zu verhindern. Aber von Zufriedenheit sind wir wirklich weit entfernt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und in der ganzen Frage der 40. ASVG-Novelle und ihren Sozialgesetzen kommt der Regierung nur eines zugute: Diese Gesetze

**Dr. Marga Hubinek**

sind für den „normalen“ Staatsbürger uneinsichtig, würde ich sagen, nur wenige Fachleute finden sich darin zurecht; das Faktum, daß es um die 40. Novelle geht, zeigt ja, wie komplex diese Materie ist.

Hier kann ich auch nicht die Meinung der Frau Offenbeck teilen, die meint, die berufstätigen Frauen, die Kinder erzogen haben, werden mit dem Kinderzuschlag nun einen Vorteil haben. Frau Offenbeck — ich nehme ihr das gar nicht übel, ich glaube, sie arbeitet auch nicht im Sozialausschuß — weiß offenbar nicht, daß nur jene Frauen den 3prozentigen Zuschlag pro Kind zu erwarten haben, die vor dieser Reform eine weitaus höhere Pension zu erwarten gehabt hätten, weil sie nämlich den Grundbetragszuschlag mit Recht erwarten konnten. Genaugenommen ist dieser 3prozentige Zuschlag pro Kind die Milderung eines handfesten Pensionsverlustes. Ich glaube, das muß man deutlich sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Beitrag der Frau Abgeordneten Offenbeck war auch noch in einer anderen Hinsicht informativ. Wer ihr zugehört hat, der hat gehört, daß sie am Anfang gesagt hat, wie froh die sozialistische Fraktion ist, daß es zu keiner Besteuerung des 13. und 14. Bezuges gekommen ist, daß es zu keiner Besteuerung des Überstundenzuschlages gekommen ist, und das alles, um zu begründen, warum eine Steuerreform unterblieben ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das läßt aber eigentlich den Umkehrschluß zu, daß in der Steuerreform genau das drinnen gewesen wäre. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Mock: Richtig!)* Der Herr Finanzminister hat offenkundig viel größere Grauslichkeiten geplant, als wir alle ursprünglich angenommen haben.

Nun, auch an die Adresse der Frau Abgeordneten Offenbeck gerichtet: Ich halte diese sogenannte Pensionsreform für einen Katalog von Leistungskürzungen, die die einkommensschwachen Gruppen in der Bevölkerung treffen. Ich meine auch, daß es eigentlich ein Armutszeugnis ist, daß man nun — und das ist jetzt das dritte Mal — bisher unbestrittene soziale Leistungen kürzt, was noch dazu einen Kreis betrifft, was einem Kreis von Leuten die Einkommen kürzt, die eigentlich den Wiederaufbau dieses Landes durchgeführt haben, denen wir den Wohlstand der vergangenen Jahre verdanken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben vielleicht bei dieser 40. ASVG-

Novelle eine, wenn Sie wollen, späte Genugtuung erfahren. Die zweite und dritte Etappe der Witwerpension wurde jeweils um vier Jahre hinausgeschoben, es ist also ein verspätetes Eingeständnis, daß die spiegelgleiche Witwerpension kein sozialpolitisches Erfordernis darstellte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun wende ich mich dem Umweltschutzbereich zu. Ich glaube, wir alle wissen, daß wir uns große Sorgen machen sollten. Es fällt nicht ganz leicht, solchen pathetischen Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers zu folgen, der meint: „Wir haben dem Waldsterben und der Luftverschmutzung den Kampf angesagt! Und wir sind überzeugt, diesen Kampf erfolgreich zu führen und letztlich zu gewinnen.“

Ich würde meinen, Herr Bundeskanzler, das sind wirklich große Worte! Mir wäre es lieber gewesen, Sie hätten wenigstens eine konkrete Maßnahme angeführt, denn in Wirklichkeit sind wir weitaus zaghafter, als das in unseren Nachbarländern der Fall ist. *(Bundesminister Dr. Steyrer: Das ist überhaupt nicht richtig!)* Wir haben uns bisher nicht zu konkreten Maßnahmen verstanden; Herr Minister, ich komme schon dazu.

Ich glaube überhaupt, daß dieser Bericht für einen, wenn Sie wollen, Tiefenpsychologen wirklich eine Fundgrube darstellt.

Herr Minister Steyrer! Bei aller Sympathie, die ich auch für Sie habe, weiß ich, daß Sie leicht verletzlich sind. Aber ich kann mir vorstellen, daß Sie keine reine Freude empfinden, wenn in dem Bericht steht: „Wir haben als erste Bundesregierung in diesem Land eine umfassende umweltpolitische Gesamtkonzeption entwickelt und eine Fülle sehr weitreichender und tiefgreifender Maßnahmen verwirklicht.“

Herr Minister! Sind Sie mit dieser Sicht der Dinge des Herrn Bundeskanzlers einverstanden? Er sagt doch damit eigentlich, daß bisher in 14 Jahren überhaupt nichts geschehen ist, daß es erst seit dem Jahre 1983 eine Umwelt-offensive gibt. Ich frage mich wirklich: Warum gibt es nun seit 14 Jahren ein Ministerium, das den Umweltschutz in seinem Namen führt?

Herr Minister Steyrer! Es wird hier auch der Umweltschutzfonds mit seinen 500 Millionen Schilling als Leistung zitiert. Fachleute sagen, daß die Umrüstung eines Betriebes in der Größenordnung der Aluminiumwerke Ranshofen oder der Lenzinger Papierfabrik

**Dr. Marga Hubinek**

allein 300 Millionen Schilling kostet. Daß „500 Millionen Schilling“ zwar beachtlich klingt, daß das ein großer Betrag ist, in Wirklichkeit aber nicht im entferntesten die Dimension des Problems trifft, möchte ich mit diesem Beispiel aufzeigen.

Bezeichnend für den Stil der Regierung ist auch, daß man die Ausflucht sofort in Richtung Bürokratie nimmt. Dieser Fonds wird nicht im Rahmen des Ministeriums betreut, sondern es wird ein eigener Fonds mit Rechtspersönlichkeit geschaffen — selbstverständlich zwei Geschäftsführer, die einen recht gut dotierten Gehalt bekommen, was ja den Betrag von 500 Millionen Schilling wieder reduziert. (*Abg. Dr. Mock: So? Das höre ich ja zum erstenmal!*) Die Bürokratie ist also, wie mir scheint, wieder einmal der Ausweg, wenn es nicht weitergeht. (*Staatssekretär Dr. Ferrari-Brunnenfeld: ... schlecht informiert!*) Nein, ich bin nicht schlecht informiert, sondern ich kann die Gesetze lesen, sehr geehrter Herr Staatssekretär! (*Neuerlicher Zwischenruf des Staatssekretärs Dr. Ferrari-Brunnenfeld.*)

Und dann vielleicht noch etwas. Ich möchte mich mit dem Problem an die Adresse des Herrn Staatssekretärs wenden, der offenbar den Bericht auch nicht gelesen hat (*Staatssekretär Dr. Ferrari-Brunnenfeld: Ich schon!*), daß die Fragen der Gesundheitspolitik nur mit einem kleinen Nebensatz erwähnt sind, nämlich dem, daß mehr Ausbildungsstellen für Jungärzte durch eine Verringerung des Bettenschlüssels geschaffen werden sollen. Der Herr Minister Steyrer weiß es; ob es der Herr Staatssekretär auch weiß, das weiß ich nicht. Aber das heißt lediglich, die Realität nachvollziehen. Die Spitalerhalter haben ja schon längst den Bettenschlüssel reduziert, um dem Ansturm der Jungärzte ein wenig Rechnung zu tragen. Ist Ihnen nicht aufgefallen, daß Sie bei der Gesundheitspolitik offenbar völlig weggetreten sind? Da ist ja nicht ein Hinweis darauf, was im Bereich der Gesundheitspolitik geschehen soll!

Ich darf daher als Oppositionspolitikerin die Regierungserklärungen zitieren, die uns in schöner Regelmäßigkeit immer wieder ein leistungsgerechtes Finanzierungssystem für die Krankenhäuser versprechen. (*Abg. Dr. Mock: 14 Jahre!*) 14 Jahre lang ist es versprochen worden, 14 Jahre ist auf dem Sektor nichts geschehen. (*Zwischenbemerkung des Bundesministers Dr. Salcher.*) Sehen wir davon ab, Herr Minister Salcher, daß unter diesem Titel das „Hundertmillionending“ der Frau Minister Leodolter in Auf-

trag gegeben wurde. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Wo ist das Geld, wo sind die Belege?*) Über dieses Ding ist bekanntlich die Frau Minister Leodolter in den wohldotierten Ruhestand gestolpert.

Herr Minister Salcher! Hier hat man festgestellt, daß es eine Überzahlung für die ARGE Kostenrechnung gab. Meines Wissens sind 35 Millionen Schilling zuviel bezahlt worden. Was unternimmt die Regierung, damit die Justiz etwas schneller arbeitet, damit der Klage entsprochen wird? (*Beifall bei der ÖVP. — Neuerliche Zwischenbemerkung des Bundesministers Dr. Salcher.*) Wenn Sie in meinem Rücken offenbar meinen, Herr Minister Salcher — ich höre immer nur einen Teil —, daß das ein geringer Betrag ist, so meine ich, 35 Millionen Schilling Steuergelder sind ein stolzer Betrag! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Man hat den Eindruck, daß die Justiz in unterschiedlicher Schnelligkeit arbeitet. Wenn es gilt, irgendeinem ÖVP-Mandatar Delikte anzuhängen, ist man von blitzartiger Schnelligkeit. Bei 35 Millionen Schilling läßt man sich offenbar ein bißchen Zeit. (*Staatssekretär Dr. Ferrari-Brunnenfeld: ... auf Staatsanwälte keinen Einfluß!*) So, auf die Staatsanwälte hat der Herr Justizminister keinen Einfluß? — Das ist mir aber neu, Herr Staatssekretär! (*Abg. Dr. Mock: Da muß sich etwas sehr geändert haben!*) Ich glaube, Sie sollten erst die Kompetenzverteilung studieren, bevor Sie mir Zwischenrufe machen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun eine letzte Bemerkung. Ich habe mir das Familienministerium für den Schluß aufgehoben, weil es, wie mir scheint, offenbar nicht existent ist. Wissen Sie etwas von den Initiativen dieses neugeschaffenen Ministeriums? Da tut sich nichts, da hört man nichts. Und eine Interessenvertretung, nämlich der Österreichische Arbeiterkammertag, muß der Frau Familienminister ein Aktionsprogramm schicken!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ist das nicht eigentlich ein Armutszeugnis? Da wird ein neues Ministerium mit 60 Dienstposten errichtet, mit einem Stadtpalais — die Opposition hat in letzter Minute verhindert, daß dieses Ministerium im Stadtpalais residiert —, und die Frau Minister braucht als Krücke eine Interessenvertretung, die ihr erst ein Aktionsprogramm übermittelt! Offenbar ist auch der Interessenvertretung langsam der Kragen geplatzt, daß sich dort gar nichts tut.

**Dr. Marga Hubinek**

Der Herr Bundeskanzler hat gemeint, es gibt ohnehin einen Härteausgleich für Familien in schwieriger finanzieller Situation in der Höhe von 20 Millionen Schilling. Für den einzelnen sind 20 Millionen Schilling ein hoher Betrag, ein stolzer Betrag. Wissen Sie, was das pro Familie bedeutet? — 10 S! Bei 2 000 000 Familien sind 20 Millionen Schilling 10 S. Ich muß dazu sagen: 10 S pro Familie empfinde ich als Pflanzerei für die Familien! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Abschluß kommend möchte ich die Divergenz der Meinungen auch an einem anderen Beispiel gerne belegen. Da gab es vor kurzem eine, wie ich glaube, begrüßenswerte Veranstaltung der sozialistischen Frauen, die sich mit dem Thema Teilzeitbeschäftigung auseinandergesetzt hat. Ich kann meine Information nur aus den Medien beziehen. Da gibt es sehr divergierende Ansichten.

Der Herr Unterrichtsminister hat gemeint, daß das eine Möglichkeit wäre, vielen Junglehrern den Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen, gerade im Lehrerbereich besteht ein starker Wunsch nach Einführung von Teilzeitbeschäftigung.

Die Frau Staatssekretär Dohnal ist demgegenüber offenbar ein erklärter Feind, sie gönnt den Junglehrern nicht den Einstieg ins Berufsleben, Sie will die 35 Stunden-Woche und sonst nichts.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihr Verständnis für die Wünsche der Bevölkerung zeigt auch das Beispiel, wie Sie im Unterausschuß für die Einführung der Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst agieren. Da wird geschleppt, da wird zum dritten Mal ein Antrag behandelt, da muß man Experten hören, die Vertreter der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, um ihre Meinung zu erfahren, als ob es nicht genug Meinungsumfragen zu diesem Thema bereits gäbe.

Ich frage mich nur, ob Sie mit gleicher Akribie auch die Meinung der Betroffenen eingeholt haben, als Sie dem öffentlichen Dienst die Ruhensbestimmungen verpaßt haben. Da haben Sie die Betroffenen offenbar nicht gefragt.

Und nun abschließend: Der Bericht ist unbefriedigend, er widerspiegelt, glaube ich, eine hilflos agierende Regierung, eine Regierung, meine sehr geehrten Damen und Herren, die natürlich mit dem Klumpfuß einer in

sich zerstrittenen und immer kleiner werdenden Freiheitlichen Partei behaftet ist. *(Staatssekretär Dkfm. Bauer: Ein Wunschdenken!)* Diese Regierung ist sicherlich nicht geeignet, die großen Probleme der nächsten Jahre zu bewältigen. Und diese Meinung, Herr Staatssekretär, wird nicht nur von meinen Kollegen auf den Oppositionsbänken geteilt, diese Meinung erfahren Sie bei allen Wahlgängen, die haben Sie erfahren bei den Wahlgängen der Vergangenheit. Ich will keine Cassandra sein, aber ich glaube, in den nächsten Monaten wird man Ihnen diese Meinung nochmals sehr deutlich wiedergeben. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.45

**Präsident:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Marsch.

15.45

Abgeordneter **Marsch** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob ich meine Vorrednerin richtig verstanden habe. Frau Kollegin Hubinek, Sie haben doch folgendes gesagt: Da werden dem Familienministerium 20 Millionen Schilling für Katastrophenfälle, für besonders kritische Fälle zur Verfügung gestellt, und Sie dividieren das mit der Familienanzahl in Österreich ... *(Abg. Dr. Marga Hubinek: 200 000 sind es!)*

Ja liebe gnädige Frau, sind Sie wirklich der Meinung, daß es in jeder österreichischen Familie eine Katastrophe gibt? Wie können Sie denn einen Betrag für eine besondere Aktion, der in die Lage versetzt, unbürokratisch Familien zu helfen, durch die Gesamtzahl der österreichischen Familien dividieren? Das ist unrichtig, so kann man das nicht machen! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Ich habe von Ihnen als Frau und Mutter erwartet, daß Sie hier herauskommen und dafür danken, daß es ein Familienministerium gibt, das ausgezeichnete Arbeit leistet! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

So leicht kann es sich eine Opposition nicht machen, herauszukommen und eine solche Milchmädchenrechnung anzustellen, die jeder Wahrheit entbehrt! *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist ein Bettel, Herr Marsch! Almosenpolitik ist das!)*

Das gleiche haben Sie beim Gesundheitsminister getan. Ich sage Ihnen nur einen halben Satz dazu, damit Sie ganz genau wissen, was wirklich geschehen ist, weil Sie sich darüber aufregen, daß angeblich in der Regierungserklärung zur Gesundheitspolitik nur ein Satz gesagt wurde. Also einen halben Satz, und

**Marsch**

dann sagen Sie mir, was Sie einzuwenden haben.

Der Gesundheitsminister Dr. Steyrer hat festgestellt, daß es dem Gesundheitsministerium gelungen ist, durch seine Arbeit die Säuglingssterblichkeit von damals über 14 Promille auf 11 Promille zu senken. Das ist eine ausgezeichnete Leistung, und das kann man in einem Satz sagen! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Messen Sie die Erklärungen der Regierung nicht nach einzelnen Sätzen, nicht nach der Anzahl der Worte, sondern nach dem Inhalt! Und dazu müßten Sie eigentlich imstande sein. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mir die Rede des Kollegen Taus sehr aufmerksam angehört. Er hat versucht, die Wirtschaftspolitik Österreichs mit der anderer Länder zu vergleichen. Ich glaube, gerade das ist ein Vergleich, der durchaus statthaft ist, nur muß man das in seiner Gesamtheit tun.

Meine Damen und Herren! Es ist doch ein Unterschied, ob man eine einzige volkswirtschaftlich meßbare Zahl vergleicht oder ob man die Tatsache feststellt, daß allein die österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitute in den wenigen Monaten dieses Jahres dreimal die Wirtschaftsprognosen nach oben korrigiert haben und korrigieren mußten, weil die Voraussetzungen für Österreich weit besser sind, als man damals angenommen hat. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich glaube, das ist ein Erfolg, auf den wir nicht weniger stolz sein können, denn, meine Damen und Herren, was kommt denn unter dem Strich Ihrer Kritik heraus? — Unter dem Strich Ihrer Kritik kommt heraus — und das setzen wir als Priorität —, daß die Arbeitslosigkeit in Österreich nicht einmal halb so hoch ist wie im europäischen Durchschnitt. Das ist ein Erfolg dieser Wirtschaftspolitik! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wenn Sie, sehr geschätzte Damen und Herren von der ÖVP, Kritik am Maßnahmenpaket üben — wir haben es nie geleugnet, daß es auch Belastungen, aber erträgliche Belastungen verursacht, die man damit gesetzt hat —, dann schauen Sie sich an, was am gleichen Tag, an jenem 16. September 1983, als man dieses Maßnahmenpaket in der Regierung beschlossen hat, geschehen ist! Das war nämlich jener Tag, an dem man in Holland darüber diskutiert hat, um wieviel Prozent man die Gehälter der öffentlich Bediensteten sen-

ken soll. Das war dort die Frage! Und Ihre Parteifreunde in Belgien haben darüber diskutiert, wo man das Geld aufnimmt, um die Arbeitslosigkeit zu bezahlen, die bei uns Gott sei Dank in dem Maße bei weitem nicht vorhanden ist. Das ist eben der große Unterschied. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Ettmayer: Und bei uns werden die Leute über die Inflation geschröpft!)*

Aber, Herr Kollege Ettmayer, schauen Sie sich doch das alles an! Welchen Zustand wollen Sie denn? Wollen Sie den Zustand, durch den man in Amerika 200 Milliarden Dollar mehr Schulden macht? Wollen Sie den Zustand, den man im letzten Dreivierteljahr in Deutschland geschaffen hat, wo man 400 000 Arbeitslose mehr hat und heute einen Klassenkampf par excellence führt? Wissen Sie, was man dort heute sagt von Seite der Unternehmerschaft? — Wahrlich, es soll in Österreich nie so weit kommen, aber dort hat man gerade an jenem Tag, an dem der SPD-Parteitag in Essen stattfand, als die Streikenden vor den Toren gestanden sind, als man mit Aussperrungen begonnen hat — eine der brutalsten altkapitalistischen Methoden —, gefragt: „Habt ihr für diese Ratten keine MPs?“ Wollen Sie dazu ja sagen?

Sehen Sie doch die Dramatik der Situation, die sich in unserem Nachbarland durch Schuld dieser CDU-CSU-Regierung abspielt! Wollen Sie das? Das ist doch die entscheidende Frage, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Da regt sich meine Vorrednerin über die Pensionen auf und beschwert sich, daß in der Pensionsreform nicht alles so ist oder so geschehen ist, wie sie es geglaubt hat. Und daneben, im Nachbarland Deutschland, wo Sie gemeinsam Siege feiern wollen, weil es halt in Salzburg anders gelaufen ist, setzt man die Pensionserhöhung überhaupt aus, und dann wird man die Pensionen erst am 1. Juli nur mit 1 Prozent erhöhen. Das ist der Unterschied zwischen einer Politik, die eine sozialdemokratisch-liberale Regierung macht und die man draußen unter Führung der CDU-CSU macht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, das muß man Ihnen mit aller Deutlichkeit sagen, weil Sie das nicht verstehen wollen.

Die Jahresbilanz der Bundesregierung beweist eindrucksvoll, wie hart und zielführend in den letzten Monaten im Interesse der Österreicher gearbeitet wurde.

## Marsch

Diese Bilanz widerlegt damit gleichzeitig die krampfhaften und falschen Bemühungen der ÖVP, das Erreichte zu bagatellisieren und auch zu diffamieren.

Die Regierung hat binnen eines Monats nach der Nationalratswahl am 24. April des Vorjahres ihre Arbeit aufgenommen — und das war in einer Rekordzeit — mit einem brauchbaren Abkommen, das praxisnah, exekutierbar ist und den Sachproblemen Vorrang eingeräumt hat.

Meine Damen und Herren! Wir haben in einer Zeit Politik zu machen, die zu den schwierigsten gehört, die es in den letzten Jahren gegeben hat. Denn zur Krise der Weltwirtschaft kommt eine Krise in der Weltpolitik. Da sich die klassischen Rezepte der Politik in den letzten zwei Jahrzehnten doch wesentlich geändert haben, brauchen wir neue Mittel der Orientierungshilfe, die wir auch geschaffen haben.

Wir leben nicht in einer keimfreien Welt, in der man wirtschaftspolitische Modelle von gestern anbieten kann, weil sie damals theoretisch gesichert waren. In der rauen Welt der politischen Wirklichkeit, dort, wo die Interessen regieren, sind sie hier und heute keine Alternative. Eine moderne Volkswirtschaft ist heute ohne Vorleistung des Staates auf dem Gebiet der Infrastruktur gar nicht denkbar. Die ÖVP ist in dieser Zeit bloß imstande, eine emotionsgeladene Politik nach außen zu tragen, die den Menschen Unsicherheit bringen soll. Sie zeigen keine brauchbaren Alternativen auf, weil Sie keine haben! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Eine ehrliche Politik wird heute mehr geschätzt als Versprechungen, die man nicht halten kann. Die ÖVP lehnt jetzt alles ab, selbst das, was sie seinerzeit erfunden hat; das war bei Zwentendorf so, das war bei der UNO-City, das ist beim Konferenzzentrum, und das ist auch bei Hainburg nicht anders.

Wenn die ÖVP-Politik realisierbar wäre, wie Sie manchmal in Ihren Wunschvorstellungen vorgeben, warum haben das dann die Konservativen in den anderen Staaten nicht getan?

Ihr Ton zerstört das politische Klima. Und das werden wir nicht zulassen!

Unser ehrliches Bemühen hat in der kurzen Zeit des einen Jahres Erfolg gehabt, und das ist entscheidend. Ich glaube, daß man hier

eines feststellen muß, und das möchte ich zum Schluß auch tun: So schwierig es war, mit Hilfe dieses Maßnahmenpakets die Budgetkonsolidierung für das Jahr 1984 einzuleiten, so großartig war dann die Aufgabe unseres Finanzministers Dr. Herbert Salcher, dieses Budget so zu erstellen, daß es die Ausgangsposition für eine gute Wirtschaft war, die der Staat als Rahmenbedingung geboten hat, damit wir unser Hauptziel erreichen können: die Arbeitslosigkeit zu senken. Und das ist uns nachweisbar gelungen! *(Beifall bei der SPÖ.)* Österreich ist eines der seltenen Beispiele, wo in der Zeit von Jänner auf Feber die Arbeitslosigkeit gesunken ist und wo wir seit 1980 das erste Mal auch im April ein Absinken gehabt haben. So können wir heute schon darauf hinweisen, daß in den wenigen Monaten diese Maßnahmen gegriffen haben. Und dafür müssen wir in erster Linie unserem Finanzminister Dr. Herbert Salcher danken, weil er die Voraussetzung im Budget dafür erfüllt hat! *(Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Und jetzt muß er gehen!)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist heute viel von seiten der Regierungsparteien und der Bundesregierung gesagt worden, was für Österreich geschehen ist. Ich kann Ihnen als einer, der die Möglichkeit hat, andere Staaten Europas zu besuchen, sagen: Es lohnt sich jeder Vergleich zwischen jedem anderen Staat und unserem Heimatland Österreich! Und darauf können wir stolz sein und dafür danken wir der Bundesregierung. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 15.56

**Präsident:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Gassner.

15.56

Abgeordneter Ing. **Gassner** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Zentralsekretär Marsch hat am Anfang gemeint, es sei alles besser geworden.

Herr Zentralsekretär! Ich belasse Sie bei Ihrer Meinung. Ich bin nur sehr froh, daß die Menschen in Österreich nicht Ihrer Meinung sind, und gerade im letzten Jahr, ausgehend von der letzten Nationalratswahl, wo die Differenz zwischen SPÖ und ÖVP mandats- und stimmenmäßig halbiert wurde, doch in zunehmendem Ausmaß meiner Partei, der Österreichischen Volkspartei, ihre Stimmen geben. Und das meiner Meinung nach nur deshalb, weil sie ganz einfach mit der Politik der Regierung nicht einverstanden sind.

Sie wissen genauso gut wie ich, daß die letzten Arbeiterkammerwahlergebnisse mit

**Ing. Gassner**

einem Gewinn von 65 Mandaten für den ÖAAB doch ein deutliches Signal waren gegen Ihre Methoden, gegen Ihre Regierungspolitik und für die ÖVP. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Wenn wir in die Betriebe gehen und mit den Menschen diskutieren über ihre Probleme, dann hören wir doch immer wieder die Fragen: Ist mein Arbeitsplatz sicher? Ist mein Einkommen sicher? Wird mein Kind einmal einen Arbeitsplatz bekommen? Aber natürlich hören wir auch die Fragen betreffend gesundes Leben, die Umwelt, die Energieproblematik. Und aus all dem heraus die Frage: Wie wird es morgen in Österreich sein?

Gerade in der Frage, die in den letzten Tagen, Herr Bundeskanzler, diskutiert wurde, Steuerreform ja oder nein, oder, wie Herr Staatssekretär Bauer gestern gemeint hat, ja, aber nur in geringen Dosen und in einigen Etappen, in einer Frage, in der Sie, Herr Bundeskanzler, heute sozusagen der Absage eine Absage erteilt haben, sehen wir eine Vorgangsweise, die die Bevölkerung nicht haben möchte, weil eine solche Vorgangsweise ganz einfach das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung erschüttert und leider nicht nur in die Regierung, sondern ganz einfach in die Politik.

Es ist, glaube ich, notwendig, daß wir, egal ob Regierung oder Opposition, ganz einfach klar sagen, was wir wollen. Dann hat der Mensch Vertrauen zur Politik. Wenn Sie die Dinge immer wieder ändern, dann, Herr Bundeskanzler, wird dieses Vertrauen nicht vorhanden sein und der Staat immer schwerer regierbar.

Ich habe Angst davor, Herr Bundeskanzler, daß Sie nicht nur manches falsch entscheiden mit Ihrer Regierung, sondern daß manches nicht entschieden wird. Wir haben über die Steuerreform diskutiert, und die „Arbeiter-Zeitung“ hat — ich glaube, gestern war es — geschrieben: „Keine Steuererhöhung bei Überstunden und Abfertigung“, und weiters gab es eben die Aussage, es sollte gerade jetzt der spürbare Wirtschaftsaufschwung nicht durch eine monatelange Steuerdiskussion gebremst werden.

Herr Bundeskanzler! Ich verstehe Ihr politisches Anliegen. Ich denke daran, daß wir vor der letzten Nationalratswahl Sie sehr oft gefragt haben, Ihre Partei, den damaligen Bundeskanzler Kreisky: Was wird alles auf die Österreicher zukommen? Was haben Sie in der Steuerproblematik vor? — Und Sie

haben dann sozusagen über Weihnachten 1982 beschlossen, 1983 das sogenannte Mallorca-Paket zu veröffentlichen und dann mit dieser Flucht nach vorne zu versuchen, Dinge abzufangen.

Genauso kommt es mir jetzt wieder vor: daß Sie, Herr Bundeskanzler, diese Regierung, sagten: Ich habe Angst davor, daß das vielleicht noch einmal passiert. Deshalb sagen wir, daß wir das alles, was wir eventuell beabsichtigt haben, nicht durchführen wollen.

Aber, Herr Bundeskanzler — ich glaube, das hat Dr. Taus schon gesagt —, das wollten wir sowieso nicht. Was wir wollten: eine zumindest aufkommensneutrale Steuerreform mit einer Zielvorstellung, die Steuerlastquote wieder zu senken. Was wir Arbeitnehmer wollten: daß man doch regelmäßig auch über die Tarifgestaltung spricht.

Wenn Sie, Herr Bundeskanzler, jetzt sagen, es kommt keine Steuerreform, es kommt keine Steueranpassung, dann wird der Finanzminister der Gewinner sein. Herr Finanzminister! Sie wissen, daß durch jede Gehaltsrunde Jahr für Jahr die Einkommen der Arbeitnehmer nominell steigen und damit auch bereits die Bezieher der geringsten Einkommen, der geringsten Löhne und Gehälter vermehrt in die Steuerprogression kommen. Herr Bundeskanzler! Wenn keine Steueranpassung kommt, dann ist der Finanzminister der große Gewinner, weil er vermehrt Steuern einnimmt. Das wollen wir nicht haben, das ist eine schlechte Entwicklung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Um auch hier mit konkreten Zahlen zu operieren: Herr Finanzminister! Im Jahr 1975 — vor neun Jahren! — hatten wir die letzte größere Lohnsteuertarifanpassung. Später wurden dann die Absetzbeträge erhöht. Seit dem Jahr 1975, Herr Finanzminister, sind Ihre Lohnsteuereinnahmen auf das Dreifache gestiegen, nur indem die Arbeitnehmer vermehrt in die Progression gekommen sind. Seit dem Jahr 1970 sind die Lohnsteuereinnahmen auf das Sechsfache gestiegen, die Löhne aber nur auf das knapp mehr als Dreifache.

Das heißt, Herr Bundesminister für Finanzen, das heißt, Herr Bundeskanzler, daß in den letzten Jahren, seit dem Jahr 1975, wenn ich dabei bleibe, die Lohnsteuereinnahmen des Finanzministers sich verdreifacht haben und er der stille Gewinner der Progression, der stille Gewinner der Inflation war. Wir wollen, daß das geändert wird, und deshalb wol-

**Ing. Gassner**

len wir die Steueranpassung, um diese Progressionsverstärkung wieder abzuflachen, sodaß sich die Lohnsteuereinnahmen des Finanzministers mit der Lohnentwicklung maximal gleich gestalten. Das ist unser Verlangen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundeskanzler hat, zu einem zweiten Problem kommend, gesagt, daß es in der Pensionsreform keine Kürzungen geben wird. Ich lese noch einmal auf Seite 13 und 14 Ihres Berichtes, Herr Bundeskanzler, da haben Sie wörtlich gesagt: „Wir werden diese Pensionsreform ohne Sozialabbau durchführen. Keine einzige bestehende Pension wird angetastet, in keinem einzigen Fall wird es zu einer Kürzung bestehender Pensionen kommen.“

Und auf Seite 14: „Der Gesetzentwurf sieht aber auch einen Solidaritätsbeitrag der Pensionisten vor.“

Herr Bundeskanzler! Ich möchte mich nur mit einer Frage zu dieser Pensionsreform aus der vorliegenden 40. Novelle zum ASVG beschäftigen.

Herr Bundeskanzler! Wenn diese Reform so kommt, dann koppeln Sie die Pensionisten von den Lohn- und Gehaltsbeziehern ab. Was meine ich damit? Wenn das kommt, was Sozialminister Dallinger vor hat — wir haben auch am Dienstag im ÖGB-Bundesvorstand darüber diskutiert —, wenn er in die Berechnung der Pensionen die Arbeitslosenquote mit einbezieht, dann sinken die Pensionen im Vergleich zu der Lohn- und Gehaltssumme. Das heißt, wenn man pro 1 Prozent Arbeitslosigkeit den Pensionsanpassungsfaktor um 0,1 Prozent vermindert, dann wird die Pension um diesen Anteil gekürzt.

Was bedeutet das konkret? Wenn wir in diesem Jahr 5 Prozent Arbeitslosigkeit haben, dann wird bei der Pension im Jahr 1986 — hier hat der Herr Sozialminister sehr geschickt die Dinge etwas geschoben — die Pension um ein halbes Prozent sinken. *(Bundesminister Dr. Salcher: Um ein halbes Prozent weniger steigen!)*

Herr Finanzminister, weniger steigen oder sinken. Es wird weniger sein als das Steigen der Lohn- und Gehaltssumme. Das sage ich ja: Die Pensionisten werden von der Lohn- und Gehaltsentwicklung abgekoppelt, sie kriegen weniger. Das lehnen wir ab, das halten wir für einen schlechten Weg, Herr Finanzminister und Herr Sozialminister. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn das einmal wäre, dann könnte man vielleicht sogar noch einmal darüber diskutieren. Aber das ist ja nicht so, daß dann um ein halbes Prozent laufend die Pensionen geringer werden, das setzt sich im Sinne der Zinseszinsrechnung fort. Das heißt, die Pensionisten, die jahrelang gearbeitet haben, die auf ihre Pension gewartet haben, werden von der Lohn- und Gehaltsentwicklung abgekoppelt. Das, Herr Bundeskanzler, halten wir für einen falschen Weg, diesen Weg kann man nicht gehen! *(Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Haben Sie andere Vorschläge?)*

Einen anderen Vorschlag, Herr Bundeskanzler, haben Sie oft von uns gehört. Das sagt nicht nur Österreich. Sie haben heute auch gesagt, Sie waren beim EFTA-Rat in Helsinki, glaube ich. Einheitlich hat sowohl das Europäische Parlament als auch die EGB-Diskussion in Straßburg ganz klar festgestellt, daß die Finanzierung der Pensionen nicht primär eine Frage der Struktur der Sozialversicherung, sondern primär ein wirtschaftspolitisches Problem ist.

Das sagt ganz Europa, Herr Bundeskanzler, nur war die österreichische Bundesregierung bei dieser Tagung in Straßburg nicht dabei. Übrigens als einziger Staat Europas, Herr Bundeskanzler. Ich frage mich: Warum sind Sie nicht hingefahren? Warum haben Sie dort nicht mit den europäischen Regierungen, mit den Unternehmerverbänden, mit den Arbeitnehmerverbänden über diese Fragen diskutiert? Sie sind zu Hause geblieben.

Ich wiederhole das, was man europaweit sagt, der Europäische Gewerkschaftsbund, der europäische Unternehmerverband, die europäischen internationalen Einrichtungen: die Sicherung der sozialen Sicherheit ist nicht primär eine Frage der Sozialversicherungsstrukturen, sondern eine Frage der wirtschaftlichen Problematik. Und deshalb hat Priorität, auch zur Sicherung der sozialen Leistungen, die Wirtschaft anzukurbeln, die Wirtschaft zu forcieren und damit die Einkommen zu verstärken. *(Staatssekretär Dkfm. Bauer: Einen konkreten Vorschlag!)*

Ich komme darauf zurück. Wir haben Ihnen schon oft genug, Herr Staatssekretär Bauer, Vorschläge geliefert. *(Staatssekretär Dkfm. Bauer: Einmal!)* Sie können Pläne haben, soviel Sie haben wollen, wir haben sie x-mal auf den Tisch gelegt, Herr Staatssekretär, jede Menge.

Ich könnte jetzt zu einigen Ausführungen, Herr Bundeskanzler, noch Stellung beziehen,

**Ing. Gassner**

wenn Sie zum Beispiel laut „Presse“ einen Technologiealarm schlagen. Ich habe Ihnen vor einem Jahr hier am Rednerpult einmal gesagt — ich habe auf die negative Entwicklung in Österreich hingewiesen —, daß wir in Österreich dafür viel zuwenig ausgeben.

Ich habe hier eine Tabelle über die staatliche Aufwendung für Forschung und Entwicklung 1982. *(Redner weist eine graphische Übersicht vor.)* Hier sehen Sie ganz links Österreich. Wir geben anteilmäßig am Bruttoinlandsprodukt nur 0,7 Prozent aus. Im internationalen Vergleich: die Bundesrepublik Deutschland 1,2 Prozent, Frankreich 1,3 Prozent, Großbritannien 1,4 Prozent, USA 1,6 Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt. *(Bundesminister Dr. Salcher: Was ist das für eine Quelle?)* Quelle OECD, Herr Finanzminister. *(Bundesminister Dr. Salcher: Das steht aber nicht darauf!)*

Lesen Sie es nach. Holen Sie sich aus dem WIFO-Bericht die Zahlen heraus. Kein Problem, Herr Finanzminister. *(Abg. Heinsinger: Er weiß das nicht!)*

Noch eines dazu, Herr Finanzminister: Nicht nur der Anteil ist zu gering, auch die Steigerungsraten sind es. Wenn der Anteil zu gering ist, könnte man sagen, wir werden das erhöhen. Aber wenn die Steigerungsrate in Österreich nur 76 Prozent seit dem Jahr 1975 beträgt und in den anderen Staaten nahezu das Doppelte, dann findet doch auch eine Entkoppelung statt. Eine Entkoppelung, Herr Bundeskanzler, bei der ich sage: Jawohl, zu Recht Investitionsalarm, aber Alarm für die Regierung, um Ihren Ministern zu sagen, daß mehr Mittel dafür eingesetzt werden. Das wäre der richtige Weg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie aus dem WIFO-Bericht, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister, noch ein paar Zahlen haben wollen: Ich habe die letzten Vergleichszahlen, herausgegeben auch von der OECD; die weltweiten Vergleichszahlen stammen aus dem Jahr 1980. Damals hat Österreich für Entwicklung und Forschung in absoluten Zahlen pro Einwohner 904 S. ausgegeben, die Europäische Gemeinschaft im Durchschnitt 1 299,90 S., die Bundesrepublik Deutschland doppelt soviel wie wir, 1 812,24 S.

Herr Bundeskanzler, da brauchen Sie keinen Technologiealarm zu geben, die Fakten liegen auf. Handlungen müssen Sie setzen, Investitionen durchführen, Mittel bereitstellen, dann werden wir weiterkommen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben, Herr Bundeskanzler, Angst vor einer Entwicklung, durch die das Einkommen der Arbeitnehmer wesentlich geschmälert werden, womit auch die Kaufkraft massiv zurückgeht.

Ich bin diese Woche gefragt worden, Herr Finanzminister, woher ich meine Zahlen habe. Ich habe eine Information des Bundesministeriums für Finanzen. Die Zahlen stimmen, Herr Finanzminister. Daher darf ich aus dieser Broschüre die Zahlen wiederholen, die ich diese Woche bereits einmal genannt habe.

Ich beginne beim Jahr 1982: Teuerungsrate 5,4 Prozent, Bruttoeinnahmen aus Löhnen und Gehältern in Österreich 4,5 Prozent. Das bedeutet im Jahr 1982 eine Nettoeinkommensverringerung für die österreichischen Arbeitnehmer von rund 3 Prozent.

Im Jahr 1983 — wieder aus dieser Broschüre, Herr Finanzminister —: Die Lohn- und Gehaltssumme ist in Österreich brutto um 3,4 Prozent gestiegen, bei einer Teuerung von 3,2 Prozent — das war damals Ihre Prognose, echt waren es 3,3 Prozent. Damit gab es in Österreich wieder ein Sinken der Netto-, der Realeinkommen der Arbeitnehmer von 2 Prozent. *(Zwischenruf des Bundesministers Dr. Salcher.)* Wenn die Lohn- und Gehaltssumme, Herr Finanzminister, von Ihnen brutto angegeben wird, dann müssen Sie ja die Steuer abziehen von dieser Bruttosumme.

Und Ihre Vorschau für das Jahr 1984: Steigerung der Lohn- und Gehaltssumme — wieder brutto — um 3,3 Prozent, Teuerung 5,3 Prozent.

Es ist inzwischen revidiert worden. Ich gebe zu, es ist ein leichter Aufschwung gekommen. Die Lohn- und Gehaltssumme steigt — Gott sei Dank — um 0,2 Prozent auf 3,5 Prozent, aber auch die Teuerungsrate mußte leider von 5,3 auf 5,5 Prozent revidiert werden. Damit sind wir wieder bei der alten Spanne angelangt, und damit können wir feststellen: Wenn man die Teuerungsrate von 5,5 Prozent und die Steigerung der Brutto-Lohn- und Gehaltssumme von 3,5 Prozent berücksichtigt, haben die Arbeitnehmer auch in diesem Jahr mit einer Nettoverringerung ihres Einkommens, Herr Finanzminister, von 4 Prozent zu rechnen. Das heißt, daß in den letzten drei Jahren, inklusive 1984, 1982, 1983 und 1984, die Arbeitnehmer in Österreich mit einer Nettoeinkommensverminderung von 10 Prozent zu rechnen haben.

Und sehen Sie, Herr Finanzminister und

**Ing. Gassner**

Herr Bundeskanzler, das wirkt sich ja auf die Kaufkraft aus, das wirkt sich auf den Handel aus, das wirkt sich auf die regionale Beschäftigung aus, und das ist eben ein Anliegen, wo die Arbeitnehmer sagen: Wenn wir schon bei den Kollektivvertragsverhandlungen eine realistische Lohnpolitik machen — auch der Herr Vizekanzler, der momentan nicht da ist, hat gemeint, die Gewerkschaften sollen eine vernünftige Lohnpolitik machen; aber gerade die Lohnabschlüsse zeigen ja, daß die Gewerkschaften eine realistische Lohnpolitik machen —, kann man doch nicht zweimal dafür sorgen, daß die Arbeitnehmer weniger Einnahmen haben. Auf der einen Seite nehmen die Gewerkschaften ganz bewußt auf die Industrie, auf die Wirtschaftssituation Rücksicht, auf der anderen Seite werden die Arbeitnehmer durch die Politik der Bundesregierung, wenn die Löhne und Gehälter schon brutto nicht mit der Teuerungsrate Schritt halten können, ein zweites Mal zur Kasse gebeten, indem die Steuern und die Belastungen erhöht werden.

Das, Herr Bundeskanzler, Herr Finanzminister, halten wir ganz einfach für einen schlechten Weg, einen schlechten Weg für die Arbeitnehmer, aber auch für die österreichische Wirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das kritisieren wir an dieser Entwicklung.

Herr Bundeskanzler! Ihr Bericht bestärkt das. Er sagt, Sie werden diesen Weg fortsetzen. Deshalb sagen die Arbeitnehmer in zunehmendem Ausmaß nein zu diesem Weg, weil sie es ja selbst spüren in der Brieftasche, bei dem, was sie sich leisten können, bei ihrem Lebensstandard, Herr Bundeskanzler.

Natürlich kann man jetzt sagen: Na ja, gut, da kann man halt nichts machen. Ich glaube aber trotzdem, Sie sollten das, was Sie der Presse mitgeteilt haben, diesen Investitionsalarm, das sehr, sehr ernst nehmen und die Maßnahmen setzen, die wirklich zu einem Wirtschaftsaufschwung führen. Und dazu gehört auch, Herr Bundeskanzler, daß den Arbeitnehmern durch die Steuerpolitik, durch eine regelmäßige Anpassung des Steuertarifes die Kaufkraft erhalten wird.

Das sind unsere Vorstellungen, das wollen wir von einer Regierungspolitik, die Sie leider auch mit dem heutigen Bericht nicht an uns weitergegeben haben. *(Beifall bei der ÖVP.)* <sup>16.14</sup>

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Eigruher.

<sup>16.14</sup>

Abgeordneter **Eigruher** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Präsident Graf hat heute kritisiert, daß die Abgeordneten der Regierungsparteien nicht anwesend waren oder zum Teil nicht anwesend waren bei der Rede von Parteiboss Mock.

Ich kann Ihnen versichern, es waren von Ihnen auch nur acht Leute hier, als unser Vizekanzler Dr. Steger gesprochen hat. Ich glaube, auch hier müßte man Kritik ansetzen. *(Abg. Heinzinger: Vier Freiheitliche, Herr Kollege, sind im Augenblick nur im Saal!)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat heute erklärt, daß die Regierung mit den notwendigen Maßnahmen der Wirtschaft die Möglichkeit gegeben hat, die achtziger Jahre erfolgreich zu bewältigen.

Meine Damen und Herren! Bedenklich stimmt mich, daß keine Rede der Österreichischen Volkspartei heute wirklich getragen war von der Verantwortung für Österreich, von der Verantwortung für die Wirtschaft und für die Zukunft. Im Gegenteil, Dr. Mock hat heute von einem grausamen Spiel gesprochen.

Ich muß hier aber erwidern, daß ein grausames Spiel anders aussieht. Ein grausames Spiel ist es, wenn im „Kurier“ vom Wirtschaftssprecher der Österreichischen Volkspartei steht, daß dieser in ungewohnt scharfen Tönen der Regierung vorwirft, die Bevölkerung zu belügen und die Wirtschaft zu verunsichern. Es gebe nämlich keinen Aufschwung und keine Sanierung des Budgets. Er spricht von Frechheit, Lüge, Demagogie und Irreführung, und er sagt auch, es gibt keine Sanierung des Budgets.

Einige Seiten weiter schreibt in derselben Zeitung — und das halte ich für gefährlich, wenn so etwas passiert —, der Wirtschaftsforscher Kausel, der ja heute schon von Klubobmann Wille zitiert wurde, nur in Japan ist es noch besser, und Helmut Kramer vom Institut für Wirtschaftsforschung schreibt: „Wir sagen für 1984 ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent sicher voraus. Ich glaube aber auch, daß es zirka 4 Prozent werden können, was wir inzwischen vom Handelsminister bestätigt bekommen haben.“

Weiters schreibt das Wirtschaftsforschungsinstitut: „Der Aufschwung ist nicht aus dem

**Eigruber**

Ausland.“ Hier steht wörtlich: „Der Aufschwung, der laut Kausel Österreich für 1984 ein Wirtschaftswachstum von 4 Prozent und eine Arbeitslosenrate unter 4 Prozent beschert wird, kommt diesmal nicht nur aus dem Ausland, er kommt — so Kausel im Gegensatz zu seinen Kollegen — aus den hohen Gewinnen, die die heimische Wirtschaft und die heimischen Unternehmer wieder machen können.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind Unterschiede in den Aussagen. Ich weiß nicht, wem man da glauben soll. Ich glaube den Wirtschaftsforschern doch mehr.

Weiters steht im „Kurier“: „Die ÖVP will rigorose Einsparungen im Budget, aber beschäftigungspolitische Impulse.“

Meine Damen und Herren! Wie stellen Sie sich das vor? Ich kann Ihnen nur sagen, daß die Bauwirtschaft, vor allem für den Hochbau, bis 1994 schätzungsweise 280 Milliarden Schilling benötigt und der Straßenbau, der Schnellbahnbau, der Bau der neuen Bundesstraßen sowie die Regenerierung der Bundesstraßen bis 1993 schätzungsweise 135 Milliarden Schilling.

Sie schreiben vom Sparen. Ich habe hier eine Aufstellung, die bezeichnend ist: Ihre budgetwirksamen Forderungen, hier in diesem Hohen Haus, betrugen seit 1. Dezember 1983 viele, viele, viele Milliarden Schilling. Ich habe hier eine Liste von 36 Forderungen, die Sie aufgestellt haben und die alle die Regierung Geld kosten würden, viele, viele Milliarden. Also wo wollen Sie einsparen?

Genauso steht es mit Ihren Widersprüchen. Ich habe hier eine Aufstellung, die zeigt, daß die ÖVP eine sehr zerstrittene Partei ist. Sie sind einesteils für wichtige Sachen, andernteils dagegen. Sie verlangen teilweise von der Regierung etwas, Sie sind aber dann wieder gegen diese Schritte der Regierung. Ich glaube, es wäre einmal an der Zeit, daß Sie sich einig würden. Ich möchte nur einiges zitieren.

Der Parteiobmann Mock sagt am 23. Jänner: „Ich habe den Volkspartei-Wirtschaftssprecher beauftragt, gemeinsam mit Experten die Bedingungen für eine spürbare Senkung des Steuertarifes zu prüfen.“ Die gesamte ÖVP hat, weil sie ständig Forderungen an den Staat stellt — ich habe das hier zitiert von diesen 36 Forderungen —, eine völlig entgegengesetzte Meinung.

Zu den Ruhensbestimmungen: Dafür die Bundeskammer, die Bundeswirtschaftskammer, der Gesundheitssprecher Dr. Stummvoll und andere, dagegen Dr. Mock und der Beamtengewerkschafter Sommer.

Die Überstundenbesteuerung: Dafür der ÖAAB-Generalsekretär Heinzinger, dagegen die ÖVP-Bundesräte.

Die Marktwirtschaft: Dafür Dr. Mock in einer „Rede an die Nation“, dagegen der Kammerpräsident Dittrich, der leider nicht da ist.

Mittelstandspolitik: Dafür Präsident Sallinger, dagegen die grünen Riesen, die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Sie wissen ja, daß die ja nach wie vor bemüht sind, die Klein- und Mittelbetriebe umzubringen.

Bei der Verstaatlichtenhilfe: Dafür Landeshauptmann Krainer, Landeshauptmann Ratzenböck und Landeshauptmann Ludwig, dagegen Dr. Mock und die ÖVP-Abgeordneten im Parlament. Und so geht es dahin, ich will Sie da nicht länger aufhalten, die Zeit ist schon ein bißchen fortgeschritten.

Meine Damen und Herren! Diese Unentschlossenheit der ÖVP, dieses Für und Wider bei allem, was notwendig ist, blockiert Milliarden Schilling an Bauvorhaben, die wir für Österreich dringend brauchen. Wenn die ÖVP wirklich für das Wohl der Wirtschaft ist, warum kündigt sie dann bitte die bewährte Zusammenarbeit in den Handelskammern auf? Warum macht sie eine Nebenfront, wenn sie nicht einmal hier bestehen kann? Warum versucht sie das?

Es ist leider heute nur ein Teil der Vertreter des Wirtschaftsbundes anwesend. Es haben sich Präsident Sallinger und Dr. Schüssel entschuldigt, aber Präsident Graf war ja einer der Scharfmacher in der Kammer. Wir wissen es ja, da gibt es das berühmte Ost-West-Gefälle, im Osten war es immer sehr schwierig für Leute aus der Wirtschaft, wenn sie nicht dem Wirtschaftsbund angehört haben, in der Handelskammer mitzuarbeiten. Im Westen war es bisher möglich, und es war diese Zusammenarbeit wirklich sehr gedeihlich. Das ist leider durch die Scharfmacher im Osten, die jetzt die Überhand bekommen haben, gekündigt worden. Ich erinnere an den berühmten Ausspruch des Präsidenten Graf, der gesagt hat, der erste Streit ist der beste und nur keinen Krieg vermeiden. Ich glaube, es ist bedauerlich, daß sich das durchgesetzt

**Eigruber**

hat, man hat der Wirtschaft hier wirklich keinen guten Dienst erwiesen.

Aber ich kenne auch den Grund. Durch die momentanen Erfolge des ÖAAB ist der Wirtschaftsbund etwas verunsichert worden, und ich glaube, deshalb will er sich selbst bestätigen und versucht, einmal seine Stärke im Zuge der Handelskammerwahlen zu zeigen. Ich weiß nicht, ob es ihm gelingt. Es wird ihm sicher nicht in allen Bundesländern gelingen, weil die Wirtschaftstreibenden inzwischen gesehen haben, was gespielt wird, daß man der Wirtschaft, wenn man nur dagegenstimmt, ich möchte nicht sagen, nur polemisiert, wenn man alles schlecht macht, keinen guten Dienst erweist.

Ich möchte noch einen ganz kurzen Bericht über die erfolgreiche Arbeit unserer Minister geben. Sie wissen, daß die Wirtschaft im Aufschwung ist. Sie kennen die guten Ergebnisse bezüglich des Wirtschaftswachstums, meine sehr geehrten Damen und Herren. Entgegen den Behauptungen der Opposition ist der Aufschwung nicht nur auf ausländische Einflüsse zurückzuführen, dies wurde Ihnen heute schon mit Zahlen bewiesen, die Nachfragen aus dem Ausland kommen zwar kräftig, aber auch die inländische Investitionstätigkeit ist sehr stark gestiegen. Diese Verbesserung ist nicht zuletzt auch ein Vertrauensbeweis für die Regierung und den in der FPÖ stark beeinflussten wirtschaftspolitischen Flügel. Die Regierung schafft günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, und ich bitte die Opposition, diese nicht immer schlecht zu machen und über die Medien zu verunsichern.

Auch die OECD und der Internationale Währungsfonds, meine sehr verehrten Damen und Herren, kommen in ihren jüngsten Berichten zur Auffassung, daß sich in Österreich die Leistungsbilanz trotz schwacher Auslandsnachfrage verbessert hat. Der reale Bruttoinlandsproduktzuwachs wurde über jenen im OECD-Raum gehalten, die Arbeitslosenrate liegt bei der Hälfte des OECD-Durchschnittes, und das Budget 1984 stellt einen ersten Schritt zur Stabilisierung der Staatsfinanzen dar.

Meine Damen und Herren! Auf Grund der budgetären Situation zu Beginn dieser Regierungsperiode war die Wiedergewinnung des budgetären Handlungsspielraumes die vorrangige Aufgabe der Bundesregierung. Dies ist durch das Maßnahmenpaket zum richtigen Zeitpunkt in die Wege geleitet wor-

den. Die Budgetsanierung ist der Beginn des Konjunkturaufschwunges.

Durch das Maßnahmenpaket vom 16. September 1983 wird es möglich sein, das Bruttobudgetdefizit von 5,5 des Bruttoinlandsproduktes auf 4,9 — wie ja der Handelsminister heute schon erwähnt hat — zu drücken. Trotz einiger Maßnahmen, die zweifellos der Bevölkerung Opfer abverlangen, wurden gleichzeitig wesentliche Akzente zur Förderung unserer Wirtschaft gesetzt.

Die Wirtschaftsfreundlichkeit, die eindeutig auf den Einfluß der Freiheitlichen Partei in dieser Regierung zurückzuführen ist, wurde auch immer wieder von objektiven Fachleuten attestiert, von Professor Knapp, Generalsekretär Krejci und vielen anderen. Die Regierung wird in den nächsten Monaten weiter wirtschaftsfördernde Maßnahmen setzen und damit den eingeschlagenen Kurs fortsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Entbürokratisierung der Wirtschaft, keine Verunsicherung der Wirtschaft durch unnötige Diskussionen — dies ist ein Wunsch an die Opposition —, Strukturverbesserung statt Strukturkonservierung, insbesondere im Bereich der verstaatlichten Industrie, Verbesserung der Eigenkapitalbasis der Betriebe durch steuerliche Maßnahmen mit dem langfristigen Ziel, die betriebliche Substanz nicht zu besteuern, also die Entnahmebesteuerung einzuführen, die weitere Überbrückung der Budgetausgaben, Durchforstung des direkten Förderungswesens, Erleichterung bei Neugründungen von Unternehmen, Förderung von Exportoffensiven, und so weiter, werden die Hauptaufgaben der nächsten Zeit sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wo bleiben zu diesen klaren Aussagen der Regierung, wie sie der Herr Bundeskanzler heute gegeben hat, wie sie auch unser Vizekanzler heute gegeben hat, die klaren Aussagen der ÖVP? Wo bleiben die klaren Aussagen zu Hainburg, zur 35-Stunden-Woche, zur verstaatlichten Industrie, zum Bundesheer und zur Energiesituation?

Ich möchte einiges aus diesen fehlenden Aussagen zitieren. Leider ist von den Medien fast niemand mehr da, aber zum heutigen Tag, zur Feier dieses einjährigen Bestandes, kann man fast sagen, der Koalitionsregierung, kommen sehr aufschlußreiche Berichte von den Ministerien. Ich vermisse in den Medien den Jahresbericht des Justizministers. Es wäre doch vielleicht interessant zu

**Eigruber**

wissen, was ein Jahr nach Dr. Broda geschehen ist. Ich vermissen die klaren Aussagen, die unser Minister, Verteidigungsminister Frischenschlager, zum Zeitsoldatengesetz, zum Panzerkauf und zu den Abfangjägern gemacht hat.

Meine Damen und Herren! Sie haben heute Minister Steyrer wegen mangelnder Entscheidungen in Sachen Umweltschutz sehr angegriffen. Reden Sie doch bitte einmal mit Ihren Landeshauptleuten. Wir haben jetzt in Oberösterreich zum Beispiel den Fall, daß alle Entscheidungen wegen der kommenden Landtagswahl im nächsten Jahr hinausgeschoben werden. Wir werden in Oberösterreich keine Giftmülldeponie kriegen, wir wissen nicht, wohin mit dem Giftmüll. Wir werden auch die Kraftwerksbauten hintanstellen müssen, weil sich niemand von den regierenden Landesfürsten getraut, hier zu entscheiden.

Meine Damen und Herren! Neben den wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist der gesamte Bereich der Umweltpolitik das zweite große Thema für diese Bundesregierung. Wir sehen hierin auch ein Zukunftsprogramm für unsere Wirtschaft.

Bereits in der Regierungserklärung vom 31. Mai 1983 hat die Bundesregierung ein klares Bekenntnis zu einer fortschrittlichen Umweltpolitik abgelegt. Diese umfaßt die Verringerung der Schadstoffbelastung unserer Umwelt, die Sicherung der natürlichen Lebensräume von Tieren und Pflanzen und die vorbeugende Integration von ökologischen Überlegungen in politischen und wirtschaftlichen Planungs- und Entscheidungsprozessen.

Damit ist der Umweltschutz erstmals zum zentralen Anliegen der Bundesregierung geworden. Ich will mich hier darauf beschränken, einige der wichtigsten Schritte der Bundesregierung in diesem Zusammenhang aufzuzählen: die zweite Verordnung über forstschädliche Luftverunreinigung, die zweite Durchführungsverordnung zum Dampfkessel-emissionsgesetz, die Herabsetzung des Schwefelgehaltes im Heizöl, die Verringerung der Schadstoffbelastung durch Kraftfahrverkehr, die Tätigkeit des Umweltfonds und verschiedenes anderes.

Wir Freiheitlichen sind uns bewußt, daß eine fortschrittliche Umweltpolitik wesentlich zu einer vorbeugenden Gesundheitspolitik beitragen kann (*Beifall bei FPÖ und SPÖ*), Gesundheitspolitik, die sich unserer Verantwortung für kommende Generationen bewußt ist.

Die Freiheitlichen waren es auch, die als erste Partei in Österreich den Umweltschutzgedanken und die Erfordernisse der Raumplanung fest in ihr Programm aufgenommen haben. Bereits in den Richtlinien zum ersten FPÖ-Programm, den 14 Punkten aus den Jahren 1956 bis 1958, finden Sie die ersten Hinweise auf den Naturschutz.

Unter Punkt 12 heißt es da unter anderem: Einen besonders wertvollen Vermögensbestand der österreichischen Volkswirtschaft stellen unsere Wälder dar. Wir fordern ein fortschrittliches Forstgesetz, ein Waldwirtschaftsgesetz sowie öffentliche Vorsorge für unsere Wälder, die ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung und dem Einfluß entsprechen.

Meine Damen und Herren! Die Gesundheit des Bodens und des Waldes ist für uns vorrangig. Es heißt auch im „freiheitlichen Manifest“ zur Gesellschaftspolitik: Die Erhaltung einer gesunden und menschenwürdigen Umwelt muß in der modernen Industriegesellschaft der übergeordnete Maßstab zugeordnet werden.

Und genau das ist es, worum es heute geht. Rund 200 Jahre lang haben wir das Wirtschaften als Kombinat der Faktoren Arbeit und Kapital betrachtet. Nun erkennen wir die Bedeutung eines dritten Faktors: der Natur.

Daraus ergibt sich folgende Konsequenz: Der Verbrauch der Natur und ihre Belastung müssen kostenpflichtig werden. Unsere Wirtschaft muß ganz einfach gewisse ökologische Eckdaten beachten. Der unvermeidliche Eingriff in die Natur, der mit jedem Wirtschaften verbunden ist, muß so klein wie möglich gehalten werden. Der Staat muß in diesem Prozeß zum Anwalt der Überlebensinteressen der Natur werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die engagierte Umweltpolitik dieser Bundesregierung ist mit Sicherheit ein erster Schritt in diese Richtung. Staatssekretär Ferrari-Brunnenfeld hat im Gesundheitsministerium auf dem Gebiet des Umweltschutzes seine aktive und initiative Mitwirkung unter Beweis gestellt. Es wird in dieser Regierung gearbeitet, meine Damen und Herren, es wird hart gearbeitet und mit Erfolg gearbeitet!

Im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft sind die Resultate der freiheitlichen Mitgestaltung, für die Staatssekretär Ing. Murer verantwortlich zeichnet, absolut nicht zu übersehen. Bei allem, was da und

**Eigruber**

dort aus bäuerlicher und aus freiheitlicher Sicht immer noch zu wünschen übrig blieb, sind ernsthafte Anstrengungen um eine Verbesserung der Lage der Bauern voll im Gange.

Ein Beweis dafür: Die Änderung des Mehrwertsteuersatzes bei Agrarprodukten von 8 auf 10 Prozent hat der Landwirtschaft im Jahre 1984 eine Einkommenserhöhung um 500 Millionen Schilling gebracht, die Sonderförderung für Bergbauernbetriebe in Extrem-lagen im Rahmen der Milchmarktordnung ab 1. Juli 1984, die Befreiung vom allgemeinen Absatzförderungsbeitrag, die Einführung einer 4. Bergbauernzone sowie die Einführung eines speziellen Förderungsprogramms für bäuerliche Hofübernehmer und so weiter.

Meine Damen und Herren! Wichtige Vorhaben, wie das Agrarsonderkreditprogramm oder die Ausweitung der landwirtschaftlichen Alternativproduktion, sind bereits in der Vorbereitungsphase. Man sollte diese nationalen Anliegen und Probleme nach Möglichkeit gemeinsam lösen. Das wäre der schnellste Weg. Aber die Opposition hat leider trotz mehrfacher Aufforderung zu gemeinsamer Arbeit für diese Probleme keinen Willen gezeigt, sondern ist den Weg der Verunsicherung der Bevölkerung gegangen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Koalitionsregierung wird diese Probleme auch gegen den Widerstand der Opposition lösen! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Der Weg der Freiheitlichen Partei und der Sozialistischen Partei in dieser Regierung ist der richtige, und wir werden ihn auch lange Zeit, vor allem diese Legislaturperiode und länger beibehalten. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 16.33

**Präsident:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Deutschmann.

16.33

Abgeordneter **Deutschmann** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man nach rund sechs Stunden Debatte zum Rednerpult tritt und im Haus war, hat man das Gefühl, daß man sich von manchen etwas sagen lassen muß, daß einem das Wundern kommt. Da werden verschiedene Dinge aufgezeigt, die kaum den Tatsachen entsprechen. Aber vielleicht hängt das damit zusammen, daß uns ja auch der Herr Bundeskanzler — er ist leider nicht da — in seinem Bericht heute Dinge vorgetragen hat, die nicht den Tatsachen entsprechen. Ich

werde in weiterer Folge darauf noch zurückkommen.

Ich möchte aber ganz offen sagen, daß ich eigentlich verwundert bin, daß man aus dem Teil, welcher der Land- und Forstwirtschaft gewidmet ist, kaum etwas herauslesen kann. Es sind einige Erklärungen zu lesen, die so oder so interpretiert werden können. Ich habe mir eigentlich die Frage gestellt, ob man nicht im Hinblick auf die nicht sehr einfache Situation in der Land- und Forstwirtschaft eine Erklärung hätte geben können, die einiges bereinigt beziehungsweise die Beratungen und Verhandlungen in der nächsten Zeit etwas erleichtert. Wir haben davon nichts gehört.

Und wenn man schon allgemein einiges über die Anstrengungen hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherung aus diesem Bericht hören konnte, muß ich sagen, daß diese Anstrengungen in der Land- und Forstwirtschaft ausgeblieben sind. Wir wissen ja aus dem Grünen Bericht, daß die Einkommenssituation wiederum negativ aussehen wird.

Herr Landwirtschaftsminister! 1983 wird es wieder so sein: ein Realverlust von 6 Prozent. Und das ist eine Entwicklung, die wir einfach deshalb nicht zur Kenntnis nehmen können, weil wir der Auffassung sind, daß der bäuerliche Arbeitsplatz genauso viel wert sein muß wie jeder andere. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es geht hier genauso um Menschen wie in anderen Bereichen.

Und ich möchte sagen, daß uns gerade im Hinblick auf die Diskussion über die 35-Stunden-Woche und so weiter aus der Sicht der Landwirtschaft diese Diskussion schon ein klein wenig berührt, wenn wir wissen, daß unsere Bäuerinnen nach statistischen Zahlen 59 Stunden in der Woche arbeiten müssen. Das bedeutet etwas! Wenn man dann noch dazu weiß, daß diese 59-Stunden-Woche nicht dazu beiträgt, daß man mit den anderen Berufsgruppen finanziell gleichgestellt ist, ist es umso schwieriger, und wir können das einfach nicht verstehen.

Ich weiß nicht, vielleicht hat mein Vorredner Eigruber das irgendwo in einer Zeitung gelesen oder vielleicht ist es in seinem Bereich diskutiert worden. Aber wir haben uns ja auch erwartet, daß man heute aus dem Bericht gehört hätte, wie die Produktionsalternativen für die Landwirtschaft in Zukunft ausschauen sollten.

Sie wissen ja selbst: Das Ölsaatenprojekt

**Deutschmann**

steht uns ins Haus. Wir diskutieren schon jahrelang. Ich möchte ganz offen sagen, daß sich einige Minister sehr darum bemühen, in dieser Sache weiterzukommen. Ich weiß nicht, wer der Bremser ist.

Das Biospritproblem ist etwas, was uns auch am Herzen liegt. Und ich hätte eigentlich erwartet, daß der Herr Bundeskanzler heute in seinem Bericht einiges in diesem Zusammenhang sagen könnte. Er hat es nicht getan. Ich weiß es nicht, warum. Ich glaube, es wäre schon richtig gewesen, wenn heute auch der Bundeskanzler in seinem Bericht auf diese Problematik für die Landwirtschaft eingegangen wäre.

Ein breiter Bereich in dem Bericht des Bundeskanzlers waren die Umweltproblematik und die Probleme, die sich in diesem Zusammenhang ergeben. Herr Bundeskanzler und meine sehr geehrten Damen und Herren der Sozialistischen und der Freiheitlichen Partei, das ist keine Erfindung einer Partei! Seit 15 oder 20 Jahren bemühen wir uns in Kärnten, mit dieser Problematik fertig zu werden. In dem Bereich der BBU Gailitz — Arnoldstein ist der Wald tot. Er existiert nicht mehr seit 15 Jahren. (*Staatssekretär Dr. Ferrari-Brunnenfeld: Darf man nicht übertreiben!*) Na selbstverständlich! (*Ruf: Zwei Kärntner!*) Na selbstverständlich! Er existiert nicht mehr seit 15 Jahren. (*Staatssekretär Dr. Ferrari-Brunnenfeld: Nur nicht übertreiben!*) Herr Staatssekretär! Als Kärntner müßten Sie wissen, daß in diesem Bereich die totale Ablöse der BBU erfolgte, weil die Bäume nicht mehr wachsen. Man hat versucht, einen Baum zu finden, der die Chance hat, dort aufzukommen. Man sprach von einem Wunderbaum. Heute tut man so, als hätte seit einem Jahr die Regierung diese Probleme sozusagen in die Hand bekommen, heute tut man so, als sei alles in bester Ordnung.

Auch die Kollegin Hubinek hat diesen Teil heute vorgelesen: Wir haben dem Waldsterben und der Luftverschmutzung den Kampf angesagt, und wir sind überzeugt, diesen Kampf erfolgreich zu führen und letztlich zu gewinnen. — Ich muß Ihnen ganz offen sagen: Ich kann dieser Passage keinen Glauben schenken. Warum, sage ich Ihnen jetzt: Vor wenigen Wochen hat man in St. Andrä in Kärnten eine Bauverhandlung ausgeschrieben über St. Andrä 3, ein kalorisches Werk. Man hat nicht einmal die Behörden, viel weniger die Anrainer zu dieser Bauverhandlung eingeladen.

Ich habe Herrn Bundesminister Steyrer in einem Telegramm gebeten, er möge helfen, daß dieses Vorhaben zurückgestellt wird. Es ist dann von Herrn Landesrat Rauscher, unserem Umweltlandesrat, wie er mir selbst gesagt hat, angeordnet worden, daß dies keine Bauverhandlung, sondern eine Informationsverhandlung sein sollte. Aber der Bundesminister hat auf dieses Telegramm nicht einmal eine Antwort gegeben. Deshalb kann ich dem einfach keinen Glauben schenken, wenn man sagt: Wir sagen den Kampf an, und wir werden diesen Kampf gewinnen. Wie wollen wir diesen Kampf gewinnen, wenn wir dieser Problematik nicht in unserer Gesamtheit und mit der Wichtigkeit der Bundesregierung entgegentreten?

Ich möchte noch etwas sagen, Herr Bundesminister, das jetzt ein wenig Sie angeht. Sie wissen ja selbst, wie sich die Situation im Zusammenhang mit dem Waldsterben bei uns in Österreich darstellt. Wir haben gewisse Gebiete, wo eine Schädigung des Waldes bis zu 30 Prozent sichtbar ist. Es geht mir jetzt auf der einen Seite darum, daß man hier schnellstens etwas unternimmt, damit diese Schäden zurückgedrängt werden. Auf der anderen Seite gibt es noch ein Problem: Experten haben errechnet, daß derzeit schon für die Waldbesitzer jährlich ein Schaden von 4 Milliarden Schilling entsteht. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Ja selbstverständlich, weil die Schöpfung des Einkommens aus dem Wald und aus Grund und Boden erfolgt. Das ist der Arbeitsplatz des Bauern, und wenn dieser Arbeitsplatz vernichtet wird, haben die Bauern gar keine Chance mehr zu überleben. (*Staatssekretär Dr. Ferrari-Brunnenfeld: Großgrundbesitzer auch!*) Es geht selbstverständlich auch um Großgrundbesitzer, es geht selbstverständlich auch um die Bundesforste.

Sie lächeln heute etwas breiter und sagen: Aha, um das geht es. Das hat man uns bei der BBU gesagt. Das hat man uns in St. Andrä gesagt, wo wir auf die Schäden hingewiesen haben. Aber manche nehmen sich die Sache etwas anders vor. Zum Beispiel wird jetzt in der BRD — und ich möchte hier ersuchen, daß man bei uns in Österreich das Gleiche tut — ein Forstschädenausgleichsgesetz erarbeitet, welches Entschädigungsregelungen und Exportförderungsmaßnahmen vorsieht. Sie sehen, daß man sich in der BRD dieser Sache ganz anders annimmt. Es wurde heute schon einige Male diesbezüglich... (*Bundesminister Dr. Salcher: Das ist noch kein Gesetz!*) Es ist in Vorbereitung, Herr Bundesminister. Ich hoffe, daß man sich auch bei uns

**Deutschmann**

in Österreich dieser Sache annimmt und versucht, die Schwierigkeiten zu bewältigen. Wir reden ja alle sehr oft von der Lebensqualität. Ich glaube, wenn die Umwelt nicht intakt bleibt, wenn der Arbeitsplatz der bäuerlichen Menschen vernichtet wird, dann werden wir auch keine Lebensqualität mehr haben. Wir haben daher alle Anstrengungen zu unternehmen, damit wir der Umweltverschmutzung Herr werden.

Ich möchte jetzt zum zweiten Teil meiner Rede kommen. Der Herr Bundeskanzler hat hier von einer Exportoffensive gesprochen. Ich bin ihm sehr dankbar für diese Ausführungen, denn eine Exportoffensive brauchen wir ja. Er redet davon, daß der Bund 4,6 Milliarden Schilling subventioniert. Herr Bundesminister, ich hoffe, er hat die Zahlen nicht von Ihnen, denn die Zahlen sind falsch. Sie haben nämlich sämtliche Abschöpfungen, die die Bauern selbst zahlen, mit hineingenommen. Ich kann Ihnen die Zahlen sofort sagen, Herr Bundesminister. Beim Viehexport haben Sie im letzten Jahr 434 Millionen Schilling aus Budgetmitteln ausbezahlt, bei Getreide 625 Millionen Schilling und bei der Milch 1 617,1 Millionen Schilling. (*Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Und was wir mehr brauchen?*) Die Bauern zahlen beim Getreide 625 Millionen Schilling und bei der Milch 1 235 Millionen Schilling. (*Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Das ist doch gar nicht drinnen!*) Selbstverständlich. Wenn Sie das zusammenrechnen, Herr Bundesminister — ich habe mir das ausgerechnet —, so macht das genau 4 536 Millionen Schilling mit der Teilleistung der Bauern aus. Genau das haben Sie errechnet! Genau das ist die Summe! (*Neuerlicher Zwischenruf des Bundesministers Dipl.-Ing. Haiden.*)

Herr Bundesminister! Ich wäre interessiert, wenn Sie mir sagen würden, wohin diese 4 Milliarden Schilling kommen. Ich wäre sehr interessiert, weil das ja nicht den Tatsachen entspricht. Mit den Abschöpfungen oder mit der Beteiligung der Bauern sind es 4,6 Milliarden Schilling. Das stimmt. Ich möchte noch sagen: Beim Viehexport zahlen sogar die Länder 204 Millionen Schilling noch zusätzlich dazu.

Ich glaube, wir müssen in diesem Bereich schon die Gewichtung so legen, wie sie ist. Ich möchte Sie hier in diesem Zusammenhang fragen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses: Welche andere Berufsgruppe hat solche Beitragsleistungen zusätzlich zu erbringen?

Ich möchte wirklich offen sagen, Herr Bundesminister: Wir haben jetzt schwierige Verhandlungen vor uns. 2 Milliarden Schilling zuviel sind, wie ich errechnet habe, heute als Bundesleistung zugeordnet worden. Wenn man diese 2 Milliarden Schilling bei den Marktordnungsverhandlungen einbringt, dann werden wir sehr leicht in der Lage sein, diese Marktordnungsverhandlungen positiv über die Runden zu bringen. — Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*) 16.49

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Heinzinger.

16.49

**Abgeordneter Heinzinger (ÖVP):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute am Beginn der Debatte hat der Klubobmann der SPÖ unter Zitierung eines hohen Parteifreundes aus Tirol gemeint, es gehe um die Verbesserung des politischen Stils, was die Schärfe der Argumentation und was die Sachlichkeit anlangt. Dem ist im Prinzip zuzustimmen. Aber ich darf Sie bitten, Herr Klubobmann, diese Anmerkung auch an Ihre Partei weiterzuleiten.

Ich habe hier den Rednerdienst des Renner-Institutes vom 1. Mai, also keine spontane Erklärung des Herrn Bundeskanzlers vom 1. Mai, als er die ÖVP beschimpft hat, sondern ein Strategiepapier, wie die Mitglieder der SPÖ die ÖVP sehen sollen. Und da heißt es:

„Die ÖVP hat ... einfach verteuelt. Sie hat keinerlei konstruktiven Beitrag zur Bewältigung der Wirtschaftskrise geleistet, keinen Beitrag zu den notwendigen Umstrukturierungen in der verstaatlichten Industrie, keinen ernstzunehmenden Beitrag zum schwierigen Kapitel Pensionsreform, keinerlei brauchbare Ideen zur Verbesserung der Umweltsituation geliefert. Sie hat sich darauf beschränkt, negative Opposition zu spielen und dabei die Unterstützung der ihr nahestehenden Medien gefunden.“

Herr Klubobmann! Ich darf Sie einladen, diese Empfehlung auch an Ihre Partei weiterzuleiten, wenn Sie so glaubhaft bleiben wollen, wie Sie es von meinem Parteiobmann gewünscht haben.

Und noch etwas Zweites. Sie haben dann den in unseren Kreisen bekannten „Jubel-Kausel“ zitiert. Ich darf noch einmal Wille zitieren: hervorragende Strukturpolitik, Stärketest souverän bestanden, wie immer Spitzenstellung, alles im Bereiche von Wirtschaft und Struktur, struktureller Vormarsch in der

**Heinzinger**

Welt, wir sind die größten, so wie sich das der Herr Bundeskanzler nun im neuen Imagekonzept wünscht.

Wie schaut diese Untersuchung aus, wenn sie das Wissenschaftsministerium macht? Fischer ist ja da sehr pinkelig. Wenn 30 österreichische Wissenschaftler in der Studie „Technisch-wirtschaftliche Innovation“ das untersuchen, was Sie heute als Spitzenstellung bezeichnet haben, wie schaut das aus?

„Die mittlere Einschätzung hinsichtlich der relativen Industrievorteile ist letztlich bedingt durch die vergleichsweise geringe Auslands- und Zukunftsorientierung der österreichischen Industrie.“

„... die Positionierung der österreichischen Industrie im Vergleich zu den übrigen europäischen Industriestaaten ist sowohl hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Attraktivität, als auch bezüglich des industriellen Reifegrades als ‚mittel‘ einzustufen.“

Wenn wir in dieser Situation sagen, wir müssen aus dieser Mittelposition den neuen Aufschwung nützen, indem wir eine Steuerreform ansetzen, um diesen Aufschwung anzukurbeln, und Sie sagen diese Steuerreform ab, dann danken Sie ab an Aktionskraft und Gestaltungskraft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn dann einer der ersten mein geschätzter Arbeiterkammerpräsident Czettel ist, der wieder den Aufschub begrüßt — „Steuerreform: Czettel begrüßt den Aufschub“ —, dann, muß ich sagen, hat er aus dem Wahlergebnis der Arbeiterkammerwahlen nichts gelernt. Die Arbeitnehmer wollen von der Arbeiterkammer und vom Gewerkschaftsbund eine kritische, von mir aus durchaus freundliche Haltung gegenüber der Regierung, aber eine kritische und keine Jubelhaltung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dann ist heute sehr viel vom Schwerpunkt Umweltschutz gesprochen worden. Ich verstehe, daß diese Regierung von einem wirklichen Schwerpunkt, dem der Belastungen, nicht gesprochen hat, und ich vermissen einen Akt der Courtoisie. Man hat bisher zumindest immer dem Steuerzahler in diesen Erklärungen gedankt und hat anerkannt, daß das alles, was hier passiert, letztlich aus Steuergeldern bezahlt wird. Diesmal ist dieses Dankeschön nicht einmal mehr in der Regierungserklärung enthalten. Dieses Dankeschön an den Steuerzahler ist genauso wenig drinnen wie die Absichtserklärung, endlich zu sparen.

Schwerpunkt war die Belastung. Eine schwere Belastung war das Mallorca-Paket mit 30 Milliarden, die Mietererhöhungen betragen im Durchschnitt 1 500 S zusätzlich pro Jahr.

Dann kam der Schwerpunkt Umweltschutz. Meine Damen und Herren! In letzter Zeit gibt es einige besondere Umweltschutzprobleme. Die Regierung hat ein Schwerpunktprogramm beschlossen, das jetzt ganz massiv in dieser Frage tätig wird, und hat stolz bekannt, daß sie nunmehr massiv gegen das Waldsterben antreten werde.

Im Jahre 1975 gab es das Forstgesetz, die erste Verordnung dazu sieben Jahre später, im Jahre 1982. Und nun sagt man wieder, ein Sofortprogramm, und wir haben das Problem mit zwei Verordnungen zum Dampfkessel-Emissionsgesetz und zum Forstgesetz im Griff.

Meine Damen und Herren! Das ist das Bestürzende. In dieser Verordnung zum Forstgesetz fehlt das Umweltgift Nummer 2 wieder, nämlich die Stickoxide. Jetzt bei der letzten aktuellen Novellierung fehlt das Umweltgift Nummer 2 — ich muß es wiederholen —, die Stickoxide, die die Wirkung von Schwefeldioxyd versiebenfachen. Es ist zwar in der Dampfkesselermissionsverordnung, es fehlt aber in der Forstverordnung.

Meine Damen und Herren! Man preist sich, daß man nun gegen das Waldsterben antrete, und vergißt in einer Verordnung, die zwei Tage alt ist, schon wieder die Stickoxide.

Diese Regierung sagt mit Recht: Wir haben den Umweltfonds eingesetzt. Diese Regierung spricht von 30 und 40 Milliarden. Die „AZ“ schreibt, was da alles geschehe.

Wissen Sie, was wirklich passiert? Es hat noch nicht eine einzige Sitzung — ich bin Mitglied dieser Beratungskommission — stattgefunden, wo über ein Projekt sachlich beraten hätte werden können. In der ersten Sitzung hat man sich über zwei Verträge und über die räumliche Ausstattung Sorgen gemacht. Das ist die Realität in diesem Zusammenhang.

Zum Umweltschutz große Pressekonferenzen, aber in der Durchführung mangelhafte Gesetze und Säumigkeiten.

Drittes Gesetz. Ich anerkenne die Sonderabfallbeseitigung. Aber, meine Damen und Herren, bis heute ist völlig ungeklärt, wo der Restmist hinkommen soll. Wissen Sie, welche

**Heinzinger**

Antwort ich auf eine Anfrage erhalten habe?  
— Unter anderem, man solle diesen Rest-  
dreck exportieren.

So schaut die Wirklichkeit der Schwer-  
punktpolitik aus, wenn wir die Fragen im  
Umweltschutz näher anschauen.

Der vierte Schwerpunkt: Wasser. 70 Milliar-  
den Schilling werden so locker für die näch-  
sten zehn Jahre versprochen, obwohl dann  
diese Regierung längst nicht mehr im Amt  
sein wird. Doch dasselbe Versprechen, meine  
Damen und Herren, gab es im Jahre 1973.  
Bundeskanzler Kreisky versprach so wie jetzt  
diese Regierung bis zum Jahre 1980 ganz das  
gleiche, nämlich die sauberen Bäche in die-  
sem Lande. Und jetzt haben wir eine neue  
Regierung, die das wieder verspricht. In der  
Zwischenzeit gab es katastrophale Schäden  
an unseren Flüssen.

Wir anerkennen, daß es Ansätze, Anstren-  
gungen im Umweltschutz gibt. Sie sind in  
einem hohen Maße mangelhaft über die  
Pflichtübungen der Opposition hinaus.

Dann spricht man sogar von einer Gesamt-  
konzeption, die es gäbe. Ja, bitte sehr, wo?  
Der Herr Gesundheitsminister hat sich  
gemeldet, ich bin sehr neugierig, zu hören, wo  
diese Gesamtkonzeption ist. Unvorstellbar:  
eine Gesamtkonzeption ohne Energiekonzept,  
das gibt es nicht. (*Präsident Mag. Minko-  
witsch übernimmt den Vorsitz.*)

Der Herr Vizekanzler hat dieses Konzept  
bereits siebenmal angekündigt. Ich habe  
gestern von ihm eine Antwort auf eine parla-  
mentarische Anfrage bekommen. Da habe ich  
gefragt, welche die politischen Zielsetzungen  
dieses Energiekonzeptes wären. Könnte sein  
Energiesparen, also die Vorgabe der politi-  
schen Grundlagen. Antwort: Gibt es keine.

Wir bekommen also ein Energiekonzept,  
von dem, siebenmal angekündigt, der Ener-  
gieminister heute schon erklärt, daß es dafür  
keine politischen Ordnungsrichtlinien gebe,  
sondern eben das, was aus dem Apparat der  
Bürokratie herauskomme.

Meine Damen und Herren! Das ist abge-  
dankte Politik. Das ist nicht Gestaltung.

Umweltverträglichkeitsprüfung, in einem  
Gesamtkonzept unerlässlich. — Gibt es nicht.

Umwelt-Chemikaliengesetz, unerlässlich. —  
Gibt es nicht.

Naturerhaltungskonzept. — Gibt es nicht.

Und es gibt vor allem kaum positive Bei-  
spiele der öffentlichen Hand.

Die Gemeinde Wien bläst nach wie vor mit  
Volldampf in einem hohen Maß den Dreck  
aus den Schornsteinen, obwohl sie aus dieser  
E-Wirtschaft in Wien allein 1,2 Milliarden  
Schilling Gewinn zieht.

Sie dürfen sich daher nicht wundern, daß  
wir diese Umweltpolitik vehement kritisieren.  
Dies geschieht nicht deswegen, um eine  
Pflichtübung der Opposition abzuführen, son-  
dern weil wir uns heute angesichts der ele-  
mentaren Schäden an unserer Umwelt, ange-  
sichts der Chancen, mit Umwelttechnologie  
Markt und Märkte zu erobern, Sorgen  
machen, daß die Regierung dieses Problem  
als gesamtes nicht erkennt, obwohl sich der  
Herr Minister Steyrer in machen Bereichen  
bemüht. Ich anerkenne, daß wir beim kom-  
menden Waschmittelgesetz sehr viel Gemein-  
sames gestalten konnten. Und ich anerkenne  
sein Veto bei den Umbalfällen. Das ist durch-  
aus eine Sache, die sicherlich nicht einfach ist  
und die verhindert hat, daß wir dort stehen,  
wie sich das der geschätzte Präsident unseres  
Gewerkschaftsbundes vorstellt, nämlich daß  
man alles, was zur Diskussion steht, bauen  
soll.

Bevor ich auf die Äußerungen des Präsi-  
denten, vor kurzem im Fernsehen gemacht,  
zurückkomme, doch noch einmal zum Ener-  
gieminister, weil gerade er eine Schlüsselstel-  
lung hat. Wir würden uns viel Streit ersparen,  
wenn wir ein Energiekonzept mit der Abwä-  
gung der seriösen Chancen der zukünftigen  
Energiepolitik hätten. Aber das gibt es nicht.  
Es gibt Unwahrheiten.

Es wird jetzt erklärt, propagandistisch  
zunächst durchaus einleuchtend, infolge des  
Ausbaus der relativ sauberen Wasserkraft  
schließen wir die kalorischen Kraftwerke.

Vor kurzem bei einer parlamentarischen  
Anfrage war der Herr Energieminister nicht  
in der Lage, ein einziges Werk zu nennen.  
Heute hat er hier wieder erklärt, daß das  
geschehe, und nach Zwischenrufen von mir  
mühsam eines genannt. Er hat auch mehr-  
fach erklärt, daß das aus Umweltschutzgrün-  
den passiere. Dies ist die Unwahrheit.

Ich habe hier einen Brief der Verbundge-  
sellschaft an mich, und da steht in angeneh-  
mer Redlichkeit, warum diese Werke  
geschlossen werden. Ich darf daraus zitieren:

**Heinzinger**

„Außerbetriebnahme von überalterten Wärmekraftwerken, welche zwischen 25 und 40 Jahre in Betrieb stehen. Solche Anlagen erfüllen nicht mehr die betrieblichen Zuverlässigkeitsvoraussetzungen, und ihre Erzeugungskosten haben die Wirtschaftlichkeitsgrenze längst überschritten.“

Dann sind unter anderem angeführt Voitsberg, St. Andrä, Timelkam et cetera.

Das ist die Wahrheit: Das ist nicht mehr betriebswirtschaftlich, das kostet so viel, daher schließt man es.

Uns das jetzt als Umweltsonderleistung zu verkaufen, ist eine unerlaubte, unanständige Verdrehung der eigentlichen Tatsachen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! In dieser Kraftwerksdiskussion hat vor kurzem Präsident Benya gemeint, daß es nicht gehe, daß man hier opportunistischen Strömungen nachgehe und daß die Österreichische Volkspartei — er hat sie nicht genannt, er hat gesagt: eine große politische Gruppierung — aus politischen Gründen dagegen wäre. Er hat dann unterschieden in kleinere Gruppen, die dagegen wären, und in große Gruppen, die eine andere Meinung hätten. Was ich besonders bedaure, ist: Er hat in der Präsidiale die sachliche Diskussion dieser Frage im Ausschuß verhindert. Wir hätten diese Frage sachlich im Ausschuß diskutieren können, wenn sie auf die Tagesordnung gekommen wäre.

Meine Damen und Herren! Darin sehe ich das eigentliche Problem. Manche Kollegen in meiner eigenen Partei und vor allem die Verantwortlichen in der Regierungspartei sehen in dieser Frage ein Machtproblem, ein Prestigeproblem, ein technokratisches Problem, ein wirtschaftspolitisches, ein energetisches Problem, wie immer Sie wollen. Aber was Sie nicht erkennen, ist die Änderung der Wertediskussion in diesem Land, die tief aufgebrochen ist, eine grundsätzliche neue Wertvorstellung dessen, was Natur als Schatz für Generationen nach uns bedeutet, eine Änderung der Wertvorstellung der Verantwortung für das Lebendige.

Der Herr Gesundheitsminister veröffentlicht Unterlagen, daß wir bis zu 30 Prozent der lebenden Tier- und Pflanzenwelt bis zum Jahr 2 000 verloren, ausgerottet haben werden, wir, unsere Generation. Da gibt es nun eine neue Frage nach Werten dieser Natur, und die bitte ich Sie, mit ungleich großer Sensibilität zu beachten. Diese können mit den gängigen

Mustern nach Macht, nach Rechnen, nach Betonieren, auch in der herkömmlichen Form linearer Arbeitsplatzsicherung nicht gelöst werden. Und ich frage mich, wo Protestaktionen geblieben sind, als wir Hunderttausende Industriearbeitsplätze verloren haben.

Ich bitte Sie, in dieser Auseinandersetzung keine Feindbilder zu schaffen, indem Sie alle Anwälte dieser schweigenden Natur in die Ecke der Unredlichkeit, in die Ecke der Staatsfeindlichkeit, ja sogar in die Ecke der Kriminalität drängen und ihnen die Legitimität der Sorge absprechen.

Wir können es uns nicht leisten, daß wir die letzten Reste der Alpen und die letzten Reste der Aulandschaften so konsumieren, wie wir die ersten konsumiert haben, noch dazu, meine Damen und Herren, wo wir in dieser Frage nicht die geringste Not haben. Und die Österreichische Volkspartei hat eine klare Haltung in diesen Fragen.

Sie hat auch eine klare Haltung in der Frage des Nationalparks Tirol. Herr Staatssekretär! Kennen Sie diese Haltung? *(Staatssekretär Dr. Ferrari-Brunnenfeld: Eine schöne Jein-Haltung!)* Sie sind der zuständige Staatssekretär und haben natürlich auch von dieser Frage wie von anderen Fragen im Umweltschutz keine Ahnung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Regierung könnte auch in dieser Frage das tun, was sie von der Österreichischen Volkspartei verlangt. Sie hat die Verantwortung für die E-Wirtschaft, Energieministerium, sie ist Eigentümerin. Sie hätte vorher entscheiden können, sie hat nicht entschieden und beschäftigt sich damit, die ÖVP in dieser Frage zu verdächtigen. Das reicht nicht.

Ich lade Sie ein, gerade in der Umweltpolitik an einem Umdenkprozeß teilzunehmen. Ich bitte vor allem auch den Herrn Gesundheitsminister, die differenzierte Diskussion — Wille wünscht das immer — und die differenzierte Haltung der Österreichischen Volkspartei ernst zu nehmen und sie auch zu zitieren. Wir sind für das Kraftwerk bei den Umbalfällen, wir sind nur für eine kleinere Variante. Wir sind für dieselbe Lösung — Herr Staatssekretär, vielleicht treffen Sie sich einmal beim Herrn Minister —, für die der Herr Minister ist. Sie wissen es nur nicht. Aber vielleicht nützen Sie die Gelegenheit zur Information.

Es ist daher unredlich und unwahr, zu behaupten, daß die Österreichische Volkspartei

**Heinzinger**

tei gegen die Wasserkräfte sei. Wir sind schon lange für die Vorziehung der Staustufe Wien. Es ist daher unwahr, wenn Sie uns unterstellen, wir seien gegen den Ausbau der Wasserkraftwerke. Wir sind prinzipiell — und wir haben das bekannt — für den Großteil der im Energiekonzept veröffentlichten Ausbauprogramme. Wir haben nur ganz spezielle Vorstellungen, wie man die ökologischen und ... (Vizekanzler Dr. Steger: Sie haben mitgestimmt beim Konzept, Sie haben es vergessen!) Herr Vizekanzler! Bringen Sie ein Energiekonzept! Sie kündigen siebenmal an ... (Vizekanzler Dr. Steger: Haben Sie nicht gewußt, warum Sie aufgestanden sind?)

Ich muß jetzt die parlamentarische Anfrage vorlesen. Steger hat gesagt, er habe kein Konzept. Er hat es siebenmal für einen Bericht — nicht einmal den Unterschied zwischen einem Bericht und einem Konzept kennen Sie — versprochen. Er hat jetzt den Energieplan für den November versprochen. In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage erklärte er, es gebe keine Richtlinie. Das ist einfach peinlich. Es gibt eine offizielle Abdankung des Steuerreformkonzeptes. Es gibt eine inoffizielle Abdankung des Energieministers im Zusammenhang mit den Energieprogrammen. (Beifall bei der ÖVP.) 17.10

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister Steyrer. Ich erteile es ihm.

17.10

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. **Steyrer**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wiederhole die Behauptung, die der Herr Bundeskanzler heute in seiner Erklärung gegeben hat: Es hat noch nie so viel, so effiziente Umweltschutzpolitik in Österreich gegeben als in dem einen Jahr Regierung Sinowatz! (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ich möchte Sie nicht allzusehr belasten, aber eine kurze Aufzählung des Erreichten ist vielleicht auch für die Gedächtnisauffrischung der Österreichischen Volkspartei vonnöten.

Dieses Ministerium wurde im Jahre 1972 gegründet, damals sicherlich als ein Akt voraussehender Abschätzung der politischen Wichtigkeit dieser Fragen. Noch in der Nationalratswahl 1983 hat Herr Bundesparteibmann Mock die Auflösung dieses Ministeriums gefördert. — Es ist sicherlich das Ministerium, das in der Zukunft die größten Auf-

gaben im gesellschaftspolitischen Bereich zu erfüllen haben wird!

Ich wiederhole nur ganz kurz: Reduktion des Bleigehaltes im Benzin in einer wahren Rekordzeit erreicht. Die Emissionsmenge von Blei von 1 200 Tonnen auf 500 Tonnen gesenkt. Absichtserklärung der deutschen Bundesregierung, es werde zur Einführung von Katalysatoren am 1. Jänner 1986 und damit zur Verwendung von bleifreiem Benzin kommen. Erklärung der österreichischen Bundesregierung, gemeinsam mit den Schweizern im Gleichschritt diese Regelung nachzuvollziehen. Eine Regelung — das möchte ich gar nicht abstreiten —, die gewisse wirtschaftliche Belastungen für den Autofahrer bringen wird, nicht so selbstverständliche Belastungen.

Reduktion des Heizölschwefelgehaltes in allen Heizölsorten. Am 1. Jänner dieses Jahres Reduktion auf 2,5 Prozent Schwefelgehalt im Heizöl schwer, in einer Vorziehung am 1. Juli dieses Jahres Reduktion auf 2 Prozent. Am 1. Jänner 1985 wird die ÖMV 200 000 Tonnen Heizöl schwer mit Schwefelgehalt 1 Prozent für Ballungsbereiche zur Verfügung stellen.

Wir haben bei allen anderen Heizölsorten von mittel, leicht bis Dieseltreibstoff den Schwefelgehalt wesentlich reduziert.

Eine ganz wichtige Maßnahme, die Sie erwähnt haben, etwas freundlicher als sonst: die Einrichtung des Umweltfonds. Zugegeben, mit 500 Millionen Schilling im ersten Jahr vielleicht nicht so dotiert, wie es wünschenswert wäre. Aber damit wird eine Investitionssumme von 2,5 Milliarden Schilling in Gang gesetzt. Und der Herr Bundeskanzler hat bereits gemeinsam mit dem Herrn Finanzminister verbindlich erklärt, daß es zu einer Verdoppelung, Verdreifachung und noch größeren Aufwertung dieses Fonds kommen wird, wenn es notwendig wird.

Es ist kritisiert worden, es sei alles so langsam gegangen, Herr Abgeordneter Heinzinger. Ich wage die Behauptung: Es ist in Wirklichkeit noch nie ein Gesetz so rasch realisiert worden wie dieses Umweltschutzfondsgesetz: in der Regierungserklärung am 31. Mai, dann durch die ganze parlamentarische Behandlung durchgegangen und am 1. Jänner dieses Jahres in Kraft getreten! Sagen Sie mir ein Gesetz, das in den Durchführungsbestimmungen innerhalb von drei Monaten praktisch realisiert worden ist!

**Bundesminister Dr. Steyrer**

Bestellung der Geschäftsführer, Bestellung der Kommissionen, Ausarbeitung der Richtlinien, Feststellung der 80 größten Verschmutzer Österreichs. Und ich darf Ihnen jetzt schon sagen: Es sind viele konkrete Ansuchen bereits in Behandlung. *(Abg. Heinzinger: Aber noch keines erledigt!)* Und ich bitte, eines möchten Sie schon bedenken, Kollege Heinzinger: Ein bißchen muß man sich schon überlegen, wohin man 500 Millionen Schilling gibt, ob das auch widmungsgemäß von der Industrie verwendet wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Der ganz große Erfolg — Sie haben es kritisiert —: das Dampfkessel-Emissionsgesetz. *(Abg. Heinzinger: Die Forstgesetznovelles!)* Das Dampfkessel-Emissionsgesetz ist hier kritisiert und damals von der Österreichischen Volkspartei als ein arbeitsplatzvernichtendes Instrument abgelehnt worden, das zu weit gehe.

Kollege Heinzinger, ich weiß schon, daß Sie Ihre Rede heute nicht an den Minister Steyrer gehalten haben, sondern an viele Ihrer Kollegen Ihrer eigenen Partei, die da unten sitzen, weil Sie natürlich auch Schwierigkeiten haben. Das weiß ich ganz genau. Ich weiß schon die Untertöne zu werten. Aber eines muß man auch sagen: Hier gibt es einen Januskopf der Österreichischen Volkspartei.

Wir — und ich möchte mich dazu bekennen — wollen in allem Konsens mit der österreichischen Sozialpartnerschaft Lösungen erarbeiten, die wohl auch im Sinne der Industrie, aber vor allem im Sinne der Umweltschutzgesinnung sind. Da gibt es natürlich Kompromisse zu schließen. Da muß man lange verhandeln. Da können Sie nicht kritisieren, daß das Chemikaliengesetz noch nicht fertig ist! Es ist fast fertig, weil wir schon seit zwei Jahren mit den Sozialpartnern, und zwar mit allen Gruppen, verhandeln.

Sie werden mir bestätigen können, Kollege Heinzinger, daß gerade beim Waschmittelgesetz diese Doppelstrategie zu ersehen war, daß auf der einen Seite sehr wesentliche Interessen der Industrie, zugegebenermaßen auch der Gewerkschaft, da sind.

Wir wollen ja im gemeinsamen Interesse handeln. Und ich bin sehr stolz darauf, Kollege Heinzinger, daß es mir bis jetzt gelungen ist, daß alle Gesetze hier einvernehmlich beschlossen wurden, weil hier doch etwas Gemeinsames da ist.

Das muß man in einer Zeit der Polarisie-

rung auch beachten, Kollege Heinzinger, daß wir uns auseinanderreden und auseinanderleben, daß die Generation, meine Generation, die seit 1945 am Aufbau dieses Landes maßgeblich beteiligt ist, heute nicht mehr die Nachfolger hat, die wünschenswert sind, daß wir heute zu viele Kontraste aufrichten und daß wir zu viele Polarisierungen haben.

Gerade in der Energiepolitik hat es sich gezeigt, wohin diese Polarisierungen, wohin diese Aggressionen führen.

Wir bekennen uns zum Ausbau der Wasserkraft in Österreich, und ich habe als Umweltschutzminister immer den Standpunkt vertreten, daß ein Kraftwerk im Bereiche Hainburg gebaut wird, immer mit den Auflagen an die Energiewirtschaft — das möchte ich heute doppelt unterstreichen —, daß sie ökologische Grundlinien und Grundprinzipien berücksichtigen muß.

Und ich darf Ihnen auch sagen, daß der Herr Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Herrn Vizekanzler etwas ganz Wichtiges ausgearbeitet hat, nämlich daß in Zukunft Energieplanungen unter Berücksichtigung ökologischer Grundsätze erfolgen müssen. Das war bis jetzt nicht der Fall.

Ich möchte auch sagen, daß es eine wesentliche Änderung der Gewerbeordnung gegeben hat: § 79 a. Sie haben ihn etwas kritisiert, aber nicht sehr hart, zugegebenermaßen. Ein erstmaliger Eingriff des Umweltschutzministers in die Gewerbeordnung gibt mir die Möglichkeit, umweltverschmutzende Industrien zur Sanierung zu zwingen. Ich gebe ihnen auch die Hilfestellung.

Und, lieber Kollege Heinzinger und Frau Abgeordnete Hubinek, ich bin ja nicht nur Umweltschutzminister, ich bin auch Gesundheitsminister. Es heißt immer wieder, der Gesundheitsminister sei abgetreten. Ich finde das so lächerlich, daß ich gar nicht darauf antworte.

Denn eines muß ich Ihnen sagen: Es hat im Bereiche der Gesundheitspolitik unentwegt Initiativen gegeben, angefangen von der Verbesserung des Mutter-Kind-Passes mit einer drastischen Senkung der Säuglingssterblichkeit auf 11 Promille. Ich bitte das zu bedenken: Das waren noch vor zehn Jahren 24 Promille!

Wir haben die Gesundenuntersuchungen reformiert. Sie stehen derzeit in Diskussion, weil Honorarverhandlungen der österreichi-

**Bundesminister Dr. Steyrer**

schen Ärztekammer mit dem Hauptverband in Schwierigkeiten geraten sind. Ich werde mich als Vermittler einschalten.

Wir haben die Zahnärzteausbildung um 100 Plätze vermehrt, haben jetzt eine zahnärztliche Enquete abgehalten, eine Nierentransplantationsenquete. Vielleicht wissen Sie noch, daß wir ein Organtransplantationsgesetz in Österreich beschlossen haben, das vorbildlich für die ganze Welt ist.

Ich will jetzt gar nicht die nationalen und internationalen Aktivitäten noch einmal in Erinnerung rufen, die wir in allen Bereichen gesetzt haben. Aber eines möchte ich Ihnen sagen: In Ottawa war Österreich unter den neun europäischen Staaten, die die Deklaration unterschrieben haben; eine 30prozentige Reduktion des Schwefelgehaltes in den nächsten zehn Jahren anzustreben. Da ist gesagt worden, das sei alles zu wenig.

Kollege Heinzinger! Alle diese Maßnahmen bedeuten wirtschaftliche Eingriffe von größter Wichtigkeit. Wir sind damit unter den neun besten Staaten überhaupt.

Es wird unsere Sorge sein, daß diese Initiative, die ja nicht geteilt wird von den Vereinigten Staaten, von Großbritannien, von allen Oststaaten, in der Münchner Konferenz realisiert wird.

Österreich hat dort eine Würdigung erfahren, wie ich es nicht erwartet habe. Der Umweltschutzminister Charles Caccia hat bei der Begrüßung gesagt: Herr Minister Steyrer — übrigens in tadellosem Deutsch, weil er in Wien an der Bodenkultur studiert hat —, Sie kommen aus einem Land, das die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in vorbildlicher Weise gelöst hat, aber ich habe das Gefühl, als ob die österreichische Bevölkerung das nicht würdigen würde. Und er hat weiter gesagt: Wir danken dem österreichischen Umweltschutzminister für die Initiative, die er dort getätigt hat, die Forderung nach einem internationalen Umweltfonds.

Ich möchte das hier noch einmal kurz präzisieren. Ich glaube, daß es in einer Zeit eines Kalten Krieges — und in dem Kalten Krieg befinden wir uns — wichtig wäre, Initiativen in der Friedenspolitik und in der Entspannungspolitik zu setzen. Und hier wäre die Schaffung eines internationalen Umweltfonds eine der wesentlichsten Agenden überhaupt!

Altbundeskanzler Kreisky hat gemeint, es sollte eine Art neuen Marshallplan geben, um

den Entwicklungsländern hier Hilfestellung zu geben, so wie sie Österreich damals nach dem Zweiten Weltkrieg bekommen hat.

Ich glaube, das richtige und wichtigste Gebiet in der internationalen Zusammenarbeit wäre der Umweltschutz, denn wir müssen auch wissen, daß wir konkurrenzfähig bleiben müssen, und das können wir nur, wenn Umweltschutz im internationalen Gleichklang erzielt wird.

Ich möchte Ihnen versichern, meine Damen und Herren, der Umweltschutzminister hat die nötige Motivation, die heute vom Herrn Bundesparteibeamten Mock in Frage gestellt worden ist! Ich würde wünschen, daß er mit 64 Jahren noch so viel Vitalität, Motivation und Kraft aufbringt, diese wichtigste Zukunftsaufgabe des österreichischen Volkes zu erfüllen. *(Starker Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 17.20

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Lanner. Ich erteile es ihm.

17.20

Abgeordneter Dr. **Lanner** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Minister Steyrer hat sehr engagiert, fast aufgeregt gesprochen, er vermißt die Würdigung. *(Widerspruch und Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.)* Lassen Sie mich doch positiv beginnen!

Herr Minister Steyrer! Ich glaube, in der Umweltschutzpolitik gibt es so viele Schwierigkeiten und Widerstände, daß wir keine unnötigen Gräben aufreißen sollten. Es gibt ohnehin Dinge, wo wir ein bißchen anderer Ansicht sind; das ist nicht tragisch.

Zunächst, Herr Minister: Ich attestiere Ihnen, daß es eine Reihe von positiven Ansätzen gibt. Ich möchte gerne unterstreichen, daß Sie die redliche Absicht und den guten Willen für eine gute Umweltpolitik haben. Ich habe allerdings den Eindruck, daß Sie sich in vielen Bereichen nicht durchsetzen können. Es mehren sich die Gerüchte, daß Sie der Sache müde sind und nicht mehr wollen. Ich meine, ich muß das sagen. *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Das ist ein alter Hut!)* Das ist ein alter Hut? — Das habe ich nicht gewußt, ich habe geglaubt, das ist neu! Dann ist es umso tragischer, wenn das eine alte Sache ist. Also es ist offenbar ernst zu nehmen.

Ich habe den Eindruck, daß Sie in der Umweltpolitik — nicht Sie persönlich; das

**Dr. Lanner**

muß ich dazusagen —, daß die Regierung Sinowatz in der Umweltpolitik eine Art Zwei-monatsrhythmus hat.

Am 21. November 1983 hat die Regierung ein Zehnpunkteprogramm präsentiert; die Betonung liegt auf „präsentiert“.

Zwei Monate später, am 8. Feber 1984, hat die Regierung ein Zehnpunkteprogramm beschlossen. Das war das gleiche wie am 21. November. Zuerst „präsentiert“, dann „beschlossen“.

Am 19. April 1984, wieder zwei Monate später, hat die Regierung Sinowatz — da waren Sie dabei — wieder ein Programm „präsentiert“.

Und heute, am 24. Mai, hat Sinowatz festgestellt: Umweltpolitik ist ein bedeutender Schwerpunkt! (*Bundesminister Dr. Steyrer: Kollege Lanner, zwei Verordnungen haben Sie verschlafen! — Abg. Graf: Lanner schläft nie!*)

Haben Sie gehört, Herr Minister Steyrer, was der Kollege Graf gesagt hat? — Lanner schläft nie! Das ist ein gefährliches Wort. Ich werde Sie jetzt in der Sache Umweltfonds aufwecken.

In der „Sozialistischen Korrespondenz“ — und heute haben Sie es wieder gesagt — lese ich: „Umweltfonds in Rekordzeit realisiert!“ — Wie sieht die Realität aus?

Das Parlament hat am 21. Oktober 1983 das Gesetz zur Schaffung des Umweltfonds beschlossen.

Am 1. Jänner 1984 wurde der Umweltfonds mit einer halben Milliarde Schilling dotiert.

Und erst am 12. April 1984 war das Umweltministerium in der Lage, ein vierseitiges Formular, das die Voraussetzung für das Einreichen ist, vorzulegen!

Meine Damen und Herren! So etwas an unverantwortlicher Verschleppung — ich sage das jetzt sehr hart — können wir uns in der Umweltpolitik nicht leisten! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wie schaut das in der Praxis aus? — Ich freue mich über die halbe Milliarde Schilling, die wir zur Verfügung haben. Aber gar so brüsten sollten wir uns damit nicht, der Schweiz ist das das Dreifache wert. Die Schweizer haben für ähnliche Maßnahmen 1,3 Milliar-

den zur Verfügung gestellt. Aber ich finde mich damit ab, daß wir mit 500 Millionen Schilling beginnen und dann schrittweise aufstocken.

Aber wie schaut das Ganze nun nicht in der Theorie, sondern in der Praxis aus?

Erstes Beispiel. Es gibt in Tirol das verstaatlichte Unternehmen Kupferhütte Brixlegg, das Montanwerk Brixlegg. Im Einzugsbereich des Montanwerkes Brixlegg gibt es dramatische Umweltbelastungen. Hier wurde eine anonyme Probe untersucht, und das Ergebnis war, daß der untersuchte Salat für den menschlichen Konsum nicht geeignet ist.

Daraufhin hat sich eine Bürgerinitiative formiert. Die Bürgerinitiative hat die Politiker in Trab gebracht. Ich sage das sehr offen, denn die Würde sollten wir hier der Bürgerinitiative zugestehen.

Wir hatten vor etwa einem Jahr — der Kollege Weinberger war dabei — eine große öffentliche Mehrparteiensprache; damals war Tollmann noch dabei. Der zuständige Werksdirektor hat erklärt: Meine Herren, für diese spezielle Werkkupferhütte Brixlegg, klein und mit besonderen Spitzenwerten, gibt es keine technische Lösungsmöglichkeit! Unabhängig vom Geld gibt es die Reinigungsanlage, die wir hier brauchen würden, nicht, das können wir auch im Ausland nicht kaufen, so etwas ist ein Unikat!

Wir alle — ich bin Nachbar dieses Gebietes — haben uns mit dieser Sache nicht abgefunden und haben gesagt: Wenn die technische Lösung nicht vorhanden ist, dann muß sie und wird sie gefunden werden!

Zur Ehre des Unternehmens muß ich sagen: Die Herren haben sich unerhört angestrengt und haben eine technische Pilotanlage, die die Abgasreinigung zur Zufriedenheit der Umgebung vornehmen würde, entwickelt.

Das Ganze war — jetzt komme ich auf den Umweltfonds — Ende November 1983 fix und fertig. Am 12. Dezember 1983 hat sich der Werksdirektor mit einem ausführlichen Schreiben und einer Kalkulation an den Umweltfonds, der ja in der Zwischenzeit schon gesetzlich beschlossen wurde und wenige Tage später in Kraft getreten ist, mit der Bitte um Unterstützung gewendet, wie sie der Minister Steyrer und der Staatssekretär Ferrari-Brunnenfeld bei einem Betriebsbesuch zugesagt haben.

**Dr. Lanner**

Dieses Ansuchen blieb liegen, blieb liegen den ganzen Jänner, blieb liegen den ganzen Feber, blieb liegen den ganzen März. Im April haben die Herrschaften gefragt — ich habe auch eine Anfrage gestellt —: Was ist denn los? Darauf antwortete der Minister Steyrer: Solange es kein Formular für den Förderungsantrag gibt, kann ich dieses Ansuchen nicht zur Kenntnis nehmen.

Dieses Formular hat vier Seiten. Drei Viertelseiten — ein Monat. Das ist der Arbeitsrhythmus des Ministeriums!

So, meine Damen und Herren, geht es in der Umweltpolitik nicht! In Brixlegg emittieren sie pro Tag 1 300 kg Schwefeldioxid. Das ist Umweltpolitik à la Sinowatz. Damit können wir nicht mitgehen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweites und letztes Beispiel aus dem Bereich der Abgasreinigung. Argumentieren wir gar nicht lange, nehmen wir eine Zeitung, die nicht im Verdacht steht, Parteigänger der Volkspartei zu sein: die letzte Ausgabe des ÖAMTC. Dort befaßt man sich mit der Frage der Abgasreinigung, und der ÖAMTC meint, die Maßnahmen der Regierung seien dürftig.

Ich glaube, dem ist nichts hinzuzufügen. Dürftige Maßnahmen, meine Damen und Herren!

Der Herr Bundeskanzler ist inzwischen eingetroffen. Herr Bundeskanzler! Wenn wir schon von umweltfreundlichen Abgasen reden, von Abgasreinigung: Zum Beispiel in der ganzen Erklärung heute kein Wort über den Biosprit! Haben Sie sich von diesem Konzept schon verabschiedet? Wir haben geglaubt, das ist ein wichtiger Beitrag, nicht nur wegen der Agrarpolitik, sondern auch wegen der Sanierung der Umwelt! Kein Wort vom Biosprit.

Oder — und das versteht überhaupt kein vernünftiger Mensch —: Es haben sich eine Reihe von professionellen Unternehmen auf Flüssiggas umgestellt. Diese Umstellung ist teuer, aber sie war ökonomisch und sie ist vor allem sehr umweltfreundlich. Mit 1. Jänner 1984 wurde Flüssiggas der Mineralölsteuer unterworfen! Kein Mensch sieht ein, warum das geschehen ist, und keiner konnte bisher erklären, wo die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme liegt; außer darin, daß der Finanzminister Geld braucht.

Also schlußfolgernd und zusammenfassend: Einiges ist geschehen. Eine gewisse Absicht ist vorhanden. Ich sage sogar, eine gute

Absicht ist vorhanden. Steyrer hat den Schwung, hat den Elan der ersten Zeit verloren, das spüren wir alle. Hier, glaube ich, gehört Ordnung geschafft!

Parteiboss Dr. Mock hat heute auch gesagt, wir können es uns in einer so wichtigen Frage nicht leisten, daß mit einer gewissen Halbherzigkeit die Umweltpolitik betrieben wird.

Meine Damen und Herren! Regieren heißt handeln. Ankündigen allein ist zuwenig. Daß sich der Bundeskanzler bemüht, wissen wir. Er muß aber etwas tun! *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.29

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Diese Debatte ist geschlossen.

## **2. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der österreichischen Bundesregierung (III-41 der Beilagen) über ihre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit (282 der Beilagen)**

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Bericht der österreichischen Bundesregierung über ihre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Windsteig. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichtersteller **Windsteig**: Herr Präsident! Hohes Haus! Der gegenständliche Bericht der Bundesregierung wurde dem Nationalrat am 22. März 1984 zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung vorgelegt.

Hierin wird ausgeführt, daß die Sicherung des Friedens ein zentrales Anliegen der österreichischen Außenpolitik darstellt, wobei Friedenspolitik zunächst bedeutet, den Frieden in Freiheit für Österreich zu gewährleisten. Eine auf Friedenssicherung ausgerichtete Außenpolitik ist somit ein wichtiger Bestandteil der österreichischen Sicherheitspolitik.

Der vorliegende Bericht gliedert sich in die Abschnitte Friedenssicherung als politische Aufgabe, Außenpolitische Zielsetzungen der Friedenspolitik, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Rüstungskontrolle und Abrüstung, Menschenrechte, Friedenspolitik und

**Windsteig**

Internationale Organisationen, Außereuropäische Konflikte und Nord-Süd-Konflikt.

Abschließend wird in diesem Bericht der Bundesregierung darauf hingewiesen, daß die Verpflichtung zur Friedenssicherung im militärischen Bereich zweifellos vor allem bei den Großmächten liegt. Darüber hinaus ist jedoch jedes Mitglied der Staatengemeinschaft aufgerufen, in den verschiedenen Bereichen im Rahmen seiner Möglichkeiten den besten Beitrag dafür zu liefern. Österreich ist willens, all seine intellektuellen Kapazitäten zu mobilisieren, um mitzuhelfen, den Frieden in Freiheit zu erhalten.

Der Außenpolitische Ausschuß hat den gegenständlichen Bericht der Bundesregierung in seiner Sitzung am 4. Mai 1984 in Verhandlung genommen. Nach den Ausführungen des Berichterstatters sowie Wortmeldungen der Abgeordneten Dipl.-Vw. Dr. Steiner, Dr. Jankowitsch, Peter, Dr. Ermacora, Dr. Ettmayer, Dr. Blenk, Dr. Khol, Cap und Steinbauer sowie des Ausschußobmannes Abgeordneten Marsch und des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Lanc wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des gegenständlichen Berichtes zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht der österreichischen Bundesregierung über ihre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit (III-41 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Steiner. Ich erteile es ihm.

17.32

Abgeordneter Dr. **Steiner** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir brauchten uns um den dauerhaften Weltfrieden wohl keine Sorgen zu machen, käme es nur auf die Masse der Publikationen, der Erklärungen, der Aktionen und Demonstrationen zu diesem Thema an oder käme es nur auf die Beteuerung der Mächtigen dieser Erde an.

Die Wirklichkeit, wie sie uns die Medien täglich darstellen, bringt uns aber sehr brutal zum Bewußtsein, wie wenig Friede in der Welt herrscht, welche Anhäufung von Ver-

nichtungsmitteln es heute gibt und wie viele täglich neu angehäuft werden, während andererseits zahllose Menschen hungern und in unvorstellbarem Elend leben müssen. Täglich wird uns brutal bewußtgemacht, wie viele Kriege, offen und versteckt, es zurzeit gibt, die blutig und unter Tausenden von Opfern an Verwundeten, an Toten ausgetragen werden. Wir sehen täglich schmerzlich, wie schwierig es ist, Frieden zu erhalten oder gar ihn zu erringen.

Für uns ist Friede ein integraler Begriff. Unsere Haltung zum Frieden ergibt sich aus dem Weltbild einer christlich-demokratischen Partei. *(Beifall bei der ÖVP.)* Friede hat, so meinen wir, alle Lebensbereiche zu umfassen; es geht um den Frieden in der Welt ebenso wie um ein partnerschaftliches Verhalten — nicht um Klassenkampf! — im öffentlichen Leben und das Verhalten jedes einzelnen — auch um das geht es! — seiner Umgebung gegenüber.

Friedenserringung und Friedenserhaltung sind daher vorerst einmal ein moralisches Problem und dann erst ein solches waffentechnischer Art oder der Verhandlungstechnik.

Ich halte es durchaus für sinnvoll, daß wir, unabhängig von einer allgemeinen Diskussion über Außenpolitik, wie sie ja auch im Zusammenhang mit dem Außenpolitischen Bericht vorgesehen ist, ganz speziell auch darüber sprechen, was ein Staat von der Größe Österreichs, was ein immerwährend neutraler Staat zur Erhaltung des Friedens in seiner Region und zu einer friedlichen Entwicklung in der Welt leisten kann.

Der Titel des Berichtes heißt „Friede in Freiheit“. Der Unterdrückte, der Sklave lebt ja nicht in Frieden; der Mensch, der durch Hunger zur Verzweiflung getrieben wird, lebt genausowenig in Frieden. Das heißt, daß die Erringung und die Erhaltung des Friedens mit anderen lebenswichtigen Problemen des Menschen eng verknüpft ist.

Wir von der Volkspartei haben im Außenpolitischen Ausschuß diesen Bericht der Regierung zur Kenntnis genommen, allerdings haben wir auch verschiedene Bemerkungen und Feststellungen dazu gemacht. — wir werden diesem Bericht auch hier im Hohen Hause unsere Zustimmung geben. Auch wenn man berücksichtigt, daß mit diesem Bericht erstmals eine sehr schwierige Aufgabe in Angriff genommen wurde, kann nicht übersehen werden, daß es doch eine Reihe von

**Dr. Steiner**

Schwachstellen gibt. Zu wichtigen Teilaspekten gibt es etwas oberflächliche und zum Teil ungenaue Formulierungen; etwa im Zusammenhang mit der Neutralität und der Landesverteidigung. Darüber hinaus scheint mir zu wenig genau herausgearbeitet worden zu sein, welche Bedeutung das immerwährend neutrale Österreich für die Friedenssicherung in unserer Region hat, unter der Voraussetzung, daß es seine volle Unabhängigkeit und seinen Status auch in Krisenzeiten bewahren kann und will.

Wir leisten damit einen unersetzlichen Beitrag für das europäische Kräftegleichgewicht, das im Interesse aller liegt und das vor allem im Interesse dieser Region liegt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein Kapitel dieses Berichtes wird den Menschenrechten gewidmet. Es ist unsere feste Überzeugung, daß es ohne allgemeine Achtung der Menschenrechte auf Dauer ganz einfach unmöglich ist, dem Ziel eines weltweiten Friedens näherzukommen. Immer werden sich Unterdrückte gegen ihre Unterdrücker wenden, wo immer sie die Kraft dazu haben. Immer werden Menschen, die ein starkes Empfinden auch für die Rechte anderer haben, dafür eintreten, daß ihre Mitmenschen auch in anderen Ländern und Kontinenten nicht gefoltert und nicht unterdrückt werden.

Das Ringen um den Frieden verlangt nicht nur Idealismus, sondern auch Realismus. Dies trifft auch für die Probleme des sogenannten Nord-Süd-Konfliktes zu. Das immer weitere Auseinanderklaffen zwischen armen und reichen Völkern ist ja unweigerlich eine Quelle zukünftiger Konflikte. Es ist daher wichtig, daß dieses Kapitel über den Nord-Süd-Konflikt in diesen Bericht Aufnahme gefunden hat, nur, glaube ich, soll gerade auf diesem Gebiet mehr Realismus herrschen. Es sollen nicht mit Illusionen bei in Not oder in Entwicklung begriffenen Völkern falsche Vorstellungen von den Möglichkeiten unserer industrialisierten Welt erweckt werden. Tatkräftige Hilfe und Unterstützung sind es, was diese Völker brauchen, und nicht Illusionen wie etwa diese, wenn von einer neuen Weltwirtschaftsordnung die Rede ist, von der heute noch niemand weiß, wie sie aussehen wird *(Beifall bei der ÖVP)*, und die aller Wahrscheinlichkeit nach ja nie irgendwie in Kraft treten wird. Wir müssen notleidenden Völkern praktische Hilfe zur Selbsthilfe leisten, wo dies nur irgend möglich ist. Es muß uns bewußt sein, daß diese Hilfe von uns allen Opfer verlangt. Wir müssen den Menschen in unserem Lande immer wieder sagen, daß

diese Opfer ein praktischer Beitrag für eine friedliche Entwicklung in dieser Welt sind.

Es fehlt in diesem Papier auch eine klare schwerpunktmäßige Darstellung dessen, was von Österreich aus in unmittelbarer Zukunft tatsächlich praktisch zur Friedenserhaltung getan werden kann und soll.

Seit dem Streit zwischen Kain und Abel ist Friede das Problem der Menschheit. Schon Kain wäre imstande gewesen, das Menschengeschlecht, einschließlich seiner selbst, auszulöschen. Seit Kain hängt die Erhaltung des Friedens davon ab, ob jenen Menschen, die über irgendein Vernichtungsmittel verfügen, rechtzeitig auch Vernunft, Erkenntnis und moralische Verantwortung gegeben ist, die sie an der Anwendung solcher Vernichtungsmittel gegen andere hindert. Bisher ist dies in der Geschichte der Menschheit leider nicht sehr oft gelungen.

Hingegen hat das Wissen und Erkennen um die gleiche oder größere Stärke des Gegners die Austragung beziehungsweise den Ausbruch von Konflikten mit den Mitteln der Gewalt schon oft verhindert oder gar abgebrochen. Fehleinschätzungen des Gegners und Selbstüberschätzung waren meist die Ursache, ja man kann sagen die Verführung oder gar Provokation zum Beginn einer gewaltsamen Austragung von Konflikten. Dazu gibt es seit Jahrtausenden gültige Erfahrungswerte. Nur leider langsam dämmert es den Menschen, daß Gewalt Probleme nicht auf Dauer lösen kann.

Der Politiker, dem Entscheidungen über die Geschicke einer Personengruppe, eines Volkes, eines Kontinents anvertraut sind und die er zu verantworten hat, muß alle Aspekte berücksichtigen, die auf das Zusammenleben der Menschen einwirken könnten; nicht nur die Ideale, sondern auch die menschlichen Fehler und Schwächen muß er einkalkulieren, will er nicht gegenüber jenen, die ihm ihr Vertrauen geschenkt haben, gewissen- oder verantwortungslos handeln.

Freilich verlangt verantwortungsvolle Politik nicht nur das Erkennen von Realitäten und Fakten, sondern eben auch visionären Idealismus und vor allem das Festhalten an moralischen Werten in der Zielvorstellung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Einseitiger und noch so entschlossener Friedenswille, auch, wenn er bis zur vollständigen und allseits erkennbaren Wehrlosigkeit führt, schafft leider von sich aus noch keinen

**Dr. Steiner**

Frieden. Es bleibt leider das alte Sprichwort: „Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“ (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Mock: Genau!*)

Gerade die Geschichte unseres Jahrhunderts hält viele Beispiele bereit, die zeigen, wie wenig einseitiger Friedenswille oder Unfähigkeit oder Unwille, sich selbst zu verteidigen und einem möglichen Aggressor zu widerstehen, den Frieden sichern kann. Hier gilt es, den Anfängen zu wehren und lernbereit zu sein gegenüber geschichtlichen Erfahrungen.

Friedensbewegungen haben eine lange geschichtliche Tradition. Man kann in der Geschichte zurückgehen und Beispiele, wie etwa das Christentum, anführen. Von großem Idealismus getragene Bestrebungen haben sowohl vor dem Ersten Weltkrieg — hier insbesondere auch durch die Ideen und Aktivitäten von Bertha von Suttner — als auch zwischen den beiden Kriegen organisierte Formen gefunden. Immer war es die Schwierigkeit solcher Bewegungen, daß es ihnen nicht gelungen ist, ihre idealistischen Zielsetzungen in realistische Ergebnisse zur Erhaltung des Friedens umzusetzen.

Wie selten zuvor ist heute wiederum ein starker idealistischer Wille auf breiter Basis vorhanden, dem hohen Ziel des Friedens zum Durchbruch zu verhelfen. Dies ist zweifellos eine der erfreulichsten Erscheinungen unserer Zeit. Wem es um den Frieden ernst ist, der muß alle Kräfte dafür einsetzen, damit solche Bewegungen mit Konsequenz auch realistische Ziele verfolgen (*Beifall bei der ÖVP*) und sich nicht nur im Irrgarten von Illusionen verfangen.

Niemals soll übersehen werden, daß solche Aktivitäten nur in einer freien, demokratischen Gesellschaftsordnung möglich sind und auch wirksam werden können; in einer Gesellschaft, in der die Menschenrechte voll respektiert werden, in der die freie Meinungsäußerung und die Freiheit der Person gewährleistet ist.

In der derzeitigen Friedensdiskussion entsteht oft der Eindruck, daß der Friede ganz allein vom Vorhandensein oder von der Abschaffung eines bestimmten Waffensystems abhängt, zum Beispiel etwa der Mittelstreckenraketen. Es gibt schon seit dem Ersten Weltkrieg Massenvernichtungsmittel, wie etwa Giftgas, das auch im Zweiten Weltkrieg allen kriegführenden Parteien reichlich

zur Verfügung stand und dessen Anwendung große Teile der Erde unbewohnbar gemacht hätte. Glücklicherweise wurde dieses Vernichtungsmittel nicht eingesetzt. Entscheidend ist also nicht die Waffe an sich, sondern der Wille des Menschen, sie gegen andere zu gebrauchen oder auf deren Gebrauch zu verzichten. Nicht der Stein, mit dem Kain seinen Bruder Abel erschlagen hat, war gut oder böse; böse war der Wille Kains, den Bruder zu morden.

Rüstung in der Hand von Unverantwortlichen, von Gewalttätigen, von Hassern, von fanatischen Eiferern — und fast jeder kann sich heutzutage die furchtbarsten Waffen beschaffen — ist für diese Gruppe eine große Versuchung zu unüberlegten Handlungen, ein Anreiz zum Versuch der Erpressung und zu bewaffneter Aggression. Die dramatische Frage für das Überleben der Menschheit ist, wie Unverantwortliche, die nicht Worte, sondern nur Taten verstehen, von solchen Versuchungen durch friedliche Mittel abgehalten werden können.

Technische Abrüstungsmaßnahmen allein werden so lange erfolglos bleiben, solange die Fähigkeit des Abbaus von Konflikten nicht vorhanden ist. Alle Ost-West-Abrüstungsverhandlungen, von den Wiener Gesprächen — den MURFAAMCE — bis zu den Genfer START-Verhandlungen, erhalten kein inhaltliches Konfliktabbaupotential. Abgesehen von der Tatsache, daß Abrüstungsverhandlungen in der Geschichte leider noch niemals erfolgreich waren (*Abg. Dr. Mock: Das muß man öfter in Erinnerung rufen!*), könnten sie selbst im theoretisch günstigsten Fall nur die Methode einer eskalierenden Konfliktaustragung beeinflussen, niemals aber die Austragung selbst verhindern.

Allerdings ist selbst dieser Aspekt der qualitativen und quantitativen Einflußnahme auf das Konfliktaustragungspotential mehr als zweifelhaft. Die technologische Entwicklung ist ja nicht rückgängig zu machen: Selbst wenn alle Kernwaffen und die entsprechenden Unterlagen vernichtet würden, wären sie binnen kürzester Zeit wieder erfunden (*Abg. Dr. Mock: Das ist Realismus!*), wahrscheinlich auch noch andere, modernere dazu. Wie rasch ein sogar unter internationaler Kontrolle völlig abgerüsteter Staat aufrüsten und sich ein noch moderneres Kriegspotential verschaffen kann, hat ja das Dritte Reich bewiesen. Das Problem der wirkungsvollen Kontrollierbarkeit der Rüstungen und aller Wissenschaften und Technologien, die Kampfmittel bereitstellen könnten, war bisher leider noch nicht lösbar.

**Dr. Steiner**

Gäbe es weltweit offene Gesellschaften, also nur demokratische Staaten, wäre dieses Problem voraussichtlich wirkungsvoll lösbar. Das freie demokratische Europa zum Beispiel hat seine jahrhundertealten Konflikte überwunden, weil es die Unsinnigkeit der gewalttätigen Konfliktaustragung leidvoll erkannt hat, weil es die Souveränität aller Staaten und das Recht aller Völker auf Selbstbestimmung anerkannt hat; und weil es die Menschenrechte und Grundfreiheiten umfassend beachtet und auf totalitäre Ideologien und Subversion verzichtet.

So etwa zeigt der Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit einen gültigen Weg, wie unüberwindlich scheinende Gegensätze aufgehoben, die Energien von Nationen zweckmäßig zusammengefaßt und auf positive Ziele gerichtet werden können. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich glaube, die europäische Einigungsidee, die an diesem Kernstück Europas praktiziert wurde, ist die eigentlich wirksame Friedensidee dieses Jahrhunderts geworden. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Eine solche Friedensordnung für das ganze Europa ist nur möglich, wenn die unnatürlichen Schranken zwischen Ost- und Westeuropa an den Grenzen in Mitteleuropa beseitigt werden.

Abrüstungsverhandlungen, die nicht Ausfluß eines inhaltlichen Konfliktabbaues sind und sich darum gar nicht bemühen, können daher realistischerweise ausschließlich als taktisches Manöver im Rahmen einer noch gewaltlosen Konfliktaustragung beurteilt werden. Wie sehr die Ausschaltung von Konfliktpotential entscheidend ist und nicht die Rüstung an sich, zeigt ein sehr einfaches Beispiel: Die Schweiz ist Österreich rüstungsmäßig weit überlegen, und trotzdem fühlen wir uns in keiner Weise von der Eidgenossenschaft bedroht.

Wenn Rüstung und die glaubwürdige Entschlossenheit, sie zu gebrauchen, offensichtlich dazu dient, Gedanken an Aggression nicht aufkommen zu lassen, so kann dies auch friedenserhaltend und konfliktverhindernd sein. In Europa gibt es einen noch nie dagewesenen Rüstungsstand, aber trotzdem — Gott sei Dank — seit vier Jahrzehnten Frieden.

Abschreckung ist für den möglichen Angreifer mit einem unwägbaren Risiko für seine eigene Existenz — heute leider auch für die Existenz der gesamten Menschheit — verbunden. Es ist die Unkalkulierbarkeit des

Konfliktrisikos, die jede kriegerische Auseinandersetzung — nicht nur die nukleare, auch die konventionelle — zwischen Ost und West bisher verhindert hat. Niemand darf übersehen, daß gerade das Risiko der Selbstvernichtung bei Auslösung eines Krieges heute die politischen Führer der Kernwaffenmächte zu einer in der Geschichte bisher unbekannten Risikoabwägung gezwungen hat.

Nur, dies hat alles einen großen Haken: Jede Technik ist fehleranfällig, und ihr Funktionieren ist ebensowenig wie ihr Versagen oder ihre Selbstauslösung 100prozentig zu garantieren oder auszuschließen. Alleiniges Verlassen auf die Technik stellt eine gefährliche Gratwanderung mit ungeheuer vielen unkalkulierbaren Risiken dar. Natürlich sollte diese gefährliche Art der Abschreckung möglichst bald durch eine andere Garantie der Friedenssicherung ersetzt werden. Worin diese genau bestehen soll, kann leider heute noch niemand ganz genau sagen. Es ist die Herausforderung an uns alle, nicht davor zurückzuschrecken, mit aller Kraft und unter Aufbietung all unserer Vorstellungskraft den Versuch zu unternehmen, Methoden und Organisationsmöglichkeiten zu finden, die die Abschreckung durch andere Methoden der Friedenserhaltung ersetzen können.

Solche Methoden sind natürlich nicht von heute auf morgen aus dem Ärmel zu schütteln und schon gar nicht schlagartig einzuführen. Es müßte wenigstens gelingen, die ersten Schritte in eine richtige Richtung zu tun.

Betrachtet man die Lage zwischen Ost und West realistisch, erkennt man sehr rasch, daß eine echte, dauerhafte Abrüstung — ohne Hintergedanken von Umrüstung, Modernisierung oder Verlagerung der Rüstung in andere Erdteile — nicht auf der technischen Seite beginnen kann, sondern von der politischen Seite her ihren Ausgang nehmen muß; und zwar durch den Aufbau von wenigstens einem Minimum an gegenseitigem Vertrauen.

Vertrauen heißt, daß die Partner einschätzbar und glaubwürdig sind: In Demokratien ist die Einschätzung der Politik leicht, es gibt ja keine Geheimnisse, es gibt Meinungs- und Pressefreiheit. Diese sorgen für die volle Offenlegung aller Elemente in einem Staat, auch jener seiner Verteidigung. Die volle Bewegungsfreiheit innerhalb der freien Welt macht alles überschaubar und daher auch kontrollierbar. Dafür sorgen in den Demokratien die verfassungsmäßig garantierten Menschenrechte, und der Bürger kann frei auch

**Dr. Steiner**

über militärische Belange reden und mitentscheiden.

Verteidigungsdoktrin und Verteidigungsbudget sind in Demokratien überschaubar und in ihrer Wirkung auf die Verteidigungskraft voll berechenbar. Diktatorsysteme hingegen entschließen sich erfahrungsgemäß sehr leichthändig zu gewaltsamen Lösungen der Probleme, da sie jeder Kontrolle durch die eigene Bevölkerung entbehren.

Bei allen diesen Fragen der Abrüstung kommt man um ein Mindestmaß an Vertrauen nicht herum; es muß mühsam Stein um Stein aufgebaut werden. Wobei man sicherlich auch gut beraten ist, sich an dem Leninschen Grundsatz zu orientieren: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zur Vertrauensbildung zwischen Systemen verschiedener Ideologien kann es nur kommen, wenn wenigstens ein Mindestmaß an gemeinsam anerkannten Grundsätzen zum Zusammenleben der Völker eingehalten wird. Ein guter Prüfstein dafür ist die Schlußakte von Helsinki, der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die Verwirklichung aller Verpflichtungen, die die Unterzeichnerstaaten übernommen haben, würde ohne Zweifel ein wertvoller Schritt zum Aufbau von Vertrauen zwischen den europäischen Staaten und Völkern sein, ganz gleich, welcher Ideologie sie anhängen. Allerdings betone ich die Verwirklichung. Das alleinige Deklamieren solcher Verpflichtungen ist ja bei weitem nicht genügend.

Ursache der Ost-West-Spannungen sind nicht die Militärpakte an sich. Diese sind lediglich die Folge machtpolitischer und ideologischer Rivalitäten. Eine Auflösung der Pakte kann daher nicht am Beginn stehen, sondern sie ist lediglich nach Abbau der Spannungen und nach einer echten Abrüstung vorstellbar.

Der universelle Gewaltverzicht ist bereits völkerrechtlich bindend in der UNO-Charta verankert. Er hat leider unzählige Kriege nicht verhindert. Im europäischen Rahmen ist der Gewaltverzicht ausdrücklich ein Prinzip der Schlußakte von Helsinki. Neue Gewaltverzichts- beziehungsweise Nichtangriffvereinbarungen dürfen nicht zu Wiederholungen schon bestehender papierener Verpflichtungen werden, die dadurch in ihrer Bedeutung ja nur abgeschwächt würden. Ein europäischer Nichtangriffspakt hat nur dann konkreten Sinn, wenn ihm wirkungsvolle Ver-

einbarungen und auch Maßnahmen zur Verringerung des Kriegsrisikos — etwa militärische vertrauensbildende Maßnahmen — und eine echte Reduktion des militärischen Potentials in Europa vorausgegangen sind.

Die Ost-West-Probleme Europas sind vorrangig Vertrauensmangel und dann Überrüstung. Daher muß mit vertrauensbildenden Maßnahmen zuerst begonnen werden.

Nun einige Feststellungen etwa zum Problem der kernwaffenfreien Zonen in Europa. Es ist meiner Meinung nach verhängnisvoll, mit zwar optisch wirkungsvollen, aber in den Konsequenzen nicht restlos durchdachten Schlagworten nicht erfüllbare Hoffnungen zu wecken. Beim heutigen Stand der Technik bietet die Erklärung eines gewissen beschränkten Gebietes für sich allein zur kernwaffenfreien Zone noch keinerlei Gewähr dafür, daß diese Zone, diese Region, vor direkten, aber schon gar nicht vor indirekten Folgen eines atomaren Schlages bewahrt bleiben würde. Zu leicht kann in einer solchen Zone ein falsches Gefühl der Sicherheit und Gleichgültigkeit gegenüber weltweiten Gefahren entstehen. Leider: Eine Insel der Seligen gibt es auf unserem konfliktgeladenen Erdball eben nicht mehr. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Außerdem sind ja kernwaffenfreie Zonen inhaltslose Gebilde, wenn sie nicht auch Gebiete umfassen, in denen vorher Kernwaffen stationiert waren. So wäre es ja zum Beispiel nicht sinnvoll, Skandinavien zur kernwaffenfreien Zone zu erklären, wenn nicht auch die Kola-Halbinsel und die Ostsee in ihrem nördlichen und südlichen Ufer erfaßt wären.

Der Abzug von Kernwaffen aus solchen Zonen müßte wechselseitig lückenlos verifizierbar sein, und es müßte auch ganz klar sein, wer diese Verifizierung und wie durchführt. Es könnte auch nicht der Sinn eines Abzuges von Kernwaffen aus einem bestimmten Gebiet sein, wenn sie dann anderswo das nukleare Potential verstärken; sie müßten schon vernichtet werden. Mit solchen Klarstellungen kommt man unweigerlich zur Stunde der Wahrheit für die Idee der kernwaffenfreien Zonen.

Man muß auch kein großer Stratege sein, um zu sehen, daß bei Überlegungen zu kernwaffenfreien Zonen ebenso wie bei allfälligen Maßnahmen zur Reduzierung des militärischen Potentials die geostrategischen Disparitäten dieses Kontinents nicht außer acht

**Dr. Steiner**

gelassen werden können, denn es sollen ja nicht neue Ängste und neue Verdächtigungen entstehen.

Am 17. Jänner 1984 hat in Stockholm die Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa begonnen. Sie ist seit dem Abbruch der INF- und der START-Verhandlungen in Genf zu einem besonders wichtigen Ost-West-Dialog-Forum im militärischen Bereich geworden.

Ich glaube, daß eine Verhandlungsverweigerung wie etwa derzeit durch die UdSSR, wie immer sie begründet sein mag, keiner Konfliktpartei etwas Gutes bringen kann. Es ist sicherlich so, daß die Konfliktparteien sich selbstverständlich zu irgendeinem Zeitpunkt wieder zusammensetzen müssen.

Das Madrider Folgetreffen der KSZE hat mit gutem Grund das Mandat lediglich der ersten Phase dieser Stockholmer Konferenz beschlossen. In dieser Phase wird sie sich ausschließlich mit militärisch signifikanten, politisch verbindlichen und kontrollierbaren vertrauensbildenden Maßnahmen, gültig vom Atlantik bis zum Ural, befassen.

Sie hat Erfolgchancen nur dann, wenn die teilnehmenden Staaten darauf verzichten, propagandistisch motivierte, rein deklamatorische Maßnahmen ohne konkreten militärischen Wert zu beschließen. Ebenso gefährlich wäre es, der Stockholmer Konferenz zum Beispiel die Problematik der europäischen nuklearen Mittelstreckenraketen auflasten zu wollen. Ihr Mißerfolg wäre dann bereits vorgeprogrammiert.

Vollständige, kontrollierbare Abrüstung und Vernichtung aller Kernwaffen und aller biologischen und chemischen Waffen ebenso wie die Vernichtung konventioneller Massenvernichtungsmittel wäre das ideale anzustrebende Ziel. Dann müßte es erst noch gelingen, auch die Möglichkeit rascher Wiederaufrüstung mit neuen Waffensystemen unmöglich zu machen. Von diesem Ideal sind wir leider um Generationen der Lernfähigkeit der Menschheit entfernt. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Hochrüstung der Paktsysteme ist nur eines der schwerwiegenden Gefahrenelemente; nicht weniger gefährlich ist der leichte Zugriff zu hochentwickelten Waffensystemen auch für Terroristen und — ich glaube, wir sollten es offen sagen — für politische Narren.

Trotz solcher Überlegungen müssen wir auch immer wieder das unmöglich Scheinende versuchen, daher sind alle Abrüstungsbemühungen unser aller Anstrengungen wert. Die Rüstungsspirale muß eingebremst werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für ganz besonders wichtig und praktisch auch in der Reichweite des Möglichen halte ich die Bestrebungen, die vertrauensbildenden Maßnahmen weiterzuentwickeln. Wir können nicht warten, bis auf der einen Seite auf dem so schwierig durchschaubaren Abrüstungsgebiet entscheidende Erfolge erzielt werden. Wir müssen gewissermaßen von der anderen Seite her mit der Realisierung von Elementen der Vertrauensbildung beginnen. Allerdings müssen wir viel größere Anstrengungen unternehmen als bisher und viel mehr Mut zum kalkulierbaren Risiko aufwenden, um praktisch wirksame, größere Schritte zur Vertrauensbildung — gerade an der Schnittlinie der Paktsysteme — zu machen.

Vertrauen entsteht, wenn man gegenseitig die Karten offenlegt, und diese Offenheit muß auch kontrollierbar sein. Darum kommen wir nicht herum. Wir müssen schließlich von einem sehr niedrigen Stand des Vertrauens ausgehen; dies geht nur Schritt für Schritt mit jeweiliger Absicherung des ersten vor dem zweiten Schritt.

Zusätzlich zu den bisher vorgeschlagenen und diskutierten vertrauensbildenden Maßnahmen hat Bundesparteiobmann Dr. Mock vorgeschlagen, einen mutigen Schritt weiter zu gehen: Man sollte in Europa — das war der Vorschlag — zwischen den Paktsystemen, von Norden nach Süden gehend, eine „Zone der Transparenz“, der Einschaubarkeit schaffen, die sich etwa jeweils 100 Kilometer ostwärts und westlich der Demarkationslinie erstrecken könnte und die für jedermann frei zugänglich sein müßte. Grenzformalitäten müßten erleichtert werden. Niemand müßte seine Paktverpflichtungen aufgeben. Eine Demilitarisierung dieser „Zone der Transparenz“ müßte auch gar nicht eigens vereinbart werden; sie würde sich wahrscheinlich aus dem Interesse der Staaten ergeben, die ja plötzlich einer vollen Einschaubarkeit ihrer Aktivitäten, auch der militärischen, in dieser Zone ausgesetzt wären. Eine solche je 100 Kilometer tiefe „Zone der Transparenz“ dürfte auch keine großen Probleme der geostrategischen Ausgewogenheit hervorrufen; sie würde andererseits aber einen Überraschungsangriff oder mißverständliche Truppenbewegungen weniger wahrscheinlich und weniger gefährlich machen.

**Dr. Steiner**

Ich bin mir schon klar, daß diese Idee auf den ersten Blick hergebrachten Überlegungen militärischer und sicherheitspolitischer Denkmodelle entgegensteht, und die Verwirklichung wäre für beide Seiten vorerst natürlich auch mit Risiken verbunden. Ohne Risiken gibt es jedoch keinen Fortschritt zum Vertrauen; aber die Risiken müssen natürlich auch überschaubar und abschätzbar sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin mir voll bewußt, daß ein solcher Vorschlag keineswegs Begeisterung in den starren Paktsystemen auslösen wird, aber ich glaube, wir müssen uns ganz einfach aus der Verkrampfung, in der sich alles befindet, lösen. Man kann nicht ewiglich auf die Abrüstung aller Waffensysteme warten; man muß auch versuchen, an den Nahtstellen der Paktsysteme eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen. Dazu gehört nun einmal auch freie Sicht darauf, was auf der anderen Seite der Demarkationslinie geschieht.

Nein, Verifikation ist kein Fetisch, sie ist kein Selbstzweck und hat ja auch nichts mit Spionage zu tun; Verifikation ist unerlässlich, will man konsequent, ehrlich mit offenen Karten spielen.

Wie wichtig auch in einer spannungsgeladenen Atmosphäre an der Nahtstelle der Paktsysteme Anstrengungen zur Verbesserung der gegenseitigen Kontakte sind, zeigt die positive Entwicklung des deutsch-deutschen Verhältnisses trotz ungelöster Ost-West-Probleme und sogar Spannungen. Trotz schwieriger politischer Großwetterlage sind offenkundig lokale Frühjahrstemperaturen durchaus erreichbar.

Österreich ist allerdings nicht nur an vorübergehendem Tauwetter interessiert, sondern an einer konstant friedlichen Entwicklung.

Wir haben als Neutrale eine wichtige Aufgabe für den Frieden in unserer Region und in der Welt, unter der Voraussetzung der strikten Beachtung unserer völkerrechtlichen Pflichten und humanitären Verantwortung, insbesondere auch gegenüber Flüchtlingen.

Wir haben im Rahmen der Umfassenden Landesverteidigung dafür zu sorgen, daß kein militärisches Vakuum in einer für den Frieden in Europa so außerordentlich sensiblen Region entsteht. Denn ein solches Vakuum würde — ähnlich einer physikalischen Gesetzmäßigkeit — Kräfte aus seiner Umgebung provozieren, in dieses Vakuum einzu-

dringen. Demonstrative Schwäche und Unfähigkeit zur Verteidigung sind daher kein Dienst am Frieden, sondern eher ein Anreiz für einen potentiellen Aggressor, sein Vorhaben zu verwirklichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das immerwährend neutrale Österreich in seiner geopolitischen Lage zwischen zwei Paktsystemen hat ein ganz natürliches Lebensinteresse daran, sich mit allen Kräften um eine realistische Friedenspolitik zu bemühen. Um eine entschlossene Friedenspolitik mit Ideenreichtum, mit Realismus, aber ohne Illusionen. Praktische Friedenspolitik ist für uns vor allem einmal die Regelung aller offenen Probleme mit unseren Nachbarn in der unmittelbaren und weiteren Umgebung, also in unserer Region. Es ist ebenso wesentlich, daß wir uns auch in allen internationalen Institutionen für eine Auflösung von Konflikten voll engagieren; allerdings durch klare Vertretung unserer Grundsätze und unter Verzicht auf das Nachlaufen hinter illusionistischen oder opportunistischen Zielen. Entspannung und Frieden setzen, wie gesagt, Konfliktabbau und Konfliktlösung mit friedlichen Mitteln voraus, dazu kann Österreich einen wertvollen Beitrag leisten.

Wir leisten ihn auch praktisch etwa bei unserer Teilnahme an den friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen.

Wir leisten einen solchen Beitrag aber auch, indem wir alle menschenrechtlichen Initiativen unterstützen, menschenrechtliche Initiativen, die natürlich außerordentlich wichtig sind, eine wahre Entspannung in dieser Welt herbeizuführen und schließlich zu einer friedlicheren Welt zu führen.

Es geht nicht darum, daß ein neutrales Land wie Österreich in Konflikten Partei ergreift und Lösungen aufdrängt — es soll sich auch davor hüten, irgendwelchen Propagandaaktionen der einen oder anderen Seite hineinzufallen und nachzujagen —, sondern es geht darum, daß es sich jederzeit bereit hält, gute Dienste zu leisten, wo dies von allen Konfliktparteien für nützlich und notwendig erachtet wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Unerlässlich ist, daß sich Österreich hohes internationales Ansehen als glaubwürdiger immerwährend neutraler Staat erhält und damit einen Beitrag für die Völkergemeinschaft jederzeit leisten kann.

Es muß unsere Aufgabe sein, starken überzeugenden Friedenswillen mit Standfestigkeit

**Dr. Steiner**

und Prinzipientreue in die praktische Politik umzusetzen.

Ich habe schon erwähnt, wie ganz besonders wichtig die allgemeine Durchsetzung der Menschenrechte, das Eintreten für Verfolgte, für eine friedliche Entwicklung in der Welt ist. Auch hier gilt der Grundsatz: Es ist wichtig, sich nicht zu verschweigen!

Wenn sich ein Parlament eines neutralen Staates solcher Verpflichtungen einhellig bewußt ist, so ist dies besonders erfreulich.

Abgeordnete aller hier vertretenen Parteien haben einen Entschließungsantrag zur Situation des Nobelpreisträgers Sacharow und seiner Frau erarbeitet, den ich hiemit einbringe.

**Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Dr. Ermacora, Peter, Dr. Steiner und Genossen betreffend das Schicksal von Friedensnobelpreisträger Sacharow zum Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der österreichischen Bundesregierung über ihre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit.

In diesen Tagen bewegen das Schicksal, die Sorge um das Leben des Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow und seiner Frau, Elena Bonner, die Menschen in vielen Ländern der Welt.

Der Respekt vor einem Mann, der immer nur der Stimme seines Gewissens gefolgt ist und damit zu einem Symbol der in der Schlußerklärung von Helsinki verbrieften Menschenrechte geworden ist, hat eine weltweite Bewegung zugunsten der Achtung seiner Rechte ausgelöst.

In der Erwägung, daß es ein elementares Gebot der Menschlichkeit wäre, Andrej Sacharow und seiner Frau den Weg freizugeben, stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

**Entschließungsantrag:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, der Sorge über das gegenwärtige Schicksal Andrej Sacharows und seiner Frau Ausdruck zu geben und die Regierung der UdSSR zu ersuchen, ihm und seiner Frau den vollen Schutz der in der Schlußklä-

rung von Helsinki verbrieften Rechte ange-deihen zu lassen.

(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ und der FPÖ.) 18.09

Präsident Mag. Minkowitsch: Der soeben verlesene Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Jankowitsch. Ich erteile es ihm.

18.10

Abgeordneter Dr. Jankowitsch (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Dem Hohen Haus liegt heute zum erstenmal in seiner Geschichte, glaube ich, ein Bericht der Bundesregierung vor, der sich mit einem der zentralsten Aspekte nicht nur der österreichischen Außenpolitik, sondern der Weltpolitik überhaupt befaßt, nämlich mit der Frage der Erhaltung des Friedens in unserer Zeit.

Wie zentral diese Frage ist, wie sehr sie die Grenzen der Blöcke, ja auch der Parteien verwischt und überspringt, kommt ja schon dadurch zum Ausdruck, daß dieser Bericht von einem Entschließungsantrag aller drei Parteien getragen wurde. In diesem Geist der gemeinsamen Sorge um den Frieden wollen wir hier diese Debatte führen, in diesem Geiste begrüßen die sozialistischen Abgeordneten diesen Bericht als eine neue und verheißungsvolle Form des außenpolitischen, des friedenspolitischen Dialoges hier in diesem Hause. Wir werden ihm unsere Zustimmung erteilen.

Es gibt, meine Damen und Herren, viele gute Gründe, warum die Vorlage eines solchen Berichtes gerade in diesen Wochen und Monaten so hohe, ja geradezu höchste Aktualität besitzt, warum es gut und zweckmäßig ist, einmal auch diesen Aspekt österreichischer Außenpolitik herauszustreichen und über die Rolle, die Österreich bei der Schaffung einer neuen Friedensordnung in Europa, in der Welt spielen kann, zu sprechen.

Der wichtigste Grund ist wohl darin zu sehen, daß das Ausmaß der Rüstung, der Überrüstung in Ost, in West, aber, so müssen wir sagen, auch im Süden der Welt, denn auch die Entwicklungsländer sind von diesem Fieber nicht verschont, eine neue, eine gefährliche Qualität angenommen hat; eine Qualität,

**Dr. Jankowitsch**

die nicht nur in der Anhäufung von immer mehr nuklearen, von immer mehr konventionellen Waffen zum Ausdruck kommt, sondern auch in ihrer immer größeren technischen Perfektion. Diese Qualität kommt aber auch dadurch zum Ausdruck, daß die heute vorhandene Rüstung unterschieden ist von der in vergangenen Jahrzehnten, unterschieden nicht nur in Quantität und Qualität, sondern auch in der Frage nach ihrer Bestimmung. Was soll das alles? Hat das eigentlich noch etwas zu tun mit Sicherheit, mit Verteidigung, mit Stabilität, oder stehen wir hier einer gewaltigen Ansammlung offensiver Waffen gegenüber? Daß man Waffen, die einmal angeschafft sind, auch verwenden kann, das zeigen die unzähligen Konflikte draußen, vor allem in der Dritten Welt.

Dieses konsequente Fortrüsten, das heute von fast allen militärisch bedeutsamen Staaten der Welt betrieben wird, wird diskutiert, daher nicht mehr nur im Hinblick darauf, was diese Fehlleitung, diese Umleitung immer größerer Ressourcen in diesen Bereich bedeutet für die Volkswirtschaften großer und kleiner Industrieländer oder auch vieler Entwicklungsländer, dieser Rüstungswettlauf wird heute diskutiert unter einem ganz anderen Gesichtspunkt, der die Menschen bewegt: Wie lange kann man unter diesen Bedingungen überhaupt noch den Frieden aufrechterhalten? Wie kann es denn überhaupt noch möglich sein, im Atomzeitalter den Krieg zu verhüten?

Diese bange Frage scheint umso berechtigter, als besonders nach den rüstungspolitischen Ereignissen des Herbstes 1983 Dämme eingebrochen sind; Dämme, die einer Bändigung des Rüstungswettlaufs dienen sollten.

Zum Stillstand gekommen ist vor allem — und das ist das Gravierende — der Abrüstungsdialog zwischen den beiden Hauptmächten des heutigen Weltsystems, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Es wurden ja die Gespräche über nukleare Mittelstreckenwaffen im Dezember 1983 von den sowjetischen Unterhändlern abgebrochen, die sogenannten START-Gespräche betreffend interkontinentale Raketen, U-Boot-gestützte Raketen und strategische Bombenflugzeuge, diese Gespräche wurden in der gleichen Zeit ebenfalls vertagt ad calendas graecas, wir wissen es nicht, weil sich die sowjetischen Unterhändler auch dort geweigert haben, einen Fortsetzungstermin zu vereinbaren.

Die Vereinigten Staaten machen die Sowjetunion für diesen Zusammenbruch ver-

antwortlich, und die Sowjetunion wieder behauptet, diese Verhandlungen, vor allem um Mittelstreckenraketen, hätten ja seit der Stationierung amerikanischer Raketen in der Bundesrepublik, in Großbritannien und in anderen europäischen Staaten keinen Sinn mehr.

Meine Damen und Herren! Es geht jetzt aber nicht darum, in dieser Situation die Schuld für den Zusammenbruch dieser Verhandlungen der einen oder der anderen Seite möglichst exakt zuzumessen, wer Schuldige sucht, der findet genug auf beiden Seiten. Heute geht es darum, diese Situation nüchtern, leidenschaftslos zu analysieren, ohne Rekriminationen, Lamentationen, nach Wegen zu suchen, die aus dieser Pattsituation der Nuklearmächte, der Weltmächte führen. Und eine Pattsituation besteht ja nicht nur auf dem Gebiet der Abrüstungsverhandlungen, Nuklearrüstung betreffend, sie besteht heute auch auf vielen anderen Gebieten.

Lassen Sie mich ein Gebiet hier erwähnen, das nicht geringere Sorge bereitet.

Es war ja Teil eines weltpolitischen Konsenses, der sich in den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts entwickelt hat, ein auch durch Verträge abgesichertes Einverständnis zu erreichen, nicht nur den Rüstungswettbewerb gewissen Regeln zu unterwerfen. Dieses Einverständnis hat auch bestimmte Teile der Weltperipherie, die Ozeane, die Antarktis und auch den Weltraum aus dem Rüstungswettlauf ausgespart.

1967 haben die Vereinten Nationen einen Vertrag über die friedliche Nutzung des Weltraumes verabschiedet, in dem die Verwendung von Atomwaffen oder anderen Waffen der Massenvernichtung im Weltraum ausdrücklich verboten wurde. Damit schien eine weitgehende Entmilitarisierung des Weltraumes erreicht; der ausschließlich friedlichen Nutzung des Weltraumes schien kein Hindernis mehr entgegenzustehen.

Die Weltraumtechnologie hat sich ja in den letzten 25 Jahren stürmisch entwickelt. Sie ist ganz unbemerkt, aber von großer Bedeutung, ein fester Bestandteil unserer heutigen Zivilisation geworden.

Allerdings kam es gleichzeitig mit der friedlichen zivilen Nutzung des Weltraumes auch zu anderen, militärischen Zwecken dienenden Entwicklungen der Weltraumtechnologie. Denn die Satelliten, etwa zur Fernerkundung der Erde, können ja nicht nur die geologische

**Dr. Jankowitsch**

Beschaffenheit etwa unzugänglicher Teile der Welt auskundschaften, vermessen, Prospektion betreiben, sie eignen sich auch vorzüglich zur scharfen Beobachtung militärischer Vorgänge. Und so scharf ist ihre Beobachtungsgabe, besonders die der höchstentwickelten Satelliten, daß ihnen selbst die kleinsten militärischen Objekte beziehungsweise Vorgänge, wie etwa Truppenbewegungen, Versuche mit neuen Waffen, nicht verborgen bleiben.

Den militärischen Wert dieser neuen Technologie haben daher besonders die beiden Supermächte rasch erkannt, wurden sie doch dadurch in die Lage versetzt, sich bis ins einzelne gehende Kenntnisse über das militärische Potential der anderen Seite zu verschaffen.

Anerkannt wurde damit aber auch, daß ein solches Wissen im höchsten Maße stabilisierend ist. Denn die Kenntnis der tatsächlichen Stärke der anderen Seite beseitigt ein beträchtliches Element der Unsicherheit, vermeidet schwerwiegende Irrtümer der Einschätzung, erlaubt eine realistische Betrachtung der Möglichkeiten und vielleicht auch der Absichten des Gegners.

Diese Aufklärungstätigkeit wurde daher lange Zeit stillschweigend geduldet. Aber in dem Maße, in dem diese Tätigkeit verstärkt wurde, in dem die beiden Mächte immer mehr abhängig wurden von ihr für die Kommunikation, für die Prospektion, entstand natürlich auch die Versuchung, in diese Aktivität einzugreifen.

So entstanden die so viel beschriebenen Killersatelliten, die Systeme von Antisatellitenwaffen mit sehr unterschiedlicher Effektivität, aber alle mit dem Ziel, die Satelliten der anderen Seite auszuschalten, den Gegner, wenn man so will, blind zu machen.

Was lange nur als gefährliches Experiment erschien, das scheint heute einen nicht minder gefährlichen Grad an Perfektion erreicht zu haben, so gefährlich jedenfalls, daß die Appelle an die beiden Weltraummächte, zumindest diese Art des Rüstungswettlaufes einzustellen, auf Killersatelliten, auf Weltraumkommandos zu verzichten, immer dringlicher werden.

Diesen Appellen der Vereinten Nationen hat sich erst unlängst auch der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses angeschlossen. Und erst gestern hat das amerikanische Repräsentantenhaus an die eigene Regierung

appelliert, jede weitere Versuchstätigkeit zumindest so lange einzustellen, als ein sowjetisches Moratorium, das noch vom Präsident Andropow angekündigt wurde, aufrecht bleibt.

So ist auch hier eine gefährliche Pattsituation entstanden, es fehlen die Verhandlungen, es fehlen die Verhandlungsformen, die es alle einmal gegeben hat, denn auch über Antisatellitenwaffen wurde zur Zeit Präsident Carters schon einmal verhandelt. Sie kamen erst mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan wie viele andere sowjetisch-amerikanische Verhandlungen zum Stillstand. Sie sind bis heute trotz verschiedener auch von sowjetischer Seite kommender Angebote und vieler Appelle auch der Vereinten Nationen nicht wieder aufgenommen worden.

Wer aber spricht über die Erhaltung des Weltraumes als Arena eines ausschließlich friedlichen Wettbewerbes zwischen den Weltsystemen als letztem Refugium ohne Waffen, kann auch die Debatte nicht übersehen, die heute geführt wird über eine ganz neue Strategie der Sicherheit; eine Sicherheit, die aus dem Weltall kommen soll. In ihrem Zentrum steht die sicher bestehende Idee, daß Abwehr besser ist als Gegenwehr und daß es, wie Präsident Reagan in einer inzwischen berühmt gewordenen Rede am 23. März 1983 gesagt hat, doch besser sei, „das Leben zu retten, als das Leben zu rächen“.

Und in der Tat, im Zentrum aller heutigen Strategien steht die Abschreckung, die Vergeltung. Wäre es nicht besser, in das Zentrum neuer Strategien die bloße Abwehr feindlicher Raketen zu setzen durch neue hochtechnologische Systeme ballistischer Abwehr. Der Krieg soll also verlegt werden zu den Sternen, er soll geführt werden zwischen den Sternen. Was allerdings zum Widerspruch herausfordert in einem solchen Konzept und was in der Tat auch in den USA eine nicht enden wollende kontroversielle Diskussion ausgelöst hat, vor allem unter der wissenschaftlichen Gemeinschaft, das sind gewiß nicht die Absichten, die Intentionen eines solchen Konzepts. Zum Widerspruch fordert heraus neben allen Erwägungen über die gigantischen Kosten und die technische Komplexität eines solchen Systems vor allem der Umstand, daß sich dieses Konzept hinwegsetzt über fundamentale Erfahrungswerte aller bisherigen Geschichte der Rüstung, nämlich daß Sicherheit nicht isoliert produziert werden kann, für ein Land allein, daß jeder Griff nach der totalen Sicherheit, sei es in der Form militärischer Überlegenheit, sei es in der Form größerer

**Dr. Jankowitsch**

rer technischer Perfektion, daß jeder solcher Griff immer wieder nur als Resultat zeigt neues Rüsten und damit geringere Stabilität, geringere Sicherheit.

Meine Damen und Herren! Das sind nur einige der wichtigsten und noch lange nicht alle Gründe, die eine so tiefe Sorge bei den Menschen ausgelöst haben, die eine Situation geschaffen haben, zu der neben wachsenden militärischen heute auch wachsende politische und technische Gefährdungen gehören.

Die Antwort auf diese Gefährdungen — das ist eine der wichtigsten Aufgaben heutiger Außenpolitik, heutiger Weltpolitik —, das heißt vor allem die Suche, aber es kann nur die gemeinsame Suche sein, nach einer neuen Strategie der Kriegsverhütung. Denn ein Großteil der bis heute praktizierten Strategien hat nicht mehr, sondern weniger Sicherheit, nicht mehr, sondern weniger Stabilität geschaffen. Ein solches Ziel kann daher nur durch eine Kombination, durch eine Verbindung von politischen, militärischen, wirtschaftlichen und technischen Komponenten erreicht werden.

Und vor allen Dingen ist eines nicht zu übersehen: Die Erhaltung des Friedens ist vor allem eine politische Aufgabe. Selbst die beste militärische Stabilität, selbst die Entwicklung neuer Strategien unter Abkehr von der heutigen Strategie der Abschreckung würde ja wenig wirken, wenn gleichzeitig eine Politik verfolgt wird, die zur Konfrontation führt.

Kernstück jeder Politik der Kriegsverhütung bleibt daher — und wir bekennen uns dazu — eine Politik der Entspannung.

Strategien der Kriegsverhütung müssen natürlich dort ansetzen, von wo heute die größte Bedrohung kommt, nämlich von den Nuklearwaffen. Gewiß, all diese Strategien — auch die Strategie der Abschreckung — wurden als Kriegsverhütungsstrategie konzipiert. Die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen sollte abschreckend wirken. Und so lag lange nach Hiroshima über dem Einsatz von Kernwaffen ein Tabu. Aber heute muß man fragen, ob mit der Verfeinerung der Kernwaffenarsenale nicht ein Bruch dieses Tabus droht, ob damit nicht die nukleare Abschreckung an Wirkung verliert.

Heute droht die Gefahr, daß die Verfeinerung der technischen Einsatzmöglichkeiten, die immer mehr verfeinerte Ausarbeitung von Doktrinen und Ersatzdoktrinen die Distanz zwischen Kriegsverhinderung und Kriegsfüh-

rung verringert. Und bislang hat noch jede Strategie der nuklearen Abschreckung an dem Grundwiderspruch gelitten, an dem unüberbrückbaren Grundwiderspruch, daß Nuklearkrieg angedroht wird, um Krieg zu verhindern.

So hat also jede nukleare Abschreckungsstrategie das Wettrüsten nicht beendet, sondern gefördert, da ja um der Glaubwürdigkeit willen die Rüstungstechnologie weiterentwickelt wurde, damit der Anreiz zu Gegen- und Weiterrüstung gegeben wurde.

So besteht kein Zweifel, meine Damen und Herren — und das soll eine erste Schlußfolgerung sein —, daß Verhandlungen über nukleare Rüstungsbegrenzung die höchste, ja die allerhöchste Priorität besitzen, Verhandlungen, die das gesamte strategische Gleichgewicht berücksichtigen, Verhandlungen unter Einschuß aller Waffen interkontinentaler oder mittlerer Reichweite, wo immer sie stehen. Ein solches Ziel — und die internationale rüstungspolitische Diskussion bewegt sich auf diese Einsicht zu — dürfte einmal eine Änderung des bisherigen Verhandlungsrahmens erforderlich machen; eine Änderung, die jeder Seite die Rückkehr zum Verhandlungstisch ermöglicht, ohne den Anschein zu erwecken, man habe sich der Erpressungstaktik der anderen Seite ergeben.

Notwendig wäre aber auch ein mutiger politischer Akt. Ein solcher könnte etwa eine Art Wladiwostok-Abkommen sein. Wer erinnert sich nicht daran, vor zehn Jahren haben sich Präsident Ford und Generalsekretär Breschnjew getroffen in dieser Stadt im Fernen Osten, um über die Umrissse von SALT II zu verhandeln; Umrissse, die natürlich auf beiden Seiten Kompromisse erforderten. Wie groß wäre der Dienst, den die beiden Präsidenten Reagan und Tschernenko heute der Welt — allen Ländern der Welt, nicht nur den eigenen — erweisen könnten, würden sie sich auf einen solchen neuen Verhandlungsrahmen einigen.

Ansatzpunkte gäbe es genug im SALT II-Abkommen — zwar nicht ratifiziert, aber doch praktiziert — sowie in den anderen multilateralen Abkommen über strategische Rüstungsbegrenzung. Von allen diesen Abkommen könnte eine neue Runde von Verhandlungen ausgehen. Der Abbau der heutigen Dominanz atomarer Waffen, ein erster Schritt weg von der Strategie der Abschreckung könnten beginnen mit einem erneuerten Konzept der Rüstungskontrolle; eine Rüstungskontrolle, für die natürlich die Ver-

**Dr. Jankowitsch**

antwortung in allererster Linie bei den Staaten liegt, die im Besitz von Atomwaffen sind.

Es ist wichtig, meine Damen und Herren, auch wenn wir lästig erscheinen, diese Staaten immer wieder an ihre Verantwortung zu erinnern, wichtig nicht nur aus politischen, sondern auch aus moralischen und ethischen Gründen, wichtig auch deswegen, weil die Staaten der Welt, die heute im Besitz von Atomwaffen sind — jedenfalls die drei wichtigsten von ihnen —, ja mit uns anderen in der Welt, mit uns nuklearen Habenichtsen ein Übereinkommen eingegangen sind; ein Übereinkommen, das im Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen einen Niederschlag gefunden hat.

Durch diesen Vertrag haben sich mehr als 120 Staaten dazu verpflichtet, der Weiterverbreitung von Atomwaffen Halt zu gebieten. Das ist einer der wichtigsten Rüstungskontrollverträge der letzten Zeit. Es stimmt ja nicht, daß es überhaupt noch nie sinnvolle, daß es überhaupt noch nie erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen gegeben hat. Hier ist eine, die im höchsten Maße erfolgreich war und auch relativ erfolgreich bleibt.

Aber dieser Verpflichtung stehen nicht unbedeutende Gegenverpflichtungen der Nuklearstaaten gegenüber, nämlich einerseits die Verpflichtung, Atomwaffen nicht an andere Staaten weiterzugeben, und andererseits die Verpflichtung, im guten Glauben Verhandlungen über den Abbau von Nuklearwaffen zu führen.

Es wird übrigens schon in nicht allzuferner Zeit Gelegenheit bestehen, die Nuklearmächte an diese Verantwortung zu erinnern, nämlich in der dritten Konferenz zur Überprüfung dieses Vertrages, die im kommenden Jahr in Genf stattfinden wird. Die Bundesregierung sollte bei der Vorbereitung dieser Konferenz, vor allem aber auf der Konferenz selbst dafür Sorge tragen, daß der Artikel 6 dieses Vertrages nicht toter Buchstabe bleibt.

An ihre Verantwortung erinnert, werden die Nuklearmächte geradezu auch in diesen Tagen von Staats- und Regierungschefs aus Afrika, aus Asien, aus Lateinamerika und aus Europa. Indira Gandhi, Präsident De la Madrid von Mexiko, Präsident Nyerere sowie die Ministerpräsidenten Palme und Papandreou haben in diesen Tagen an die fünf Nuklearstaaten den dringenden Appell gerichtet, als notwendigen ersten Schritt zur Verhinderung einer Nuklearkatastrophe die

Erprobung, die Produktion und die Aufstellung nuklearer Waffen einzustellen. Diesem Appell, der weite Verbreitung verdient, hat sich in der Zwischenzeit eine ganze Reihe von Staats- und Regierungschefs angeschlossen.

Noch stärker aber, meine Damen und Herren, kommt der Ruf nach Abrüstung und für eine Politik des Friedens in diesen Tagen aus dem großen Kreis jener, denen man so oft mangelndes Interesse an der Außenpolitik vorgeworfen hat, nämlich von Hunderttausenden vor allen Dingen jungen Menschen verschiedenster Lager, verschiedenster Weltanschauung. Sie bilden das, was heute in allen Ländern Europas diesseits und jenseits der großen Trennungslinie des Kontinents als die Friedensbewegung beschrieben wird (*Beifall bei der SPÖ*); eine Friedensbewegung, die sich immer wieder durch kräftige Lebenszeichen bemerkbar macht. Sie gibt es in Deutschland, in Österreich, in Frankreich, in Italien, in den Beneluxländern, in Skandinavien, in Großbritannien, in den USA. Aber es gibt sie auch in Polen, es gibt sie in Ungarn, es gibt sie in der Tschechoslowakei und in der DDR. Nicht überall kann sich diese Friedensbewegung so frei, so offen äußern wie in den Ländern der pluralistischen Demokratie.

Es scheint mir daher, meine Damen und Herren, ein Gebot der Aufrichtigkeit zu sein, bei der Debatte über die Friedenspolitik in Europa nicht nur den Einsatz der Friedensbewegung in unseren Ländern zu würdigen, sondern auch die unabhängige Friedensbewegung im Osten des Kontinents, die unter so ungleich schwierigeren Bedingungen für den Frieden arbeitet.

Wenn wir auch dieser Menschen im Osten unseres Kontinents gedenken, die für den Frieden demonstrieren und dabei auch Verfolgungen in Kauf nehmen, dabei immer wieder persönliche Risiken in Kauf nehmen, so sagen wir das nicht, meine Damen und Herren, weil wir eine Stimmung des kalten Krieges anheizen wollen, sondern weil wir der Meinung sind, daß der Friede nicht nur Sache der Regierungen in Ost und West ist, sondern auch der Menschen in Ost und West, daß nur durch das beharrliche Eintreten einer immer größeren Zahl von Menschen der moralische Druck entstehen kann, der letztlich auch die Großen zur Umkehr bewirken kann.

Das macht ja die große moralische Kraft der Friedensbewegung aus, daß sie nicht manipuliert und organisiert ist, sondern spontan, unabhängig und mit allem Idealismus, dem wir unseren Respekt zollen und dem wir

**Dr. Jankowitsch**

nicht mit zynischem Realismus begegnen, ihre Wirkung entfaltet.

Deshalb: Gerade wir als Sozialisten — und was ist denn die sozialistische Bewegung anderes als die erste Friedensbewegung der Geschichte (*Beifall bei der SPÖ*) — erweisen der Friedensbewegung unsere Achtung, unsere Anerkennung und weisen mit aller Entschiedenheit die Versuche zurück, diese Bewegung in den Dienst politischer Machinationen zu stellen, sei es von rechts, sei es von links! (*Abg. Dr. Kohlmaier: Die Sozialisten haben doch den Klassenkampf gepredigt! — Ruf bei der SPÖ: Nicht dreinreden!*) Ja, sicher. Herr Abgeordneter Kohlmaier, Sie lesen in den Büchern des vergangenen Jahrhunderts, Sie müssen Ihre Dokumentation etwas modernisieren. (*Zwischenrufe.*) Sie sind ungefähr hundert Jahre zurück!

Neben vielen echten hat die Friedensbewegung auch viele falsche Freunde, die versuchen, kurzfristig daraus ihre politischen Süppchen zu kochen. Was soll es denn der Friedensbewegung nützen, wenn heute etwa Vertreter einer Partei, die gegen Rüstung nur dann protestiert, wenn sie im Westen stattfindet und nicht im Osten, die nur die Pershing sieht und nicht die SS 20, versuchen, sich mit ihr bis zur Unkenntlichkeit zu identifizieren? Das kann der Friedensbewegung nicht nützen!

Meine Damen und Herren! Auch wer nicht so optimistisch ist wie der frühere Außenminister der USA, der dieser Tage einen Vortrag in Wien gehalten hat und dabei sagte, die Gefahr des Atomkrieges sei heute nicht größer als früher, auch wer nicht so optimistisch ist wie Kissinger, der muß doch immerhin eines sagen: Die große Friedensdiskussion in Europa, die große Friedensbewegung ist nicht ohne Folgen geblieben, sie hat zu einer neuen, in die Tiefe gehenden Überlegung über Sinn und Unsinn der heutigen Systeme der Sicherheit geführt.

Durch diese Diskussion, wie sie etwa gerade dieser Tage mit großem Ernst und sehr fruchtbar geführt wurde am Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Essen, zieht sich ein Leitmotiv: Weg vom Konzept der Sicherheit, das lediglich auf der Anhäufung immer größerer Massen von Atomwaffen basiert, weg von einem Konzept, das den Nuklearkrieg androht, um den Krieg zu verhindern! Sicherheit ist immer auch die Sicherheit des anderen!

Durch diese Diskussion sind auch die Auf-

gaben jener Verhandlungsformen vorgezeichnet, die auch heute noch unter erschwerten Bedingungen funktionieren. Dazu gehören die Verhandlungen über den Truppenabbau in Wien, dazu gehört auch die Konferenz von Stockholm.

Selbst wenn wir wissen, daß in Stockholm keine einzige Waffe abgebaut, keine einzige Rüstung gestoppt werden kann: Die Bedeutung gerade dieses Forums für die Wiederherstellung eines Klimas des Vertrauens und der Zusammenarbeit in Europa kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Meine Damen und Herren! Der Rahmen, in den die Politik Österreichs für den Frieden gestellt ist, ist damit abgesteckt. Besonders diese heutigen Voraussetzungen werfen immer wieder die Frage auf, welche Rolle darin ein Land wie Österreich spielen kann. Gewiß, diese Rolle muß verschieden sein, sie muß qualitativ anders sein durch den besonderen internationalen Status unseres Landes. Gerade dieser Status aber befähigt unser Land — besser vielleicht als andere —, seine Rolle in der heutigen internationalen Friedenspolitik zu spielen, sich nicht abzumelden in der internationalen Diskussion über neue Strategien des Friedens, besonders weil es ja hier nicht allein um militärische Strategien geht, um das Zählen oder Zuzählen von Raketen, sondern um politische Ziele, um wirtschaftliche Ziele, um soziale Ziele. Ein solches Konzept muß entwickelt werden über die Grenzen auch der Bündnisse.

Es kann auch nicht entwickelt werden ohne andere Regionen, den Nahen und den Mittleren Osten, den Fernen Osten, Lateinamerika, es muß global sein, denn die zunehmende Globalität unserer Probleme ist ja auf dem Gebiet der Wirtschaft kaum noch umstritten. Aber auch Sicherheit ist global. Und auch an einem solchen globalen Konzept muß Österreich mitarbeiten können.

Der Weg dazu, meine Damen und Herren, ist in dem heutigen Bericht der Bundesregierung klar und deutlich abgezeichnet. Er reicht von der erfolgreichen Nachbarschaftspolitik, der sich Bundeskanzler Sinowatz im ersten Jahr seiner Funktion besonders gewidmet hat, bis zur Politik der europäischen Sicherheit, bis zu jener Rolle, die Österreich einnimmt und einnehmen kann bei der Eindämmung von Konflikten im außereuropäischen Teil der Welt.

Denn in der Tat: Wer spricht von der österreichischen Ostpolitik, der spricht von Frie-

**Dr. Jankowitsch**

denspolitik, wer spricht von der österreichischen Zentralamerikapolitik, der spricht von Friedenspolitik, und wer spricht von der österreichischen Politik etwa für Indochina, wo ein ehemaliger Außenminister den Vorsitz in der Kambodschakonferenz führt, der meint damit Friedenspolitik.

Das ist eine Politik — auch das muß in diesem Zusammenhang gesagt werden —, in der nicht Feindschaft, Abneigung oder auch nur Idiosynkrasie gegen andere Nationen, gegen andere Staaten zum Ausdruck kommt. Zum Ausdruck kommt nur die beharrliche Suche Österreichs nach den Ursachen, den Beweggründen der Konflikte und die Suche nach ihrer politischen Lösung.

Auf diesem Wege hat Österreich — und der Bericht zeigt das — viele Erfolge aufzuweisen. Nicht der geringste dieser Erfolge, nicht der geringste Beitrag Österreichs zur Friedensordnung in Europa ist ja der Umstand, daß es seit nunmehr 30 Jahren unumstritten eine Zone der Stabilität inmitten Europas durch seine Politik in Europa bildet und in der Welt der Verbreitung der Idee des Friedens gedient hat.

Für diese Politik gebührt Dank nicht nur der weisen Voraussicht jener, die sie in schwerer Zeit entworfen und verwirklicht haben, Dank gebührt auch vielen, die oft ungenannt irgendwo draußen in der Welt den Ruf Österreichs festigen als eines Landes des Friedens. Ich nenne hier nur stellvertretend für viele die Soldaten und Offiziere des österreichischen Bundesheeres, die an den Friedensoperationen der Vereinten Nationen teilnehmen.

Meine Damen und Herren! Wer sich für den Frieden im eigenen Land und zwischen den Völkern einsetzt, der verdient die Anerkennung, die Bewunderung und manchmal auch den Schutz der internationalen Gemeinschaft. Der Name eines Mannes ist in diesen Tagen viel genannt worden, der ausgezeichnet wurde mit der höchsten Anerkennung für Arbeit um den Frieden, aber dafür auch mehr als andere Verfolgung und persönliche Entbehrungen auf sich genommen hat: Ich spreche von Andrej Sacharow. Er verdient es, daß wir seiner gedacht haben in dieser Debatte um den Frieden. Es ist ein Zeichen unserer gemeinsamen Sorge, daß der Entschließungsantrag, der nunmehr vorgelegt wurde, die Zustimmung aller Fraktionen des Hauses finden wird.

Das Gedenken an diesen Mann, aber vieler

anderer auch, die mit ihm überall draußen in der Welt für den Frieden eintreten, ist, glaube ich, ein guter Rahmen für diese Debatte um die Erhaltung des Friedens. — Ich danke. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 18.41

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Probst. Ich erteile es ihm.

18.41

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Friede beginnt im eigenen Hohen Haus. Aus diesem Grund will ich mich der gebotenen Kürze befleißigen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* Gewußt, wie man sich Applaus holt. Ich darf Sie bitten, den Applaus moderat zu gestalten, um die Weckwirkung nicht so abrupt und kraß zu machen.

Man könnte tatsächlich über die große weite Welt sehr lang und sehr breit reden, wie das auch geschehen ist, man könnte als Europäer über die Wahnsinnigen, die Verrückten im Osten reden, die aufeinander losschlagen ohne erkennbares Motiv, man könnte über die intensive Bedrohung auch Europas und des Weltfriedens durch derartige unerklärliche Ausbrüche sprechen; es ist einfach zuviel der Thematik, die hier auf einen zukommt.

Ich will mich auf einige wesentliche Schwerpunkte beschränken. Dies ist umso leichter, da wenig Kontroversielles in den Wortmeldungen meiner beiden Vorredner vorhanden war, die zu wiederholen ich mir und auch Ihnen ersparen möchte. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Khol.)* Herr Kollege Khol, Sie werden sicher Gelegenheit finden, das Kontroversielle in der Ihnen eigenen markanten Art darzubringen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Der gegenständliche Bericht, meine Damen und Herren, ist schon deshalb positiv zu bewerten, weil er von echtem Engagement zeigt ebenso wie von realistischen Augenmaß. Er zeigt die Möglichkeiten der österreichischen Friedensbemühungen auf, aber auch deren Grenzen. Auch die hier die Grundlage bildende Philosophie entspricht den Vorstellungen der Freiheitlichen. Das gilt ganz allgemein mit Blick auf den seit jeher mitgetragenen Begriff der aktiven Neutralitätspolitik, aber auch in bezug auf die ausdrückliche Betonung der Notwendigkeit einer adäquaten Landesverteidigung beziehungsweise einer glaubhaften Verteidigungsbereitschaft.

Mit großer Wahrscheinlichkeit ist der

**Probst**

Gedanke abzuweisen, Österreich selbst als solches könne das Ziel einer Aggression sein. Wir jüngeren Österreicher können uns das einfach nicht vorstellen, wir wollen uns das auch nicht vorstellen.

Aber es geht hier im wesentlichen — und ich will dieses große Kapitel ebenfalls mit einem Satz, man verzeihe mir das, streifen und abtun — um die Aufgabe Österreichs, für niemanden eine Abkürzung darzustellen. Ich glaube, auch das ist über die Parteien hinweg Konsensgrundlage eines derartigen Friedensberichtes des Außenministeriums.

Es ist weiters nicht bekannt, ob auch die Opposition bereit ist, das zuzugeben, was ich jetzt sage. Aber dieser Bericht enthält eigentlich ein Stück jener außenpolitischen Doktrin, die von der ÖVP in der letzten Gesetzgebungsperiode so vehement gefordert wurde (*Abg. Dr. Etmayer: Ihr wart ja dagegen!*), wenngleich nur in einer Form, in einem Weg, weil es eben nur ein Stück ist, weil wir uns hier ja einig sind in jener Form, die uns Freiheitliche auch nicht stört. Wenn es hier um Grundsätze, um Grundlagen geht, die aus einer ethischen Grundhaltung, aus einer Gesinnung kommen, dann gibt es überhaupt keine Notwendigkeit, eine Doktrin daraus zu machen, denn darüber sind wir uns ja einig.

Aber im wesentlichen ist es Ihnen ja um die Festschreibung eines starren außenpolitischen Weges gegangen, lieber Kollege Etmayer, und dagegen mußten wir uns aus Gründen der Realitätsbezogenheit wehren, denn das Träumen darf man nicht selbst tun, sondern sollte man den anderen überlassen, wenn man überleben will.

Der Bericht bietet einen guten Überblick über die Friedensbemühungen unseres Landes, die ein durchaus ansehnliches und respektables Gesamtbild ergeben. Nicht erst heute erkennen und anerkennen wir, daß die österreichische Außenpolitik eine Linie hat, und zwar eine solche, die wir Freiheitlichen ohne weiteres mitvollziehen können.

Diese Linie ist auch sichtbar in der Mitarbeit Österreichs in internationalen Organisationen, wo sich Österreich einen respektablen Ruf verschafft hat. Auch Österreicher sind es, die in vielen namhaften Positionen tätig sind und tätig waren. Ich erinnere an den eben erst durch persönliches Pech, durch ein wenig Ungeschick nach fünfjähriger Amtszeit ausgeschiedenen Generalsekretär des Europarates, Dr. Karasek. Ich erinnere aber auch den zehn Jahre lang tätig gewesenen Generalse-

kretär der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim. Ein Blick auf die derzeitige Situation der UNO klärt uns ein wenig über die Effizienz seiner dortigen Tätigkeit auf.

Der Friedensbericht der Bundesregierung ist aus freiheitlicher Sicht nicht nur gut formuliert, er macht auch noch etwas anderes deutlich: Der österreichischen Außenpolitik ist im Laufe der Jahrzehnte ein ansehnliches Maß an Gediegenheit, an Kontinuität zuge wachsen. Sie trägt nachgerade ein Markenzeichen.

Ich glaube, das wesentlichste Problem — und das ist hier zu wenig deutlich herausgestrichen worden —, das uns, global gesehen, in Zukunft bewegen wird, das allerwesentlichste Problem in diesem Bezug ist der Nord-Süd-Konflikt. Wir können sicher niemals mit Frieden in der Welt rechnen, solange wir diese Probleme der Differenz zwischen der Erst- und der Drittwelt, der Viertwelt nicht gelöst haben, solange wir uns nicht der Bedeutung dieser Problematik wirklich mit dem notwendigen Augenmaß — und hier meine ich natürlich nicht nur Österreich, sondern die Welt — zugewandt haben.

Es ist dies, auch in diesem Friedensbericht so anerkannt, ein hohes Konfliktpotential, ich würde sagen, das höchste Konfliktpotential überhaupt. „Das österreichische Engagement für eine neue Weltwirtschaftsordnung ist somit nicht nur ein Gebot internationaler Solidarität mit den ärmsten Staaten dieser Erde, sondern darüber hinaus auch ein Beitrag zur Friedenssicherung.“ — Ebenfalls ein wörtliches Zitat.

In dem Zusammenhang wurde hier schon geredet, und es wird auch in den Medien sehr viel geredet über die Situation in Lateinbeziehungsweise Mittelamerika. Ich will auch hier mit der gebotenen Kürze vorgehen und nicht wiederholen.

Besonders interessant ist in dem Zusammenhang die Tatsache, daß sich die Präsidenten der Christdemokratischen Internationale, der Liberalen Internationale und der Sozialistischen Internationale am 10. April 1984 in Rom getroffen und eine einvernehmliche Schlußformel gefunden haben, die in kurzen Sätzen eine völlige Übereinstimmung in der Diagnose beinhaltet, nämlich daß das dort weniger ein Ost-West-Konflikt ist, sondern daß zum Großteil die seit langem etablierten wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten die Ursache für die Probleme dort sind.

**Probst**

Deutlich ausgesprochen wurden auch eine Solidarisierung mit der Contadora-Vereinigung und die Unterstützung von deren Bestrebungen, die Kenntnisnahme der Erklärung der nicaraguanischen Regierung betreffend freie und allgemeine Wahlen in diesem Jahr und die Begrüßung dieser Entscheidung als wichtigen Schritt in Richtung politischer Pluralismus und demokratische Zukunft und eine Anerkennung der Schlüsselrolle der Vereinigten Staaten, also der USA, in Mittelamerika.

Hier sind die Meinungen etwas geteilt gewesen. Wesentlich ist, daß sich Amerika dieser Schlüsselrolle bewußt zu sein hat. Es wurde dort eine Empfehlung ausgegeben, daß sich Amerika aus militärischer Intervention herauszuhalten hat und sein Wirtschaftspotential, sein Friedenspotential einzusetzen hat, um diesem Land zu helfen. Und daß Amerika entscheidend helfen kann, wenn es den richtigen Weg geht, wissen wir Europäer nach dem Zweiten Weltkrieg.

Aber einen noch deutlicheren Appell an die mächtigste Demokratie der Welt erhielten die USA vom LI, vom Liberalen Internationalen Kongreß 1983 in Stockholm mittels der Mittelamerika-Resolution. Darin wird die USA gedrängt, der Contadora-Initiative echte Unterstützung zu gewähren.

Ein weiterer Krisenherd im Weltgeschehen, eng verknüpft mit dem von mir angedeuteten Nord-Süd-Konflikt — da geht es auch um die krasseste Form der Distanz beziehungsweise des Unterschiedes zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern —, ist Afrika. Dort geht es aber auch um einen Ost-West-Konflikt, wie Sie ja alle wissen.

Dort haben wir einen Krisenherd, das ist die Republik Südafrika. Dort gibt es Rassendiskriminierung. Und ein Drittel der Verhandlungszeit der UN-Vollversammlung beschäftigt sich mit dieser Rassendiskriminierung, und es wurde noch immer keine Lösung gefunden.

Nun haben sich überraschende Aspekte ergeben. In Paris hat sich in der vorigen Woche der Präsident des übernationalen Afrikanischen Olympischen Komitees Anani Mathia etwa in der Richtung geäußert, die schwarzafrikanischen Staaten wollen den Boykott gegen die Südafrikaner beenden, weil sie gesehen haben, daß diese Boykottmaßnahmen auf die Dauer nichts fruchten und sich nach längerer Zeit als Bumerang für die schwarzafrikanischen Staaten ausgewirkt

haben. Das gleiche hat er über die Wirtschaft ausgesagt, und er hat sein Interview beendet mit den Worten: „Wir sind zum Dialog bereit.“

Nun war aber von allen Boykotts gegen Südafrika sicher mit Abstand der Sportboykott am wirksamsten. Der Wirtschaftsboykott wurde immer durchbrochen. Von 52 afrikanischen Staaten — inklusive Südafrika — haben 49 heute intensivsten Handel mit Südafrika. Die Satellitenstaaten um Österreich herum haben jeder einzelne mehr Handelsbeziehungen mit Südafrika als Österreich selbst. Ich verweise auf ein Beispiel: auf das Waffenembargo über Südafrika Ende der sechziger Jahre. Heute ist Südafrika einer der bedeutenden Waffenexporteure der Welt. Also der Wirtschaftsboykott wurde immer durchbrochen und wird auch immer durchbrochen werden. Sich darüber Illusionen zu machen, ist, glaube ich, sinnlos.

Man sollte sich die Sache einmal von der anderen Seite ansehen, über den Sportboykott. Dieser war sehr wirksam. Die erste Wirkung, die dieser Sportboykott gezeigt hat, war die Tatsache, daß vor acht Jahren, im Jahre 1976, die Regierung in Südafrika den südafrikanischen großen Sportorganisationen, inklusive dem Olympischen Komitee, Autonomie zugestanden hat, völlige politische, rassische Autonomie. Das heißt, es gilt für diese Sportorganisationen die Apartheid und die Rassendiskriminierung nicht.

Und siehe da — ich war vor kurzem unten, und es ist anzuerkennen —: Es gibt im Sport in Südafrika keine Rassendiskriminierung mehr. Wenn Sie sich die Teams, die für die Olympischen Spiele jedesmal in beharrlicher Hoffnung nominiert werden, anschauen, dann werden Sie sehen, daß sie heute etwa schon gleichermaßen aufgeteilt sind, in Schwarz und Weiß. Das heißt, Schwarze, Farbige, Inder und Weiße sind in diesen Teams vertreten.

Ich habe auch die südafrikanischen Leichtathletikmeisterschaften gesehen. Ich habe dort tatsächlich „Rassendiskriminierung“ — unter Anführungszeichen — nur am zweiten Tage gesehen, als das Ergebnis in den längeren Disziplinen, über 5 000 Meter und 10 000 Meter, eine echte Diskriminierung der Weißen dargestellt hat, weil die Schwarzen immer die ersten sechs Plätze belegten.

Berührt hat mich das Szenarium nach diesen Rennen. Da hat sich nämlich gezeigt, wie es auch geht, als schwarze Sportler weißen begeistert auf die Schultern klopfen und

**Probst**

umgekehrt. Es geht so und es zeigt sich langsam.

Ich glaube auch, daß die Experimente — wie immer man dazu steht — mit Bophuthatswana, Venda, Ciskei und Transkei eine wesentliche Funktion haben. Sie sollen den übrigen Weißen in Südafrika zeigen, daß es auch in Südafrika möglich ist, in diesem Staat in Enklaven möglich ist, daß Schwarz und Weiß friedlich miteinander leben und kooperieren. *(Abg. Dr. Khol: Wollen Sie damit die Apartheid rechtfertigen?)*

Herr Kollege Khol! Wenn Sie mir genau zugehört haben, werden Sie auch meinen ersten Satz gehört haben. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß Sie ein so extrem schlechtes Kurzgedächtnis haben, denn es ist keine zwei Minuten her, daß ich gesagt habe, in Südafrika herrscht Rassendiskriminierung.

Wenn Sie die Frage beantwortet haben wollen: Nein. Wir Freiheitlichen lehnen die Apartheid ab. Sie ist illiberal, sie entspricht nicht dem, was wir uns unter Menschenrechten vorstellen. Wir stehen hundertprozentig auf dem Boden der Europäischen Menschenrechtskonvention. *(Abg. Dr. Khol: Danke!)*

Aber ich will etwas anderes abwenden, und wenn Sie Lust haben, zuzuhören *(Abg. Kraft: Lust nicht mehr!)*, werden Sie gleich hören, was ich abwenden will.

Es hat im vorigen Jahr in Südafrika bemerkenswerte Änderungen gegeben: Es hat dort ein Referendum über eine neue Verfassung gegeben, das ein Dreikammersystem vorsieht, eine Kammer für Inder, eine Kammer für Mischlinge und eine Kammer für Weiße.

Selbstverständlich ist der erste Einwand eines jeden von uns der, daß das ja wieder eine Festschreibung der Rassentrennung ist.

Nun ist es aber so, daß sowohl die Inder als auch die Mischlinge sehr wohl in diese Kammer hineingehen werden — am 28. August sind die Wahlen —, weil sie das Argument gebrauchen: Dieses Kammersystem gibt uns die Möglichkeit, die Apartheid von innen zu bekämpfen beziehungsweise unsere Anliegen und Rechte von innen durchzusetzen. — Das ist der eine Standpunkt.

Der zweite Standpunkt ist der, den ich schon zitiert habe. Immerhin 50 Prozent der Studenten der Witwatersrand-Universität in Johannesburg in Südafrika, der größten Uni-

versität des Landes — an dieser Universität sind 14 Prozent Nichtweiße, wie es dort heißt —, haben sich gegen das Referendum ausgesprochen, im Rahmen der UDF, mit der Begründung, daß das eine Festschreibung der Rassendiskriminierung ist. Das heißt, daß 50 Prozent der kommenden Führungsschicht in diesem Staat, und zwar der weißen Führungsschicht in diesem Staat, absolut nicht mehr für die Apartheid zu haben sind, sich absolut mit ihrer Unterschrift, die jedermann nachprüfen kann, gegen die Apartheid aussprechen.

Ich sehe also nicht ein, warum Sie mir, um einen Gag zu landen, als Europäer diese Frage stellen. *(Abg. Dr. Khol: Es war kein Gag!)* Es ist ja leicht, von hier aus mitzureden, wenn es um ein fernes Land geht.

Also die Führungsschicht von morgen hat ein deutliches Signal gesetzt und erklärt sich schon dagegen. Das halte ich für ein ganz wesentliches Faktum.

66 Prozent der Weißen haben trotz heftigster Gegenpropaganda, trotz der offensichtlichen Nachteile dieser neuen Verfassung dieses Referendum unterschrieben. Es gibt also seither viel Hoffnung dort, aber natürlich auch viel Verbitterung.

Ich habe Gelegenheit gehabt, mit vielen Menschen zu sprechen. Interessant sind natürlich im wesentlichen nur jene, die gegen die derzeitige Regierung und gegen das System eingestellt sind, die auch Verfolgungen erlitten haben. Einer davon ist der Chairman of the Committee of Ten in Soweto bei Johannesburg, das ist Dr. Motlana. Es ist ein Schwarzer, ein Arzt, er hat Haftstrafen verbüßt, weil er Mitglied des ANC war, des African National Congress. Seine beiden Söhne müssen aus dem gleichen Grund, weil sie sich auch betätigt haben, im Ausland studieren.

Aber Dr. Motlana hat mir zwei wesentliche Fragen beantwortet. *(Abg. Dr. Khol: Das hat mit dem Frieden nichts zu tun!)*

Das hat mit Frieden zu tun, Herr Dr. Khol. *(Abg. Dr. Etmayer: Gehört das zum Frieden oder zum Unfrieden?)* Es müßte Ihnen möglich sein, den Zusammenhang herzustellen. *(Abg. Graf: Wenn Sie uns ein bißchen Zeit lassen, werden wir es begreifen!)*

Er tritt an die Welt heran mit der Bitte, im wesentlichen mit den Boykottmaßnahmen aufzuhören, weil sie gerade sein Volk, die Schwarzen, treffen. *(Abg. Graf, zu Abg. Dr.*

**Probst**

*Ettmayer gewendet: Sei ruhig, er redet von den „Schwarzen“!*

Ich glaube — und damit bin ich schon am Ende —, man sollte sich die Frage überlegen. Man sollte objektiv, ohne das allzu scherzhaft zu sehen (*Abg. Graf: Ich habe mit mir gescherzt!*) über diese Situation nachdenken. Man darf und soll als Europäer, als Österreicher mit keinem Wort auf den Rassismus setzen. (*Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.*)

Aber das, was mich ernstlich ängstigt in diesem Zusammenhang, ist das letzte Gespräch gewesen, das ich mit dem führenden Abgeordneten der reaktionärkonservativen Partei dort geführt habe, der mir folgendes gesagt hat:

„Wir sind so quasi die biblischen Hüter der Apartheid. Das, was die jetzige Regierung Botha macht, sind Linksabweichungen. Die wollen die Macht mit den Schwarzen teilen. Sie werden sehen, daß das international überhaupt nicht anerkannt wird. Sie werden sehen, daß es der Welt überhaupt nicht um die Menschenrechte in unserem Land geht. In unserem Land gibt es keine Schwarzen, die verhungern, im Gegensatz zu den 15 Millionen, die im übrigen Schwarzafrika verhungern. Und dann werden wir zu den Menschen in diesem Land gehen und ihnen sagen, daß dieser Weg falsch war und nicht von Gott gewollt. Wir werden die Mehrheit erringen und wir werden die alten Zustände wieder einführen.“

Meine Damen und Herren! Wenn das passiert in Südafrika, dann endet dieser Subkontinent in einem Meer von Blut und Elend. Und der Accord von Nkomati, jener Vertrag zwischen Mosambik und Südafrika und jener zwischen Swasiland und Südafrika, erregt deshalb unser aller Erstaunen, weil er von den übrigen schwarzafrikanischen Staaten die volle Zustimmung erfahren hat.

Ich glaube, es liegt an uns, darüber nachzudenken, ob nicht die Zeit gekommen ist, in dieser Richtung ein Zeichen zu setzen. Darüber nachzudenken sind wir aufgerufen! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 19.01

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Lanc.

19.01

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten **Lanc:** Herr Präsident! Hohes Haus! Berichte reflektieren die Vergangenheit.

Gerade in Fragen des Friedens ist die Analyse der Vergangenheit wichtig, aber die Idee für die Zukunft noch wichtiger. Daher zwei Bemerkungen zu Problemen im Zusammenhang mit der Friedensproblematik, die häufig und noch häufiger kontroversiell diskutiert werden.

Zuerst zur Frage des Gleichgewichts und seiner Auswirkung auf die Friedenssicherung.

Die Beurteilung, meine Damen und Herren, des militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West erfordert weitreichende Informationen über die Rüstung und die Militärstrukturen der Pakte, über die Österreich bisher nicht verfügt hat. Die österreichische Initiative bei den Vereinten Nationen, durchgeführt vom Bundesminister Dr. Pahr zur Zeit des NATO-Nachrüstungsbeschlusses, zur Verbesserung des Informationsflusses über militärische Kraftverhältnisse verfolgte daher auch den Zweck, allen Staaten die Beurteilung des militärischen Gleichgewichtes überhaupt zu ermöglichen. Im österreichischen Interesse liegt es jedenfalls, daß das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West gewährleistet ist — und dies auf einem möglichst niedrigen Rüstungsniveau.

Eine Beschränkung des Gleichgewichtsbegriffs auf den ausschließlich militärpolitischen Bereich hat sich — das beweist die Vergangenheit — als unzureichend erwiesen. Eine derartige Beschränkung führte bisher zu einem automatischen Nachvollziehen jedes Rüstungsschrittes der anderen Seite, somit also zur Rüstungsspirale.

Um das militärische Gleichgewicht — ich sage noch einmal: auf einem möglichst niedrigen Niveau — abzustützen und um gleichgewichtserhaltende weitere Abrüstungsschritte zu ermöglichen, muß ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung nicht nur der eigenen, sondern der Sicherheit aller anderer Staaten auch vorhanden sein. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ein breitgefächertes Netz von Beziehungen auf allen anderen Gebieten zwischen den Staaten muß ihnen zusätzliche Sicherheiten im nichtmilitärischen Bereich geben. Darin besteht nicht zuletzt die Bedeutung des Entspannungsprozesses.

In diesem Sinne setzt Österreich den Begriff „Gleichgewicht des Schreckens“, der lange Zeit hindurch verwendet wurde, um die Rüstungsbalance der Atomrüstung in der

**Bundesminister Lanc**

Welt zu rechtfertigen, den Begriff „Gleichgewicht der Vernunft“ entgegen (*Beifall bei der SPÖ*), wie ich das bei der Stockholmer Konferenz im Jänner ausgeführt habe.

Nun zu einem zweiten Problem, zu dem der Verifikation, der Beobachtung, der Kontrolle von Rüstungskontrollabkommen.

Grundsätzlich müssen nach österreichischer Auffassung Rüstungskontrollabkommen hinreichend auf ihre Einhaltung überprüfbar sein.

Zwei Konzepte der Verifikation stehen in der internationalen Debatte im Vordergrund: Das eine sind die National Technical Means, also die Verifikation durch nationale Beobachtungssysteme, durch Funkaufklärung, Radar, Satelliten und so weiter, das zweite sind die Inspektionen vor Ort, also dort, wo entsprechende Kontrollen der Militärbewegungen oder -einrichtungen vorgenommen werden sollen.

Es wird bei jedem Rüstungskontrollabkommen darum gehen, eine hinreichende Kombination dieser beiden Verifikationskonzepte zu finden, die eine ausreichende Überprüfbarkeit der Einhaltung des Abkommens sicherstellt und andererseits dem Umstand Rechnung trägt, daß gewisse militärische Bereiche in allen Staaten wohl noch auf einige Zeit einer Geheimhaltung unterworfen sein werden.

Neutralen und blockfreien Staaten, meine Damen und Herren, käme bei Fragen der Verifikation eine besondere Rolle zu. Kontrolle und Inspektion ohne Mißtrauen wegen Spionage könnte für beide Paktsysteme überlegenswert sein. Österreich hat beispielsweise wertvolle Erfahrungen bei der Verifikation von Truppenabbau im Auftrage der Vereinten Nationen im Nahen Osten und auf Zypern sammeln können.

Die Beschäftigung österreichischer Wissenschaftler, Militärs und Außenpolitiker mit Problemen der Rüstungskontrolle auch in Bereichen, wo Österreich nicht direkter Teilnehmer an Verhandlungen ist, dient daher auch dem Zweck, jene Experten heranzubilden, die erforderlich sein würden, wie wir hoffen: sein werden, falls neutrale Staaten bei der Verifikation von Rüstungskontrollabkommen eine Rolle bekommen sollten. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 19.08

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Cap.

19.08

Abgeordneter Cap (SPÖ): Hohes Haus! Herr Präsident! Ich glaube, daß es ein Erfolg der Friedensbewegung und ein Erfolg natürlich auch der Regierung ist, daß sie diesen Friedensbericht heute hier vorlegen kann. Ich glaube, daß es wichtig ist, hier in diesem Rahmen, im Parlament, darüber zu diskutieren und daß wir uns bemühen, einige Punkte, die vielleicht noch nicht so klar hier diskutiert wurden, näher aufzuarbeiten.

In der letzten „Furche“ findet man ein sehr interessantes Interview mit Henry Kissinger, der ja längere Zeit Außenminister der Vereinigten Staaten war und daher im Zentrum der Entscheidungen gestanden ist — wahrscheinlich einer der Gründe, wieso er einen so hohen Preis für seine Referate verlangen kann. Aber er sagt hier sehr deutlich, daß die derzeitige Reagan-Regierung zwei Handikaps zu bewältigen hat: die allzu muskelfletschende Sprache des ersten Jahres und eine gewisse Lässigkeit beim Organisieren des außenpolitischen Entscheidungsprozesses.

Ich glaube, daß hier eine der Wurzeln für das Entstehen der Friedensbewegung in vielen, vielen Ländern dieser Welt zu finden ist. Eine der Wurzeln, ich sage das ganz bewußt. Es gibt andere Wurzeln auch noch: Eine tief-sitzende Angst vor dem Aufrüsten, das auch nicht mehr kontrollierbar ist und kontrollierbar war, wie es vielleicht in gewissen Entwicklungsphasen der Fall gewesen ist, aber eine Angst, die man ernst nehmen muß und die, wie ich glaube, auch ernstgenommen wird, indem die Regierung hier durch einen eigenen Bericht verdeutlicht, daß es für sie ein besonderes Anliegen ist, für Frieden, Abrüstung und Entspannung auch wirklich Initiativen zu setzen. Sie hat in der Vergangenheit Initiativen gesetzt, und der Friedensbericht beweist, daß sie auch in Zukunft vorthat, weiterhin Initiativen zu setzen.

Aber ich glaube, daß es ein Zusammenspiel geben muß zwischen dem Agieren von Regierungen und dem Agieren von außerparlamentarischen Bewegungen, wie es die Friedensbewegung war, und wie es die Friedensbewegung zum Beispiel auch heute ist, insofern ein Zusammenspiel, als hier die Möglichkeit gegeben wird, daß die Ängste, die vorhanden sind, sich auch politisch ausdrücken können, sich auch kulturell ausdrücken können, und weil die Friedensbewegungen vielleicht den Sachzwängen, die in den Institutionen und die in den Regierungen vorhanden sind, etwas an Gegenkraft durch Öffentlichkeit und durch Bewegung entgegensetzen können.

## Cap

Daher ist es so positiv, daß die Friedensbewegungen in diesem Friedensbericht auch zitiert werden.

Nun zum Streit, der vielerorts darüber geführt wurde. Ich will Ihnen nicht noch einmal die alten Argumente aufwärmen, die immer wieder gebracht wurden: Friedensbewegung einäugig hier, Friedensbewegung einäugig dort.

Wenn wir die Formulierungen der diversen Plattformen noch einmal geistig Revue passieren lassen, dann werden wir sehen, daß es natürlich eine sehr heterogene Friedensbewegung ist in Österreich — und daß es natürlich sehr viel unterschiedliche Kräfte darinnen gibt. Aber ich sage: Gerade die Sozialisten in dieser Friedensbewegung haben sich bemüht, daß es keinen Hegemonieanspruch, woher auch immer er kommen mag, in dieser Friedensbewegung gibt — natürlich auch nicht den eigenen —, sondern möglichst eine partnerschaftliche Kooperation in harter Kritik, in harter ideologischer Auseinandersetzung, in harter politischer Auseinandersetzung, aber geeint auf ein Ziel, in eine Richtung, nämlich das diese Friedensbewegung beim Kampf für den Frieden, für Abrüstung unterstützt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Auch mit Kommunisten?)* Auf Ihr Thema komme ich in einem Spezialpassus, weil ich gewußt habe, Sie werden mir damit sicher heute kommen! Ich lasse mir aber das Konzept jetzt nicht durcheinanderbringen. *(Zwischenruf des Abg. Graf.)* Gerade bei der Friedens- und Abrüstungspolitik ist das Konzept sehr, sehr wichtig! *(Abg. Graf: Eigentlich überall!)* Gerade da ist es besonders wichtig, denn gerade da ist die Sache besonders gefährlich, Herr Abgeordneter Graf! *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Graf.)* Wenn Sie einmal radioaktiv strahlen, wird es auch für Sie zu spät sein, Herr Abgeordneter Graf! Das möchte ich Ihnen nur sagen. *(Abg. Graf: Wenn, dann komme ich Sie besuchen, damit Sie etwas davon haben, Herr Cap! — Heiterkeit.)* Bitte nicht, bitte nicht!

Lassen wir die entscheidenden Stellen der drei Plattformen, die es da gegeben hat, Revue passieren.

15. Mai 1982: Friedensmarsch — Othmar hat ja dort auch gesprochen. — Hier steht: „Keine weitere Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen als erster Schritt zur Errichtung eines atomwaffenfreien Europas“.

22. Oktober 1983: Friedensmarsch: „Nein

zur Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles“ — „Abbau aller bereits bestehender atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa (SS 4, SS 5, SS 20)“ — also alle russischen Raketen werden da dezidiert aufgezählt — „die französischen und britischen Systeme et cetera“.

Friedenswoche 13. bis 20. Mai 1984: „Stopp der Stationierung US-amerikanischer Pershing 2 und Cruise Missiles sowie der im Gegenzug aufgestellten sowjetischen Kurz- und Mittelstreckenraketenysteme, Rücknahme aller neu stationierten Raketenysteme — gleichzeitig in West und Ost.“ — „Abbau aller bereits bestehender atomarer Mittelstreckensysteme,“ und so weiter, und so fort.

Ich habe nur die drei Zitate herausgenommen. Es ist eine ganze Palette in der Plattform. Man kann das eine oder andere kritisieren, man kann kritisieren, daß das eine oder andere nicht in der Plattform ist, aber es ist hier das Bemühen von Ausgewogenheit. Und es gibt keinen in Österreich, der bereit wäre, zu sagen: Mir macht es Spaß, durch die eine Rakete getötet zu werden, und gegen die andere Rakete kämpfe ich, denn da macht es mir keinen Spaß! Das wäre eine absurde Haltung, und daher glaube ich, die Formulierungen sind vom Willen getragen, möglichst nach beiden Seiten den Wunsch nach Abrüstung auch wirklich zu artikulieren.

Und ich sage ganz bewußt, daß es für die Friedensbewegung auch wichtig ist, Solidarität mit anderen Friedensbewegungen zu üben. Da meine ich „Schwerter zu Pflugscharen“ zum Beispiel.

Ich meine auch, daß es der Friedensbewegung gut tut, wenn sie klar sagt, daß sie gegen diese Repressionen, die gegen Sacharow im Moment laufen, auftreten wird. Ich werde am Sonntag beim Friedensplenum, wenn wieder über die weitere Vorgangsweise diskutiert wird, auch das zur Diskussion stellen und einbringen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man einfach sagt: Nein uns ist das Schicksal eines Menschen wie Sacharow einfach egal!

Damit will ich nur sagen: Das Mißtrauen gegen Bewegungen, die außerhalb von Parlamenten sind, die aber ein Bestandteil einer parlamentarischen Demokratie sein müssen, dieses Mißtrauen muß abgebaut werden! Ich glaube, daß man versuchen muß, sie in unsere politischen Überlegungen zu integrieren. Und für diejenigen, für die nur Quantitäten zählen: 70 000 am 15. Mai 1982, 100 000 am 22. Oktober

**Cap**

1983, Zehntausende in der Friedenswoche. Das sind Zahlen, die jeden in irgendeiner Form überzeugen sollten und die jeden in der Richtung beeindrucken sollten, daß er auch weiß: Hier war sicherlich Pluralität und Ausgewogenheit vor allem auch durch die Teilnahme garantiert. (*Ruf bei der ÖVP: Nicht in diesem Jahr!*) Sie meinen, es war ein schlechter Jahrgang, oder was? — Herr Abgeordneter! Ich glaube, gerade auch in diesem Jahr war dieses Bemühen davon getragen. Und wenn Sie die Plattform kennen — ich habe gerade einen Teil zitiert —, meine ich, daß das eine sehr sinnvolle, konstruktive Weiterentwicklung war. Aber es ist einzelnen auch unbenommen zu sagen: Mir gefällt die Plattform nicht! Es gibt Teile aus ihrer Partei, es gibt Teile auch aus dem katholischen Bereich, die das schon geäußert haben. Ich meine, man sollte hier einen Diskussionsprozeß in Gang setzen, um hier wieder eine gemeinsame neue Plattform zu finden, die es ermöglicht, daß die Pluralität und die Breite garantiert ist.

Aber lassen Sie mich noch einige Gedanken hier einbringen. Vor allem habe ich mich auf amerikanische Quellen, auf seriöse amerikanische Quellen gestützt, vor allem aus dem Bereich der Demokratischen Partei und auf ehemalige Mitarbeiter diverser Regierungen; deswegen auf amerikanische Quellen, weil ich glaube, daß sie natürlich den höchsten Glaubwürdigkeitswert haben.

Zum Beispiel die Diskussion über die Frage der Überlegenheit. Man könnte jetzt stundenlang darüber reden. Nur in kurzen Sätzen: Es ist nicht nur eine quantitative Frage, es ist natürlich auch eine qualitative Frage. Und es ist vor allem auch die Frage: Wo kann ich welches Waffensystem stationieren, mit dem ich wie, mit welcher Treffergenauigkeit und welcher Geschwindigkeit die eine oder andere Wirkung erzielen kann? Ähnlich wie die Pershing 2- und Cruise Missiles-Stationierung in Westeuropa 1983 für die UdSSR, war natürlich für Amerika und für Kennedy 1962 ganz entscheidend zu verhindern, daß die Sowjetunion ihre Raketen auf Kuba stationiert hat. Damals haben sie gesagt: Wenn das passiert, dann ist das der Fall der Konfrontation und der Auseinandersetzung! Und das war eine Drohung mit massiver atomarer Vergeltung. Damals konnten die Amerikaner das, weil sie auch überlegen waren.

Die Zeiten haben sich geändert, und es war natürlich möglich, daß die Sowjetunion aufholen konnte. Und sie hat aufgeholt. Sie hat quantitativ aufgeholt, sie hat natürlich auch

qualitativ aufgeholt. Aber trotzdem sagt zum Beispiel ein langjähriger Technischer Direktor des CIA, Herbert Scoville, in einem Buch, das 1981 erschienen ist: „Prescription for disaster“, daß die USA in ihrer gesamten Abschreckungsfähigkeit den Streitkräften der Sowjetunion weit überlegen ist“. — Amerikanisches Zitat. Ehemaliger Technischer Direktor des CIA. Ist aber wichtig in der Diskussion, weil immer wieder gesagt wurde: Einäugigkeit, Antiamerikanismus, wenn man kritisiert, daß die USA überlegen ist. Das hat mit Antiamerikanismus nichts zu tun. Im Gegenteil: Der engste Bündnispartner für die europäische Friedensbewegung ist die amerikanische Friedensbewegung. Ein enger Bündnispartner für die Friedensbewegungen in Europa ist zum Beispiel die Gruppe, die versucht, freeze durchzusetzen, ist Edward Kennedy, ist M. Hatfield und sind viele andere, die sich bemühen, im Kongreß, im Repräsentantenhaus und so weiter eine Umorientierung zu erreichen.

Nur leider haben sie wieder verloren. Im „Kurier“ von morgen liest man, das Aufstellen der Pershing 2 in Europa geht weiter. Leider haben sie wieder verloren. Das bedeutet aber nicht, daß man resignativ sein soll, sondern es bedeutet, daß man dieses Ziel weiterverfolgen soll. Ich habe am Anfang Henry Kissinger zitiert. Dieser Henry Kissinger hat bereits 1957 in einem Buch — es heißt „Kernwaffen und Auswärtige Politik“ und ist jetzt auch in deutsch im Oldenburg-Verlag, 1974, erschienen — folgendes gesagt: „Für Kissinger war eine glaubwürdige atomare Bedrohung erst wieder zu erzielen durch den begrenzten Atomkrieg“ — Zitat — „als ein geeigneteres Abschreckungsmittel als den konventionellen Krieg.“ Und damit es keine Irrtümer gibt, fügt er noch hinzu, „daß eine Politik des begrenzten Atomkriegs auch nicht als Mittel aufgefaßt werden darf, das uns instand setzt, unsere Bereitschaft für den totalen Krieg zu vermindern“.

Ich unterstelle Kissinger jetzt nicht, daß er den begrenzten Atomkrieg führen will. Aber was ich unterstelle und was ich, glaube ich, mit Recht unterstellen kann — das ist ja die Bestätigung des Kissinger-Zitates vom Anfang —, das ist, daß man mit diesen Reden natürlich Angst schafft und daß man mit diesen Reden auch zugleich eine neue Abschreckungskonzeption mitentwickelt. Mit diesen Reden erreicht man, daß viele Wissenschaftler, aber auch viele Militärstrategen folgende These vertreten, Sie sagen: Wir müssen Waffensysteme haben, mit denen wir glaubwürdig mit einem begrenzten, mit einem führba-

**Cap**

ren und einem gewinnbaren Atomkrieg drohen können.

Nun sage ich gleich: Darüber wird natürlich auch in der Sowjetunion nachgedacht. Daß sie technisch gar nicht so Schritt halten kann, glaube ich, liegt auf der Hand. Dafür gibt es ja diverse Beweise. Wir brauchen nur an die Entwicklung im Bereich der Mikroprozessoren zu denken. Ein Zitat eines ehemaligen Unterstaatssekretärs belegt das. Er war US-Unterstaatssekretär für Forschung und Technik im Verteidigungsministerium. Von 1977 bis 1980 hat er diese Tätigkeit erfüllt. Perry sagt:

„Obwohl die Sowjets die Lücke in manchen Bereichen geschlossen haben oder dabei sind, sie zu schließen, gilt dies nicht für die allerwichtigsten Technologien, wie etwa die Mikroelektronik.“

Das ist entscheidend zum Beispiel bei der Treffergenauigkeit von Atomraketen, von Sprengköpfen, wenn sie ihr Ziel suchen wollen.

Was ich damit sagen will, ist, daß es ein Wettrüsten gibt — und das ist das Gefährliche! — um die Führbarkeit und Gewinnbarkeit eines Atomkrieges. Jetzt denkt man darüber nach, wie man die jeweiligen Fenster der Verwundbarkeit schließen kann, wie man noch perfektere Verteidigungssysteme errichten kann. Jetzt geht man in den Weltraum. Selbst Minister Wörner war schockiert von den Plänen der Amerikaner, in den Weltraum zu gehen, um mittels Satelliten dort die Sowjetunion „blind“ zu machen. Ich verweise auf die berühmte „Enthauptungsstrategie“, von der die „New York Times“ 1982 berichtet hat.

Es ist gefährlich, in den Weltraum zu gehen und dort zu versuchen, mittels Laserkanonen anreisende mögliche Interkontinentalraketen wegzuzischen. Das steigert die Illusion eines führbaren, begrenzbaren und gewinnbaren Atomkriegs.

Ich will hier ein Zitat von Paul Warnke, dem Salt II-Unterhändler Jimmy Carters, bringen. Er hat das im August 1982 gesagt. Mir scheint das wichtig, weil das ja nicht irgendwer ist. Er charakterisiert dieses Aufrüsten vor allem in seiner eigenen Heimat, indem er sagt:

Das Gerede von der Unterlegenheit der USA zeige, „daß man sich mit keinem nuklearen Gleichgewicht abfinden kann, indem

wir“ — gemeint ist die USA — „nicht eine klare Überlegenheit haben. Sie (die Regierung) ist hinter dem endgültigen Vorteil her. Sie ist hinter der absoluten Waffe her, die uns instand setzt, die Bedingungen der sowjetischen Kapitulation zu diktieren. In anderen Worten: Wir müssen — nach Meinung der Reagan-Regierung — die Fähigkeit haben, einen Atomkrieg zu gewinnen“.

Ich sage gleich: Es gibt auch Zitate des Heeresministers Heinz Hoffmann aus der DDR, der meinte, ein Raketen-Kernwaffenkrieg wäre „nicht der Weltuntergang“. Es „käme“ zwar „besonderes Leid über die kapitalistischen Länder... Das wäre“ aber „ein gerechter Krieg“, sagt er. Daraus spricht eine ebensolche Mentalität, mit der wir uns natürlich nicht anfreunden können.

Generalstabschef Ogarkow spricht ebenfalls von einer Führbarkeit und Gewinnbarkeit eines Atomkrieges. Natürlich gibt es auch andere Kräfte, wie beispielsweise Ponomarew, die sagen, es könne keinen gewinnbaren und führbaren Atomkrieg geben, es könne nur den totalen Atomkrieg geben.

Dies sind alles Dinge, die natürlich die Menschen beschäftigen und mit Angst erfüllen. Aber diese Angst ist berechtigt. Ich weiß schon, wir hier im Parlament sind in einem Rahmen, in dem man nicht so leicht mit Angst erfüllt werden kann. Das ist mir schon klar. Da kann ich mich noch so sehr anstrengen. Aber ich glaube doch, daß hin und wieder ein kleines Aufrütteln auch hier, wenn es schon langsam  $\frac{1}{2}$  8 Uhr wird und ich das Ende meiner Rede finden muß, doch sinnvoll ist. Das sollte uns doch bewegen für diese Themen, damit wir auch versuchen, den Kontakt zur Friedensbewegung zu finden und diesen Bruch, der sich ein bissl zwischen neuen sozialen Bewegungen und etablierter Politik auftut, um es jetzt einmal so zu formulieren, zu überwinden. Es gilt aufzuzeigen, daß wir doch versuchen wollen, gemeinsam etwas für die Friedenssicherung zu tun. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

So bleibt mir nur mehr, zum Schluß darauf hinzuweisen, daß in dem Friedensbericht auch die entscheidenden Fragen angeführt werden, die vielleicht einen Beitrag zur Lösung mancher Probleme leisten können, etwa was die Kontrolle der Produktion, der Lagerung und der Stationierung chemischer Waffen betrifft, was den Atomwaffenstopp betrifft, was den Teststopp und das Stationierungsverbot innerhalb des Weltraumes betrifft. Ich halte das für ganz, ganz wichtig

**Cap**

und will damit nur dokumentieren: Dieser Friedensbericht ist am Puls der Zeit, und ich glaube, daß er ein interessantes und wichtiges Diskussionspapier darstellt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 19.27

Präsident Dr. **Stix**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Karas.

19.27

Abgeordneter **Karas** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe ein bißchen Wehmut nach der heutigen Debatte, weil ich mir nicht dachte, daß man bei einer Friedensdiskussion auf einmal Wertungen vornimmt, wer in diesem Haus mehr für Frieden ist. Wenn der Herr Abgeordnete Jankowitsch sagt, der Sozialismus sei die erste Friedensbewegung, so möchte ich ihm doch eine Antwort geben: Der christliche Friedensgruß „Pax domini vobiscum!“ kommt noch lange vor dem Sozialismus! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn der Herr Kollege Cap als mein Vordränger hier sagt, daß das Bemühen der sogenannten Friedensbewegung von Ausgewogenheit bestimmt ist, so muß ich ihn schon fragen: Warum wurden dazu die Katholische Jugend, die österreichische Gewerkschaftsjugend, der Österreichische Bundesjugendring, die Junge ÖVP und die Österreichische Hochschülerschaft nicht aufgenommen zur Mitarbeit innerhalb dieser sogenannten Friedensbewegung? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich muß ihn auch fragen, warum bei den Abstimmungen in den berühmten Friedensplenartagungen das Wort „Freiheit“ keine Mehrheit in der Plattform fand, warum das Wort „Gewaltfreiheit“ als Strukturelement unserer Gesellschaft keine Mehrheit in dieser Plattform fand.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß wir alle als Demokraten, wenn wir es ehrlich meinen, Teil einer Friedensbewegung sind.

Ich hätte mich gar nicht eingelassen auf diese Wertung. Aber wenn ich das Salzburger Programm der Österreichischen Volkspartei hernehme, so steht als die erste Grundsäule unseres politischen Handelns unser Menschenbild. Und hier steht: Die ÖVP leitet ihren politischen Gestaltungswillen aus einem christlich begründeten Verständnis von Mensch und Gesellschaft ab. Sie hat bedingungslose Ehrfurcht *(Zwischenruf des Abg. Mühlbacher)* — warum sind Sie denn so nervös? — vor dem Leben. Ich füge

hinzu: vor dem geborenen und vor dem ungeborenen Leben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie setzt sich für die in der Erklärung der Menschenrechte zum Ausdruck kommenden natürlichen Rechte des Menschen ein.

Meine Damen und Herren! Wer von diesem Menschenbild ausgeht, der ist auf jeden Fall Teil einer Friedensbewegung, und er läßt sich nicht durch Beschlüsse und durch die sogenannte Friedensbewegung aus der Friedensbewegung ausschließen. Wer sich zu solchen Werten bekennt, wie christliches Menschenbild, Freiheit, Gleichheit und Partnerschaft, meine Damen und Herren, für den ist Frieden nicht nur, wie es jetzt in der letzten Rede angeklungen ist, eine rein quantitative Frage, sondern vor allem eine qualitative und eine Wertfrage. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Präsident der Katholischen Aktion und Vorsitzender des Katholikentages des letzten Jahres Eduard Ploier hat es am Friedenskongreß der Jungen ÖVP am 9. Oktober in Ybbs noch deutlicher gesagt: Wer Freiheit oder Menschenwürde mißachtet, hat kein Recht, sich als Friedensengel aufzuspielen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Friedensbericht — und das begrüße ich, es ging mir in der Rede von Josef Cap leider ab — verbindet die quantitative Seite des Friedens mit der qualitativen, verbindet den Frieden ohne Krieg mit dem Wert der Freiheit.

Ich glaube, daß wir uns gerade bei einer derartigen Diskussion doch vor Augen führen sollten, daß viele Menschen diesen Frieden in Freiheit gar nicht kennen, daß sie diese persönliche Freiheit, daß sie dieses demokratische Staatsgefüge und daher jenen Frieden, den wir meinen, noch gar nicht haben. Jeder von uns lebt in Frieden, in Freiheit und in einer Demokratie.

Und ich möchte hier auch ganz bewußt sagen, auch als junger Mensch: Selbstverständlich ist dieser Zustand aber nicht. 1945 hat es geheißen: Niemals wieder Krieg! Seit diesem Zeitpunkt hat es auf der ganzen Welt 150 Stellvertreter-Kriege gegeben. Nach Camp David hieß es: Niemals wieder Krieg! War der Libanon-Konflikt kein Krieg?

Alle Mitgliedstaaten der UNO unterschrieben Menschenrechtskonventionen und die Schlußakte von Helsinki. Das bedeutete doch niemals wieder Menschenrechtsverletzungen. Der Chefredakteur des „Kurier“, Leitgeb, hat am 18. August 1982 in einer Kolumne

**Karas**

geschrieben: Es zeigt sich, wie wenig belastungsfähig die Hoffnung auf ein „Niemals wieder!“ ist.

Meine Damen und Herren! Ich wollte das an den Beginn meiner Ausführungen stellen, weil dieser Bericht nicht nur einen bilanzierenden Teil hat. Friedenspolitik mit Frieden in Freiheit ist ein ständiger dynamischer Prozeß, den wir nie als abgeschlossen betrachten dürfen (*Beifall bei der ÖVP*), wo wir nie mit dem zufrieden sein können, was wir gerade erreicht haben.

An die Adresse von Josef Cap: Wer vom Frieden redet, muß von Gewalt, von Konflikten, von Ungerechtigkeiten, von Unfreiheiten und von sozialer Ungerechtigkeit auch im eigenen Land reden. Er kann daran nicht vorbei! Nach dem Frieden suchen bedeutet — von unserem Friedensbegriff ausgehend —, sich mit den Not und den sozialen Ungerechtigkeiten, den Unfreiheiten auseinanderzusetzen, sich selbst in seinem Verhalten und Handeln zu kontrollieren und zu korrigieren. Die Definition — wie sie sehr oft von der Linken kommt — des Friedens als Abwesenheit vom Krieg — auch der Bericht stellt etwas anderes dar — oder direkter Gewalt ist unzureichend und schmalspurig. Für den Betroffenen sind jedoch Ungerechtigkeiten und Unterdrückung höchst unbefriedigend, denn sie rauben ihm die Lebenschancen, sie rauben ihm die persönliche Freiheit.

Hohes Haus! Trotz der bereits angeschnittenen Bedeutung des in den letzten Jahren immer stärker werdenden Friedensbewußtseins, trotz des Entwickelns einer Friedensbewegung, zu der wir uns bekennen, geht das Wettrüsten leider ungehindert weiter.

Vor mehr als 40 Jahren wurde die Atom-bombe entwickelt, heute liegen in den Waffenarsenalen, in den Bunkern der Atom-mächte Waffen in der Größenordnung von 1,6 Millionen Hiroshima-Bomben.

Europa ist seit 1945, länger als je zuvor — sehen wir das auch heute — von kriegerischen Auseinandersetzungen verschont. In der Welt tobten seit diesem Zeitpunkt 150 Stellvertreter-Kriege. Trotz aller Bekenntnisse zu Abrüstung und Entspannung — man denke nur an die Schlußakte von Helsinki oder an den SALT-Vertrag — hat sich die Rüstungsspirale durch das Aufstellen der SS-20-Raketen rasend schnell weiterbewegt und die Neuaufrüstung von Cruise Missiles und Pershing 2 provoziert.

Und trotz all dieser Situationen, glaube ich, sollten auch wir hier in diesem Hohen Haus aufgerüttelt sein von der Tatsache, daß die Kosten einer einzigen Interkontinentalrakete ausreichen würden, 20 Millionen Bäume zu pflanzen, eine Million Hektar Boden zu bewässern und 50 Millionen unterernährte Kinder zu ernähren.

In mehr als hundert Staaten der Welt werden grundlegende Menschenrechte mißachtet. Und wir haben uns auch heute zu überlegen — darum geht es halt nicht einfach mit dem Waffenzählen —, daß sich die Qualität der Waffen um ein Vielfaches erhöht hat. Früher hieß es: Aug um Aug, Zahn um Zahn. Wir traten Antlitz gegen Antlitz einander gegenüber und schlugen uns; heute reicht der Druck eines einzigen Knopfes, um diese Welt zu vernichten.

Meine Damen und Herren! Wir sollten daher bei aller Seriosität doch feststellen, daß die Friedensdemonstrationen, so wichtig sie sind, so wichtig es ist, das Bewußtsein in der Öffentlichkeit gegen die Ursachen des Unfriedens zu stärken, kaum wildgewordenen Generälen die Chance nehmen, den Knopf drücken zu können. Daher müssen wir weitergehen, auch im eigenen Lande.

Wir sollten nicht nur bilanzieren, sondern wir sollten uns überlegen — und das müssen Sie jetzt noch ertragen, denn das Wort „Frieden“ hat keine Zeit, hat keine Uhr, wir haben ständig dafür zu arbeiten (*Beifall bei der ÖVP*) —, was wir im eigenen Land selbst tun können. Denn der Friede ist nicht nur in der Ferne gefährdet, sondern auch hier bei uns: durch Intoleranz, durch Ungerechtigkeit und durch den Krieg der Worte.

Hier möchte ich kurz stehen bleiben. Für mich gehört hier hinein sehr wohl auch das Verhalten zwischen den Parteien, für mich gehört hier hinein sehr wohl auch das Verhalten zwischen Andersdenkenden, für mich gehört hier hinein der Abbau von Feindbildern und das Haben von mehr Mut zur geistigen Kontroverse und zu Grundfragen.

Und da hat mich als jungen Abgeordneten schon einiges in letzter Zeit gestört. Dient es wirklich diesem inneren Frieden, dieser Toleranz, dieser Freiheit, wenn Fristsetzungsanträge einfach niedergestimmt werden? Dient es diesem inneren Frieden der gegenseitigen geistigen Auseinandersetzung, wenn wir seit September des vergangenen Jahres über die Jugendarbeitslosigkeit, obwohl wir die sozialen Konflikte, die sozialen Probleme kennen,

**Karas**

die damit zusammenhängen, nicht mehr reden? Dient es der Toleranz, der gegenseitigen Auseinandersetzung verschiedener Meinungen, auch verschiedener Werte, wenn die Konrad-Lorenz-Petition nicht einmal auf die Tagesordnung kommt?

Dient es der gegenseitigen Toleranz und dem inneren Frieden, wenn wir die Versöhnung zwischen Ökologie und Ökonomie nicht inhaltlich forcieren, sondern wir gegenseitig auf die Straße gehen? — Ich glaube nicht! Und daher glaube ich, daß dies Beispiele sind, wo wir auch bei uns selbst zu beginnen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte den Appell an alle richten, auch in der parlamentarischen Diskussion diese Toleranz, diese Versöhnung, diese geistige Auseinandersetzung quer durch alle Parteien stärker über das Trennende zu stellen. Wir sollten diesen Bericht zum Ausgangspunkt dafür nehmen, zu einem Ausgangspunkt zur Umkehr der Herzen, denn diese Umkehr der Herzen auch von Politikern kann nicht mehr länger hinausgeschoben werden; sie muß heute und jetzt beginnen, und ich hoffe, daß man das in der Zukunft spüren wird.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zu einem weiteren Punkt noch etwas sagen. Friede bedeutet nicht nur den Abbau von Waffen, sondern auch Freiheit und umfassende Gerechtigkeit für alle Menschen. Deshalb verlangen wir gerade aus unserem ideologischen Selbstverständnis heraus die Beseitigung von Not und Ungerechtigkeit in der Welt. Nur eine solidarische Entwicklung garantiert das Überleben der Menschheit. Deshalb verlangen wir eine neue Wertschätzung für die Entwicklungshilfepolitik, die hier zu kurz gekommen ist.

Überlegen auch wir uns, wie wir die internationalen Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, einhalten werden, nämlich 0,7 Prozent bis 1 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe auszugeben, und legen wir einen Plan vor, wie wir stufenweise diese Entwicklungshilfeaktivitäten entwickeln können. Überlegen wir uns, welche Initiative wir setzen können, um einen Hochkommissär für Menschenrechte bei der UNO zu installieren. Überlegen wir uns, ob es richtig ist, daß im eigenen Land die verstaatlichte Industrie mit der Entwicklungshilfe verbunden ist im Bundeskanzleramt oder ob die Entwicklungshilfe nicht direkt dem Bundeskanzler unterstellt werden sollte.

Sehen wir doch, daß dies nicht nur eine moralische Frage ist, sondern daß, wie vor zwei Tagen der ehemalige UNO-Generalsekretär Dr. Waldheim gesagt hat, schon eine existentielle Frage auch für den freien Westen ist, durch die wirtschaftlichen Abhängigkeiten nämlich.

Sagen wir doch nicht, daß das die Entwicklung jener ist und wir die Entwicklung bei uns haben, sondern denken wir an diese eine Entwicklung auf dieser Welt, an der auch wir ein hohes Maß an Mitschuld tragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und lassen Sie mich auch sagen — ich möchte nicht zu lange reden —, daß dieses Gleichgewicht des Schreckens, das zweifelsohne den Frieden in Freiheit in Europa gewährleistet hat, keine dauerhafte Grundlage für eine Friedensordnung sein kann, weil es letztlich die Kriegsgefahr Tag für Tag erhöht. Treten wir daher dafür ein — setzen wir als neutrales Land neue Impulse —, daß alle Mittelstreckenraketen — im Osten wie im Westen —, die auf Europa gerichtet und in Europa stationiert sind, abgewrackt werden als ein erster Schritt der Abrüstung im atomaren und im konventionellen Teil.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch etwas zu Österreich sagen. Österreich als kleiner neutraler Staat kann meiner Ansicht nach wertvolle Schritte zur Friedenssicherung leisten, mehr als in diesem Bericht angeschnitten sind.

In Ergänzung zu diesem Auftrag bekennen wir uns aber auch strikt zu einer defensiven Landesverteidigung. Die ständige Ausweitung der österreichischen Waffenexporte gerade in krisengeschüttelte Länder widerspricht jedoch diesem Friedensauftrag eines neutralen Staates. *(Unruhe im Saal.)*

Daher möchte ich auch heute appellieren, langfristig eine Umstrukturierung unserer Waffenproduktion, die über den eigenen Bedarf hinausgeht, ins Auge zu fassen, ohne daß Arbeitsplätze dadurch gefährdet werden, und keine Waffen in Länder zu liefern, die die Menschenrechte verletzen, egal, ob dies Ost- oder Westdiktaturen sind.

Meine Damen und Herren! Zwei weitere Vorschläge... Es tut mir sehr leid, ich habe mir lange überlegt, ob ich das nicht schon am Beginn sagen sollte, daß nämlich eine Friedensdebatte hier im Parlament von so viel Unruhe gekennzeichnet ist. Ich möchte das

**Karas**

hier einmal sagen. *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Gescheiter reden!)*

Ein Bericht ist nicht nur dazu da, ihn zu bilanzieren und zu schubladieren, sondern er ist dazu da, sich neue Gedanken zu machen, wie in Österreich diese Friedenspolitik weiterhin ausschauen soll. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Gradenegger: Oberlehrer!)*

Ich appelliere daher an alle hier Anwesenden, in diesem Sinne des heute von allen Parteien Gesagten und im Bericht niedergeschrieben ... *(Abg. Dr. Gradenegger: Herr jugendlicher Oberlehrer!)* Herr Kollege Gradenegger, der Herr Abgeordnete Bergmann hat Ihnen bei der ORF-Debatte wahrscheinlich die richtige Antwort auf Ihre Zwischenrufe gegeben. Ich möchte gar nicht mehr dazu sagen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Gradenegger: Die Ehre hat er mir abgeschnitten! Wegen Devisenschmuggels ist bei ihm ein Strafverfahren anhängig!)*

Jetzt werde ich alle meine Vorschläge auf jeden Fall anführen, damit Sie sich damit auseinandersetzen müssen. Das möchte ich auch hier gesagt haben. Ich bitte alle hier herinnen, daß wir vielleicht den heutigen Bericht zum Anlaß nehmen, zu überlegen, wie man den Vorschlag Dr. Mocks, die Einrichtung einer Zone der Transparenz, seitens der österreichischen Bundesregierung forcieren kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Bericht steht auf der letzten Zeile: „Österreich ist willens, alle seine intellektuellen Kapazitäten zu mobilisieren und mitzuhelfen, den Frieden in Freiheit zu erhalten.“ Ich bitte alle, das nicht nur niederzuschreiben, sondern auch die Initiative für ein Zusammentreffen aller geistigen Kapazitäten zu schaffen, aus dem einfachen Grund: Was die Friedensbewegung und wir alle sicher verabsäumt haben, ist es, ein Alternativkonzept zur bestehenden Sicherheitspolitik zu erarbeiten. Vielleicht gibt dieser Satz die Möglichkeit, Alternativen zur bestehenden Sicherheitspolitik in der Öffentlichkeit zu erstellen.

Eine dritte Bitte habe ich. Ich habe die Bitte, den Ausbau der umfassenden Landesverteidigung voranzutreiben, und zwar vor allem jener der geistigen, der zivilen und der wirtschaftlichen Landesverteidigung, und sich vielleicht auch zu überlegen, ob wir nicht eine fünfte Säule der gewaltfreien Landesverteidigung neben der militärischen in die umfassende Landesverteidigung einbauen. Der Verteidigungscharakter wäre in der

öffentlichen Diskussion sicherlich um ein Vielfaches glaubwürdiger.

Auch wenn es Ihnen nicht paßt, möchte ich auch noch die Forderung aufstellen, daß wir bei einer Friedensdiskussion sehr wohl auch das Bekenntnis abzugeben haben, daß wir unsere Grenzen öffnen und den Visazwang abschaffen, denn wir sind — geographisch gesehen — das erste Land im Westen, und wir haben eine besondere moralische Verpflichtung gegenüber jenen, die in Unfreiheit leben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte auch die Bundesregierung bitten, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, den Tendenzen einer Spaltung Westeuropas in eine Dreiteilung zwischen den Neutralen, jenen, die nicht zu Westeuropa gehören, und den EG-Staaten entgegenzuwirken. Wie wir in letzter Zeit ja gehört haben, sollen die Grenzen in der EG vereinfacht, die Grenzen am Ende der EG aber verschärft werden, was für Österreich einen starken Nachteil erbringen würde.

Zum Schluß kommend, bitte ich Sie, in dieser Friedensdiskussion auch zu überlegen, welche verstärkten Aktivitäten das Parlament zum Schutz des ungeborenen Lebens in nächster Zukunft setzen kann. Der Schutz des ungeborenen Lebens ist das grundlegendste Menschenrecht und daher der Beginn jeglicher Friedensaktivität. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sind aufgerufen, auch darüber zu reden: Was tut jeder einzelne von uns, damit der Appell von Papst Paul VI., Entwicklung ist ein anderes Wort für Frieden, in Österreich endlich politische und wirtschaftliche Realität wird.

Wir alle sind aufgerufen, uns zu überlegen, wie sehr ist der Friedensgeist durchwirkt von der Solidarität mit den Schwachen, den sozialen Minderheiten, mit jenen, die unter der Armutsgrenze leben, den ungeborenen Kindern, den Behinderten und den Drogensüchtigen.

In diesem Sinne hoffe ich, daß der Bericht kein Abschluß, sondern der Neubeginn für zusätzliche Aktivitäten in der Friedenstätigkeit ist — auch im Sinne unserer Werte. — Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)* 19.48

Präsident Dr. Stix: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Die Debatte ist geschlossen.

4050

Nationalrat XVI. GP — 48. Sitzung — 24. Mai 1984

**Präsident Dr. Stix**

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Bericht III-41 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir gelangen weiters zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Dr. Ermacora, Peter und Genossen betreffend das Schicksal von Friedensnobelpreisträger Sacharow.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung

geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen. (E 19.)

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 99/A bis 100/A eingebracht worden sind.

Ferner sind die Anfragen 750/J bis 765/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 13. Juni 1984, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 19 Uhr 50 Minuten**